

# iff-Überschuldungsreport 2013



## Überschuldung in Deutschland

Untersuchung mit freundlicher Unterstützung  
der Stiftung Deutschland im Plus

erstellt von:

Michael Knobloch, Udo Reifner

unter Mitarbeit von

Wilfried Laatz, Anna Nizkich, Klaas Wulff



institut für  
finanzdienstleistungen e.V.



Die Stiftung für private  
Überschuldungsprävention

# iff-Überschuldungsreport 2013

Überschuldung in Deutschland



## Grußwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der neuen Ausgabe des Überschuldungsreports 2013 schreibt die Stiftung „Deutschland im Plus“ die seit sieben Jahren bestehende Untersuchungsreihe zum Thema Überschuldung erfolgreich fort. Diese Untersuchung ist geprägt durch die aktuelle wirtschaftliche Stimmung in Deutschland und Europa. Optimismus und deutscher Job-Boom, soziale Mobilität und eine Erhöhung des Haushaltseinkommens für Gut- und Geringverdiener hierzulande – Pessimismus, Schuldenkrise sowie dramatische Massenarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas. Die dazugehörigen Zahlen, Daten und Fakten erreichen uns dabei tagtäglich verpackt in Fernseh Bildern und sorgen so für politischen Diskussionsbedarf.

Trotz der Gemengelage beobachten wir folgende Entwicklung in Deutschland: Obwohl die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der vergangenen Jahre mit einer starken Zunahme der Beschäftigung im Niedriglohnsektor einhergehen, kann Deutschland aufgrund der Arbeitsmarktreformen auch beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Erfolge vorweisen. Haben diese Entwicklungspfade auch Auswirkungen auf die Ver- und Überschuldung von Privathaushalten?

Ja, in der Tat, die Anzahl der Verbraucherinsolvenz-Eröffnungen ist im Jahr 2012 dank der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland rückläufig gewesen. Die Entwicklung ist jedoch immer noch nicht positiv genug. Für die Stiftung „Deutschland im Plus“ ist dies Grund genug, sich auch in dieser Ausgabe des Überschuldungsreports mit dem drängenden Thema „Überschuldung von Privathaushalten“ offensiv und fundiert auseinanderzusetzen.

Die vorliegende Untersuchung zeigt uns, dass die „Big Five“ der Überschuldungsgründe nach wie vor fast drei Viertel aller Überschuldungsfälle bedingen. Darüber hinaus hat sich „Krankheit“ 2012 als einer der Hauptauslöser für Überschuldung manifestiert, „falsches Konsumverhalten“ ist indessen als Ursache für Überschuldung auf relativ gleichbleibendem Niveau geblieben. Sollte man deshalb auf die Vermittlung von Finanzwissen und das Lehren mit dem richtigen Umgang mit Geld verzichten?

Natürlich nicht. Denn insbesondere im Hinblick auf irrationales Konsumverhalten, ein vermeidbarer Überschuldungsauslöser, bleibt das persönliche Finanzmanagement und die Förderung einer grundlegenden Finanzkompetenz – idealerweise bereits in jungen Jahren – weiterhin wichtig. Dies gilt ebenso für die Einsicht, dass eine vernünftige Vorsorgeplanung und Absicherung für das Alter wichtiger wird. Die Stiftung „Deutschland im Plus“ hat sich deshalb insbesondere die „Finanzielle Bildung“ der Jugend auf die Fahnen geschrieben.

So werden diese im Rahmen des von der UN-Dekade ausgezeichneten Bildungsmoduls „Konsum geplant, Budget im Griff“ für einen verantwortungsvollen Umgang mit den eigenen Finanzen und für ein angemessenes Konsumverhalten sensibilisiert und fit gemacht. Bisher haben bereits knapp 25.000 Jugendliche deutschlandweit, über alle Schulformen hinweg, von dem Bildungsangebot der Stiftung profitiert. Flankierend dazu bietet die Stiftung eine kostenfreie App an, mit der Jugendliche, aber auch Erwachsene, bequem ein Haushaltsbuch führen können, um so die Finanzen im Blick zu behalten.

Zum ersten Mal wurde im diesjährigen Report die Überschuldung von Personen ab dem 65. Lebensjahr eingehend untersucht. Deren Anteil ist zwar noch gering, steigt jedoch kontinuierlich an.

Auch die Überschuldung in Familien wurde erstmalig detaillierter analysiert, hierbei insbesondere die Auswirkungen auf Gesundheit, Familienzusammenhalt und die Entwicklung der Kinder. In diesem Zusammenhang merken Wissenschaftler kritisch an, dass in Familien zu wenig über Finanzen gesprochen wird.

Auch dies bestätigt die Stiftung „Deutschland im Plus“ an diesem Punkt weiter anzusetzen. Denn gerade hier bietet diese jedes Quartal die Magazine „ImPlus“ und „KinderPlus“ an, die sich an Eltern bzw. Großeltern und Grundschulkinder richten. Die beiden Medien sollen vor allem die Diskussion zum Thema Geld innerhalb der Familie fördern.

Und was leistet die Stiftung „Deutschland im Plus“ noch?

Neben der erfolgreichen Präventionsarbeit in Form von Bildungsangeboten rund um das Thema „Finanzielle Bildung“ und der Online-Schuldnerberatung unter [www.deutschland-im-plus.de](http://www.deutschland-im-plus.de), beschäftigt sich die Stiftung überdies mit dem Thema Aufklärung, um die Ursachen der Überschuldung von Menschen zu erforschen. Und hierzu gehört auch und vor allem die Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Verringerung der Anzahl überschuldeter Haushalte. Das Ergebnis halten Sie nun in Ihren Händen.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

Dr. Christiane Decker

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Philipp Blomeyer

Stiftungsvorstand „Deutschland im Plus“

## Inhaltsverzeichnis

Grußwort	III
Inhaltsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VII
Tabellenverzeichnis	VIII
Ergebnisse	3
Einleitung	5
1 8 Jahre <i>iff</i> -Überschuldungsreport	8
1.1 Die Arbeit des <i>iff</i> im Bereich der Überschuldung	8
1.2 <i>iff</i> -Überschuldungsreport – ein Rückblick	10
1.3 Ausblick	11
2 „Big Five“ der Überschuldungsgründe bedingen fast drei Viertel aller Überschuldungsfälle – Krankheit bei mehr, irrationales Konsumverhalten bei weniger als 10 Prozent	12
3 Uneinheitliche Einschätzung der Überschuldungsbetroffenheit für das Jahr 2012	14
3.1 Trotz guter Beschäftigungsnachfrage Anstieg der Zahl der Arbeitslosen seit Oktober 2012	15
3.2 Überdurchschnittliche Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse seit 2007	16
3.3 Teilweise wieder leichter Anstieg der Arbeitslosigkeitsindikatoren bei Überschuldeten ab 4. Quartal 2012	18
3.4 Weniger Verbraucherinsolvenzverfahren im Jahr 2012	19
3.5 Zuwachs bei Verbraucherkrediten und gestiegene Restschuld	21
3.6 Zahl der Personen mit „Negativmerkmalen“ nach Schätzung der Auskunfteien gestiegen	23
3.7 Prognose für 2014	24
4 Schulden, Gläubiger, Kosten und Zinsen	24
4.1 Schulden klettern auf 34.932 Euro	24
4.2 Schulden beim Staat erneut kräftig angestiegen	25
4.3 Arme Haushalte überdurchschnittlich mit Nebenkosten belastet	26
5 Gefährdete Personen und Haushalte	33
5.1 Deutlicher Anstieg der über 50-Jährigen seit 2005	33
5.2 Im „Leistungsalter“ sind Männer überrepräsentiert	35
5.3 Zunehmender Anteil Überschuldeter ohne deutsche Staatsangehörigkeit	36
5.4 Anstieg kinderloser Haushalte bei Überschuldeten gestoppt	36
5.5 Anteile der allein Erziehenden und Paare mit Kindern fast gleich	37
5.6 Leichter Anstieg der Klienten mit Hochschulbefähigung und Hochschulabschluss	39
5.7 Weniger Arbeiter und Angestellte, aber mehr Schüler in der Schuldnerberatung	42
5.8 Nettoeinkünfte steigen schneller als in der bundesdeutschen Bevölkerung	43

5.9 Anteil der vermögenden Haushalte und durchschnittlicher Vermögenswert im Jahr 2012 gesunken	45
6 Ältere Überschuldete ab dem 65. Lebensjahr	46
6.1 Die aktuelle Situation	46
6.2 Gesellschaftliche Veränderungen	54
6.3 Resümee	58
7 Auswirkungen der Überschuldungssituation auf Familien	59
7.1 Begriffsbestimmungen: Familie, Überschuldung, Auswirkungen	59
7.2 Auswirkungen	60
8 Wieder größerer Anteil Selbständiger in der Schuldnerberatung; Schulden klettern auf 97.505 Euro	67
9 Pfändungsschutzkonto etabliert sich bei Überschuldeten, Kontolosigkeit verharrt bei 13 Prozent	71
10 Das Verbraucherinsolvenzverfahren erreicht nicht alle Überschuldeten	73
11 Leichter Rückgang bei der Karenzzeit bis zum Besuch der Beratungsstelle	74
12 Anhang	77
12.1 Methodische Grundlagen	77
12.2 Literaturverzeichnis	85
12.3 Beschreibung der Beratungsstellen	89
12.4 Tabellen	93

**Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Relative Belastung mit Nebenkosten (Kosten und Zinsen) nach durchschnittlicher Forderungshöhe	2
Abbildung 2: Typischer Überschuldungsverlauf	9
Abbildung 3: Hauptüberschuldungsgründe 2012	13
Abbildung 4: Arbeitslosenquote (saisonbereinigt) und Anzahl der Kurzarbeitsverhältnisse 2006 – 2013 Q1	16
Abbildung 5: ALG-II-Aufstocker 2007 bis 2012	18
Abbildung 6: Verbraucherinsolvenzverfahren: Eröffnungen 1999 – 2012	20
Abbildung 7: Verbreitung von Restschuldsicherungen 2009 – 2012	21
Abbildung 8: Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Alter, 2011	41
Abbildung 9: Anteile der Personen ab 65 Jahre in Bevölkerung und Schuldnerberatung	47
Abbildung 10: Entwicklung des Anteils älterer Überschuldeter in der Schuldnerberatung 2005 – 2012	48
Abbildung 11: Hauptüberschuldungsgründe bei Ratsuchenden im Alter ab 65 Jahre	49
Abbildung 12: Einkommensverteilung nach Einkommensquellen bei älteren und jüngeren Überschuldeten	52
Abbildung 13: Forderungsanteile nach Gläubigern bei älteren und jüngeren Überschuldeten	54
Abbildung 14: Verteilung der Privatvermögen in Deutschland	57
Abbildung 15: Anteile verschiedener Familienformen bei Überschuldeten und in der Bevölkerung zwischen 2006 und 2012	64
Abbildung 16: Gescheiterte Selbständige (Anteil an allen Ratsuchenden) 2006 – 2013 Q1	68
Abbildung 17: Insolvenzverfahren ehemals selbständiger natürlicher Personen 2002 – 2012	69
Abbildung 18: Versorgung mit Girokonten (alle Ratsuchenden) 2006 – 2013 Q1	73
Abbildung 19: Ergebnisse der Schuldnerberatung (alle Ratsuchenden) 2004 – 2012	74

**Tabellenverzeichnis**

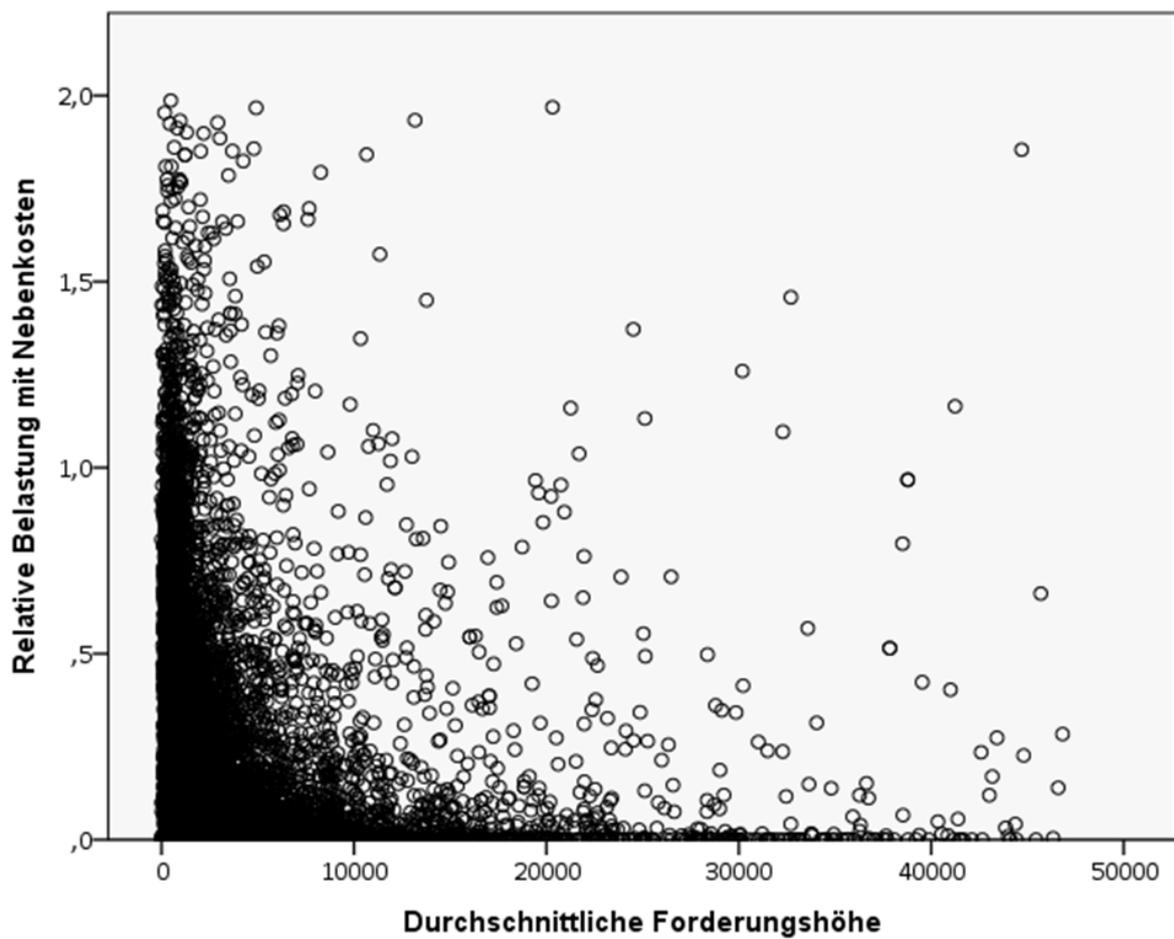
Tabelle 1:	Überschuldungsauslöser 2005 – 2013 Q1	14
Tabelle 2:	Arbeitslosigkeitsindikatoren bei Überschuldeten (quartalsweise) 2006 Q4 – 2012 Q4	18
Tabelle 3:	Verbraucherinsolvenzverfahren: Eröffnungen und relative Veränderungen 1999 – 2012	20
Tabelle 4:	Restschuldersicherungen als Kollektivversicherung und Kreditausfallquote	22
Tabelle 5:	Zahl der überschuldeten Haushalte und Personen 1999 – 2012	23
Tabelle 6:	Durchschnittliche Schuldenhöhe (alle Ratsuchenden) 2008 – 2012	24
Tabelle 7:	Schulden nach Gläubigern und Jahr des Beratungsbeginns	26
Tabelle 8:	Relative Kostenbelastung nach durchschnittlicher Forderungshöhe im Haushalt	29
Tabelle 9:	Summen der Hauptforderung, Zinsen und Kosten nach Gläubigern	30
Tabelle 10:	Relative Nebenkostenbelastung nach Schuldenhöhe	32
Tabelle 11:	Multiple Regressionsanalysen der relativen Nebenkostenbelastung	33
Tabelle 12:	Alter (Mittelwerte, alle Überschuldeten) 2008 – 2012	34
Tabelle 13:	Altersgruppen (alle Überschuldeten) 2005 – 2012	34
Tabelle 14:	Alter im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung: Haupteinkommensbezieher)	35
Tabelle 15:	Geschlechtsverteilung im Jahr 2011 im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Altersgruppen	36
Tabelle 16:	Staatsangehörigkeit (Bevölkerung und Überschuldete im Vergleich) 2006 – 2012	36
Tabelle 17:	Haushaltsformen nach Anzahl der Kinder im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2008 – 2012	37
Tabelle 18:	Haushaltsformen im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2009 – 2012	39
Tabelle 19:	Schulabschlüsse im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2009 – 2012	39
Tabelle 20:	Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2008 – 2012	40
Tabelle 21:	Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Alter, 2011	42
Tabelle 22:	Erwerbsformen (alle Ratsuchenden) 2008 – 2013 Q1	42
Tabelle 23:	Tätigkeit im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung)	42
Tabelle 24:	Haushaltsnettoeinkommen (alle Ratsuchenden) 2008 – 2013 Q1	43
Tabelle 25:	Einkommensarten (alle Ratsuchenden)	44
Tabelle 26:	Pro-Kopf-Einkommen (alle Ratsuchenden) 2007 – 2013 Q1	45
Tabelle 27:	Vermögen (alle Ratsuchenden) 2010 – 2012	45
Tabelle 28:	Vermögensgegenstände (alle Ratsuchenden) 2010 – 2012	46
Tabelle 29:	Hauptüberschuldungsgründe bei älteren und jüngeren Überschuldeten im Vergleich	50

Tabelle 30:	Männer und Frauen nach Haushaltsformen bei älteren und jüngeren Überschuldeten	51
Tabelle 31:	Haushaltsnettoeinkommen und Pro-Kopf-Einkommen der älteren und jüngeren Ratsuchenden im Vergleich 2008 – 2012	51
Tabelle 32:	Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern bei älteren und jüngeren Überschuldeten	53
Tabelle 33:	Armutsquoten in der deutschen Bevölkerung 2005 – 2010, nach Alter	55
Tabelle 34:	Top Ten der Überschuldungsfolgen nach Geschlecht (Mehrfachnennungen)	61
Tabelle 35:	Gesundheitliche Auswirkungen auf Überschuldete	62
Tabelle 36:	Allein Erziehende, bei denen Trennung nicht als Überschuldungsgrund angegeben wurde	65
Tabelle 37:	Kontollosigkeit und Kreditlosigkeit bei verschiedenen Haushaltstypen	66
Tabelle 38:	Zahl der Gründungen (Deutschland) 2010 – 2012	67
Tabelle 39:	Alter ehemals selbständiger Überschuldeter 2008 – 2012	69
Tabelle 40:	Überschuldungsgründe bei Selbständigen und Nichtselbständigen im Vergleich 2008 – 2012	70
Tabelle 41:	Haushaltsformen im Vergleich (ehemals selbständige Überschuldete, Bevölkerung) 2009 – 2012	70
Tabelle 42:	Pro-Kopf-Einkommen (ehemals selbständige Überschuldete) 2007 – 2012	70
Tabelle 43:	Schulden (Mittelwerte, ehemals selbständige Überschuldete) 2008 – 2012	71
Tabelle 44:	Schulden und Gläubigergruppen ehemals selbständiger Überschuldeter	71
Tabelle 45:	Pfändungsschutzkonten (Anteile, alle Ratsuchenden) 2010 – 2013 Q1	72
Tabelle 46:	Karenzzeit zwischen erstem Überschuldungsanzeichen und Kontakt mit der Beratungsstelle (alle Ratsuchenden)	75
Tabelle 47:	Determinanten der Karenzzeit	75
Tabelle 48:	Beratungsstellen und Fallzahlen	77
Tabelle 49:	Selbständige in der Stichprobe	78





**Abbildung 1: Relative Belastung mit Nebenkosten (Kosten und Zinsen) nach durchschnittlicher Forderungshöhe**



## Ergebnisse

Das Jahr 2012 war geprägt von einer guten Beschäftigungslage für qualifizierte Arbeitnehmer bei ab Jahresende gleichzeitigem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote und Zahl der Arbeitslosen. Es steht daher zu befürchten, dass die Konjunktur diejenigen besonders überschuldungsgefährdeten Personen, die auf Grund niedriger Qualifikation über einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt verfügen, seltener erreichte. Die Einschätzungen zur Überschuldungsbetroffenheit sind für das Jahr 2012 von daher nicht einheitlich. Dem Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren von 101.075 Eröffnungen im Jahr 2011 auf 95.560 im Jahr 2012 und einem Rückgang beim Überschuldungsgrund „Arbeitslosigkeit“ auf 29,1 Prozent in unseren Daten stehen neutrale bis pessimistischere Zahlen der Auskunfteien gegenüber. Die SCHUFA vermeldete einen Anstieg der Zahl der Konsumentenkredite um 7 Prozent und höhere Restschulden bei unverändert 2,5 Prozent ausfallenden Krediten. Die Creditreform bescheinigt demgegenüber 3,26 Millionen Haushalten nachhaltige Zahlungsstörungen, 140.000 mehr als im Vorjahr. (→ Kapitel 3 ab Seite 14).

Zusammen mit dem bereits angesprochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit hat auch die Bedeutung eines irrationalen Konsumverhaltens als Hauptgrund der finanziellen Krise abgenommen. In nur noch etwas mehr als 9 Prozent wurde es als Hauptgrund genannt; in nur noch gut 14 Prozent als einer von mehreren Gründen. Von weiter steigender Bedeutung sind die Folgen von Krankheit (Hauptgrund: 10,2 Prozent). Das zweite Jahr in Folge lagen die Anteile damit oberhalb der Werte des Konsumverhaltens. Die „Big Five“ der Überschuldungsgründe (Arbeitslosigkeit, Scheidung, gescheiterte Selbständigkeit, Krankheit, Konsumverhalten) bedingten im Jahr 2012 knapp drei Viertel der finanziellen Krisen als Hauptgrund (→ Kapitel 2 ab Seite 12).

Nachdem die durchschnittlichen Forderungen im Jahr 2011 zurückgegangen waren, kletterten sie 2012 auf 34.932 Euro, verteilt auf 12,9 Forderungen je Haushalt. Auf Banken entfielen im Schnitt 16.261 Euro und damit fast 47 Prozent der Gesamtforderungen. Deren Bedeutung hat, nachdem sowohl die Anteile als auch die Höhe im Jahr 2011 zwischenzeitlich auf 45 Prozent (14.601 Euro) gesunken war, wieder zugenommen. Auch bei der nach den Banken mittlerweile wichtigsten Gläubigergruppe zeigen sich deutliche Veränderungen. So erreichten die Forderungen der öffentlichen Hand mit 17,7 Prozent aller Forderungen (6.168 Euro) im vergangenen Jahr ihren Höchststand (→ Kapitel 4.2 ab Seite 25).

Den von den Gläubigern geforderten Verzugskosten widmen wir ein eigenes Kapitel mit Detailanalysen und nebenstehende Abbildung. Sie zeigt als wesentliches Ergebnis, dass die relative Belastung mit Nebenkosten steigt, je geringer die ausstehenden Forderungen der Gläubiger sind. Ausgehend von dieser Erkenntnis zeigen wir, dass es besonders die jüngeren und ärmeren Haushalte sind, die mit Nebenkosten belastet sind. Verhältnismäßig geringere Kosten ermitteln wir bei Akademikern und denjenigen Haushalten, die eine kürzere Karenzzeit bis zum Besuch der Beratungsstelle aufweisen. Ergänzend stellen wir die Nebenkostenforderungen der einzelnen Gläubigergruppen einander gegenüber und ermitteln die Inkassodienste und Anwälte, die Telekommunikationsunternehmen und den Versandhandel als besonders kostenproduzierend (→ Kapitel 4.3 ab Seite 26).

Überschuldung ist im Jahr 2012 älter geworden: Das Durchschnittsalter lag bei 41 Jahren, bedingt auch durch einen deutlichen Anstieg derjenigen ab 50 Jahren. Über die letzten Jahre kam es auch zu einem Anstieg der Personen ohne deutsche Staatsangehör-

rigkeit in der Schuldnerberatung. Sie machten fast 18 Prozent der Klienten aus und sind damit um etwa den Faktor 2 überrepräsentiert. Mit 16,1 Prozent machten die allein Erziehenden zwar nicht den größten Anteil unter den Haushaltsformen aus, waren aber vergleichsweise – wie in den vergangenen Jahren – am stärksten von Überschuldung betroffen (Betroffenheitsfaktor: 2,39). Bei den Familien in der Schuldnerberatung lag der Anteil der allein Erziehenden damit bei fast der Hälfte aller Familien (47 Prozent). Der Anteil der allein Erziehenden an den Familien in der Bevölkerung betrug hingegen 23 Prozent. Mit zusammen fast 6 Prozent kamen im Jahr 2012 mehr als zuvor Akademiker (3,2 Prozent) und Studenten/Schüler (2,4 Prozent). Diese Gruppen sind zwar nach wie vor stark unterrepräsentiert zeigen aber an, dass Überschuldung ein Problem ist, welches die ganze Gesellschaft betrifft. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2012 bei 858 Euro und damit oberhalb der Grundsicherung von 657 Euro (→ Kapitel 5 ab Seite 33).

Eine weitere Detailanalyse widmen wir den Klienten ab 65 Jahren, deren Überschuldungsbetroffenheit stark unterdurchschnittlich ist. Die verhältnismäßig stabile Liquidität bietet dort Schutz vor Überschuldung. Als Überschuldungsgründe sind der Tod der Partnerin oder des Partners oder investitionsbedingende und teure Erkrankungen überbetont. Daneben erscheinen auch Probleme im Zusammenhang mit Finanzprodukten, wie Bürgerschaftsfälle oder fehlgegangene Beratungsfälle, überrepräsentiert. Da das Alter der Bevölkerung wächst, ist bei gleichbleibenden sonstigen Bedingungen von einem Anstieg der Älteren unter den Überschuldeten auszugehen. Die in der Wissenschaft vertretene Einschätzung einer sich vergrößernden Altersarmut lässt Rückschlüsse auf eine zukünftige Verschlechterung der Überschuldungsbetroffenheit der Älteren zu. Linderung könnten aber die sich wandelnden Formen des Zusammenlebens älterer Menschen bieten. Zu beobachten ist eine gesteigerte Präferenz für Paarhaushalte (→ Kapitel 6 ab Seite 46).

Im Kapitel 7 befassen wir uns mit den Folgen von Überschuldung auf Familien und stellen die Ergebnisse verschiedener Studien zu diesem Thema dar (→ Kapitel 7 ab Seite 59).

Trotz Abnahme der Gründungsaktivitäten und der Regel- und vereinfachten Insolvenzverfahren kam im Jahr 2012 wieder ein größerer Anteil Selbständiger in die Schuldnerberatung. Die gegenüber dieser Gruppe bestehenden Forderungen klettern auf durchschnittlich 97.505 Euro (inklusive Nebenkosten). Die Selbständigen waren im Schnitt 45 Jahre alt und verfügten über ein Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 921 Euro (→ Kapitel 8 ab Seite 67).

Wie in den vergangenen Jahren betrachten wir die Versorgung mit Girokonten. Wohl im Zusammenhang mit dem sich etablierenden Pfändungsschutzkonto ging im Jahr 2011 die Kontolosigkeit auf etwa 13 Prozent zurück. Der Rückgang ist im Jahr 2012 zum Erliegen gekommen (→ Kapitel 9 ab Seite 71).

Die Karenzzeit ist, verglichen mit der letztjährigen Datenbasis, leicht rückläufig, wenngleich immer noch sehr lang. Sie liegt im Mittel bei 66 Monaten (3 Monate weniger als im Vorjahr). Der typische Wert liegt bei knapp 3,5 Jahren, ein Viertel der Betroffenen brauchte mehr als 8,5 Jahre bis zum Besuch der Beratungsstelle (→ Kapitel 11 ab Seite 74).

## Einleitung

Der *iff*-Überschuldungsreport erscheint zum achten Mal. Er verspricht Fakten zur Situation von Menschen, die vor allem ihre Bankschulden nicht mehr bezahlen können und in eine ausweglose Situation gekommen sind. Solch eine Forschung ist heute leider nicht mehr so selbstverständlich wie vor 50 Jahren.

In den 1960zigern und 70zigern sammelten renommierte Soziologen wie David Caplovitz in den USA und Janet Ford in England Daten, die den dramatischen Gesichtswechsel der Armut vom Geldmangel zur Überschuldung unter dem Titel „The Poor Pay More“ (Caplovitz) oder „The indebted society“ (Ford) analysierten. Sie wiesen dabei auf die Veränderung der Familienstruktur und der sozialen Netze, die sozialen Folgen der Kreditunwürdigkeit von Armen und das ungebremste Gewinnstreben des Geldsektors hin, das durch die Finanzkrise erstmals auch in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurde. Sie zeigten auf die neuen Armutserzeugnisse wie Kreditkartenkredite, Payday Loans, Überziehungskredite und restschuldversicherte Kettenratenkredite, die das Geschäft mit der Armut zum profitablen Zweig bankmäßiger Kreditvergabe haben werden lassen. „Consumers in Trouble. Debtors in Default“ (Caplovitz) war die zweite Studie, an der sich die neuere Forschung hätte messen lassen müssen.

Unter Ronald Reagan und Margret Thatcher aber auch unter Gerhard Schröder und Helmut Kohl gab es für solche Studien kein Geld mehr. Überschuldungsforschung wurde zur Legitimationsforschung wie an der Purdue Universität in den USA, im Personal Finance Research Centre in Bristol oder beim European Consumer Credit Research Institut in Brüssel. Die EU-Kommission gab Studien zum behavioural finance in Auftrag. Die Meinungsforschung über Schulden ersetzte die Erforschung objektiver Verschuldungsmechanismen.

Diese einseitige, die Verantwortung allein bei den Verbrauchern ausmachende Sichtweise wurde vielerorts hergeleitet: Dass die meisten Verbraucher bei Befragungen im Auftrag des Bankenfachverbands die Restschuldversicherungen für gut befanden reichte aus, um oft weit überhöhten Provisionen zu rechtfertigen. Jugendstudien – als Meinungsumfrage bei Eltern durchgeführt – sollten beweisen, dass die Jugend leichtfertig mit Geld umgeht. Folgerichtig standen bestimmte Problemlösungen bereits fest, bevor man sich mit den Problemen wirklich befasst hatte: Allein eine finanzielle Allgemeinbildung im Sinne einer Sparerziehung, ein Übermaß an gesetzlich vorgeschriebener Verbraucherinformation im Ratenkredit, Mikrokredite oder die Produktkunde sollten hilfreich sein. Auch die Diskussion um ein Mindestgirokonto ohne Kreditmöglichkeit unterstellt, dass die Kreditaufnahme (also allein die Kreditnehmer) und nicht auch der Kredit das Problem der Überschuldung sind. Die ins Gesetz gekommenen Pflicht der „verantwortungsvollen Kreditvergabe“, die besagt, Kredite nur noch an diejenigen zu vergeben, deren Rückzahlungsfähigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, verlangt praktisch eine Kreditverweigerung. Manche meinen dann auch, die Werbung der Banken und extrem niedrige Zinsen verführten (die unvernünftigen) Konsumenten zu höherer Verschuldung und damit zur Überschuldung. Härteres Durchgreifen und mehr Anreize für Rückzahlungen wie die neue Selbstbeteiligungsquote beim Verbraucherkonkurs in Höhe von 35 Prozent, mit der man drei Jahre an der Pfändungsfreigrenze einspart, wären der richtige Weg. In den USA hat man sogar versucht, „unwürdigen“ Schuldnern durch Gerichtsbeschluss die Schuldbefreiung ganz zu verweigern und 14 Tage Zwangsunterweisung zur verantwortlichen Kreditaufnahme zur Voraussetzung zu machen. Nach kurzer Abnahme der Verfahren stiegen die Zahlen wieder über das ursprüngliche Niveau. Auch Deutschlands erfolgreichste

Schuldenberatungssendung „Raus aus den Schulden“ glaubt die Lösung gefunden zu haben, wenn auf der Website der Produktionsfirma steht: *„Herr Zwegat ist ausgebildeter Pädagoge und arbeitet gegen fehlenden Antrieb, Faulheit, Lust- und Arbeitslosigkeit ... (sowie) oft gegen allzu große Naivität und allzu große Dummheit von hilfeschuchenden Personen.“*

Die iff-Überschuldungsreports harmonieren nicht mit diesen Bildern. Nur in 10 Prozent der Fälle haben die Schuldnerberater erfahren, dass die Überschuldung durch den Verbraucher als zentralem Faktor hätte vermieden können. Auch der Gesetzgeber sieht die Probleme anders. Das neue Kostenbegrenzungsgesetz für Inkassokosten sieht in der durch Beitreibung steigenden Forderung ein Problem. Das Bürgerliche Gesetzbuch verlangt, dem Schuldner erst die Tilgung des Kapitals zu erlauben. Die Anbieter werden durch die Zahlen im iff-Überschuldungsreports in ihrer Einschätzung bestätigt, dass un-  
stetes Einkommen, die Auflösung familiärer Ausgleichssysteme und die Verlagerung der sozialen Sorge für Bildung, Krankheit und Alter auf die Betroffenen zusammen mit einem immer kapitalintensiveren Konsum die eigentlichen Faktoren zur Überschuldung sind.

Die Meinungen zur Überschuldung und die Fakten klaffen also immer noch weit auseinander. Der neue Überschuldungsreport setzt die Tradition fort und hinterfragt erneut Alltagswissen, Schuldzuweisungen und Rezepte, die nicht nur Lösungen versprechen sondern immer auch zugleich eine implizite Problembeschreibung enthalten.

So hätte man im Europaparlament aus den iff-Überschuldungsreports entnehmen können, dass die (freiwilligen) Mindestgirokonten in Deutschland als Sonderkonten für Arme die Quote der Kontolosen nicht verringert, dafür aber die Gefahr des Abschiebens von bisherigen Kontoinhabern mit voller Kontofunktion in diese neue Kontoform hervorgebracht hat. Man hätte lernen können, dass Überschuldete durchaus verantwortungsvoll mit dem Überziehungskredit umgehen und die für sie lebensnotwendige Liquiditätshilfe nicht nur dringend brauchen sondern auch statistisch überwiegend so anwenden, dass die Kreditgeber sie nicht kündigen mussten. Das neue Konto führt daher für viele zu einer Verschlechterung ihrer sozialen Situation.

Aus den Zahlen des Überschuldungsreports konnte man ferner lernen, dass bei getrennt lebenden Paaren und Patch-Work-Familien statt der oft unsinnigen Restschuldversicherungen Liquiditätsversicherungen notwendig wären. Das Überschuldungsrisiko sinkt ferner, wo Solidarität und gemeinsames Wirtschaften möglich sind. Die prekäre Lage alleinerziehender Frauen und Männer könnte mit Segen für die Kinder gesteuert werden, wenn sich die Finanzwirtschaft darauf verstünde, mit Produkten für Zeitausgleich zu sorgen, da die Lage dieser Eltern sich schon bei der Schulpflicht der Kinder verbessert.

Dass unsere Jugend oft nicht allein Schuld an den Schulden hat, zeigten die Zahlen über Heranwachsende und vor allem über das tatsächliche Ausmaß der allein kurzfristigen und geringen Handyschulden, die unsere Politiker so gern zitieren. Am Vergleich der Zahlen aus Wilhelmshaven und Hamburg konnte nachgewiesen werden, dass Überschuldungskarten eine unbegründete regionale Diskriminierung bedeutet. Das Risiko einer Person in Wilhelmshaven in die Überschuldung zu gelangen, war bei gleichen persönlichen Bedingungen wie bei einem ein Hamburger, trotz der blutroten Karten der SCHUFA für Ostfriesland, tatsächlich geringer als in der reichen Hansestadt.

Im aktuellen Überschuldungsreport des iff beteiligen wir uns mit Fakten an der Diskussion um die Frage, ob Schulden eigentlich Schuld bedeuten.

Als im 19. Jahrhundert der Begriff der Geldschuld den bis dahin strafrechtlichen Schuld-begriff übernahm, als aus der Sünde und Übertretung die Schuld wurde, verlieh man zugleich mit dem Vorwurf an die Kreditnehmer den Gläubigern einen tadellosen Ruf. Wer eine Forderung hatte war im Recht.

Doch das Recht ist differenzierter. Das BGB legt bei Überschuldeten in § 497 Abs. 3 BGB fest, dass die Schulden nach ihrer Herkunft auf drei verschiedenen Konten geführt und auch verschieden behandelt und verzinst werden sollen: die Schuld, die fällig gestellt wurde, die Schuld aus den Zinsen, die darauf zu zahlen sind und die Schuld aus den Zinsen, die auf die Zinsen zu zahlen sind. Dabei zeigt sich, dass ein großer Teil der Schuld nicht aus Krediten, sondern aus Zinsen und Gebühren besteht. Während der Gläubiger von seinem Kapital nichts verliert, steigt die Schuld des Kreditnehmers mit der Zeit exponentiell, auch wenn das Kapital längst in seinem Vermögen nicht mehr produktiv sein kann. Wenn das Prinzip des verantwortlichen Kredits rechtlich dazu führen soll, die Verantwortung für die produktive Wirkung von Krediten im Vermögen des Schuldners gleichmäßiger zwischen Gläubiger und Schuldner zu verteilen, dann muss die Öffentlichkeit zunächst wissen, wie sich die Schulden derjenigen zusammensetzen, die dadurch ruiniert worden sind.

Mit diesem ersten Versuch, Licht ins Dickicht der Schulden zu bringen, ist eine Richtung vorgegeben. Die Kapitalschuld setzt sich, ohne dass dies mangels belastbarer Daten schon hier berücksichtigt werden konnte, aus rückständigen Zinsen, unbezahlten Gebühren und Altschulden zusammen, die nach mehrfacher Umschuldung unter Umständen mehr Zinsen und Gebühren als nutzbares Kapital repräsentieren. Die Ausdehnung von Inkasso- und Rechtskosten, die Umschuldungsverluste und die in Annexprodukten enthaltenen Provisionen – all das könnte bei genauerem Hinsehen ebenfalls Erklärungen für die Schuldenkrise der Armen hervorbringen, die Korrekturen im System ermöglichen, dass auch für die Kreditgeber erhebliche Risiken enthält.

Der *iff*-Überschuldungsreport ist hier ein kleiner Baustein, der die Traditionen der Überschuldungsforschung wieder aufnimmt. Armut bekämpfen, Finanzkrisen vermeiden, ethische Grundwerte in der Wirtschaft zur Geltung bringen sowie grundlegende Rechtsprinzipien verteidigen erfordert die Kenntnis der Fakten zur Überschuldung. Wir danken der Stiftung Deutschland-im-Plus, dass sie diese Arbeit ermöglicht und zwar unabhängig davon, ob durch diese Fakten unbequeme Einsichten entstehen.

Udo Reifner, im September 2013

## 1 8 Jahre iff-Überschuldungsreport

### 1.1 Die Arbeit des iff im Bereich der Überschuldung

Das Hamburger Institut für Finanzdienstleistungen e. V. (*iff*) widmet sich seit 1987 den Fragen der privaten Überschuldung<sup>1</sup> in Deutschland. Den Anfang machte ein studentisches Projekt der Schuldnerberatung in Hamburg-Wilhelmsburg; später kamen die zusammen mit den Verbänden herausgegebenen Schuldenreports der Jahre 1993, 1995 und 1999 hinzu.<sup>2</sup> Ein wichtiges europäisches Projekt war die zusammen mit Erasmus University Rotterdam/School of Law und der University of Helsinki/Helsinki Collegium for Advanced Studies für die Kommission durchgeführte Over-Indebtedness-Studie<sup>3</sup> im Jahr 2003, auf die noch heute aufgebaut wird.<sup>4</sup> Seit 1999 bietet das Institut seine Schuldnerberatungssoftware CAWIN<sup>5</sup> an, die mittlerweile von der Mehrzahl der Schuldnerberatungsstellen in ganz Deutschland eingesetzt wird. Nicht zuletzt greifen auch die seit 2006 wieder regelmäßig vom *iff* organisierten Finanzdienstleistungskonferenzen Themen der Überschuldung und der Verbraucherinsolvenz auf.<sup>6</sup> Das Institut betrachtet all diese Projekte als zentralen Bestandteil seiner satzungsmäßigen Aufgabe, den Verbraucherschutz im Bereich der Finanzdienstleistungen zu fördern. Dabei geht es ihm in erster Linie darum, Impulse für eine sozial und ökologisch verantwortliche Geldwirtschaft zu setzen und dabei entsprechende Produkte zu entwickeln und zu fördern. „Aus Fehlern lernen“ ist ein Motto, welches diesem konstruktiven Ansatz zugrunde liegt. Bei vielen Projekten steht daher zu Beginn eine gründliche Analyse der Fälle, bei denen das bestehende System Schwächen offenbart hat. Die private Überschuldung der Verbraucher, die existenzbedrohende finanzielle Krise, ist nach dem Verständnis des Instituts immer auch als ein Zeichen des Versagens des Finanzsystems und seiner Produkte zu werten. Die Kooperation mit der Schuldnerberatung hat für das *iff* also einen nicht zu überschätzenden Stellenwert. Aber auch umgekehrt kommen die Ergebnisse der Überschuldungsstudien und darauf aufbauenden Arbeiten des *iff* der Schuldnerberatung zugute. So kann die Schuldnerberatung auf eine Problemanalyse zurückgreifen, die nach streng wissenschaftlichen Standards erfolgt, das heißt vor allem unabhängig, neutral und ehrlich ist. Hierdurch konnte die in der Öffentlichkeit und Politik teilweise immer noch mit Vorurteilen behaftete Diskussion versachlicht werden.

---

<sup>1</sup> Zu den Begriffen „Schulden“, „Überschuldung“, „Armut“ und „soziale Ausgrenzung“ vergleiche ausführlich Knobloch et al. (2012), S. 8.

<sup>2</sup> Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V. (1994); Schulz-Rackoll et al. (1994); Evers (1998).

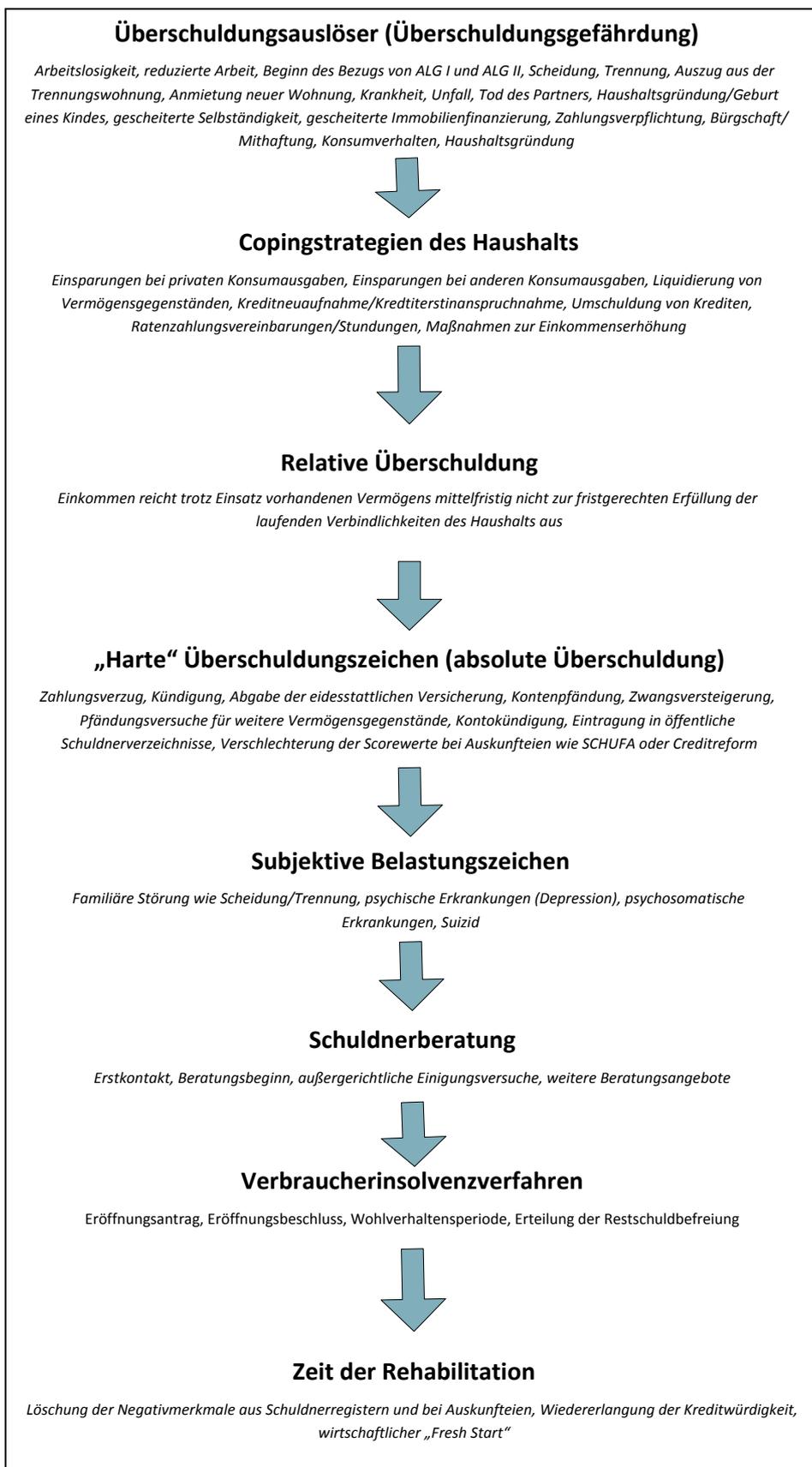
<sup>3</sup> Reifner et al. (2010).

<sup>4</sup> So etwa Kilborn (2011) und zuletzt in einer aktuellen Studie der Europäischen Kommission, zu der zurzeit erst der Zwischenbericht vorliegt, siehe Civic Consulting of the Consumer Policy Evaluation Consortium (2013).

<sup>5</sup> Der ausgeschriebene Name des Vorgängerprogramms CADAS lautete „computer assisted debt advice system“, daraus wurde CADAS für Windows („CA-WIN“) und daraus „CAWIN“ (als Eigenname und nicht mehr als Abkürzung verwendet).

<sup>6</sup> Die nächste Konferenz zu Finanzdienstleistungen findet am 22./23. Mai 2014 in Hamburg statt.

Abbildung 2: Typischer Überschuldungsverlauf



## 1.2 iff-Überschuldungsreport – ein Rückblick

Besonders gut zeigt sich diese „Win-win-Situation“ beim iff-Überschuldungsreport, der mit Unterstützung der von der *Teambank* gegründeten Stiftung „Deutschland im Plus“ seit 2007 regelmäßig im Herbst erscheint.<sup>7</sup> Der Report schafft ein Bild der Menschen, die professionelle Schuldnerberatung in Anspruch nehmen.<sup>8</sup> Die Idee, die im Beratungsprozess bei den Überschuldeten ohnehin erhobenen Daten empirisch auszuwerten, entstand schon mit Einführung der CAWIN-Software. In Zeiten, in denen sich die Politik aus dem Bereich der empirischen soziologischen Grundlagenforschung zurückzog<sup>9</sup>, erschien es als verhältnismäßig günstige Alternative, die mit Hilfe der EDV ohnehin gespeicherten Daten zu analysieren. Dennoch dauerte es bis 2005, bis diese Idee, zunächst in einem Beitrag für den Schuldenkompass der SCHUFA<sup>10</sup>, verwirklicht werden konnte. Der damalige Beitrag kann als Pilotprojekt für die später folgenden eigenständigen Studien verstanden werden. Ausgewertet wurden damals die Daten von etwa 300 Haushalten, die sich an Schuldnerberatungsstellen in Wilhelmshaven und in Oldenburg gewandt hatten. Die Daten mussten zunächst anonymisiert werden, das heißt von personenbezogenen Merkmalen befreit werden.<sup>11</sup> Da die Daten nicht primär für die Wissenschaft, sondern für die Arbeit der Schuldnerberatung gedacht waren, musste das multidimensionale Datenformat zudem in eine statistisch zu verarbeitende Form umprogrammiert und gespeichert werden. Trotz partieller Schwierigkeiten war dieser „Test“ schließlich erfolgreich und die Grundlage für den iff-Überschuldungsreport gelegt. Die Datenbasis konnte bereits im ersten Jahr des damals noch von der *Teambank* unterstützten Reports auf mehr als 10.000 Haushalte aus damals neun Beratungsstellen in fünf Bundesländern erweitert werden.<sup>12</sup> Sie ist seither konstant, soll aber in Zukunft auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden.

Die Nutzung von Daten, die im Beratungsprozess durch qualifizierte Schuldnerberaterinnen und Berater EDV-gestützt erhoben werden, hat Vor- und Nachteile. So ist die Datenqualität von vergleichsweise hoher Qualität, denn die Fragen werden von Spezialisten gestellt, die auf Grund ihrer Tätigkeit und des Zwecks der Erhebung mit großer Gründlichkeit vorgehen. Zudem ist die Datenabfrage und Dokumentation streng standardisiert und damit eine Vergleichbarkeit gut gewährleistet. Die Kooperation der Betroffenen ist hoch; selbst Angaben zu Fragen, deren Beantwortung innerhalb von herkömmlichen Erhebungen vermieden wird, sind innerhalb der Daten der Schuldnerberatung vollständig vorhanden. Die regelmäßige Analyse zeichnet somit ein gutes Bild der Veränderungen über die Jahre und erfasst die wesentlichen Daten, etwa die Haushaltsdaten, Überschuldungsursachen, die einzelnen Schulden und die Gläubigergruppen, vollständig. Darüber hinaus werden im Überschuldungskontext wichtige Vergleichsdaten anderer Institute oder des Statistischen Bundesamts regelmäßig aufbereitet und dargestellt, wodurch der Überschuldungsreport inzwischen auch eine verlässliche Fundstelle für aktuelle empiri-

<sup>7</sup> Aktuell der iff-Überschuldungsreport 2012. Alle iff-Überschuldungsreports können kostenlos unter [www.iff-ueberschuldungsreport.de](http://www.iff-ueberschuldungsreport.de) heruntergeladen werden.

<sup>8</sup> Diese Personen können als „überschuldet“ gelten. Zu den Definitionen vergleiche nur Knobloch et al. (2012), S. 10.

<sup>9</sup> Die letzten großen mit staatlicher Unterstützung durch die *GP-Forschungsgruppe* durchgeführten Untersuchungen stammen aus den Jahren 2001 und 2002, siehe Korczak (2001).

<sup>10</sup> SCHUFA Holding AG (2005), S. 125.

<sup>11</sup> Die resultierenden Daten sind nicht „personenbezogen“ im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes und die Publikation der Ergebnisse stellt von daher auch keinen Eingriff in Persönlichkeitsrechte dar.

<sup>12</sup> Hierzu Reifner et al. (2007), S. 52.

sche Bevölkerungsdaten ist. Auf der anderen Seite sind der Analyse der EDV-Daten auf Grund der vorgegebenen Struktur Grenzen gesetzt. Anders als bei herkömmlichen empirischen Untersuchungen ist es nur sehr begrenzt möglich, neue Fragestellungen anhand eines Sets von Indikatoren abzufragen und zu untersuchen. Sich dessen bewusst, verfolgte die Studie von Beginn an das Ziel, dieses Defizit durch Sonderuntersuchungen und eine Erweiterung der Software auszugleichen. Schwerpunkte im Überschuldungskontext wie der regionale Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Überschuldung (2007)<sup>13</sup>, Liquiditätsschwankungen nach Scheidung, Trennung und Arbeitslosigkeit (2008)<sup>14</sup>, Fallschilderungen aus den Beratungsstellen (2008)<sup>15</sup>, der Zusammenhang zwischen Armut und Überschuldung (2008),<sup>16</sup> Dauer der individuellen Überschuldung (seit 2009)<sup>17</sup>, gescheiterte Selbständige (seit 2009)<sup>18</sup>, eine Kurzevaluation des Verbraucherinsolvenzverfahrens aus Sicht derjenigen, die es durchlaufen haben (2010),<sup>19</sup> oder die Umsetzung der Ergebnisse in Handlungsempfehlungen (2011)<sup>20</sup> zeugen vom Bemühen des Instituts, aktuelle Themen zeitnah aufzugreifen und umzusetzen.

Die vom Überschuldungsreport behandelten Themen werden diskutiert. Der Report verzeichnet jährlich weit über 5.000 Besucher auf seiner Internetseite, die Medien berichten regelmäßig und die am Institut kostenlos erhältliche Printversion<sup>21</sup> wird gern angefragt. Die Politik nutzt die Ergebnisse, etwa bei der Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens zur Rechtfertigung der Verkürzung der Wohlverhaltensperiode<sup>22</sup> oder als eine Grundlage der Berichterstattung zur Kontollosigkeit<sup>23</sup> oder im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht.<sup>24</sup> Die Rezeption reicht nicht nur weit in die Schuldnerberatung, sondern erreicht inzwischen auch die Anbieter. Projekte zur Förderung der finanziellen Allgemeinbildung nutzen die Ergebnisse genauso wie einzelne Anbieter bei der Produktentwicklung und Produktpassung.

### 1.3 Ausblick

Der *iff*-Überschuldungsreport stellt jährlich aktuell Überschuldungsdaten der Öffentlichkeit bereit. Die Untersuchung ist somit eine der wenigen Studien, die noch aktuell Material zu diesem wichtigen Thema auf wissenschaftlicher Basis liefern. Das Interesse der Politik scheint entgegen der Bedeutung des Themas eher gering zu sein. So umfasst das Kapitel zur Überschuldung im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregie-

<sup>13</sup> Reifner et al. (2007), S. 29.

<sup>14</sup> Knobloch et al. (2008), S. 38.

<sup>15</sup> Knobloch et al. (2008), S. 64.

<sup>16</sup> Knobloch et al. (2008), S. 30.

<sup>17</sup> Knobloch et al. (2009), S. 21.

<sup>18</sup> Knobloch et al. (2009), S. 51.

<sup>19</sup> Knobloch et al. (2010), S. 21.

<sup>20</sup> Knobloch et al. (2011), S. 11.

<sup>21</sup> Bestellungen bitte an *iff*, Rödingsmarkt 31/33, 20459 Hamburg.

<sup>22</sup> So die Bundesjustizministerin in ihrer Rede auf dem Achten Deutschen Insolvenzrechtstag in Berlin (Leutheusser-Schnarrenberger): *„Untersuchungen zufolge liegt die durchschnittliche Überschuldungsdauer – gerechnet vom Auslöser der Überschuldung bis zur Löschung des SCHUFA-Eintrags – bei durchschnittlich 14 Jahren. Dass diese lange Zeit fast zwangsläufig zum Motivationsverlust beim Schuldner führt, muss nicht näher erklärt werden.“*

<sup>23</sup> Deutscher Bundestag (2012), S. 10, 21.

<sup>24</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 364.

rung gerade einmal acht Seiten.<sup>25</sup> Zu nennen sind daneben noch die Basisstatistik Überschuldung des Statistischen Bundesamts<sup>26</sup> und die ebenfalls vom Statistischem Bundesamt herausgegebene Insolvenzstatistik.<sup>27</sup> Die Kernaufgabe der unabhängigen Berichterstattung aus den Schuldnerberatungsstellen soll in den kommenden Jahren ausgebaut werden und die regionale Datenbasis erweitert werden. Bereits in diesem Jahr konnte der Kreis der teilnehmenden Stellen vergrößert werden.<sup>28</sup> Im kommenden Jahr soll sich die Abdeckung dann auf ganz Deutschland erstrecken. Daneben soll der Überschuldungsreport sich auch zukünftig regelmäßig aktuellen Themen widmen und sich auch selbst mit den eigenen Ergebnissen auseinandersetzen. Im hier vorgelegten achten Report wird in zwei Detailanalysen auf die Themen der Verzugskosten und auf die Situation und Entwicklung älterer Menschen eingegangen. Diese Vorhaben erfordern eine langfristige Planung und Ressourcensicherheit, die dankenswerterweise durch das nachhaltige Engagement der Stiftung „Deutschland im Plus“ ermöglicht wird.

## **2 „Big Five“ der Überschuldungsgründe bedingen fast drei Viertel aller Überschuldungsfälle – Krankheit bei mehr, irrationales Konsumverhalten bei weniger als 10 Prozent**

Finanzielle Krisen haben nur selten einen einzigen Grund. Oft sind es mehrere Faktoren, die bei der Entwicklung und Eskalation dieser schwierigen Situation eine Rolle spielen. Nach unserer Begrifflichkeit sind „Überschuldungsgründe“ alle Faktoren, die kausal und zurechenbar für die Genese und den Verlauf der Überschuldungsbiografie sind. Hierunter fallen zum einen die Überschuldungsauslöser. Dies sind Ereignisse, die negative Auswirkungen auf die Liquidität des Haushalts haben und den Überschuldungsprozess konkret anstoßen. Demgegenüber sind Überschuldungsursachen alle übrigen Faktoren mit negativem Einfluss auf die finanzielle Krise.<sup>29</sup> Seit der ersten Ausgabe des Überschuldungsreports kategorisieren wir die von den Beraterinnen und Beratern an erster Stelle genannten Hauptgründe der Überschuldung in drei Gruppen: „Ereignisse“, „vermeidbares Verhalten“ und „sonstige Ursachen“. Als vierte Kategorie listen wir davon getrennt die „gescheiterte Selbständigkeit“ auf, die insofern eine Sonderrolle einnimmt, als sie (vordergründig) dem rein geschäftlichen Bereich zuzuordnen ist, obgleich die Folgen der finanziellen Krise denen der übrigen Fälle entsprechen. Die Unterteilung korrespondiert nur teilweise mit den oben genannten Begrifflichkeiten „Grund“, „Auslöser“ und „Ursache“. Die stärkste Übereinstimmung besteht wohl zwischen den Ereignissen und dem Begriff „Auslöser“. Beim vermeidbaren Verhalten ist schon beides anzutreffen. Die Unterteilung und Darstellung ist aus mehreren Gründen subjektiv. Bereits die Auswahl aus einem vorgegebenen Kriterienkatalog bedeutet eine Einschränkung. Ebenso ist die Entscheidung, lediglich eines der Merkmale als „Hauptauslöser“ der Situation einzuordnen,

<sup>25</sup> Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 360–367. Bereits 2006 merkten Brock et al. (2008) an: „Im Gegensatz zu medienwirksamen Debatten um ganze Gruppen der Gesellschaft, die den Anschluss zu verlieren drohen oder schon verloren haben, verschließt sich diese Entwicklung weitestgehend im Privaten. Zwar spricht der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von mehr als drei Millionen betroffenen Haushalten, zwar meldeten laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2006 92.844 Personen Verbraucherinsolvenz an, das Problem selbst schafft es nur sehr begrenzt auf die dauerhafte Agenda massenmedialer Aufmerksamkeit.“

<sup>26</sup> Ab 2009, zuletzt Statistisches Bundesamt (2013d).

<sup>27</sup> Statistisches Bundesamt (2013a). Eine Übersicht über die einzelnen Projekte der Überschuldungsforschung hat zuletzt Korczak (2013) gegeben.

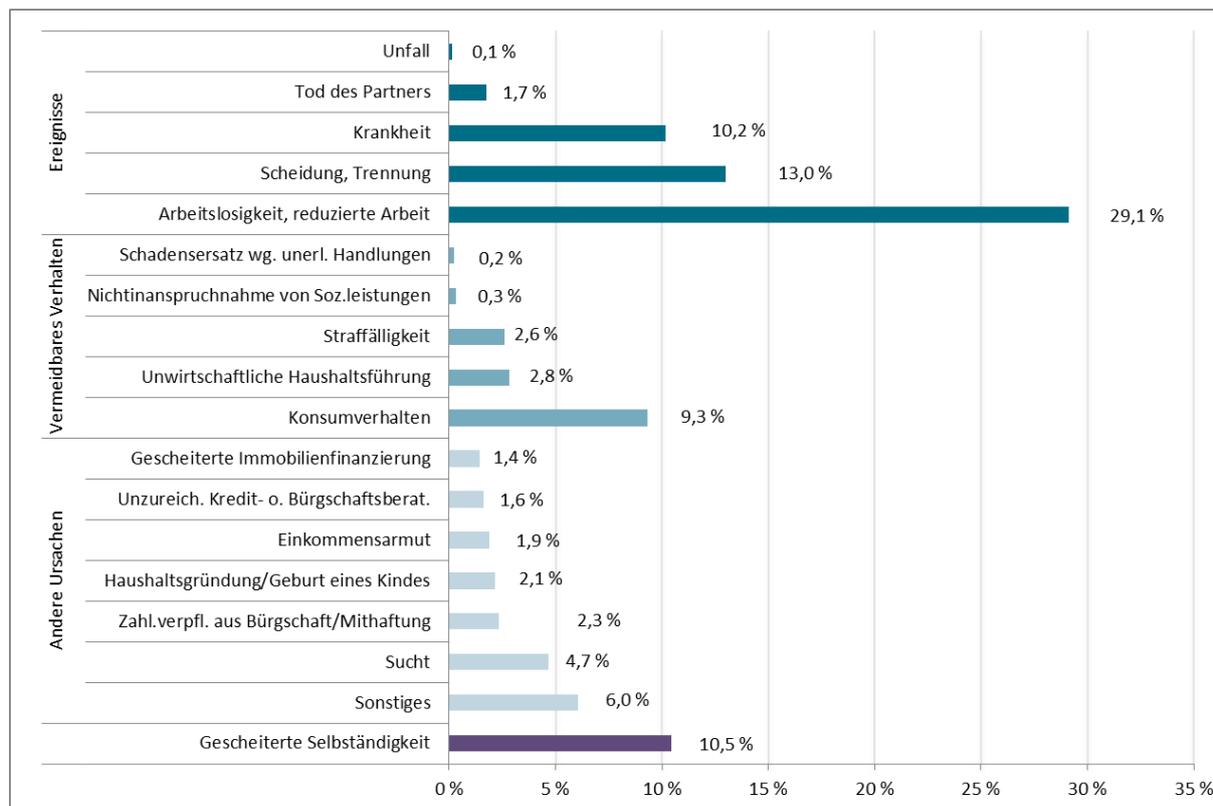
<sup>28</sup> Hinzugekommen ist für diese Ausgabe des Reports die AWO KV München-Stadt e. V.

<sup>29</sup> Hierzu Rau et al. (2013), S. 163 Fn. 22.

angesichts von komplizierten Sachverhalten, bei denen immer eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielen, und angesichts einer nicht standardisierten Herangehensweise notgedrungen unscharf. Nicht zuletzt bestehen keine klaren Richtlinien, wie die einzelnen Kategorien zu definieren sind und welche Sachverhalte darunter zu fassen sind.<sup>30</sup> Dessen ungeachtet sollten diese methodischen Unzulänglichkeiten zwar nicht ausgeblendet, andererseits aber auch nicht überbewertet werden. Zumindest Entwicklungen lassen die hier veröffentlichten Zahlen erkennen, da die Einschätzung Jahr für Jahr durch eine überwiegend identische Gruppe professioneller Schuldnerberaterinnen und -beratern vorgenommen wird.

Die Gruppe der (meist nicht vermeidbaren) Ereignisse machte im Jahr 2012 mit Abstand den größten Anteil unter den Ratsuchenden aus mit zusammen 54,2 Prozent. Zu diesen Ereignissen zählen wir unfreiwillige Arbeitslosigkeit, die Trennung vom Partner, Krankheit, Tod des Partners und Unfälle. Demgegenüber wurde von den Schuldnerberaterinnen und -beratern in lediglich 15,3 Prozent der Fälle vermeidbares Verhalten der Betroffenen, allem voran das „Konsumverhalten“ als Hauptauslöser der Überschuldungssituation angegeben. Auf die sonstigen Ursachen, die sich aus unserer Sicht weder den unvorhersehbaren Ereignissen noch dem vermeidbaren Verhalten eindeutig zuordnen lassen, wie Sucht, Bürgschaftsfälle, Haushaltsgründungen oder Einkommensarmut, entfielen 20,2 Prozent der Fälle, auf die gescheiterte Selbständigkeit entsprechend die restlichen 10,5 Prozent.

**Abbildung 3: Hauptüberschuldungsgründe 2012**



Drei der fünf wichtigsten Überschuldungsauslöser entfallen damit wie im vergangenen Jahr auf die Gruppe der Ereignisse: Arbeitslosigkeit und reduzierte Arbeit werden in

<sup>30</sup> Hierauf hat Mantseris (2010), S. 4, hingewiesen.

29,1 Prozent der Fälle als Hauptauslöser angegeben, das ist etwas weniger als im vergangenen Jahr. In 42,7 Prozent wird Arbeitslosigkeit zumindest als mitursächlich für die Überschuldungsgenese genannt. Der Anteil der scheidungs- und trennungsbedingten Überschuldungsfälle ist dagegen leicht angestiegen, von 18,6 auf 19,2 Prozent. Ein weiterer leichter Anstieg ist auch bei den überwiegend krankheitsbedingten Überschuldungsfällen auszumachen; von 9,8 Prozent im Jahr 2011 auf 10,2 Prozent im Jahr 2012. Krankheit spielt im Jahr 2012 in 17 Prozent der Fälle eine zumindest untergeordnete Rolle. Beim vierten wichtigen Überschuldungsauslöser, dem irrationalen Konsumverhalten, ist hingegen wiederum ein Rückgang ersichtlich. Der Anteil der nach Einschätzung der Profis überwiegend konsumbedingten Überschuldungsfälle betrug im Jahr 2012 nur noch 9,3 Prozent und damit vier Zehntel Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Die Bedeutung des Konsumverhaltens spielt also nach Ansicht der Beraterinnen und Berater bei der Entstehung der finanziellen Krise eine immer geringere Rolle, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Faktor in nur noch 14,2 Prozent der Fälle überhaupt noch angegeben wird. Im Jahr 2006 waren es noch 20,8 Prozent der Fälle gewesen.<sup>31</sup> Als letzter Auslöser unter den großen Fünf ist die oben bereits genannte Zahl der gescheiterten Selbständigen im Vergleich zu 2011 um 0,4 Prozentpunkte angestiegen.

Damit ist Überschuldung in Deutschland einmal mehr ganz überwiegend nicht das Resultat einer vorwerfbaren Lebensführung, sondern Folge kritischer Lebensereignisse bei Menschen, die auf Grund ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer sonstigen Lebensumstände schlechter als andere in der Lage sind, mit solchen Ereignissen fertig zu werden.

**Tabelle 1: Überschuldungsauslöser 2005 – 2013 Q1**

Überschuldungsauslöser	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 (1. Quartal)
Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	43,0 %	40,0 %	40,9 %	45,2 %	47,7 %	45,9 %	42,7 %	41,6 %
<i>ist Hauptauslöser der Überschuldung</i>	32,3 %	29,9 %	30,0 %	32,6 %	32,8 %	32,7 %	29,1 %	29,8 %
Scheidung/Trennung	22,6 %	19,3 %	19,2 %	19,2 %	19,9 %	18,6 %	19,2 %	18,0 %
<i>ist Hauptauslöser der Überschuldung</i>	14,1 %	12,0 %	12,5 %	11,9 %	12,8 %	11,3 %	13,0 %	13,0 %
Krankheit	12,4 %	14,9 %	13,0 %	16,2 %	14,4 %	17,2 %	17,0 %	16,6 %
<i>ist Hauptauslöser der Überschuldung</i>	7,0 %	7,9 %	7,0 %	9,8 %	8,8 %	9,8 %	10,2 %	9,5 %
Konsumverhalten	20,8 %	18,7 %	19,7 %	17,9 %	17,0 %	16,2 %	14,2 %	11,6 %
<i>ist Hauptauslöser der Überschuldung</i>	10,8 %	9,7 %	11,4 %	10,8 %	9,9 %	9,7 %	9,3 %	6,8 %
Gescheiterte Selbständigkeit	14,6 %	13,8 %	13,0 %	11,6 %	12,1 %	11,5 %	12,2 %	10,6 %
<i>ist Hauptauslöser der Überschuldung</i>	12,0 %	11,4 %	11,1 %	9,6 %	9,9 %	9,3 %	10,5 %	8,3 %

Die genannten „Big Five“ bedingten im Jahr 2012 mit 72,1 Prozent also fast drei Viertel aller Überschuldungsfälle.

### 3 Uneinheitliche Einschätzung der Überschuldungsbetroffenheit für das Jahr 2012

Zahlen zum quantitativen Ausmaß der Überschuldung privater Haushalte und Personen werden aktuell lediglich von Auskunftsteilen vorgelegt. Selbst die Bundesregierung gibt in ihrem vierten Armuts- und Reichtumsbericht nur die Zahlen der Auskunftsteile wider, ohne

<sup>31</sup>

Im Gegensatz dazu steht wohl immer noch die öffentliche Wahrnehmung beziehungsweise die Darstellung in den Medien. Bender et al. (2013) zitieren hierzu die Internetseite „Pro-Schuldberberatung“ wie folgt: „Herr Zwegat ist ausgebildeter Pädagoge und arbeitet gegen fehlenden Antrieb, Faulheit, Lust- und Arbeitslosigkeit. Herr Zwegat arbeitet oft gegen allzu große Naivität und allzu große Dummheit von hilfessuchenden Personen.“

diese kritisch zu hinterfragen.<sup>32</sup> Die von uns analysierten Indikatoren lassen keine Kalkulation der Zahl der Überschuldeten zu, wohl aber die Darstellung von Veränderungen und Zusammenhängen, die Einfluss auf die Zahl der von Überschuldung betroffenen Haushalte haben könnten. Danach ist der Befund uneinheitlich. Positiv zu verbuchen sind die günstige Entwicklung der Beschäftigungsnachfrage bis Mitte 2012 und die gesunkene Zahl der Verbraucherinsolvenzen bis Dezember 2012. Demgegenüber zeigt sich ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung seit Oktober 2012 und eine insgesamt gestiegene Nachfrage nach so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen, die tendenziell weniger Sicherheit vor Überschuldung bieten als reguläre Beschäftigungen. Hinzu kommt, dass die Arbeitsnachfrage eher qualifizierte Zuwanderer erfasste. Auch die von uns ausgewerteten Arbeitslosigkeitsindikatoren steigen erst ab dem 4. Quartal 2012 an. Nach unserer Einschätzung folgt die Überschuldungsbetroffenheit jedoch der Arbeitslosigkeit mit einigem zeitlichen Abstand, so dass wir trotz vorgenannter negativer Faktoren von einem Anstieg der Zahl überschuldeter Haushalte erst ab dem Jahr 2013 ausgehen. Diese Einschätzung beruht auch darauf, dass die Arbeitslosigkeit aktuell<sup>33</sup> noch steigt.

### 3.1 Trotz guter Beschäftigungsnachfrage Anstieg der Zahl der Arbeitslosen seit Oktober 2012

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit und andere unfreiwillige Einkommensverluste sind nach wie vor der Hauptauslöser für finanzielle Krisen privater Haushalte, wie oben in Kapitel 2 dargestellt wurde. Saisonbereinigt waren im Juni 2013 wieder 2,943 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos gemeldet.<sup>34</sup> Das waren etwa 57.000 Personen mehr als im Juni des Vorjahres. Ein Anstieg ist im 12-Monats-Vergleich bereits ab Oktober 2012 auszumachen. Diese leicht steigende Tendenz ließ sich zuletzt auch an der Arbeitslosenquote ablesen. Nachdem die Arbeitslosenquote im Zeitraum zwischen März 2009 und November 2012 von ihrem zwischenzeitlichen Höchststand von 8,5 Prozent auf 6,5 Prozent gesunken war, steigt sie seither leicht und betrug im Februar dieses Jahres 7,4 Prozent.<sup>35</sup> Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei der Zahl der in Kurzarbeit befindlichen Personen. Diese sind – entgegen der Bezeichnung – teilweise überhaupt nicht erwerbstätig. In Kurzarbeit waren im Februar 2013 (geschätzt) etwa 102.000 Personen und damit etwa 16.000 mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.<sup>36</sup> Wie bei der Arbeitslosenzahl zeigt sich eine leicht negative Entwicklung auch bei den Kurzarbeitern ab Oktober 2012. Die im vergangenen Report referierten verhalten optimistischen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute<sup>37</sup> haben sich im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen von daher nicht bewahrheitet.

---

<sup>32</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 361. Wir referieren die Zahlen der Creditreform weiter unten in diesem Kapitel.

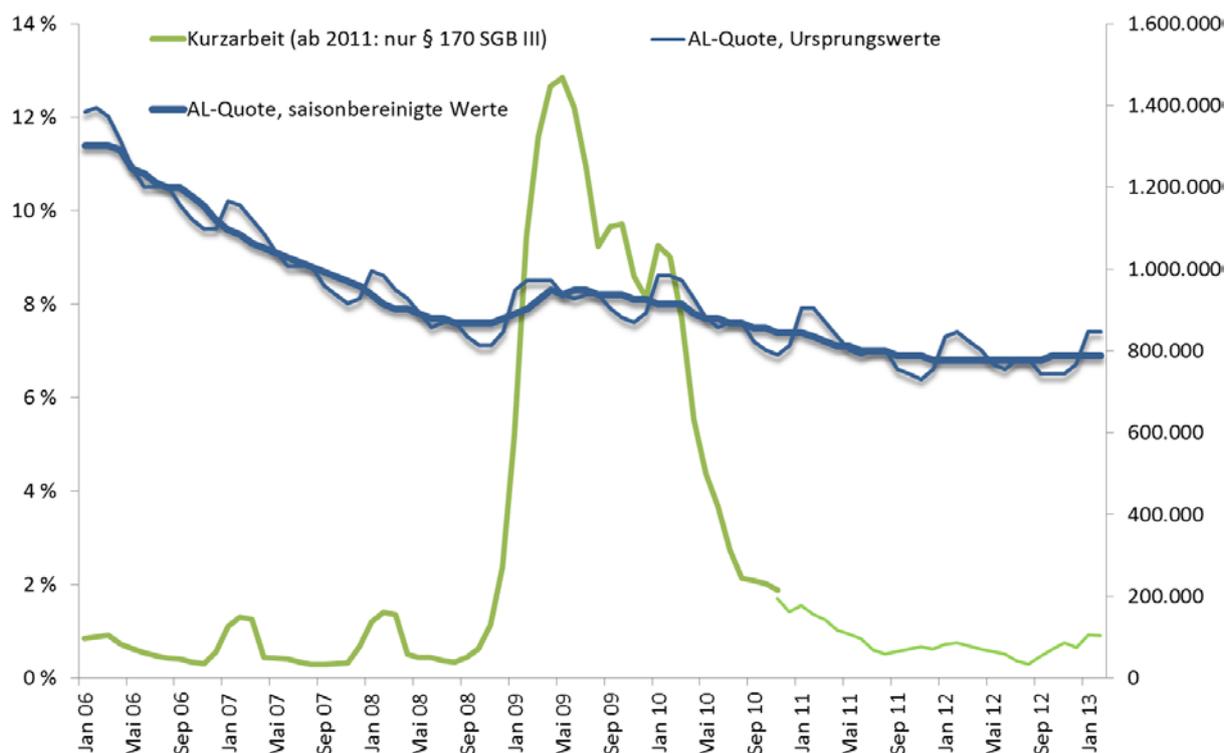
<sup>33</sup> Stand: Juni 2013.

<sup>34</sup> Arbeitslose sind nach § 16 SGB III Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben, sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

<sup>35</sup> Bundesagentur für Arbeit (2013b).

<sup>36</sup> Bundesagentur für Arbeit (2013a).

<sup>37</sup> Knobloch et al. (2010).

**Abbildung 4: Arbeitslosenquote (saisonbereinigt) und Anzahl der Kurzarbeitsverhältnisse 2006 – 2013 Q1**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Darstellung: iff

### 3.2 Überdurchschnittliche Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse seit 2007

Die vergleichsweise geringen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt werden überdeckt von einem grundsätzlichen Wandel innerhalb der Beschäftigungsverhältnisse. Zuletzt haben Rau, Hoffmann und Bock<sup>38</sup> unter Bezugnahme auf Keller und Seifert<sup>39</sup> den Prozess der Umschichtung wie folgt charakterisiert: „Es lässt sich somit als wesentliches Merkmal des modernen Arbeitsmarktes ein Wandel weg von dem klassischen Normalarbeitsverhältnis (unbefristete Festanstellung) hin zu so genannten atypischen Beschäftigungsformen nachweisen.“ Die Entwicklung bis zum Jahr 2011 kann unter anderem anhand der Zahlen des Statistischen Bundesamts belegt werden. Zwischen 2009 und 2011 erhöhte sich die Zahl der abhängig Beschäftigten um den Faktor 1,033. Der Anstieg der Beschäftigungszahlen ging überdurchschnittlich auf einen Anstieg bei den atypischen Beschäftigungen zurück.<sup>40</sup> Besonders starke Anstiege gab es im genannten Zeitraum in der Zeitarbeit (Anstiegsfaktor 1,384 auf 775.000), bei den befristet Beschäftigten (Faktor 1,063 auf 2,805 Millionen) und den geringfügig Beschäftigten (Faktor 1,038 auf 2,673 Millionen). Die Steigerung bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen kann als Indikator einer Steigerung bei den präkeren Beschäftigungsverhältnissen herangezogen werden, welche im Zusammenhang mit der Überschuldung besonders interessieren.

<sup>38</sup> Rau et al. (2013), S. 168.

<sup>39</sup> Keller und Seifert (2006).

<sup>40</sup> Hierzu zählen nach dem Statistischen Bundesamt befristete Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitstellen, geringfügige Beschäftigungen und die Zeitarbeit. Statistisches Bundesamt (2013e).

Gemeint sind solche Arbeitsverhältnisse, bei denen die Dimensionen Einkommen, Beschäftigungsstabilität oder soziale Absicherung unfreiwillig hinter dem „Üblichen“ zurückbleiben und die Betroffenen von daher anfälliger für Armut und Überschuldung machen.<sup>41</sup> Auch wenn atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse nicht gleichzusetzen sind,<sup>42</sup> bestehen dennoch starke Abhängigkeiten. So ist ein Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und atypischen Beschäftigungsverhältnissen nachgewiesen: Nach den Daten des Statistischen Bundesamts waren im Jahr 2008 fast ein Viertel, nämlich 23,2 Prozent der geringfügig Beschäftigten, 16,5 Prozent der befristet Beschäftigten, 15,3 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und 8,5 Prozent der Zeitarbeitnehmer armutsgefährdet gegenüber nur 3,2 Prozent bei den Arbeitnehmern in Normalarbeitsverhältnissen.<sup>43</sup> Trotz dieses Zusammenhangs sollte aber beachtet werden, dass atypische Arbeitsverhältnisse auch das Resultat einer freiwilligen Entscheidung des Arbeitnehmers sein können. So kann eine Teilzeitstelle von Eltern jüngerer Kinder durchaus gewollt sein, ohne dass hierdurch eine ungewollte Benachteiligung anzunehmen ist. Eine solche Situation würde man nicht als prekär bezeichnen.

Rückschlüsse auf die Zunahme präkerer Arbeitsverhältnisse lässt auch die Statistik zu den Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu. Dem bis Herbst 2012 erfolgten Rückgang der als arbeitslos gemeldeten Personen entspricht eine Abnahme bei den erwerbsfähigen Beziehern von Arbeitslosengeld II. Deren Zahl sank von 5,277 Millionen im Jahr 2007 auf 4,710 Millionen im Jahr 2012, wobei zwischen 2011 und 2012 wieder ein Anstieg zu verzeichnen ist.<sup>44</sup> Anders sieht es jedoch bei den Beziehern aus, die gleichzeitig ein Brutto-Einkommen aus abhängiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit bezogen. Deren Zahl stieg zwischen 2007 und 2012 von 1,221 Millionen auf 1,348 Millionen Personen an. Lag der so genannte „Aufstocker-Anteil“ (Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen ALG-II-Beziehern) im Jahr 2007 noch bei etwas über 23 Prozent, so betrug er im Jahr 2012 nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit knapp 29 Prozent. Dies kann als ein Indikator für einen Anstieg von solchen prekären Arbeitsverhältnissen angesehen werden, bei denen das Erwerbseinkommen nicht zur Deckung der existenziellen Bedarfe des Haushalts ausreicht und die deshalb auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Insgesamt zeigt sich in den vergangenen Jahren also eine Entwicklung hin zu atypischen Arbeitsverhältnissen und eine damit einhergehende Gefahr der Prekariisierung von Arbeitnehmern.

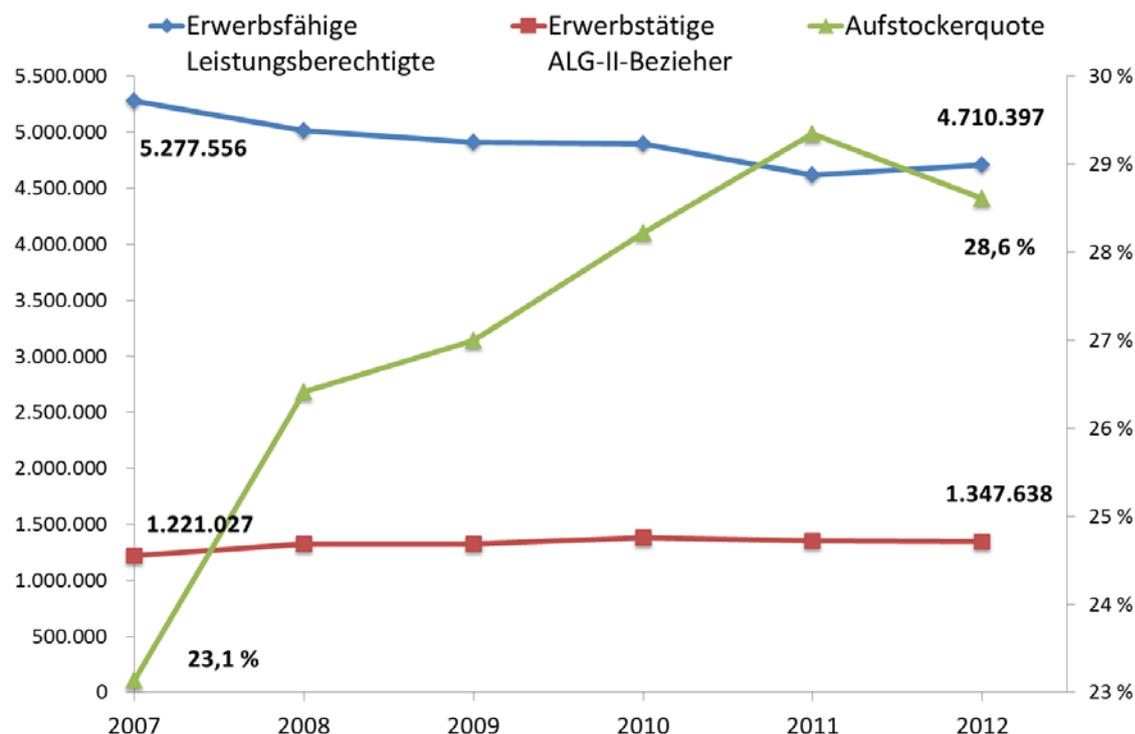
---

<sup>41</sup> Brehmer und Seifert (2007).

<sup>42</sup> Auf die hierüber geführte Kontroverse weisen Rau et al. (2013), S. 29 f. hin.

<sup>43</sup> Wingerter (2009), S. 1094.

<sup>44</sup> Bundesagentur für Arbeit (2012).

**Abbildung 5: ALG-II-Aufstocker 2007 bis 2012**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Darstellung: iff

### 3.3 Teilweise wieder leichter Anstieg der Arbeitslosigkeitsindikatoren bei Überschuldeten ab 4. Quartal 2012

Dem bis zum 3. Quartal 2012 positiven Verlauf der Zahl der Arbeitslosen entsprechend sank im Quartalsvergleich auch zum 4. Quartal 2012 die Zahl derjenigen Ratsuchenden, die Arbeitslosigkeit als einen Überschuldungsauslöser oder als Hauptüberschuldungsauslöser angaben, deutlich. Allerdings zeigen sich bei den übrigen drei Arbeitslosigkeitsindikatoren bei den Überschuldeten zuletzt wieder Anstiege insbesondere beim Anteil derjenigen Ratsuchenden, deren Haushalte ALG I oder ALG-I-Leistungen erhalten. Auch der Anteil der arbeitslosen Überschuldeten stieg zuletzt bereits wieder an, auf nahezu 50 Prozent aller Ratsuchenden. Die Anteile der Bezieher von Arbeitslosengeld I und II liegen in der Summe sogar bei 55 Prozent. Enthalten sind auch Haushalte, die gleichzeitig beide Leistungen erhalten und die oben näher beschriebenen ALG-II-Aufstocker.

**Tabelle 2: Arbeitslosigkeitsindikatoren bei Überschuldeten (quartalsweise) 2006 Q4 – 2012 Q4**

	4. Quartal 2006	4. Quartal 2007	4. Quartal 2008	4. Quartal 2009	4. Quartal 2010	4. Quartal 2011	4. Quartal 2012
Ratsuchender ist arbeitslos	50,9 %	48,7 %	48,0 %	50,3 %	52,9 %	47,5 %	49,8 %
Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit als Überschuldungsauslöser angegeben	40,4 %	38,8 %	41,0 %	43,3 %	48,2 %	45,6 %	43,2 %
Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit als Hauptauslöser der Überschuldung angegeben	31,1 %	31,2 %	27,5 %	30,2 %	34,4 %	32,5 %	28,7 %
Haushalt bezieht ALG I	7,2 %	5,4 %	7,3 %	6,6 %	4,6 %	5,4 %	6,7 %
Haushalt bezieht ALG II	51,5 %	52,9 %	48,5 %	52,9 %	50,8 %	46,7 %	48,3 %

### 3.4 Weniger Verbraucherinsolvenzverfahren im Jahr 2012

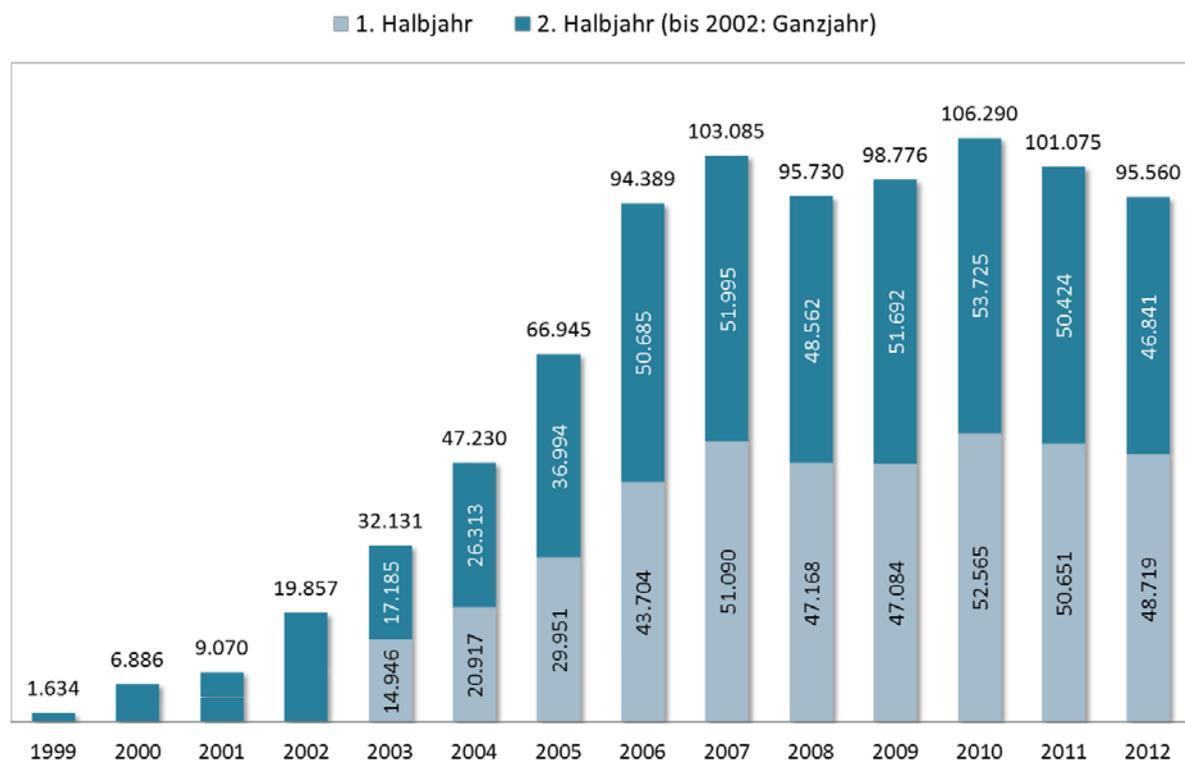
Die bis zum letzten Quartal 2012 andauernde positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die dadurch bedingte Verbesserung bei der Zahl der überschuldeten Haushalte scheinen sich in der Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren widerzuspiegeln. Wie bereits im Vorjahr nahm die Zahl der Eröffnungen weiter ab, von 101.075 Eröffnungen im Jahr 2011 auf 95.560 Eröffnungen im Jahr 2012, was einer Reduzierung um etwa 5,5 Prozent entspricht.<sup>45</sup> Die relative Abnahme ist damit noch höher als im Vorjahr (4,9 Prozent). Seit der Einführung im Jahr 1999 wurden damit bis zum Jahresende 2012 insgesamt 878.658 Verfahren eröffnet. Die Millionengrenze wird damit spätestens im Jahr 2014 überschritten werden. Welche Auswirkungen die Diskussion zur Reform des Verfahrens,<sup>46</sup> insbesondere zur Verkürzung der Dauer bis zur Restschuldbefreiung hatte, ist anhand dieser Zahlen noch nicht abzusehen. Zahlen für das Jahr 2013 liegen bislang nicht vor.<sup>47</sup> Auffällig ist aber ein starker Rückgang bei den Eröffnungen noch im Dezember 2012. Die wesentlichen gesetzlichen Neuregelungen werden, nachdem das Gesetz am 16. Mai 2013 in zweiter und dritter Lesung durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, zum 1. Juli 2014 in Kraft treten. Falls einzelne Betroffene das Inkrafttreten der Verkürzung abwarten wollen, würde dies also eine Steigerung bei den Anträgen erst ab Mitte des Jahres 2014 bedeuten. Unabhängig davon hat sich das Insolvenzverfahren etabliert. Etwa 100.000 Personen gehen pro Jahr in das Verfahren; mehr als eine halbe Million Verbraucher sind damit aktuell auf dem Weg in die Restschuldbefreiung.

---

<sup>45</sup> Vergleiche Statistisches Bundesamt (2013a) und Statistisches Bundesamt (2013b).

<sup>46</sup> Informationen zur Gesetzesreform und zu Gesetzgebungsmaterialien siehe institut für finanzdienstleistungen e. V. (2013).

<sup>47</sup> Das Statistische Bundesamt (2013g) schreibt hierzu in seinem Veröffentlichungskalender: „Zu dem vorgesehenen Termin werden die entsprechenden Ergebnisse der Insolvenzstatistik noch nicht vorliegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit der neuen gesetzlichen Grundlage der Insolvenzstatistik ab 1. Januar 2013 umfangreiche Änderungen bei den Aufbereitungsprogrammen der Insolvenzstatistik erforderlich sind, die es nicht ermöglichen, den vorgesehenen Veröffentlichungstermin einzuhalten. Es ist zudem bereits absehbar, dass die Ergebnisse der Insolvenzstatistik für die folgenden Monate ebenfalls nicht zu den vorgesehenen Terminen veröffentlicht werden können. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werden die Veröffentlichungstermine bekannt gegeben.“

**Abbildung 6: Verbraucherinsolvenzverfahren: Eröffnungen 1999 – 2012**

Quelle: Insolvenzstatistik des Statistischen Bundesamts; Darstellung: iff

**Tabelle 3: Verbraucherinsolvenzverfahren: Eröffnungen und relative Veränderungen 1999 – 2012**

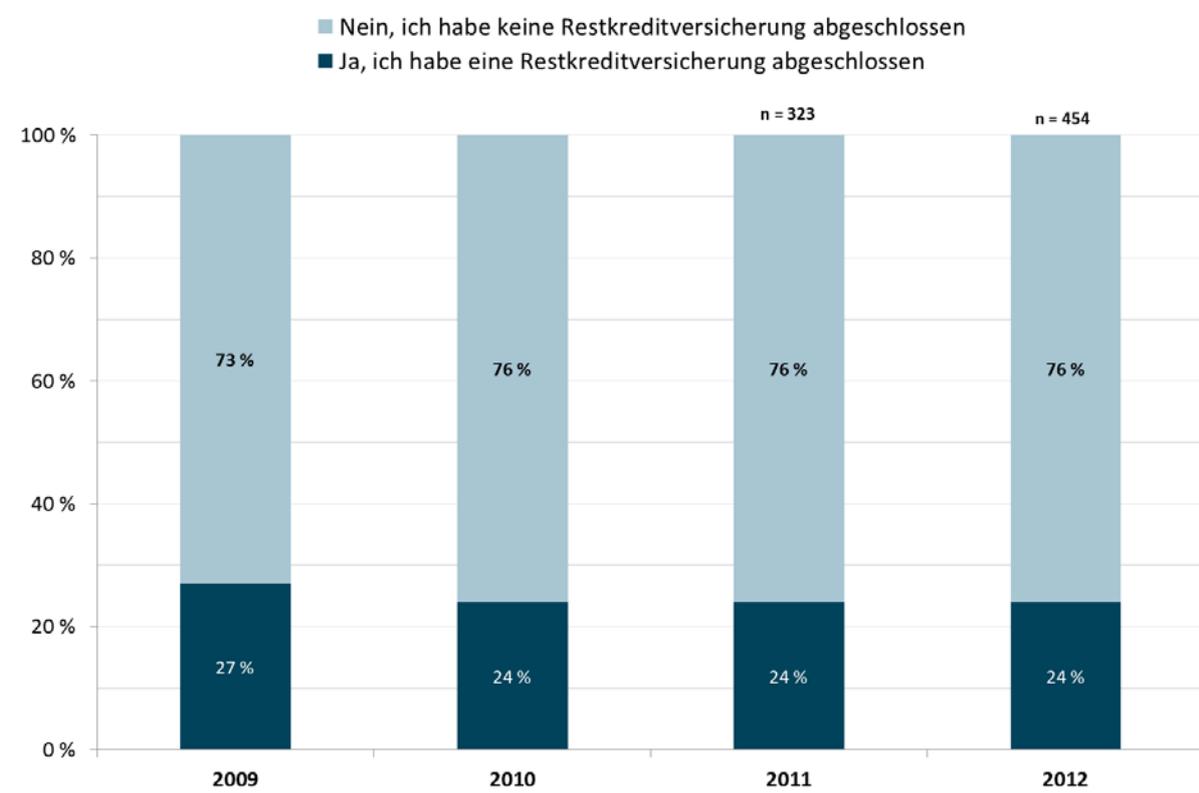
Jahr	Verbraucherinsolvenzen, Eröffnungen	Veränderung zur Vorjahresperiode
1999	1.634	/
2000	6.886	321,4 %
2001	9.070	31,7 %
2002	19.857	118,9 %
2003	32.131	61,8 %
2004	47.230	47,0 %
2005	66.945	41,7 %
2006	94.389	41,0 %
2007	103.085	9,2 %
2008	95.730	-7,1 %
2009	98.776	3,2 %
2010	106.290	7,6 %
Okt. 10	8.517	-2,6 %
Nov. 10	9.486	9,1 %
Dez. 10	8.507	0,6 %
2011	101.075	-4,9 %
Okt. 11	7.686	-9,8 %
Nov. 11	8.468	-10,7 %
Dez. 11	8.036	-5,5 %
2012	95.560	-5,5 %
Okt. 12	8.271	7,6 %
Nov. 12	8.221	-2,9 %
Dez. 12	6.105	-24,0 %

Quelle: (Statistisches Bundesamt 2013a); Darstellung: iff

### 3.5 Zuwachs bei Verbraucherkrediten und gestiegene Restschuld

Nach den Zahlen der SCHUFA wurden im Jahr 2012 von Verbrauchern etwa 7,697 Millionen Ratenkredite neu aufgenommen, entsprechend einem Zuwachs gegenüber 2011 von 514.000 Krediten oder etwa 7 Prozent.<sup>48</sup> Insgesamt belief sich die Zahl solcher Kredite zum 31. Dezember 2012 auf 17,417 Millionen Verträge, was einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent entspricht.<sup>49</sup> Die durchschnittliche Höhe der neu aufgenommenen Konsumentenratenkredite betrug im vergangenen Jahr 7.708 Euro<sup>50</sup> und lag damit etwa auf dem Niveau des Vorjahres (7.712 Euro). Die durchschnittliche Restschuld bei Konsumentenratenkrediten stieg von 8.627 Euro im Jahr 2011 auf 9.190 Euro im Jahr 2012 an.<sup>51</sup> Laut der jährlich von der Gesellschaft für Konsumforschung im Auftrag des Bankenfachverbandes durchgeführten Stichprobe zur Konsum- und Kfz-Finanzierung wiesen 2012 etwa ein Viertel der Verträge Restschuldversicherungen auf.<sup>52</sup> Projiziert auf die Zahlen der SCHUFA wären damit etwa 4,180 Millionen Konsumentenratenkredite mit Restschuldversicherungen verbunden gewesen.<sup>53</sup>

Abbildung 7: Verbreitung von Restschuldversicherungen 2009 – 2012



Quelle: GfK, Darstellung: iff

Die SCHUFA selbst weist in ihren Berichten Zahlen zu Restschuldversicherungen nicht aus. Die Versicherungswirtschaft veröffentlicht die Zahl der Neuabschlüsse von Rest-

<sup>48</sup> SCHUFA Holding AG (2013), S. 11.

<sup>49</sup> SCHUFA Holding AG (2013), S. 14.

<sup>50</sup> SCHUFA Holding AG (2013), S. 13.

<sup>51</sup> SCHUFA Holding AG (2013), S. 16.

<sup>52</sup> GfK Finanzmarktforschung (2012), S. 18.

<sup>53</sup> Vertreter von Banken berichten teilweise von erheblich höheren Anteilen.

schuldversicherungen in der Form von Kollektivversicherungen. Danach wurden im Jahr 2011 insgesamt 568.200 solcher Verträge neu abgeschlossen und damit mehr als im Jahr 2010 (517.400 Verträge).<sup>54</sup> Daneben hält auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Zahlen zu Restschuldversicherungen (in der Form von Kollektivversicherungen) vor,<sup>55</sup> deren Zahlen jedoch stark von den Zahlen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GdV) abweichen. Nach Statistik der BaFin wurden im Jahr 2011 lediglich 303.000 Verträge neu abgeschlossen. Nachstehende Tabelle stellt die Zahlen der BaFin dar und den Kreditausfallquoten der SCHUFA gegenüber. Es errechnet sich für das Jahr 2011 ein Anteil von 0,19 Prozent an Restschuldversicherungen, die auf Grund eines Schadensfalls geleistet haben, entsprechend etwa 4.000 Stück. Demgegenüber beträgt die Ausfallwahrscheinlichkeit bei den Konsumentenratenkrediten nach den Zahlen der SCHUFA etwa 2,5 Prozent, bezogen auf die Anzahl der Verträge. Die starke Abweichung der Anteile kann verschiedene Ursachen haben: Da nicht alle Ratenkredite mit Versicherungen verbunden werden, kann es sein, dass überdurchschnittlich häufig Kreditverträge, bei denen das Ausfallrisiko unterdurchschnittlich ist, mit solchen Versicherungen verbunden werden. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass die von den Versicherungen abgedeckten Risiken nur einen geringen Anteil der tatsächlich bestehenden Risiken ausmachen. Eine dritte Begründung könnte in der Statistik selbst liegen, da, bezogen auf die oben geschätzten gut 4 Millionen Restschuldversicherungsverträge, durch die BaFin-Statistik lediglich etwa die Hälfte der Verträge dargestellt werden. Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass die BaFin-Statistik lediglich solche Versicherungen nennt, die das Todesfallrisiko, gegebenenfalls ergänzt durch das Berufsunfähigkeitsrisiko, abdecken.<sup>56</sup>

**Tabelle 4: Restschuldversicherungen als Kollektivversicherung und Kreditausfallquote**

Jahr	Restschuldversicherungen in Form von Kollektivversicherungen (nach BaFin)						Ratenkredite (nach SCHUFA)
	Bestand zum Jahresanfang (Stück)	Bestand zum Jahresanfang (Volumen)	Versicherungs- eintritt (Stück)	Versicherungs- eintritt (Volumen)	Rückkauf, Umwandlung (Stück)	Schadensquote nach Stück	Ausfallquote nach Stück
2001	4.266 Tsd.	24.761 Mio. €	8 Tsd.	49 Mio. €	195 Tsd.	0,19 %	/
2002	4.412 Tsd.	26.048 Mio. €	9 Tsd.	52 Mio. €	202 Tsd.	0,20 %	/
2003	4.435 Tsd.	27.658 Mio. €	8 Tsd.	53 Mio. €	208 Tsd.	0,18 %	/
2004	4.178 Tsd.	27.006 Mio. €	8 Tsd.	54 Mio. €	236 Tsd.	0,19 %	2,06 %
2005	3.751 Tsd.	24.320 Mio. €	8 Tsd.	56 Mio. €	214 Tsd.	0,21 %	2,26 %
2006	3.403 Tsd.	22.187 Mio. €	7 Tsd.	47 Mio. €	168 Tsd.	0,21 %	2,38 %
2007	3.210 Tsd.	21.900 Mio. €	6 Tsd.	43 Mio. €	173 Tsd.	0,19 %	2,30 %
2008	3.069 Tsd.	21.420 Mio. €	6 Tsd.	38 Mio. €	161 Tsd.	0,20 %	2,50 %
2009	2.529 Tsd.	17.042 Mio. €	5 Tsd.	38 Mio. €	129 Tsd.	0,20 %	2,40 %
2010	2.554 Tsd.	19.277 Mio. €	5 Tsd.	38 Mio. €	124 Tsd.	0,20 %	2,50 %
2011	2.133 Tsd.	16.030 Mio. €	4 Tsd.	33 Mio. €	115 Tsd.	0,19 %	2,50 %
2012							2,50 %

Quellen: (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 2012) für die Lebensversicherungsstatistik, (SCHUFA Holding AG 2005) und (SCHUFA Holding AG 2013) für die Ausfälle bei Ratenkrediten; Darstellung: iff

<sup>54</sup> Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (2012), S. 30.

<sup>55</sup> Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2012), Tabelle 150.

<sup>56</sup> So deuten auch die Zahlen einzelner Anbieter zumindest darauf hin, dass es große Unterschiede bei den verschiedenen Produkten und Anbietern zu geben scheint.

### 3.6 Zahl der Personen mit „Negativmerkmalen“ nach Schätzung der Auskunftsteilen gestiegen

Entgegen unserer vorsichtig optimistischen Einschätzung der Entwicklung verzeichnet die Creditreform in ihrem aktuellen Bericht einen merklichen Anstieg der Überschuldung im Jahr 2012 um etwa 3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2011.<sup>57</sup> Die Creditreform ermittelt das quantitative Ausmaß der Überschuldung anhand eines eigenen Indikationenmodells, in das die Negativmerkmale zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Haftanordnungen zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, eidesstattliche Versicherungen und Privatinsolvenzen), unstreitigen Inkassofällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen eingehen. Als nachhaltige Störungen werden Fälle mit mindestens zwei, meist aber mehreren Mahnungen verschiedener Gläubiger gewertet.<sup>58</sup> Nach diesem Modell waren 3,26 Millionen Haushalte oder 6,59 Personen im Jahr 2012 überschuldet. Die von der Creditreform ermittelten absoluten Zahlen sind wiederholt kritisch hinterfragt worden, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass in den Berichten die Methodik nicht erläutert wird.<sup>59</sup> Zuletzt hat *Korczak* darauf hingewiesen, dass die Zahlen allenfalls die so genannte „enthüllte“ Überschuldung fassen könnten.<sup>60</sup> Die Zahlen können aber – bei unterstellter gleich bleibender Methodik – Tendenzen aufzeigen. Laut der SCHUFA waren im eigenen Datenbestand bei 8,8 Prozent der Personen Negativmerkmale verzeichnet, was bei 66,2 Millionen verzeichneten Privatpersonen etwa 5,826 Millionen Personen entspricht. Der Anteil liegt damit auf Vorjahresniveau und um einen Zehntel Prozentpunkt höher als im Jahr 2010. Der Anteil der Personen mit so genannten „harten“ Negativmerkmalen<sup>61</sup> liegt nach Angaben der SCHUFA seit 2010 konstant bei 4,5 Prozent, entsprechend also 2,979 Millionen Personen.

**Tabelle 5: Zahl der überschuldeten Haushalte und Personen 1999 – 2012**

Studie	Jahr	Überschuldete Haushalte (Mio.)	Überschuldete Privatpersonen (Mio.)
Korczak, „Überschuldung in Deutschland“	1999	2,77	
Korczak, „Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002“	2002	3,13	
Creditreform, „Schuldneratlas 2004“	2004	3,10	6,54
Creditreform, „Schuldneratlas 2005“	2005	3,33	7,02
Creditreform, „Schuldneratlas 2006“	2006	3,42	7,19
Creditreform, „Schuldneratlas 2007“	2007	3,50	7,34
Creditreform, „Schuldneratlas 2008“	2008	3,30	6,87
Creditreform, „Schuldneratlas 2009“	2009	3,00	6,19
Creditreform, „Schuldneratlas 2010“	2010	3,15	6,49
Creditreform, „Schuldneratlas 2011“	2011	3,12	6,41
Creditreform, „Schuldneratlas 2012“	2012	3,26	6,59

<sup>57</sup> Creditreform Wirtschaftsforschung (2012), S. 4.

<sup>58</sup> Creditreform Wirtschaftsforschung (2012), S. 3.

<sup>59</sup> Zur Kritik des absoluten Geltungsanspruchs der Zahlen von Auskunftsteilen Knobloch et al. (2010).

<sup>60</sup> Korczak (2013), S. 129.

<sup>61</sup> „Harte Negativmerkmale“ sind nach SCHUFA Holding AG (2013), S. 19: „Informationen, die von der SCHUFA aus öffentlichen Verzeichnissen bezogen werden. Beispiele sind Informationen zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung oder zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren in Bekanntmachungen wie etwa den Verzeichnissen der Amtsgerichte.“

### 3.7 Prognose für 2014

Die großen Konjunkturforschungsinstitute schätzen die weitere Entwicklung bis 2014 wieder positiver beziehungsweise neutral ein. Nach dem ifo-Institut in München<sup>62</sup> wird die Arbeitslosigkeit zunächst zum Jahresende weiter steigen, trotz einer im Jahresdurchschnitt 2013 prognostizierten Steigerung der Erwerbstätigkeit um 250.000 Personen. Begründet wird dies auch durch ein gestiegenes Angebot an Arbeitskräften durch Zuwanderung. Im kommenden Jahr spreche die günstige Konjunktur für eine anziehende Arbeitsnachfrage. Auch nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin werde die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu einem großen Teil über zugewanderte Arbeitskräfte gedeckt werden und von daher werde die Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2014 bei etwa 6,8 Prozent verharren. Das Auseinanderklaffen bei der Entwicklung der Beschäftigung und dem Verlauf der Arbeitslosigkeit gehe mit einem Selektionsprozess auf dem Arbeitsmarkt einher und deute auf eine Verhärtung der Arbeitslosigkeit hin.<sup>63</sup> Treffen diese Einschätzungen zu, ist mit einer Entspannung der Überschuldungsbetroffenheit der Bevölkerung auf Grund der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu rechnen.

## 4 Schulden, Gläubiger, Kosten und Zinsen

Erstmalig in diesem Jahr konnten wir schuldenbezogene Auswertungen bezüglich der von den Gläubigern geltend gemachten Zinsen und Nebenkosten durchführen und widmen den Nebenkosten ein eigenes Unterkapitel.<sup>64</sup> Ab diesem Report enthält unsere Darstellung der Schuldenhöhe die Summe aus den ursprünglichen Haupt- und den Nebenforderungen.<sup>65</sup>

### 4.1 Schulden klettern auf 34.932 Euro

Nach unseren Zahlen kam es im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr zu einem Anstieg der durchschnittlichen Schulden auf 34.932 Euro bei einem gleichzeitigen Rückgang der Anzahl der Forderungen auf 12,9 je Klienten. Ausweislich des Medianwerts hatten 50 Prozent der Haushalte 17.338 Euro oder weniger Schulden, bei den übrigen lagen die Schulden höher. Vier von fünf Klienten waren mit vier oder mehr Forderungen im Rückstand.

**Tabelle 6: Durchschnittliche Schuldenhöhe (alle Ratsuchenden) 2008 – 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012	Insgesamt
Mittelwert	34.887 €	36.908 €	33.312 €	32.631 €	34.932 €	34.528 €
Ø Anzahl	12,9	13,0	13,7	13,4	12,9	13,2
Median	17.655 €	18.334 €	18.211 €	17.789 €	17.338 €	17.897 €
1 Forderung	6,8 %	6,2 %	6,6 %	6,7 %	6,3 %	6,5 %
2 Forderungen	6,1 %	4,9 %	5,1 %	5,8 %	5,7 %	5,6 %
3 Forderungen	6,1 %	6,1 %	5,6 %	5,2 %	5,5 %	5,7 %
4 und mehr	81,0 %	82,8 %	82,7 %	82,3 %	82,5 %	82,2 %

<sup>62</sup> ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (2013), S. 41.

<sup>63</sup> DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (2013), S. 22 f.

<sup>64</sup> Hierzu unten Kapitel 4.3, ab S. 26.

<sup>65</sup> Die hier vorgestellten Zeitreihen sind auf dieser Basis in sich konsistent, auf Grund der geänderten Systematik aber nicht mit den Werten der vergangenen Reports vergleichbar.

Wir haben im vergangenen Jahr ausführlich die beeinflussenden Faktoren der Schuldenhöhe untersucht und dabei festgestellt, dass die durchschnittliche Schuldenhöhe mit steigendem Einkommen, mit dem Alter, mit der Zahl der Erwachsenen im Haushalt und mit dem erreichten Bildungsgrad ansteigt.<sup>66</sup> In der Zusammenschau kamen wir jedoch zu dem Ergebnis, dass der Einfluss des Einkommens am stärksten ist und den weiteren Faktoren nur ein geringer eigenständiger Erklärungsgehalt für die Schuldenhöhe zukommt. Wir haben dies darauf zurückgeführt, dass entscheidender Faktor der Schuldenhöhe die Kapitaldienstfähigkeit ist, diese stark vom verfügbaren Einkommen abhängt und die weiteren untersuchten Faktoren (wie Bildung oder Alter) auf das Einkommen und damit nur indirekt auf die Kapitaldienstfähigkeit und damit auf die Schuldenhöhe wirkt. So erzielen Personen mit hohem Bildungsgrad durchschnittlich höhere Einkünfte und können daher auch höhere Kredite aufnehmen. Ähnlich verdienen Ältere im Schnitt mehr als die Jüngeren, was ihnen die Aufnahme höherer Schulden ermöglicht.

## 4.2 Schulden beim Staat erneut kräftig angestiegen

16.261 Euro, und damit fast 47 Prozent der durchschnittlich 34.932 Euro Schulden, entfielen im Jahr 2012 auf die Banken. Deren Bedeutung hat, nachdem sowohl die Anteile als auch die Höhe im Jahr 2011 zwischenzeitlich auf 45 Prozent (14.601 Euro) gesunken war, wieder zugenommen. Dies entspricht den weiter oben<sup>67</sup> mitgeteilten Zahlen der SCHUFA zur Steigerung der Kreditaufnahmeaktivitäten in der Bevölkerung und der wieder gestiegenen Restschuld bei ausstehenden Konsumentenkrediten. Auf die vielfältigen Funktionen von Bankkrediten zur Investition, zu mittelfristigem Liquiditätsausgleich und als Hilfsmittel in der Krise haben wir im letztjährigen Report ausführlich hingewiesen.<sup>68</sup> Auch bei der nach den Banken mittlerweile wichtigsten Gläubigergruppe zeigen sich deutliche Veränderungen. So erreichten die Forderungen der öffentlichen Hand mit 17,7 Prozent aller Forderungen im vergangenen Jahr ihren Höchststand. Die Schulden bei Städten und Gemeinden, Kreis- und Bezirkskassen, Stadtverwaltungen, Kreisverwaltungen, Gemeindeverwaltungen, der Staatsanwaltschaft, Landeshaupt- und Landesjustizkassen, den Sozialämtern, Ministerien, Versorgungsämtern, der Familienkasse, der Feuerwehr, bei der Gebühreneinzugszentrale, der ARGE, Jobcentern und bei den Zollämtern machten im Jahr 2012 durchschnittlich 6.168 Euro aus. Der Anteil an allen diesen Forderungen legte seit 2008 um den Faktor 1,33 zu. Einen noch etwas höheren Anstieg gab es bei den Unterhalts- und sonstigen privaten Schulden (Faktor 1,34). Was die Schuldenhöhe betrifft klar hinter den Staat zurückgefallen sind die gewerblichen Gläubiger (ohne Versandhandel), deren Forderungen in Höhe von durchschnittlich nur noch 3.044 Euro im Jahr 2012 einen Anteil von nur noch 8,7 Prozent an den Gesamtschulden ausmachten. An dritter Stelle hinter Banken und öffentlicher Hand standen im Jahr 2012 die Inkassounternehmen mit den an sie abgetretenen Forderungen und Nebenkosten.<sup>69</sup> Weniger ins Gewicht fallen Forderungen der Telekommunikationsanbieter (3,3 Prozent), der Vermieter (3,9 Prozent), der Versicherungen (3,1 Prozent), des Versandhandels

<sup>66</sup> Knobloch et al. (2012), S. 26 ff.

<sup>67</sup> Siehe Kapitel 3.5, S. 21 f.

<sup>68</sup> Knobloch et al. (2012), S. 36.

<sup>69</sup> Zu den Nebenkosten (verzugsbedingte Kosten und Zinsen) ausführlich nachfolgendes Kapitel.

(1,5 Prozent) und der Gerichte (0,2 Prozent). Schulden bei Vermietern sind erstmalig seit 2008 im Jahr 2012 unter 1.400 Euro gefallen.<sup>70</sup>

**Tabelle 7: Schulden nach Gläubigern und Jahr des Beratungsbeginns**

		2008	2009	2010	2011	2012
Banken	Mittelwert	18.055 €	17.901 €	16.893 €	14.601 €	16.261 €
	Ø Anzahl	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3
	Median	10.131 €	10.505 €	10.606 €	8.858 €	9.743 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	51,8 %	48,5 %	50,7 %	44,7 %	46,6 %
Versandhandel	Mittelwert	538 €	568 €	561 €	538 €	512 €
	Ø Anzahl	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
	Median	862 €	900 €	857 €	818 €	765 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	1,5 %	1,5 %	1,7 %	1,6 %	1,5 %
sonst. Gewerbliche Gläubiger	Mittelwert	3.462 €	5.249 €	3.555 €	3.346 €	3.044 €
	Ø Anzahl	2,8	2,9	3,0	2,9	2,7
	Median	1.763 €	1.666 €	1.599 €	1.395 €	1.414 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	9,9 %	14,2 %	10,7 %	10,3 %	8,7 %
Vermieter	Mittelwert	1.486 €	1.515 €	1.420 €	1.407 €	1.362 €
	Ø Anzahl	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4
	Median	1.253 €	1.386 €	1.262 €	1.282 €	1.224 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	4,3 %	4,1 %	4,3 %	4,3 %	3,9 %
Telekommunikations- unternehmen	Mittelwert	1.133 €	1.110 €	1.298 €	1.302 €	1.167 €
	Ø Anzahl	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6
	Median	1.183 €	1.155 €	1.418 €	1.398 €	1.270 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	3,2 %	3,0 %	3,9 %	4,0 %	3,3 %
Öffentlich- rechtliche Gläubiger	Mittelwert	4.645 €	5.107 €	4.128 €	5.312 €	6.168 €
	Ø Anzahl	2,2	2,2	2,3	2,3	2,4
	Median	1.851 €	1.867 €	2.144 €	2.060 €	2.022 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	13,3 %	13,8 %	12,4 %	16,3 %	17,7 %
Unterhaltsbe- rechtigte und sonstige private Gläubiger	Mittelwert	1.319 €	919 €	1.104 €	1.227 €	1.783 €
	Ø Anzahl	0,4	0,3	0,5	0,4	0,4
	Median	1.316 €	1.136 €	1.116 €	1.211 €	1.658 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	3,8 %	2,5 %	3,3 %	3,8 %	5,1 %
Gerichte	Mittelwert	42 €	33 €	70 €	73 €	79 €
	Ø Anzahl	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	Median	243 €	306 €	362 €	310 €	345 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Inkasson- unternehmen	Mittelwert	3.495 €	3.697 €	3.634 €	3.354 €	3.484 €
	Ø Anzahl	1,6	1,6	1,7	1,7	1,6
	Median	2.308 €	2.350 €	2.398 €	2.213 €	2.309 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	10,0 %	10,0 %	10,9 %	10,3 %	10,0 %
Versicherungen	Mittelwert	713 €	809 €	649 €	853 €	1.072 €
	Ø Anzahl	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8
	Median	519 €	471 €	525 €	585 €	588 €
	<i>Anteil an allen Forderungen</i>	2,0 %	2,2 %	1,9 %	2,6 %	3,1 %

#### 4.3 Arme Haushalte überdurchschnittlich mit Nebenkosten belastet

Die Gläubiger sollen – spätestens wenn der Schuldner einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellt – die Höhe ihrer Forderungen und deren Aufgliederung in

<sup>70</sup> Zu Detailanalysen der Altersgruppen, bei denen die Gläubiger teilweise erheblich unterschiedliche Bedeutung haben, siehe Knobloch et al. (2012), S. 35 ff.

Hauptforderung, Zinsen und Kosten angeben (§ 305 Abs. 2 InsO). Kosten und Zinsen erhöhen also die Hauptforderung.<sup>71</sup> Sie resultieren daraus, dass die Gläubiger versuchen ihre Forderungen selbst oder mit fremder Hilfe durchzusetzen, beziehungsweise stellen den Ersatz des durch die zu späte Zahlung verursachten Schadens dar. Voraussetzung für alle Positionen ist der Verzug des Schuldners, geregelt in § 286 BGB. Folgen des Schuldnerverzugs sind der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens (resultierend aus §§ 280 Abs. 1 und 2, 286 BGB), der Anspruch auf die Verzugszinsen (§ 288 BGB) und eine erweiterte Haftung gemäß § 287 BGB. Geschuldet werden nach der Rechtsprechung nur diejenigen Kosten, die zu einer effizienten Rechtsverfolgung und Rechtsdurchsetzung notwendig sind. Hierzu zählen üblicherweise die im Erkenntnisverfahren und im Vollstreckungsverfahren anfallenden Gerichtskosten und Rechtsanwaltskosten. Auch vorgerichtliche Kosten, wie der Aufwand für eine Adressermittlung, außergerichtliche Rechtsanwaltskosten, eigene Mahnkosten oder Kontoführungsgebühren können unter bestimmten Voraussetzungen verlangt werden. Der Verzugschaden kann nach § 288 BGB pauschal berechnet werden. Er beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Da der Basiszinssatz seit dem 1. Januar 2013 negativ ist, liegt der Verzugszinssatz seit Beginn des Jahres bei unter 5 Prozent.<sup>72</sup> Neben diesen gesetzlich akzeptierten Positionen berichten die Schuldnerberatungsstellen regelmäßig von Nebenforderungen, die aus ihrer Sicht nicht erforderlich und damit nicht geschuldet sind oder deren Höhe sie als unangemessen in Zweifel ziehen. Als Beispiele werden inhaltslose „Informationsschreiben“, überhöhte Brief- und Mahnpauschalen oder überhöhte Kosten einzelner Inkassounternehmen genannt.

Die Erhöhung der Hauptforderung um Kosten und Zinsen ist aus Sicht der Schuldner nicht nur wegen der resultierenden größeren Schuldenlast relevant. Die Anrechnung einer Zahlung erfolgt gemäß § 367 Abs. 1 BGB zunächst auf die Kosten, dann auf die Zinsen und erst zuletzt auf die Hauptforderung. Kann also nicht vollständig geleistet werden, können erneut Nebenkosten entstehen, wenn die Hauptforderung nicht oder nur geringfügig getilgt wird. Dieses Phänomen, welches auch „moderner Schuldturn“ genannt wird, hat bei den Verbraucherkrediten dazu geführt, mit § 497 Abs. 3 BGB eine Sonderregelung zu treffen. Danach erfolgt die Anrechnung einer nicht ausreichenden Zahlung zunächst auf die Kosten, dann auf die Hauptforderung und erst zuletzt auf die Zinsen. Zudem dürfen die Verzugszinsen grundsätzlich nicht ihrerseits Verzugszinsen tragen. Diese schuldnerfreundliche Sonderregelung ist jedoch auf den Verbraucherkreditbereich begrenzt.<sup>73</sup>

#### 4.3.1 Relative Belastung bei geringen Forderungen hoch

Aus dem Wesen der Nebenkosten und Zinsen lassen sich einige Hypothesen ableiten. Da die Berechnung der Zinsen definitionsgemäß immer als Produkt einer Multiplikation mit der Hauptforderung erfolgt, ist mit steigenden Schulden zwar von einer steigenden abso-

---

<sup>71</sup> Zur Qualität der hier vorgestellten Daten: Die Nebenkosten und die Zinsen werden von den Gläubigern nicht immer korrekt mitgeteilt. Eine Prüfung bei den Beratungsstellen findet zudem, wenn, dann nur in Einzelfällen statt, weil oft dazu die Zeit fehlt. Einreden (zum Beispiel hinsichtlich der Verjährung von Zinsen) werden nur selten geltend gemacht. Insofern erheben die hier vorgestellten Daten nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

<sup>72</sup> Der Basiszinssatz wurde zum 1. Juli 2013 auf minus 0,38 % festgesetzt. Pressemitteilung der Deutschen Bundesbank vom 25. Juni 2013, siehe Deutsche Bundesbank (2013).

<sup>73</sup> Für unsere Daten bedeutet die Regelung des § 367 Abs. 1 BGB im Umkehrschluss, dass Fälle mit sehr geringen Hauptforderungen und sehr hohen Nebenforderungen als real anzunehmen sind, da die geringere Hauptforderung hier nicht durch eine teilweise Tilgung bedingt sein kann.

luten Zinsbelastung auszugehen. Es ist aber zu erwarten, dass die relative Zinsbelastung, also der Quotient aus Hauptforderung und Zinsen, gleich bleibt. Anders wird dies bei den Kosten sein, die teilweise von der Höhe der Hauptforderung unabhängige Pauschalen sind (Aufwandspauschalen) und teilweise zwar in der Höhe von der Höhe der Hauptforderung abhängen, anders als bei den Zinsen aber nicht auf Grundlage einer linearen oder exponentiellen Funktion. So steigen Gerichts- und Anwaltskosten zwar mit steigender Forderungshöhe an; allerdings ist der Verlauf des Anstiegs degressiv. Mit anderen Worten verdoppeln sich beispielsweise Gerichtskosten nicht bei Verdoppelung des Gegenstandswerts der Klage. Unter dem Strich ist daher anzunehmen, dass der Anteil der Kosten beziehungsweise damit auch der Summe aus Kosten und Zinsen bei verhältnismäßig geringen Schulden größer ist, als bei höheren Schulden. Nachstehende Tabelle illustriert und bestätigt die Vermutungen anhand eines Vergleichs der Mittelwerte der Nebenkostenquotienten (relative Nebenkostenbelastung)<sup>74</sup> nach verschiedenen Forderungsklassen. Bei der relativen Kostenbelastung (dem Quotienten aus Nebenkostenschulden und Hauptforderung je Haushalt) ist eine deutliche Abnahme der Kostenbelastung abzulesen. Haushalte, die sich eher kleinen Forderungen gegenübersehen (deren Schulden je Forderung im Schnitt nicht mehr als 323 Euro betragen), müssen typischerweise noch das 0,33-Fache der Hauptforderung an Kosten zusätzlich zahlen. Im Durchschnitt ist es sogar das 5,17-Fache der Hauptforderung. Der starke Unterschied zwischen Median und Durchschnittswert zeigt die stark linksschiefe Verteilung der Nebenkostenbelastung. Haushalte, bei denen die gegen sie gerichteten Forderungen im Durchschnitt zwischen 5.041 Euro und 10.000 Euro liegen, schulden typischerweise (Median) nur 3 Prozent der Hauptforderungen zusätzlich als Kosten, der Durchschnitt liegt hier bei 14 Prozent.

Bei den Zinsen zeigt sich (ebenfalls erwartungsgemäß, sieht man einmal von dem Ausreißer in der niedrigsten Forderungsklasse ab) ein durchschnittlicher „Zinsaufschlag“, der um 15 Prozent leicht schwankt. Ähnlich verhält es sich mit den Medianen: Ablesbar ist ein leichter Anstieg hin zu den mittleren durchschnittlichen Forderungshöhen; die relative Belastung fällt dann wieder und erreicht mit 11 Prozent bei der zweithöchsten Forderungsklasse ihren Tiefpunkt. Die Belastung aus Zinsen und Kosten zusammengerechnet (Nebenkosten) scheint durch die Kosten ohne Zinsen dominiert; die Nebenkostenbelastung sinkt kontinuierlich mit steigender durchschnittlicher Hauptforderung. Die Verteilung der relativen Nebenkostenbelastung nach durchschnittlicher Höhe der Hauptforderung ist auch als Abbildung 1 auf Seite 2 dargestellt. Gut ersichtlich ist die stark linksschiefe Verteilung der Belastungsquotienten mit Ausreißern, bei denen ein Haushalt bezogen auf die Hauptforderung ein Vielfaches an Nebenkosten schuldet.

---

<sup>74</sup>

Diese werden als Quotient der jeweiligen Nebenkostenart (Zinsen, Kosten oder Nebenkosten) des Haushalts (Dividend) und der Summe der Hauptforderungen, die der Haushalt schuldet (Divisor), gebildet.

Tabelle 8: Relative Kostenbelastung nach durchschnittlicher Forderungshöhe im Haushalt

Durchschnittliche Forderungshöhe im Haushalt (Euro)		Relative Zinsbelastung	Relative Kostenbelastung	Relative Nebenkostenbelastung
≤ 323	Mittelwert	1,07	4,10	5,17
	Median	<b>0,06</b>	<b>0,23</b>	<b>0,33</b>
	N	1.092	1.092	1.092
323 – 502	Mittelwert	0,14	0,21	0,35
	Median	<b>0,08</b>	<b>0,19</b>	<b>0,28</b>
	N	1.232	1.231	1.231
502 – 698	Mittelwert	0,16	0,17	0,33
	Median	<b>0,09</b>	<b>0,15</b>	<b>0,25</b>
	N	1.216	1.216	1.216
699 – 969	Mittelwert	0,18	0,14	0,32
	Median	<b>0,08</b>	<b>0,12</b>	<b>0,24</b>
	N	1.182	1.182	1.182
969 – 1.371	Mittelwert	0,17	0,11	0,28
	Median	<b>0,06</b>	<b>0,08</b>	<b>0,16</b>
	N	1.179	1.179	1.179
1.371 – 1.985	Mittelwert	0,16	0,09	0,24
	Median	<b>0,05</b>	<b>0,06</b>	<b>0,14</b>
	N	1.172	1.172	1.172
1.985 – 3.049	Mittelwert	0,15	0,07	0,22
	Median	<b>0,04</b>	<b>0,03</b>	<b>0,10</b>
	N	1.183	1.182	1.182
3.049 – 5.041	Mittelwert	0,14	0,05	0,20
	Median	<b>0,02</b>	<b>0,02</b>	<b>0,06</b>
	N	1.133	1.133	1.133
5.041 – 10.000	Mittelwert	0,11	0,03	0,14
	Median	<b>0,02</b>	<b>0,01</b>	<b>0,03</b>
	N	1.136	1.134	1.134
10.000 und mehr	Mittelwert	0,12	0,02	0,14
	Median	<b>0,02</b>	<b>0,01</b>	<b>0,03</b>
	N	1.018	1.018	1.018

#### 4.3.2 Relative Belastung bei Inkassodiensten, Telekommunikationsunternehmen und Versandhandel hoch

Neben diesen einkommensbezogenen Zusammenhängen spielt auch das Verhalten der einzelnen Gläubiger eine Rolle. So gibt es Gläubigergruppen, die weniger Kosten verursachen. Zu nennen sind hier die privaten Gläubiger. Diese verlangen lediglich in 38 Prozent der Fälle Nebenkosten von den Schuldern. Auf der anderen Seite gibt es mit den Inkassounternehmen und den Rechtsanwälten Gläubigergruppen, die professionell fremde Forderungen einziehen und deren Geschäftsmodell damit allein über die Geltendmachung von solchen Kosten funktioniert. Bei diesen Gläubigern ist mithin von einer höheren

relativen Kostenbelastung auszugehen, und zwar was die relative Höhe als auch die Anzahl der Forderungen betrifft, bei denen Kosten und Zinsen verlangt werden. Ein Blick in nachstehende Tabelle bestätigt diese Vermutung: Bei Haushalten mit Schulden bei Inkassofirmen werden in 70 Prozent der Fälle durch Inkassofirmen Nebenkosten geltend gemacht. Diese Forderungen erreichen durchschnittlich 2.568 Euro, was etwa 38 Prozent der Hauptforderungen dieser Gläubigergruppe entspricht. Die relative Nebenkostenbelastung, berechnet als Durchschnitt der Haushalte, beträgt sogar 59 Prozent.

**Tabelle 9: Summen der Hauptforderung, Zinsen und Kosten nach Gläubigern<sup>75</sup>**

Gläubigertyp	Haushalte mit Schulden		Hauptforderung (Durchschnitt)	Nebenkosten (Durchschnitt)	Davon:		Anteil der Nebenkosten an Hauptforderungen	Durchschnittliche relative Nebenkostenbelastung der Haushalte
		Darunter: Nebenkosten schuldend			Zinsen	Kosten		
Banken	62 %	64%	14.809 €	1.930 €	1.661 €	269 €	13 %	52 %
Versandhandel	30 %	63%	409 €	134 €	72 €	62 €	33 %	121 %
Sonstige gewerbliche Gläubiger	64 %	69%	3.013 €	718 €	444 €	274 €	24 %	61 %
Vermieter und Versorgungsunternehmen	51 %	62%	1.182 €	256 €	114 €	142 €	22 %	41 %
Telekommunikationsunternehmen	58 %	78%	840 €	363 €	145 €	218 €	43 %	62 %
Öffentlich-rechtliche Gläubiger	72 %	50%	4.585 €	614 €	388 €	227 €	13 %	61 %
Unterhalt / Private Gläubiger	25 %	38%	1.129 €	140 €	91 €	50 €	12 %	58 %
Gerichte	6 %	11%	58 €	1 €	0 €	1 €	2 %	4 %
Inkassounternehmen, Rechtsanwälte	59 %	77%	2.568 €	964 €	660 €	304 €	38 %	59 %
Versicherungen	35 %	63%	661 €	157 €	82 €	76 €	24 %	75 %
<b>Alle Gläubiger</b>	<b>100 %</b>	<b>85%</b>	<b>29.254 €</b>	<b>5.278 €</b>	<b>3.656 €</b>	<b>1.622 €</b>	<b>18 %</b>	<b>72 %</b>

Auch bei Gläubigern, bei denen üblicherweise geringere Forderungshöhen bestehen, wie etwa Telekommunikationsunternehmen, ist eine vergleichsweise hohe relative Kostenbelastung aus der Tabelle abzulesen. Bei Haushalten, die Schulden bei Telekommunikationsunternehmen haben, sind die Hauptforderungen der Telekommunikationsdienstleister im Schnitt um 840 Euro erhöht, entsprechend 43 Prozent der Hauptforderungen. Bei vielen Haushalten ist die Belastung gerade bei den kleineren Forderungen höher. Die Belastungsquote liegt im Schnitt bei 62 Prozent. Fälle besonders hoher relativer Nebenkostenquoten scheint es auch im Versandhandel zu geben, bei dem der Anteil der Nebenkosten an den Hauptforderungen etwa 33 Prozent beträgt, aber die durchschnittliche Nebenkostenbelastung der Haushalte bei 121 Prozent liegt. Der starke Unterschied dieser Werte weist wiederum auf eine Vielzahl von Ausreißern gerade bei den kleineren Forderungen hin.

<sup>75</sup>

Lesehilfe: 62 Prozent der Haushalte des Samples mit Beratungsbeginn 2008 bis einschließlich 2012 (N = 11.634) hatte Schulden bei Banken. Die Hauptforderung der Institute lag im Schnitt bei 14.809 Euro. Von diesen 62 Prozent aller Haushalte schuldeten wiederum 64 Prozent Nebenkosten, was einem Anteil von 40 Prozent aller Haushalte entspricht (62 % \* 64 %). Die Nebenkosten bei Banken betragen (berechnet auf alle Haushalte) im Durchschnitt 1.930 Euro, hiervon entfielen auf Zinsen 1.661 Euro und auf die Kosten 269 Euro. Die Belastung mit Nebenkosten machte somit, berechnet auf alle Hauptforderungen, 13 Prozent aus. Die durchschnittliche relative Nebenkostenbelastung der Haushalte war allerdings höher. Sie lag im Schnitt aller Haushalte bei 52 Prozent der Hauptforderung. Dies liegt an der stark linksschiefen Verteilung der relativen Nebenkostenbelastung (siehe hierzu auch Abbildung 1 auf Seite 2 für alle Gläubiger).

### 4.3.3 Relative Belastung bei Akademikern, kurzen Karenzzeiten, Selbständigen, Älteren und Personen über der Armutsgrenze gering

Die bisherigen Ergebnisse lassen vermuten, dass die relative Kostenbelastung bei den Haushalten höher ist, bei denen geringere Schulden für eine finanzielle Krise ausreichen. Wir haben bereits im vergangenen Jahr ausführlich illustriert, dass die wesentliche Determinante der Schuldenhöhe das Einkommen des Haushalts ist. Damit müssten besonders die Haushalte mit niedrigen Pro-Kopf-Einkünften relativ stärker mit Nebenkosten belastet sein. Darüber hinaus müssten entsprechend auch Unterschiede bei den Merkmalen, die Auswirkungen auf das Einkommen haben, zu verzeichnen sein. Zu nennen sind hier die berufliche Bildung, das Alter, die Schulbildung oder die Haushaltsform. Die Überprüfung dieser Thesen lässt sich anhand nachstehender Tabelle vornehmen.

Das Verhalten der Schuldner in der Krise hat einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und Zinsbelastung. Bei denjenigen, die verhältnismäßig lange in der Krise verharren, bevor sie sich professionelle Hilfe bei der Schuldnerberatung suchen, ist von einer höheren Kosten- und Zinsbelastung auszugehen. Dies folgt aus der zeitlichen Komponente, die Bestandteil der Zinsberechnung ist und indirekt auch auf die Kosten wirkt, da mit zunehmender Dauer von verhältnismäßig mehr Bemühungen der Gläubiger zur Rechtsverfolgung und Rechtsdurchsetzung auszugehen ist. Nach unserer Berechnung des Vorjahres<sup>76</sup> weisen Personen niedriger beruflicher Bildung, Männer gegenüber Frauen, Personen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit, Paarhaushalte ohne Kinder und ältere Personen besonders lange Karenzzeiten bis zum Besuch der Beratungsstellen auf. Personen, die nach Beginn der Krise länger als 41 Monate zum Besuch der Beratungsstelle benötigen, sind doppelt so stark mit Nebenkosten belastet wie diejenigen, die schneller Rat suchen. Bei den Selbständigen mit ihren durchschnittlich viel höheren Schulden fallen Kostenpauschalen relativ weniger ins Gewicht als bei den Übrigen. Bei der relativen Zinsbelastung gibt es erwartungsgemäß kaum Abweichungen. Auch der erreichte höchste Berufsabschluss hat Auswirkungen auf die relative Kostenbelastung. Während die Hauptforderungen derjenigen ohne Abschluss im Schnitt durch Nebenkosten fast verdoppelt werden, beträgt der Aufschlag bei den Akademikern nur 19 Prozent. Die Mediane verhalten sich entsprechend. Die Älteren unter den Klienten schulden im Schnitt 32 Prozent zusätzlich zu den Hauptforderungen; die Jüngeren hingegen fast 100 Prozent. Hier sind starke Ausreißer zu beobachten und die Tendenz ist besser über die Mediane abzulesen. Schließlich sind deutliche Unterschiede bei Haushalten oberhalb und unterhalb der Armutsgrenze ersichtlich. Da die ärmeren unter den Besuchern der Beratungsstellen tendenziell geringere Schulden haben als die übrigen, wirken sich dort die Kosten besonders stark aus. Der bereits von David Caplovitz beschriebene Zusammenhang „*The poor pay more*“<sup>77</sup> findet sich in dieser Auswertung bestätigt.

---

<sup>76</sup> Knobloch et al. (2012), S. 67.

<sup>77</sup> Gleichzeitig Titel eines seiner Werke: Caplovitz (1969).

Tabelle 10: Relative Nebenkostenbelastung nach Schuldenhöhe

Merkmal			Relative Belastung mit Zinsen	Relative Belastung mit Kosten	Relative Belastung mit Zinsen und Kosten
Karenzzeit	0 bis 41 Monate	Mittelwert	0,04	0,07	0,11
		<b>Median</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
		N	71	71	71
	42 Monate und mehr	Mittelwert	0,13	0,12	0,25
		<b>Median</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,02</b>
		N	78	78	78
Selbstständigkeit	Nichtselbständige	Mittelwert	0,23	0,52	0,76
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,07</b>	<b>0,15</b>
		N	10403	10399	10399
	Selbstständige	Mittelwert	0,25	0,10	0,35
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,03</b>	<b>0,12</b>
		N	1140	1140	1140
Armutsgrenze (925 Euro)	Unterhalb	Mittelwert	0,16	0,66	0,82
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,08</b>	<b>0,17</b>
		N	7834	7832	7832
	Oberhalb	Mittelwert	0,41	0,09	0,50
		<b>Median</b>	<b>0,04</b>	<b>0,04</b>	<b>0,10</b>
		N	3625	3623	3623
Schuldnerberufsausbildung	Ohne abgeschlossene Ausbildung	Mittelwert	0,16	0,81	0,96
		<b>Median</b>	<b>0,06</b>	<b>0,09</b>	<b>0,19</b>
		N	4947	4947	4947
	Abgeschlossene Lehre	Mittelwert	0,32	0,11	0,43
		<b>Median</b>	<b>0,04</b>	<b>0,05</b>	<b>0,12</b>
		N	5727	5726	5726
	Abgeschlossenes Studium	Mittelwert	0,12	0,08	0,19
		<b>Median</b>	<b>0,03</b>	<b>0,02</b>	<b>0,08</b>
N		284	284	284	
In Ausbildung	Mittelwert	0,08	7,26	7,34	
	<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,11</b>	<b>0,19</b>	
	N	117	116	116	
Alter des Schuldners	bis unter 25 Jahren	Mittelwert	0,06	0,91	0,96
		<b>Median</b>	<b>0,03</b>	<b>0,13</b>	<b>0,18</b>
		N	1117	1117	1117
	25 bis unter 40 Jahren	Mittelwert	0,11	0,13	0,24
		<b>Median</b>	<b>0,06</b>	<b>0,08</b>	<b>0,17</b>
		N	4284	4283	4283
	40 bis unter 55 Jahren	Mittelwert	0,42	0,90	1,31
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,05</b>	<b>0,14</b>
		N	4208	4206	4206
	55 bis unter 65 Jahren	Mittelwert	0,22	0,09	0,31
<b>Median</b>		<b>0,04</b>	<b>0,03</b>	<b>0,11</b>	
N		1351	1350	1350	
65 und älter	Mittelwert	0,22	0,10	0,32	
	<b>Median</b>	<b>0,02</b>	<b>0,01</b>	<b>0,09</b>	
	N	522	522	522	
Haushaltsformen	Einpersonenhaushalt	Mittelwert	0,16	0,26	0,43
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,06</b>	<b>0,15</b>
		N	6055	6052	6052
	Paare ohne Kinder im Haushalt	Mittelwert	0,92	0,09	1,01
		<b>Median</b>	<b>0,04</b>	<b>0,03</b>	<b>0,11</b>
		N	1289	1289	1289
	Paare mit Kindern im Haushalt	Mittelwert	0,13	1,63	1,76
		<b>Median</b>	<b>0,05</b>	<b>0,05</b>	<b>0,13</b>
N		2171	2170	2170	
Alleinerziehende	Mittelwert	0,13	0,14	0,27	
	<b>Median</b>	<b>0,06</b>	<b>0,09</b>	<b>0,18</b>	
	N	1894	1894	1894	

Ein weiterer Einflussfaktor ist die Sichtbarkeit von Nebenforderungen. Bei denjenigen Haushalten, die in der Lage sind, die finanzielle Krise (zunächst) noch über Bankkredite abzufedern, ist zu vermuten, dass Kosten und Zinsen anderer Gläubiger über Bankkredite umfinanziert wurden. Diese Kosten sind somit nach der Umschuldung nicht mehr erkennbar. Informationen über Umschuldungen liegen innerhalb unseres Datenmaterials nicht vor.

#### 4.3.4 Faktoren neben Schuldenhöhe haben kaum eigenständige Bedeutung

Die These, dass die relative Nebenkostenbelastung der Haushalte hauptsächlich von der durchschnittlichen Schuldenhöhe abhängt, bestätigt sich auch bei multiplen Regressionsanalysen, bei denen der Einfluss der Schuldenhöhe konstant gehalten wird. Der eigenständige Erklärungswert der Haushaltsgesamteinkünfte, des Nettoäquivalenzeinkommens oder der Armutsbetroffenheit ist – gegenüber der Schuldenhöhe – gering.<sup>78</sup>

**Tabelle 11: Multiple Regressionsanalysen der relativen Nebenkostenbelastung**

Zielvariable = Relative Kostenbelastung	R	R Quadrat
<i>Modell 1</i>	0,278***	0,077***
Mittelwert der Forderung		
<i>Modell 2</i>	0,279***	0,078***
Mittelwert der Forderung		0,077***
Haushaltsgesamteinkünfte		0,001**
<i>Modell 3</i>	0,3***	0,09***
Mittelwert der Forderung		0,084***
Nettoäquivalenzeinkommen		0,006***
<i>Modell 4</i>	0,286***	0,082***
Mittelwert der Forderung		0,078***
Armutsgrenze		0,004***
<i>Modell 4</i>	0,287***	0,082***
Mittelwert der Forderung		0,078***
Armutsgrenze 925 EUR		0,004***

\*p < 0,05,

\*\*p < 0,01

\*\*\*p < 0,001

## 5 Gefährdete Personen und Haushalte

Betroffen von Überschuldung sind alle Altersgruppen, wenngleich das mittlere Alter den größten Anteil der Ratsuchenden ausmacht. Männer im Leistungsalter sind gegenüber Frauen der gleichen Altersgruppe stärker betroffen; Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit leicht überrepräsentiert.

### 5.1 Deutlicher Anstieg der über 50-Jährigen seit 2005

Das durchschnittliche Alter der Überschuldeten lag im Jahr 2012 bei 41 Jahren. Lediglich 5 Prozent der Ratsuchenden waren zum Zeitpunkt des Beratungsbeginns 21 Jahre oder jünger, weitere 5 Prozent 64 Jahre oder älter. Neun von zehn überschuldeten Personen waren damit zwischen 21 und 64 Jahre alt.

<sup>78</sup>

Zur Methodik multipler Regressionsanalysen im Anhang ab S. 77.

**Tabelle 12: Alter (Mittelwerte, alle Überschuldeten) 2008 – 2012**

Jahr des Beratungsbeginns	Mittelwert	Perzentil 05	Median	Perzentil 95
2008	41	22	41	64
2009	41	22	41	64
2010	41	22	40	63
2011	40	21	39	63
2012	41	21	41	64

Auch wenn sich die Anteile innerhalb von 2 Jahren immer nur geringfügig ändern, sind im Verlauf der vergangenen 8 Jahre doch Entwicklungen auszumachen. Nach unserer Zeitreihe gibt es gegenläufige Bewegungen bei den 35- bis 50-jährigen Personen auf der einen Seite und bei den Älteren über 50 auf der anderen. Erstgenannte Gruppe machte mit zusammen über 44 Prozent im Jahr 2005 noch den mit Abstand größten Anteil der Ratsuchenden aus, lag im Jahr 2012 aber nur noch bei knapp 38 Prozent (Faktor: 0,86) und damit auf einem Niveau mit den jüngeren Altersklassen. Umgekehrt stieg der Anteil der Älteren unter den Ratsuchenden von knapp 19 Prozent im Jahr 2005 auf knapp 27 Prozent im Jahr 2012 (Faktor: 1,41). Auf die spezifischen Besonderheiten dieser Gruppe der Älteren gehen wir in einem eigenen Kapitel weiter unten in diesem Report ein. Die jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahre verzeichneten dagegen nur einen schwachen Rückgang von 37,0 auf 35,5 Prozent.

**Tabelle 13: Altersgruppen (alle Überschuldeten) 2005 – 2012**

Alter	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
bis unter 20	1,5 %	1,5 %	1,3 %	1,4 %	1,4 %	0,7 %	1,6 %	1,7 %
20 bis unter 25	7,9 %	8,2 %	8,1 %	8,5 %	7,7 %	9,1 %	11,3 %	10,0 %
25 bis unter 30	14,1 %	12,2 %	11,3 %	12,7 %	12,8 %	13,7 %	12,3 %	10,8 %
30 bis unter 35	13,5 %	11,9 %	11,8 %	11,1 %	12,1 %	12,0 %	11,8 %	13,1 %
35 bis unter 40	15,1 %	16,6 %	14,9 %	13,0 %	12,3 %	12,5 %	13,2 %	11,6 %
40 bis unter 45	17,3 %	16,6 %	14,6 %	14,6 %	13,5 %	13,9 %	12,0 %	12,6 %
45 bis unter 50	11,7 %	11,9 %	13,6 %	13,7 %	13,6 %	13,4 %	11,6 %	13,6 %
50 bis unter 55	8,7 %	8,4 %	9,6 %	9,7 %	10,2 %	9,4 %	9,9 %	9,6 %
55 bis unter 60	4,8 %	5,9 %	6,7 %	7,4 %	7,1 %	7,1 %	8,0 %	7,5 %
60 bis unter 65	2,7 %	3,9 %	3,9 %	3,1 %	4,7 %	4,3 %	3,9 %	4,7 %
65 bis unter 70	2,0 %	1,9 %	2,6 %	3,3 %	2,6 %	2,0 %	2,1 %	2,6 %
70 bis unter 75	0,4 %	0,8 %	1,5 %	1,2 %	1,1 %	1,0 %	1,3 %	1,7 %
75 und älter	0,3 %	0,3 %	0,1 %	0,5 %	0,8 %	0,9 %	0,9 %	0,5 %

Aussagen über die Überschuldungsgefährdung einzelner Altersgruppen lassen sich über einen Vergleich mit der Bevölkerung herstellen. Wir ziehen hierzu wie bereits in den vergangenen Jahren nicht die Altersverteilung insgesamt heran, sondern vergleichen mit der Altersverteilung derjenigen, die in der Bevölkerungsstatistik als Haupteinkommensbezieher geführt werden.<sup>79</sup> Da keine aktuelleren Bevölkerungsdaten vorliegen, vergleichen wir das Jahr 2011. Die darauf berechnete Überschuldungsbetroffenheit sinkt kontinuierlich mit steigendem Alter von einem Betroffenheitsfaktor von mehr als 4 Prozent bei der jüngsten Altersklasse bis auf 0,06 bei der ältesten Klasse.

79

Wir ziehen diesen Vergleich einer Gegenüberstellung mit der Altersverteilung innerhalb der Bevölkerung insgesamt vor, weil a) die Ratsuchenden fast ausschließlich über 18 Jahre alt sind und b) es oftmals der Einkommensbezieher ist, der Verbindlichkeiten (auch für seine Familie) eingeht.

**Tabelle 14: Alter im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung: Haupteinkommensbezieher)**

Alter	Bevölkerung, Haupteinkommens- bezieher 2011	Überschuldete 2011		Betroffenheit
Bis unter 20	0,4 %	1,6 %	↑	4,07
20 bis unter 25	4,6 %	11,3 %	↑	2,47
25 bis unter 30	7,0 %	12,3 %	↑	1,75
30 bis unter 35	7,3 %	11,8 %	↑	1,61
35 bis unter 40	7,3 %	13,2 %	↑	1,80
40 bis unter 45	10,1 %	12,0 %	↑	1,19
45 bis unter 50	10,6 %	11,6 %	↑	1,09
50 bis unter 55	9,4 %	9,9 %	↑	1,05
55 bis unter 60	8,3 %	8,0 %	↓	0,97
60 bis unter 65	7,1 %	3,9 %	↓	0,55
65 bis unter 70	6,4 %	2,1 %	↓	0,33
70 bis unter 75	8,0 %	1,3 %	↓	0,16
75 und älter	14,5 %	0,9 %	↓	0,06

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt , Darstellung: iff

## 5.2 Im „Leistungsalter“ sind Männer überrepräsentiert

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamts zur Bevölkerungsentwicklung lebten im Jahr 2011 in Deutschland etwa 81,7 Millionen Menschen. Hiervon waren etwa 40,2 Millionen männlichen und 41,5 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Frauen machten somit etwas mehr als die Hälfte aus, ihr Anteil an der Bevölkerung betrug etwa 50,8 Prozent. Die Altersanalyse zeigt eine starke Zunahme der Anteile der weiblichen Bevölkerung bei den Älteren ab 65 Jahren. So entfielen mehr als 60 Prozent der Bevölkerung über 75 auf die Frauen, was vor allem durch die höhere Lebenserwartung bedingt ist. Die Geschlechtsverteilung verläuft bei den Überschuldeten, die im Jahr 2011 in den hier analysierten Beratungsstellen um Rat nachsuchten, ähnlich, aber ausgeprägter. So zeigen sich deutliche Unterschiede in der Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen, also im mittleren beziehungsweise im „Leistungsalter“. Dort ist der Anteil an Männern bei den Ratsuchenden vergleichsweise hoch. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Männer „nach wie vor häufiger als Haupteinkommensbezieher Kredite für die Familie aufnehmen und bei einer Trennung alleiniger Schuldner bleiben“, wie der vierte Armuts- und Reichtumsbericht feststellt.<sup>80</sup> Damit korrespondiert, dass bei den Männern häufiger Arbeitslosigkeit als Überschuldungsgrund angegeben wird. Daneben wird teilweise auch eine höhere finanzielle Risikobereitschaft der Männer vermutet.<sup>81</sup> Dies lässt sich aus unseren Zahlen jedoch nicht direkt ablesen. Allerdings wird „vermeidbares Verhalten“ bei Männern häufiger als bei Frauen als Überschuldungsgrund genannt. Eine Kategorie der „Risikobereitschaft“ im Hinblick auf Investitionen wird jedoch nicht abgefragt. Immerhin könnte der hohe Anteil

<sup>80</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales , S. 363.

<sup>81</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales , S. 363.

an Männern unter den Existenzgründern in unseren Daten (etwa 67 Prozent) für eine höhere Risikobereitschaft sprechen.

**Tabelle 15: Geschlechtsverteilung im Jahr 2011 im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Altersgruppen**

Alter	Bevölkerung		Schuldner	
	Mann	Frau	Mann	Frau
Unter 25	51,2 %	48,8 %	45,2 %	54,8 %
25 bis unter 35	50,7 %	49,3 %	53,5 %	46,5 %
35 bis unter 45	50,8 %	49,2 %	58,5 %	41,5 %
45 bis unter 55	50,4 %	49,6 %	52,5 %	47,5 %
55 bis unter 65	49,2 %	50,8 %	51,0 %	49,0 %
65 bis unter 75	47,1 %	52,9 %	42,0 %	58,0 %
75 und älter	39,7 %	60,3 %	/	/

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

### 5.3 Zunehmender Anteil Überschuldeter ohne deutsche Staatsangehörigkeit

Etwa 18 Prozent der Ratsuchenden hatten im Jahr 2012 eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit. Während der Anteil innerhalb der Bevölkerung in den vergangenen Jahren relativ konstant bei knapp 9 Prozent verharrte, ist bei den Ratsuchenden eine Steigerung sichtbar, ausgehend von einem Anteil von knapp 10 Prozent im Jahr 2006 auf knapp 18 Prozent im Jahr 2012.

**Tabelle 16: Staatsangehörigkeit (Bevölkerung und Überschuldete im Vergleich) 2006 – 2012**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Überschuldete	9,9 %	14,0 %	13,0 %	15,1 %	16,3 %	19,1 %	17,9 %
Bevölkerung	7,9 %	8,8 %	8,8 %	8,8 %	8,7 %	8,8 %	

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

### 5.4 Anstieg kinderloser Haushalte bei Überschuldeten gestoppt

Nach einer Presseerklärung des Statistischen Bundesamts wurden im Jahr 2012 in Deutschland 674.000 Kinder geboren, was einem Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent entspricht. Insgesamt starben 196.000 Menschen mehr, als geboren wurden. Die Zahl der Strebefälle übertrifft die Zahl der Geburten nach dieser Quelle in allen Jahren seit dem Jahr 1972.<sup>82</sup> Der Geburtenüberschuss führte bislang jedoch nicht dazu, dass der Anteil der Haushalte mit Kindern innerhalb der deutschen Bevölkerung zunahm. Das Gegenteil ist der Fall. Lag der Anteil der kinderlosen Haushalte im Jahr 2008 noch bei 69,8 Prozent, stieg er bis 2011 (dem letzten Jahr, für das Zahlen des Statistischen Bundesamts vorliegen) auf 71 Prozent. Die Entwicklung bei den Überschuldeten deutet in die gleiche Richtung, nur auf einem etwas niedrigeren Niveau: Der Anteil der kinderlosen Haushalte stieg von etwa 63 Prozent im Jahr 2008 auf 66,1 Prozent im Jahr 2011.<sup>83</sup> Erst im Jahr 2012 ist diese Entwicklung anscheinend gestoppt. Der Anteil der kinderlosen überschuldeten Haushalte verharrt auf dem Niveau des Jahres 2011.

<sup>82</sup> Statistisches Bundesamt (2013f).

<sup>83</sup> Für den Vergleich betrachtet werden nur diejenigen Haushalte, in denen Kinder leben. Kinder außerhalb des Haushalts werden nicht berücksichtigt.

**Tabelle 17: Haushaltsformen nach Anzahl der Kinder im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2008 – 2012**

Haushaltsform	Bevölkerung				Überschuldete				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2012
Ohne Kinder	69,8 %	70,3 %	70,8 %	71,0 %	63,3 %	63,7 %	64,3 %	66,1 %	66,0 %
Mit Kindern	30,2 %	29,7 %	29,2 %	29,0 %	36,7 %	36,3 %	35,7 %	33,9 %	34,0 %
1 Kind	15,6 %	15,3 %	15,2 %	15,2 %	19,2 %	19,1 %	16,9 %	16,9 %	17,1 %
2 Kinder	11,0 %	10,8 %	10,6 %	10,4 %	11,3 %	11,2 %	11,7 %	10,4 %	10,9 %
3 Kinder	2,8 %	2,8 %	2,7 %	2,6 %	4,6 %	4,2 %	4,4 %	4,4 %	3,8 %
4 Kinder	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	1,1 %	1,2 %	1,9 %	1,5 %	1,5 %
5 Kinder und mehr	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,4 %	0,6 %	0,8 %	0,7 %	0,7 %

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

Kinder im Haushalt zu versorgen bedeutet nicht automatisch eine höhere Überschuldungseignetheit. Zu differenzieren ist nach der Haushaltsform, auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird, und nach der Anzahl der Kinder. Der Anteil der Haushalte mit drei Kindern ist bei den Überschuldeten fast doppelt so hoch wie in der Bevölkerung; derjenige von Haushalten mit vier Kindern etwa dreimal so hoch. Bei den Haushalten mit mehr Kindern ist der Unterschied noch stärker ausgeprägt. Kinderreiche Haushalte scheinen damit strukturelle Defizite gegenüber den Haushalten mit weniger Kindern aufzuweisen. Zu nennen ist ein vergleichsweise hoher Liquiditätsbedarf solcher Familien (Ausbildungs-, Freizeit- oder Lebenshaltungskosten) bei gleichzeitig betreuungsbedingt geringeren Erwerbsmöglichkeiten, nicht ausreichenden Transferleistungen und daraus resultierend einem geringeren Pro-Kopf-Einkommen. Ein Blick in die Tabellen im Anhang zeigt zudem, dass vergleichsweise häufig bei Paaren mit drei oder mehr minderjährigen Kindern „vermeidbares Verhalten“ als Überschuldungshauptgrund angegeben wird, dort insbesondere das „Konsumverhalten“ und die „unwirtschaftliche Haushaltsführung“.<sup>84</sup> Das könnte ein Hinweis auf eine zeitliche Überforderung der Eltern in kinderreichen Familien sein und für die Notwendigkeit externer Hilfe sprechen.

## 5.5 Anteile der allein Erziehenden und Paare mit Kindern fast gleich

Alle Haushaltsformen, ob Paare, Singles oder allein Erziehende, gehören zu den Klienten der Schuldnerberatung. Der Vergleich der Anteile mit der Bevölkerung zeigt einen starken Zusammenhang partnerschaftlicher und familiärer Formen des Zusammenlebens auf die Überschuldungsgefährdung eines Haushalts. Im Jahr 2012 lebten in Deutschland 80,5 Millionen Personen in 40,66 Millionen Haushalten.<sup>85</sup> Die Entwicklung in der Bevölkerung deutet auf eine auffällige Zunahme der Singlehaushalte um 35 Prozent seit 1991 und eine Abnahme der größeren Haushalte hin, wie Piorkowsky unter Hinweis auf die Zahlen des Statistischen Bundesamts feststellt.<sup>86</sup> Auch der Anteil der Familien<sup>87</sup> ging zurück. Sie machten im Jahr 2011 in der Bevölkerung nur noch 29 Prozent aus. Bei den Klienten der Schuldnerberatung lag der Anteil bei 34,3 Prozent im Jahr 2012. Bei den Familien in der Bevölkerung herrschen – trotz eines wachsenden Spektrums alternativer Formen – noch die traditionelle Form der Kernfamilie bestehend aus Mutter, Vater und Kind(ern) vor.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> Vergleiche die Tabellen 7a und 7b im Tabellenanhang ab S. 90.

<sup>85</sup> Statistisches Bundesamt, S. 28.

<sup>86</sup> Piorkowsky (2011), S. 18.

<sup>87</sup> Familien sind Haushalte, in denen Kinder leben.

<sup>88</sup> Rau et al. (2013), S. 161.

Im Jahr 2011 waren mehr als drei Viertel der Familien Paarhaushalte mit Kindern (77 Prozent). Der Anteil der allein Erziehenden an den Familien lag entsprechend bei 23 Prozent. Bei den Familien in der Schuldnerberatung lag der Anteil der allein Erziehenden hingegen bei fast der Hälfte aller Familien (47 Prozent). Auf die Verletzlichkeit der allein erziehenden Eltern wird seit Jahren hingewiesen, weil dort eine ganze Reihe negativer Effekte zusammenkommen: Zum einen kumulieren bei allein Erziehenden häufig die Faktoren Zeitmangel, hoher Liquiditätsbedarf und geringe Rücklagen und machen den Haushaltstyp damit besonders anfällig für Überschuldungsauslöser wie Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite sind allein erziehende Haushalte oft die Folge einer „Kettenreaktion“, worauf zuletzt *Rau, Hoffmann* und *Bock* hingewiesen haben.<sup>89</sup> So wird bei mehr als einem Viertel dieser Haushaltsform, und damit bei mehr als allen anderen Formen, die Scheidung oder Trennung von der Partnerin beziehungsweise vom Partner als Überschuldungsgrund angegeben.<sup>90</sup> In diesen Fällen ist der Status „allein erziehend“ also nicht als „Nährboden“ der finanziellen Krise, sondern als Folge eines krisenhaften Ereignisses, welches Zusatzkosten und damit die Überschuldung begünstigt, zu betrachten. Daneben haben auch, worauf bereits oben hingewiesen wurde, kinderreiche Paare ein um mehr als das doppelte erhöhtes Überschuldungsrisiko. Bei allen Haushaltsformen mit Kindern (Paare oder allein erziehende Eltern) gibt es die deutlichsten Differenzen der Betroffenheit bei den Familien mit drei Kindern im Vergleich zu den Familien mit weniger Kindern. Dies lässt den Schluss zu, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diese Familien besonders schlecht sind und hier besondere Anstrengungen gemacht werden müssen. Als Beispiele besonderer finanzieller Vorteile verheirateter Paare haben *Rau, Hoffmann* und *Bock* das Ehegattensplitting, das Erbrecht und die Krankenversicherung genannt und damit weitere Begründungen für die unterdurchschnittliche Überschuldungsbetroffenheit geliefert.<sup>91</sup>

Die abgesehen von der stark divergierenden Überschuldungsbetroffenheit aus der Tabelle abzulesenden Veränderungen der Anteile verschiedener Haushaltsformen zeigen bei der Bevölkerung und bei den Klienten der Beratungsstellen überwiegend in die gleiche Richtung. Der Anteil der Singlehaushalte stieg zwischen 2009 und 2011 in der Bevölkerung wie bei den Ratsuchenden; der Anteil der Paare sank in beiden Populationen.

---

<sup>89</sup> Rau et al. (2013), S. 191.

<sup>90</sup> Vergleiche im Tabellenanhang ab S. 90 die Tabelle „Übersicht“, Zeile 21.

<sup>91</sup> Rau et al. (2013), S. 162.

**Tabelle 18: Haushaltsformen im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2009 – 2012**

Haushaltsformen	Bevölkerung	Bevölkerung	Bevölkerung	Überschuldete	Überschuldete	Überschuldete	Überschuldete	Betroffenheit
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2012	
<b>Allein Lebende</b>	<b>39,8 %</b>	<b>40,2 %</b>	<b>40,4 %</b>	<b>52,5 %</b>	<b>52,7 %</b>	<b>55,0 %</b>	<b>54,2 %</b>	↑ 1,36
Männer	18,6 %	18,8 %	19,0 %	33,5 %	36,3 %	34,6 %	35,5 %	↑ 1,83
Frauen	21,2 %	21,4 %	21,4 %	19,0 %	16,5 %	20,4 %	18,6 %	↓ 0,95
<b>Paare</b>	<b>52,2 %</b>	<b>51,7 %</b>	<b>51,5 %</b>	<b>30,1 %</b>	<b>29,9 %</b>	<b>28,9 %</b>	<b>29,4 %</b>	↓ 0,56
<b>Paare ohne Kinder</b>	<b>29,1 %</b>	<b>29,0 %</b>	<b>29,1 %</b>	<b>10,9 %</b>	<b>11,3 %</b>	<b>10,7 %</b>	<b>11,2 %</b>	↓ 0,37
<b>Paare mit Kindern</b>	<b>23,1 %</b>	<b>22,6 %</b>	<b>22,3 %</b>	<b>19,2 %</b>	<b>18,6 %</b>	<b>18,2 %</b>	<b>18,2 %</b>	↓ 0,82
Paare mit mj. Kindern	16,6 %	16,2 %	16,1 %	17,6 %	17,0 %	16,7 %	16,1 %	↑ 1,04
1 Kind	8,1 %	8,0 %	8,0 %	8,7 %	6,5 %	6,6 %	7,3 %	↓ 0,83
2 Kinder	6,5 %	6,4 %	6,2 %	5,6 %	6,4 %	6,1 %	5,9 %	↓ 0,98
3 Kinder und mehr	2,0 %	1,9 %	1,9 %	3,2 %	4,0 %	4,0 %	2,9 %	↑ 2,11
Nur mit volljährigen Kindern	6,5 %	6,4 %	6,3 %	1,6 %	1,6 %	1,5 %	2,1 %	↓ 0,24
<b>Allein Erziehende</b>	<b>6,6 %</b>	<b>6,6 %</b>	<b>6,6 %</b>	<b>17,3 %</b>	<b>17,3 %</b>	<b>15,8 %</b>	<b>16,1 %</b>	↑ 2,39
Väter	0,9 %	0,9 %	0,9 %	2,0 %	2,1 %	1,9 %	1,9 %	↑ 2,03
Mütter	5,7 %	5,7 %	5,7 %	15,3 %	15,3 %	14,0 %	14,2 %	↑ 2,44
Allein Erziehende mit mj. Kindern	3,9 %	3,9 %	3,9 %	14,5 %	15,1 %	14,1 %	14,1 %	↑ 3,60
1 Kind	2,7 %	2,7 %	2,7 %	8,4 %	8,9 %	8,9 %	8,2 %	↑ 3,31
2 Kinder	1,0 %	1,0 %	1,0 %	4,3 %	4,4 %	3,5 %	4,1 %	↑ 3,59
3 und mehr Kinder	0,3 %	0,3 %	0,2 %	1,8 %	1,7 %	1,7 %	1,8 %	↑ 6,80
Väter	0,4 %	0,4 %	0,4 %	1,3 %	1,7 %	1,7 %	1,7 %	↑ 4,40
1 Kind	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,8 %	1,2 %	1,3 %	1,1 %	↑ 4,35
2 Kinder	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,3 %	0,5 %	0,3 %	0,4 %	↑ 3,90
3 und mehr Kinder	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	↑ 10,36
Mütter	3,5 %	3,5 %	3,5 %	13,2 %	13,4 %	12,4 %	12,4 %	↑ 3,51
1 Kind	2,4 %	2,4 %	2,4 %	7,6 %	7,7 %	7,6 %	7,0 %	↑ 3,18
2 Kinder	0,9 %	0,9 %	0,9 %	4,0 %	4,0 %	3,2 %	3,7 %	↑ 3,57
3 und mehr Kinder	0,2 %	0,2 %	0,2 %	1,7 %	1,7 %	1,5 %	1,8 %	↑ 6,76
Nur mit volljährigen Kindern	2,7 %	2,7 %	2,7 %	2,8 %	2,2 %	1,7 %	2,0 %	↓ 0,63
Väter	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,7 %	0,4 %	0,2 %	0,3 %	↓ 0,32
Mütter	2,2 %	2,1 %	2,2 %	2,1 %	1,9 %	1,5 %	1,7 %	↓ 0,71

Erläuterung: Die Betroffenheit bezeichnet den Quotienten nach den Anteilen 2010 bei den Überschuldeten (Dividend) und der Bevölkerung (Divisor).

## 5.6 Leichter Anstieg der Klienten mit Hochschulbefähigung und Hochschulabschluss

Im Jahr 2012 ist der Anteil der Abiturienten unter den Überschuldeten leicht von 7 auf 8 Prozent gestiegen. Die Überschuldungsbetroffenheit von Personen ohne Schulabschluss ist um den Faktor 3,4 erhöht, die der Personen mit Abitur oder Fachabitur um den Faktor 0,2 geringer als der Durchschnitt.

**Tabelle 19: Schulabschlüsse im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2009 – 2012**

Schulabschluss	Bevölkerung			Überschuldete				Quotient 2011
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2012	
Kein Schulabschluss	5 %	5 %	4 %	14 %	16 %	13 %	13 %	3,4
Hauptschulabschluss	34 %	32 %	31 %	50 %	46 %	48 %	46 %	1,5
Realschulabschluss	28 %	29 %	29 %	29 %	32 %	32 %	33 %	1,1
Abitur/Fachabitur	34 %	35 %	36 %	6 %	6 %	7 %	8 %	0,2

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

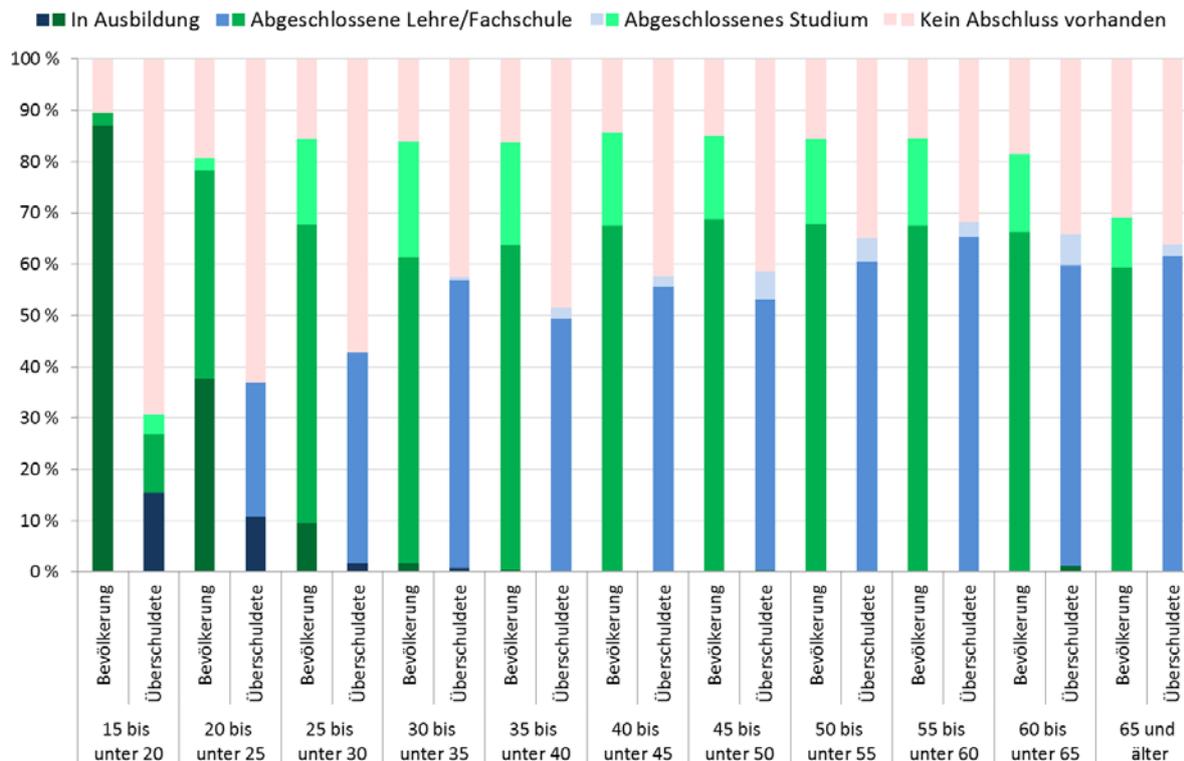
Ein ähnlicher Zusammenhang besteht zwischen der erreichten beruflichen Qualifikation und der Überschuldungsbetroffenheit. Personen ohne abgeschlossene Berufsqualifikation sind um den Faktor 1,7 stärker überschuldungsgefährdet, Akademiker und Personen in Ausbildung bei den Klienten der Beratungsstellen um den Faktor 0,2 unterrepräsentiert. Auch der Anteil der Klienten mit abgeschlossenem Hochschulstudium hat sich in den Beratungsstellen erhöht, von 2 auf 3 Prozent im Jahr 2012.

**Tabelle 20: Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) 2008 – 2012**

Ausbildungsstand	Bevölkerung	Überschuldete	Quotient
<b>Abgeschlossenes Studium</b>			
2008	13,0 %	2,5 %	
2009	13,6 %	2,7 %	
2010	13,6 %	2,6 %	
2011	13,6 %	2,3 %	<b>0,2</b>
2012		3,2 %	
<b>Abgeschlossene Lehre/Fachschule</b>			
2008	58,0 %	51,5 %	
2009	57,9 %	51,5 %	
2010	57,9 %	51,8 %	
2011	58,0 %	50,8 %	<b>0,9</b>
2012		52,1 %	
<b>Keine abgeschlossene Berufsqualifikation</b>			
2008	28,3 %	46,0 %	
2009	27,8 %	45,8 %	
2010	27,8 %	46,4 %	
2011	27,8 %	46,9 %	<b>1,7</b>
2012		44,7 %	
<b>Davon in Ausbildung</b>			
2008	9,0 %	1,1 %	
2009	9,0 %	0,9 %	
2010	8,7 %	1,7 %	
2011	8,7 %	1,7 %	<b>0,2</b>
2012		1,8 %	

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

Gerade die jüngeren unter den Überschuldeten verfügen durchschnittlich über ein weit geringeres Bildungskapital, als es nach der Bevölkerungsstatistik zu erwarten wäre. Oft tritt die finanzielle Krise bereits ein, bevor überhaupt eine Berufsausbildung begonnen wurde. Bei den älteren Überschuldeten hingegen sind die Unterschiede geringer, aber immer noch deutlich sichtbar.

**Abbildung 8: Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Alter, 2011**

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

„Personen mit geringem Bildungsniveau sind tendenziell stärker von Überschuldung betroffen als Personen mit höherem Bildungsniveau. Dies könnte neben Wissenslücken im Bereich ökonomischer Grundbildung auch im Zusammenhang mit ihrer vergleichsweise schlechteren Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation stehen“ stellen die Autoren des vierten Armuts- und Reichtumsberichts unter Bezugnahme auf unsere Zahlen fest.<sup>92</sup>

Die Detailanalyse zeigt, dass beide Faktoren eine Rolle zu spielen scheinen. Bei den Ratsuchenden ohne Schulabschluss wird in mehr als 40 Prozent der Fälle Arbeitslosigkeit als Hauptgrund der Überschuldung angegeben, bei denjenigen mit Realschulabschluss in knapp 37 Prozent der Fälle und bei denjenigen mit Abitur in nur etwas mehr als einem Viertel der Fälle. Eine deutliche Abnahme der Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Situation der Ratsuchenden ist auch mit steigender Berufsqualifikation sichtbar. Auffällig ist weiterhin die steigende Bedeutung der gescheiterten Selbständigkeit mit zunehmender schulischer oder beruflicher Qualifikation. Der Anteil erreicht hier jeweils bei der höchsten Bildungsstufe (Hochschulreife beziehungsweise Hochschulstudium) etwa 25 Prozent. Anders sieht es beim irrationalen Konsumverhalten aus, dessen Bedeutung mit steigender beruflicher Qualifikation abzunehmen scheint.<sup>93</sup> Der Anstieg bei gescheiterten Immobilienfinanzierungen lässt keine Rückschlüsse auf eine mangelnde finanzielle Bildung der oberen Bildungsgrade zu, sondern wird eher daher rühren, dass ein größerer Anteil dieser Klienten überhaupt über die Möglichkeit einer Baufinanzierung verfügt. Bei den Überschuldungsgründen „Zahlungsverpflichtung aus Mitbürgschaften“ und „unzureichende Kredit- und Bürgschaftsberatung“ ist das Bild uneinheitlich.

<sup>92</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 376.

<sup>93</sup> Ob dieser Befund, der wie alle anderen Ergebnisse in diesem Kapitel auf der Einschätzung der Beraterinnen und Berater beruht, auch mit auf Vorurteilen beruhen könnte, ist nicht feststellbar.

**Tabelle 21: Berufliche Qualifikation im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung) nach Alter, 2011**

Hauptüberschuldungsgrund	Schulbildung				Berufsbildung		
	Kein Schulabschluss	Hauptschulabschluss	Realschulabschluss	Abitur/Fachabitur	ohne abgeschlossene Ausbildung	abgeschlossene Lehre	abgeschlossenes Studium
Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	40,9%	42,3%	36,8%	26,8%	41,0%	36,0%	22,9%
Scheidung/Trennung	14,5%	19,0%	15,8%	16,9%	13,7%	16,5%	16,1%
Krankheit	12,6%	9,9%	8,8%	17,7%	10,3%	11,4%	17,7%
Konsumverhalten	11,7%	8,4%	12,7%	4,7%	14,9%	10,8%	7,2%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	5,0%	4,2%	3,5%	3,1%	5,0%	3,4%	2,0%
Gescheiterte Immobilienfinanzierung	0,4%	2,3%	2,8%	2,0%	1,4%	3,4%	3,6%
Unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung	1,5%	1,5%	4,0%	1,6%	1,0%	2,1%	1,2%
Zahlungsverpflichtung aus Mithaftung	4,2%	2,4%	3,1%	3,1%	3,4%	2,8%	3,6%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,8%	9,8%	12,4%	24,0%	8,9%	13,6%	25,7%

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

## 5.7 Weniger Arbeiter und Angestellte, aber mehr Schüler in der Schuldnerberatung

Unter den Klienten der Schuldnerberatung waren auch im Jahr 2012 wieder alle Erwerbsgruppen und Berufsformen vertreten. Innerhalb der vergangenen Jahre sind, wenn auch geringfügige, Veränderungen sichtbar. So gingen die Anteile der Arbeiter und der Angestellten zwischen 2011 und 2012 zusammen um einen Prozentpunkt zurück. Dies machte eine relative Veränderung um den Faktor 0,96 aus. Deutlicher, aber auf niedrigerem Niveau, fällt der Anstieg der Schüler, Azubis oder Studenten unter den Ratsuchenden von 1,8 Prozent auf 2,4 Prozent aus.

**Tabelle 22: Erwerbsformen (alle Ratsuchenden) 2008 – 2013 Q1**

Tätigkeit	2008	2009	2010	2011	2012 <sup>2</sup>	2013 (1. Quartal)
Arbeiter	7,3 %	7,9 %	7,3 %	6,9 %	6,4 %	7,1 %
Angestellte	18,1 %	17,5 %	16,5 %	18,9 %	18,4 %	15,6 %
Beamte	0,6 %	0,2 %	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,0 %
Aushilfen	2,5 %	2,2 %	2,1 %	2,6 %	2,9 %	1,5 %
Rentner	11,0 %	10,8 %	9,9 %	9,4 %	10,1 %	10,6 %
Schüler/Azubis/Studenten	2,5 %	2,1 %	2,1 %	1,8 %	2,4 %	1,7 %
Hausmänner/Frauen	3,8 %	2,9 %	3,3 %	3,3 %	2,7 %	3,1 %

Je stabiler die Erwerbssituation, desto größer ist der Schutz vor Überschuldung. Die nachstehende Tabelle zeigt dies für die Beamten, Arbeiter und Angestellten anhand eines Vergleichs mit der Bevölkerung für das Jahr 2011. Danach war der Anteil der Beamten unter den Überschuldeten um den Faktor 0,1 geringer als der entsprechende Anteil in der Bevölkerung; der Anteil der Arbeiter um den Faktor 0,5 und der Anteil der Angestellten um den Faktor 0,6. Der Vergleich verdeutlicht die Wirksamkeit eines stabilen Einkommens als Überschuldungsschutz. Bei den Beamten kommt neben der grundsätzlichen Stabilität des Einkommens zudem die Stabilität der Einkommenshöhe hinzu.

**Tabelle 23: Tätigkeit im Vergleich (alle Überschuldeten, Bevölkerung)**

Tätigkeit	Bevölkerung		Überschuldete			Quotient 2011
	2010	2011	2010	2011	2012	
Beamte	3,0 %	2,9 %	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,1
Arbeiter	13,8 %	14,1 %	7,3 %	6,9 %	6,4 %	0,5
Angestellte	32,2 %	30,9 %	16,5 %	18,9 %	18,4 %	0,6

Quelle Bevölkerung: Statistisches Bundesamt, Darstellung: iff

## 5.8 Nettoeinkünfte steigen schneller als in der bundesdeutschen Bevölkerung

Das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen lag im Jahr 2011 nach den Angaben des Statistischen Bundesamts bei 2.988 Euro.<sup>94</sup> Im Vergleich zum Jahr 2008 stieg das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der deutschen Haushalte damit um den Faktor 1,025 an. Der Anstieg bei den durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkünften der Klienten von Schuldnerberatungsstellen lag im genannten Zeitraum bei 1,042 und damit höher. Auch im Jahr 2012 sind die Haushaltsnettoeinkünfte leicht auf 1.174 Euro gestiegen, wobei sich die Steigerungsrate im 1-Prozent-Bereich und damit unterhalb der Inflationsrate bewegt. Eine leichte Veränderung nach oben zeigt auch der Median als besonders stabiler Mittelwert. 50 Prozent der ratsuchenden Haushalte hatten somit 728 Euro oder weniger im Monat zur Verfügung. Das Einkommen erreicht aktuell aber dennoch nur knapp 42 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus.

**Tabelle 24: Haushaltsnettoeinkommen (alle Ratsuchenden) 2008 – 2013 Q1**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 (1. Quartal)
Mittelwert	1.192 €	1.185 €	1.214 €	1.242 €	1.289 €	965 €
Perzentil 25	734 €	745 €	747 €	784 €	760 €	558 €
Median	1.098 €	1.101 €	1.100 €	1.090 €	1.135 €	927 €
Perzentil 75	1.512 €	1.478 €	1.515 €	1.550 €	1.599 €	1.222 €
Mittelwert nach EVS	2.914 €	2.873 €	2.922 €	2.988 €		
Quotient .....	40,9 %	41,2 %	41,5 %	41,6 %		

Erläuterung: Der Quotient ist das Ergebnis der Division aus dem Mittelwert des Haushaltsnettoeinkommens der Überschuldeten im Jahr 2008 und dem entsprechenden Mittelwert in der Gesamtbevölkerung nach dem Statistischen Bundesamt.<sup>95</sup>

In der Detailanalyse der Einkommensquellen<sup>96</sup> ist erwartungsgemäß nach Altersstufen zu unterscheiden. In den jüngeren Altersgruppen überwiegen Erwerbseinkünfte (insbesondere Löhne und Gehälter bei 42 Prozent der 25- bis 35-Jährigen) und kinderbezogene Transferleistungen des Staates oder Privater<sup>97</sup> und am häufigsten das Arbeitslosengeld II in mehr als 50 Prozent der Fälle. Die Zusammensetzung des Einkommens im mittleren Alter der 35- bis 55-Jährigen unterscheidet sich beim ALG II und bei den Erwerbseinkünften nicht stark von den Anteilen der Jüngeren. Allerdings nimmt der Bezug von kinderbezogenen Transferleistungen ab und die Rentenleistungen nehmen zu. So geben immerhin 16 Prozent der Klienten im Alter zwischen 45 und 55 Jahren an, Renten oder Pensionen zu beziehen. Letztgenannte Einkommensquelle überwiegt dann bei den Ratsuchenden ab 65 Jahren. Mehr als 97 Prozent beziehen Renten. Demgegenüber sinkt der Bezug von Arbeitslosengeld II auf 4,6 Prozent der Fälle. Da es sich bei den in der Tabelle dargestellten Einkünften um solche des gesamten Haushalts handelt, also auch die Einkünfte der Partner und sonstiger Haushaltsmitglieder erfasst werden, finden sich auch in den älteren Alterskategorien Einkünfte wie das Arbeitslosengeld I oder Löhne und Gehälter.

<sup>94</sup> Zahlen zur Bevölkerung lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung für das Jahr 2012 noch nicht vor.

<sup>95</sup> Quellen: Statistisches Bundesamt (2008a), Statistisches Bundesamt (2009a), Statistisches Bundesamt (2010), Statistisches Bundesamt (2011).

<sup>96</sup> Für die Tabelle wurde das 5-Jahres-Sample der Fälle mit Beratungsbeginn von 2008 bis einschließlich 2012 verwendet.

<sup>97</sup> Unter „kinderbezogene Einkünfte“ fallen Kindergeld, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss und Kindergeldvorschuss.

**Tabelle 25: Einkommensarten (alle Ratsuchenden)**

Alter		Erwerbseinkünfte (Löhne, Gehälter, Beamtenbesoldung, Gewerbe und Freiberufe)	Löhne und Gehälter	Beamtenbesoldung	Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit (Gewerbe und Freiberufe)	Renten und Pensionen	Kinderbezogene Einkünfte	ALG I	ALG II	Sonstige Einkünfte	Alle Einkünfte
18 bis unter 25	Mittelwert	278 €	272 €	6 €	0 €	6 €	135 €	18 €	322 €	92 €	850 €
	Bezieher	37,3 %	36,9 %	0,4 %	0,1 %	2,7 %	41,7 %	4,1 %	53,4 %	32,4 %	100,0 %
	Median	638 €	626 €	1.580 €	450 €	180 €	184 €	448 €	595 €	244 €	764 €
25 bis unter 35	Mittelwert	424 €	415 €	6 €	3 €	10 €	184 €	41 €	386 €	112 €	1.156 €
	Bezieher	41,6 %	41,0 %	0,3 %	0,4 %	2,2 %	43,5 %	5,8 %	54,4 %	32,7 %	100,0 %
	Median	1.000 €	1.000 €	1.994 €	733 €	417 €	364 €	703 €	682 €	273 €	1.071 €
35 bis unter 45	Mittelwert	561 €	539 €	13 €	9 €	40 €	163 €	49 €	396 €	97 €	1.307 €
	Bezieher	47,9 %	46,9 %	0,6 %	0,7 %	7,1 %	42,2 %	6,2 %	51,4 %	24,8 %	100,0 %
	Median	1.127 €	1.113 €	2.182 €	1.099 €	551 €	368 €	770 €	729 €	300 €	1.177 €
45 bis unter 55	Mittelwert	468 €	453 €	9 €	6 €	106 €	72 €	42 €	355 €	105 €	1.148 €
	Bezieher	43,3 %	42,5 %	0,4 %	0,6 %	16,0 %	23,8 %	5,5 %	50,8 %	24,6 %	100,0 %
	Median	1.037 €	1.024 €	2.335 €	733 €	630 €	184 €	745 €	692 €	307 €	1.004 €
55 bis unter 65	Mittelwert	311 €	300 €	7 €	4 €	277 €	21 €	52 €	296 €	112 €	1.068 €
	Bezieher	31,6 %	31,0 %	0,3 %	0,7 %	35,8 %	8,6 %	7,2 %	44,5 %	24,7 %	100,0 %
	Median	931 €	915 €	1.973 €	700 €	700 €	184 €	719 €	664 €	319 €	941 €
65 bis unter 70	Mittelwert	40 €	39 €	0 €	0 €	872 €	5 €	4 €	17 €	138 €	1.076 €
	Bezieher	8,6 %	8,3 %	0,0 %	0,3 %	97,4 %	2,3 %	0,7 %	4,6 %	38,7 %	100,0 %
	Median	341 €	356 €	.	136 €	870 €	164 €	612 €	380 €	289 €	989 €
70 und älter	Mittelwert	29 €	28 €	0 €	0 €	940 €	3 €	2 €	20 €	155 €	1.148 €
	Bezieher	6,5 %	6,1 %	0,0 %	0,4 %	95,7 %	1,3 %	0,4 %	3,5 %	36,5 %	100,0 %
	Median	357 €	371 €	.	100 €	932 €	184 €	411 €	564 €	287 €	1.049 €
Gesamt	Mittelwert	424 €	410 €	8 €	5 €	112 €	120 €	40 €	348 €	106 €	1.150 €
	Bezieher	40,5 %	39,7 %	0,4 %	0,5 %	15,0 %	32,4 %	5,6 %	49,2 %	28,0 %	100,0 %
	Median	1.000 €	1.000 €	2.171 €	850 €	696 €	317 €	715 €	687 €	290 €	1.025 €

Erläuterung: Der Median bezieht sich nur auf diejenigen Haushalte mit Einkommen der entsprechenden Quelle.

Aussagekräftiger im Hinblick auf die Kaufkraft und die Einkommenssituation ist das Pro-Kopf-Einkommen. Bei der Bildung des Pro-Kopf-Einkommens richten wir uns nach den so genannten modifizierten OECD-Gewichten, wonach beim Einkommensbedarf des Haushalts nach Altersstufen und Status der Person im Haushalt unterschieden wird. Das Ergebnis der Division ergibt das so genannte Haushaltsäquivalenzeinkommen, mit dem auch Aussagen über relative Einkommensarmut möglich sind.<sup>98</sup> Unsere Zeitreihe zeigt den Anstieg verschiedener Lagemaße im Zeitraum zwischen 2008 und 2012. So kletterte das arithmetische Mittel von 809 Euro auf 858 Euro, der Median stieg von 639 Euro auf 660 Euro und das Perzentil 75 als Indikator der Untergrenze des „reichsten“ Viertels stieg von 950 Euro auf 1.021 Euro an. Die Werte verdeutlichen bereits den hohen Anteil von Haushalten, bei denen ganz offensichtlich auch ein Einkommensrückgang und das niedrige Einkommen bei der Genese der Überschuldung eine wichtige Rolle spielen. Auf die Gefahr der Armut im Alter gehen wir in einem gesonderten Kapitel ein.

<sup>98</sup> Eine ausführliche Beschreibung zur Bildung des gewichteten Nettoäquivalenzeinkommens nach der neuen OECD-Skala befindet sich im Methodenteil ab S. 77.

**Tabelle 26: Pro-Kopf-Einkommen (alle Ratsuchenden) 2007 – 2013 Q1**

Pro-Kopf-Einkommen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 (1. Quartal)
Mittelwert	820 €	809 €	821 €	823 €	850 €	858 €	848 €
Perzentil 25	632 €	639 €	652 €	644 €	650 €	660 €	667 €
Median	778 €	783 €	795 €	806 €	825 €	834 €	831 €
Perzentil 75	975 €	950 €	974 €	975 €	1.030 €	1.045 €	1.021 €

## 5.9 Anteil der vermögenden Haushalte und durchschnittlicher Vermögenswert im Jahr 2012 gesunken

Klienten der Schuldnerberatung sind zum überwiegenden Teil vermögenslos. Die Haushalte setzen das vorhandene Vermögen zur Schuldentilgung ein, bevor sie die Schuldnerberatung aufsuchen. Zudem ist zu vermuten, dass viele betroffene Familien auch vor Eintritt der finanziellen Krise bereits über sehr geringe oder gar keine Vermögen verfügten. Lediglich in 16,8 Prozent der Fälle, bei denen die Beratung im Jahr 2012 begann, wurde Vermögen dokumentiert. Der Anteil ist seit 2010 ausgehend von knapp 18 Prozent gefallen. Auch die durchschnittliche Vermögensmasse derjenigen, die über Vermögen verfügen, ist zwischen 2011 und 2012 zurückgegangen.

**Tabelle 27: Vermögen (alle Ratsuchenden) 2010 – 2012**

Vermögen	2010	2011	2012
Vermögen dokumentiert	17,9 %	17,7 %	16,8 %
Mittelwert	6.388 €	8.056 €	6.263 €
Perzentil 25	65 €	117 €	95 €
Perzentil 35	257 €	307 €	253 €
Median	593 €	651 €	606 €
Perzentil 75	1.357 €	1.598 €	1.344 €

Erläuterung: Die Tabelle enthält ausschließlich zu denjenigen Haushalten Angaben, bei denen Vermögen dokumentiert wurde.

In fast neun von zehn Fällen, in denen Vermögen dokumentiert ist, bestehen Guthaben auf Konten, allerdings in geringer Höhe (Medianwert: 43 Euro). Bedeutsam sind weiterhin zu verwertende Fahrzeuge (20 Prozent, Median: 550 Euro) und Beteiligungen (11 Prozent, Median: 500 Euro). Immobilienbesitz wird lediglich in 4 Prozent der Fälle mit Vermögen angegeben. Es verfügten damit lediglich knapp 0,7 Prozent der Haushalte mit Beratungsbeginn 2012 überhaupt (noch) über Immobilieneigentum (16,8 % \* 4 %). Die Fallzahlen sind zu gering, um aus den dargestellten Veränderungen Entwicklungen für alle Überschuldeten ableiten zu können.

**Tabelle 28: Vermögensgegenstände (alle Ratsuchenden) 2010 – 2012**

Vermögensgegenstand	2010		2011		2012	
	Median	Anteil	Median	Anteil	Median	Anteil
Konten	23 €	85%	25 €	87%	43 €	87%
Sonstige Zahlungsansprüche	831 €	31%	831 €	30%	860 €	36%
Fahrzeuge	375 €	20%	450 €	25%	550 €	20%
Beteiligungen	735 €	11%	1.015 €	13%	500 €	11%
Ansprüche aus Versicherungen	100 €	14%	166 €	11%	53 €	8%
Steuererstattungsansprüche	0 €	7%	0 €	6%	30 €	5%
Immobilien	70.500 €	5%	64.450 €	6%	55.000 €	4%
Wertgegenstände	50 €	1%	1 €	2%	50 €	3%
Wertpapiere	640 €	1%	297 €	1%	495 €	1%
Erbschaften	15.833 €	0%	2.500 €	0%	5.000 €	0%

## 6 Ältere Überschuldete ab dem 65. Lebensjahr

Altersarmut und die damit verbundenen Gefahren sind in aller Munde. Doch die Prognosen fallen unterschiedlich aus. „Die Rückkehr der Altersarmut?“ betiteln etwa Vogel und Motel-Klingbiel ihren Beitrag in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband zur Frage des Alterns im sozialen Wandel und merken an, „dass Befunde zur möglichen künftigen Entwicklung der Altersarmut keineswegs einheitlich ausfallen“.<sup>99</sup> Wir haben wiederholt auf den Zusammenhang zwischen Armut und Überschuldung hingewiesen. Die aktuelle Diskussion ist Grund genug, die Überschuldungssituation der Ratsuchenden im Alter ab 65 Jahren<sup>100</sup> in diesem Kapitel näher darzustellen. Danach sollen auf Grund der Befunde der Armutsprognosen anderer Institute die Auswirkungen einiger ökonomischer und demographischer Faktoren auf die Gruppe der Älteren beleuchtet werden.

### 6.1 Die aktuelle Situation

Im Jahr 2013 sind die Älteren ab 65 stark unterdurchschnittlich von Überschuldung betroffen, wenngleich ihr Anteil in den letzten Jahren leicht, aber kontinuierlich angestiegen ist, was stärker auf die über 50-Jährigen zutrifft. Dabei bedingen Krankheitsfälle und der Tod der Partnerin oder des Partners inzwischen bereits fast 25 Prozent der Krisenfälle als Hauptgründe. Besonders die aufgrund Tod oder Trennung allein Lebenden, und hier besonders die Frauen, sind häufig in Schuldnerberatungsstellen anzutreffen. Das alleinige Haushalten im Alter scheint diesen Personen schlecht zu gelingen. Zudem kommen Bürgschafts- und sonstige Haftungsfälle häufiger vor als bei den Jüngeren. Auch wenn die Armutsbetroffenheit geringer ist als bei den jüngeren Haushalten, spielen geringe Einkünfte angesichts der verhältnismäßig höheren Schuldenlast eine bedeutende Rolle bei der Krisenentwicklung. Hinzu kommen Anzeichen dafür, dass staatliche Hilfe besonders bei den Älteren weniger als möglich in Anspruch genommen wird. Hohe Schulden betreffen besonders die älteren Männer. Mehr noch als bei den Jüngeren sind die Banken mit Abstand die wichtigsten Gläubiger, was auf eine höhere Kreditwürdigkeit aus Sicht der

<sup>99</sup> Vogel und Motel-Klingbiel (2013), S. 13.

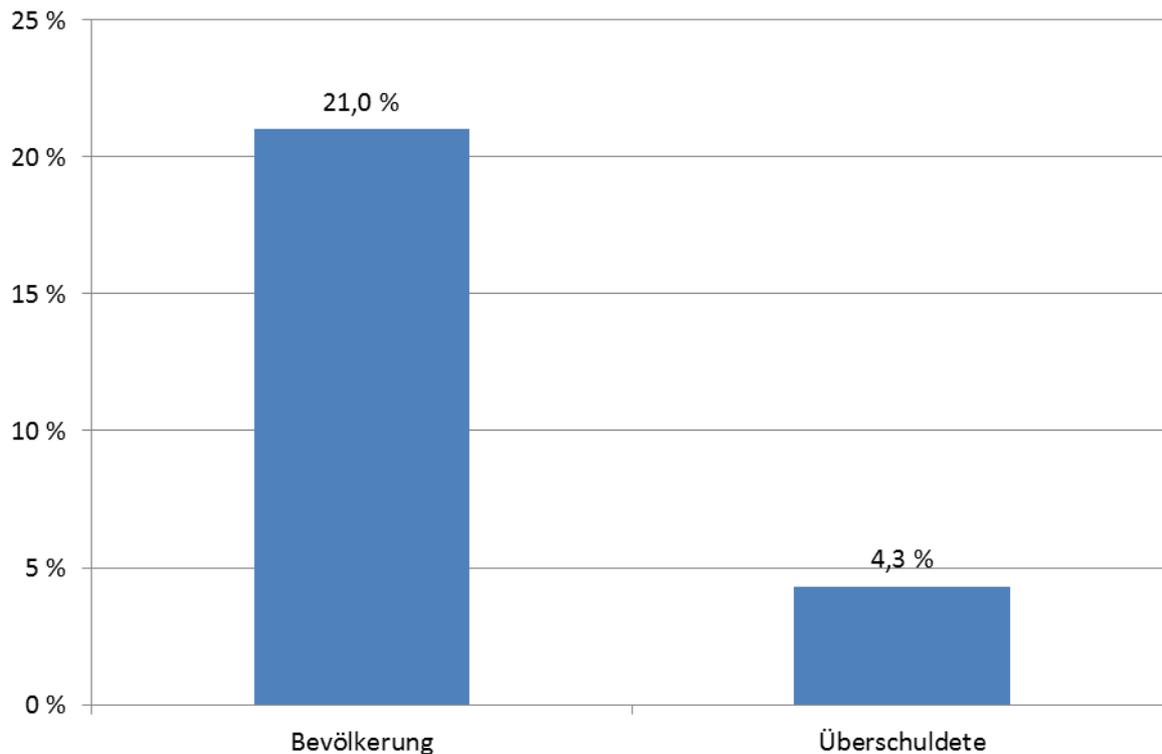
<sup>100</sup> Wir haben für unsere Auswertungen das bisher geltende Renteneintrittsalter gewählt. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre betrifft die aktuell 65-Jährigen noch nicht. Das Renteneintrittsalter wird von 2012 an bis 2029 in einzelnen Schritten über die zuvor gültige Grenze von 65 Jahren hinaus erhöht. Die Rente mit 67 gilt dann für alle, die 1964 oder später geboren wurden.

Banken hinweist und zudem ein Anhaltspunkt für in dieser Gruppe verstärkt genutzte Krisenkredite sein könnte.

### 6.1.1 Anteil der Älteren gering, aber steigend

Der Anteil der älteren Überschuldeten in den Beratungsstellen ist gering. Er liegt, berechnet auf die Jahre 2008 bis 2012, bei gerade einmal 4,3 Prozent. Im Vergleich zur Altersverteilung in der Bevölkerung sind die Älteren damit stark unterrepräsentiert, besonders dann, wenn man mit dem Alter des Haupteinkommensbeziehers vergleicht. Fast 29 Prozent aller Haupteinkommensbezieher in Deutschland sind mittlerweile 65 Jahre alt oder älter. Der Betroffenheitsfaktor, also der Quotient aus dem bei den Überschuldeten anzutreffenden Anteil der Älteren ab 65 und des entsprechenden Anteils älterer Haushaltsvorstände, liegt damit bei lediglich 0,15. Wir wählen den Vergleich mit den Haupteinkommensbeziehern, weil auf Grund der einkommensbedingten Bonität davon auszugehen ist, dass vor allem Haupteinkommensbezieher diejenigen sind, die Kredite aufnehmen und von daher auch bei Krisen in die Überschuldung gelangen können und die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen. Zwingend ist diese Annahme jedoch nicht, da auch die übrigen Angehörigen auf Grund von Mithaftung und eigener Schulden von Überschuldung erfasst werden – und die Schuldnerberatung aufsuchen können. Wir vergleichen daher auch mit dem Anteil der ab 65-Jährigen unbeschadet der Einkommensrolle im Haushalt. Dieser Anteil liegt bei 21 Prozent,<sup>101</sup> es errechnet sich damit ein Betroffenheitsfaktor von 0,21.

**Abbildung 9: Anteile der Personen ab 65 Jahre in Bevölkerung und Schuldnerberatung**

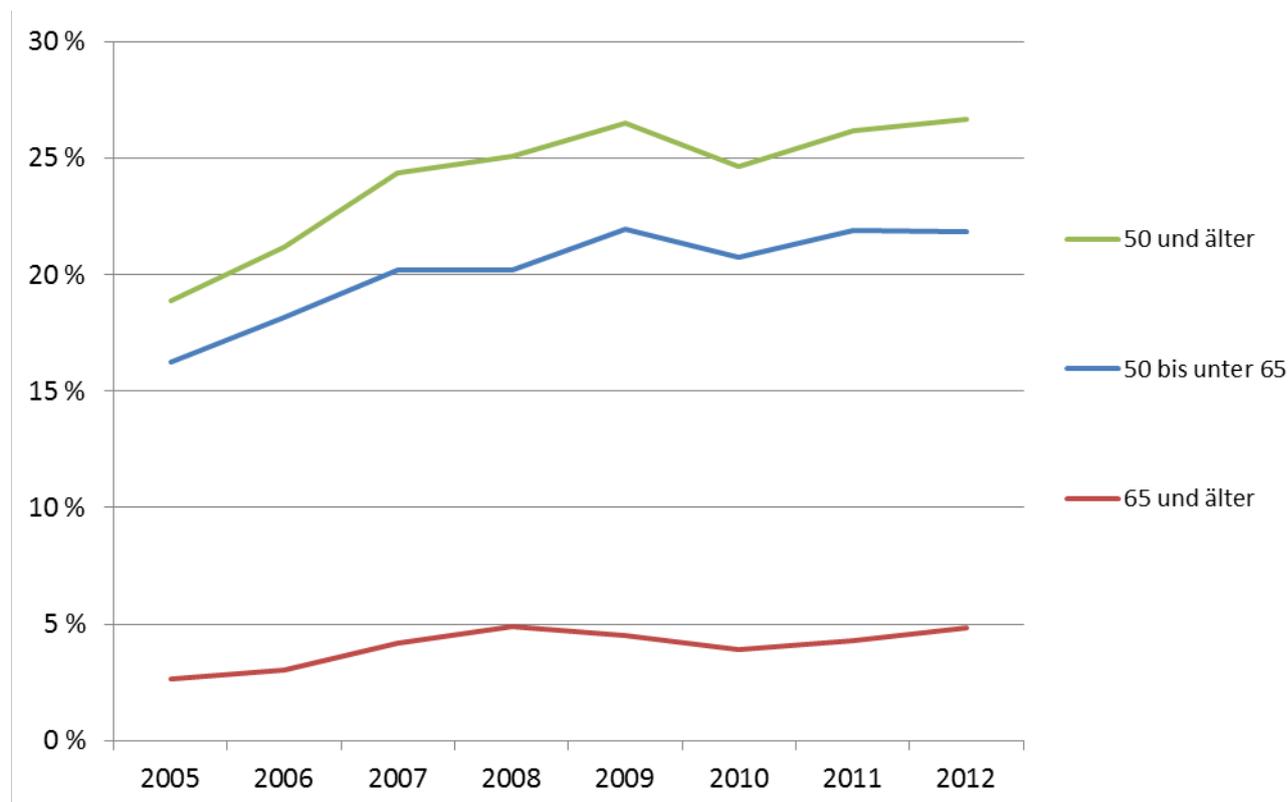


<sup>101</sup> Das ist ein Spitzenwert innerhalb der Europäischen Union, vergleiche Statistisches Bundesamt (2012), S. 2.

Auch wenn aktuell der Anteil der älteren Überschuldeten also weit unterdurchschnittlich ist, zeigt die Entwicklung einen Anstieg des Anteils älterer Menschen an, die den Rat der Schuldnerberatung benötigen. Seit dem Jahr 2005 hat der Anteil der Personen ab 65 zugenommen. Noch deutlicher ist die Zunahme des Anteils derjenigen im Alter von 50 bis unter 65 Jahren. Zusammengenommen stieg der Anteil derjenigen Ratsuchenden ab 50 Jahren von unter 20 Prozent im Jahr 2005 auf über 25 Prozent im Jahr 2012 an.

In der hier untersuchten Altersklasse sind die Männer deutlich stärker von Überschuldung betroffen (Faktor 1,13) als die Frauen (Faktor 0,9). Im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 waren fast 50 Prozent der älteren Ratsuchenden Männer, obwohl nach den Bevölkerungszahlen lediglich knapp 44 Prozent zu erwarten gewesen wären.

**Abbildung 10: Entwicklung des Anteils älterer Überschuldeter in der Schuldnerberatung 2005 – 2012**

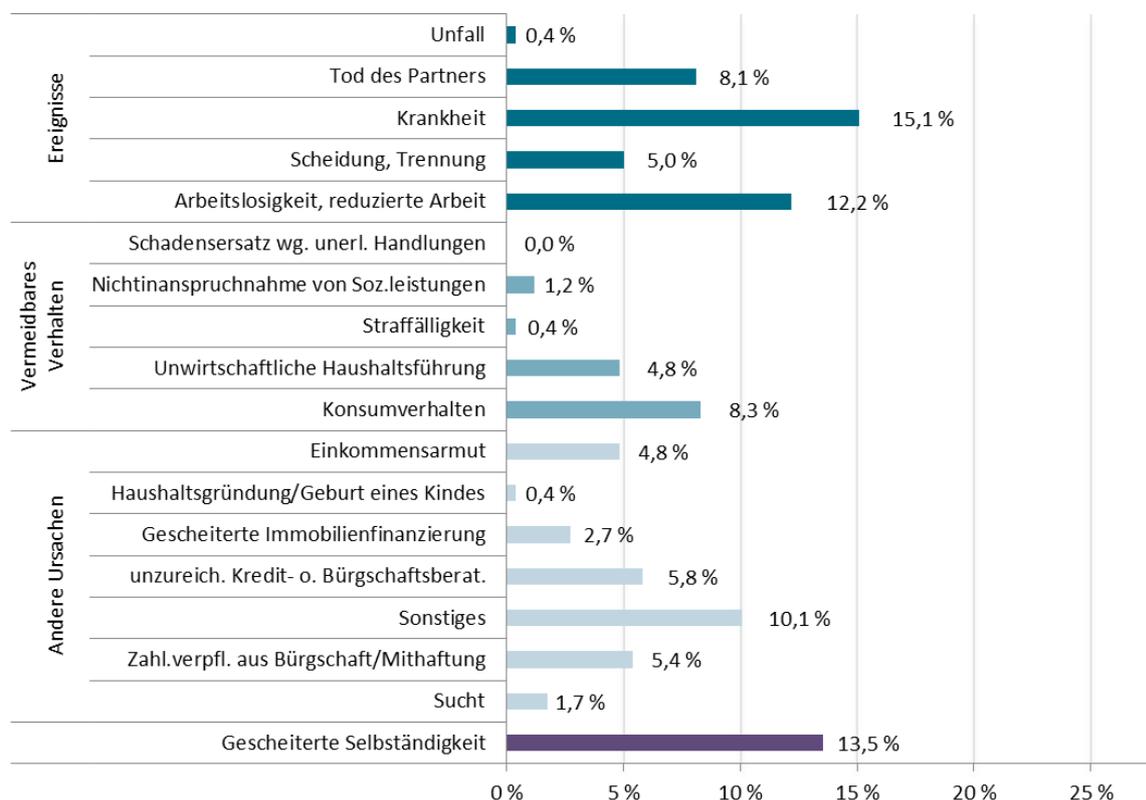


### 6.1.2 Krankheit und Tod des Partners bedingen als Hauptgründe 25 Prozent der Überschuldungsfälle bei steigender Bedeutung

Für die geringere Betroffenheit gibt es verschiedene Gründe, die mit der Genese finanzieller Krisen in Zusammenhang stehen. So spielen familiäre, berufliche oder örtliche Veränderungen bei den Älteren eine geringere Rolle als bei den Jüngeren. Investitionen, also die Kreditaufnahme, sind von daher seltener veranlasst. Bestimmte Überschuldungsauslöser sind bei den Älteren vergleichsweise unwahrscheinlich. So besteht bei dieser Personengruppe in selteneren Fällen die Gefahr eines Einkommensschocks, denn Rentenbezüge sind im Gegensatz zu Arbeitseinkommen stabiler. Als wichtigster Überschuldungsgrund erscheint bei den Älteren die Krankheit (15,1 Prozent), gefolgt von einer gescheiterten Selbständigkeit (13,5 Prozent), Arbeitslosigkeit (12,2 Prozent), dem Konsumverhalten (8,3 Prozent) und dem Tod des Partners (8,1 Prozent). Auch die „sons-

tigen“, nicht näher spezifizierten Gründe, machen einen bedeutenden Teil von 10,1 Prozent aus.

**Abbildung 11: Hauptüberschuldungsgründe bei Ratsuchenden im Alter ab 65 Jahre**



Nachstehende Tabelle zeigt die Hauptgründe der Überschuldung für die Älteren und die Jüngeren im Vergleich an. Die Gründe sind nach dem Grad des zwischen den beiden Gruppen bestehenden Unterschiedes (ausgedrückt als Quotient der Anteile bei den Älteren und den Anteilen bei den Jüngeren) geordnet. Der relativ größte Unterschied besteht beim Tod des Partners, erklärbar über das Alter der hier interessierenden Gruppe. Die durch den Verlust eintretenden finanziellen Auswirkungen (Einkommensverlust, relativ höhere Haushaltskosten) machen sich hier bemerkbar. Große Unterschiede gibt es auch bei unzureichenden Kredit- oder Bürgschaftsberatungen, die im Zusammenhang mit dem Tod des Partners stehen könnten. Diese Fälle machen immerhin fast 6 Prozent bei den älteren Klienten von Schuldnerberatungsstellen aus. Bei etwa 5 Prozent der Ratsuchenden wurde Einkommensarmut als Hauptgrund der Überschuldung ausgemacht. Die Quote ist zwar vergleichsweise niedrig, aber dennoch um den Faktor 2,8 höher als bei den Jüngeren. Die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen wird bei den Älteren in immerhin 1,2 Prozent der Fälle als Hauptgrund der Überschuldung genannt. Die Älteren scheinen größere Skrupel zu empfinden, der Quotient beträgt 2,6. Zahlungsverpflichtungen aus Bürgschaft und Mithaftung spielen bei den Älteren in mehr als 5 Prozent der Fälle die Hauptrolle. Neben Haushaltsgründungen, die naturgemäß bei Älteren kaum eine Rolle spielen, sind auch Scheidungen oder Trennungen, Arbeitslosigkeit oder das Konsumverhalten von vergleichsweise geringer Relevanz. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ältere Haushalte neben den Nachwirkungen zurückliegender Arbeitslosigkeit und gescheiterter Selbständigkeit (zusammen etwa ein Viertel der Fälle) vor allem durch die Folgen von Krankheit und des Todes des Partners (zusammen ein weiteres Viertel der

Fälle) bedroht sind. Beide Ereignisse sind auf der Grundlage ausreichender Einkünfte sicherlich besser zu bewältigen als von einkommensarmen Haushalten.

**Tabelle 29: Hauptüberschuldungsgründe bei älteren und jüngeren Überschuldeten im Vergleich**

Hauptüberschuldungsgründe	Ab 65	Bis unter 65	Quotient
Tod des Partners	8,1 %	1,1 %	<b>7,6</b>
Unzureich. Kredit- o. Bürgschaftsberat.	5,8 %	1,1 %	<b>5,5</b>
Einkommensarmut	4,8 %	1,7 %	<b>2,8</b>
Nichtinanspruchnahme von Soz.leistungen	1,2 %	0,5 %	<b>2,6</b>
Zahl.verpfl. aus Bürgschaft/Mithaftung	5,4 %	2,4 %	<b>2,3</b>
Sonstiges	10,1 %	4,5 %	<b>2,2</b>
Krankheit	15,1 %	8,8 %	<b>1,7</b>
Unfall	0,4 %	0,3 %	<b>1,5</b>
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	4,8 %	3,4 %	<b>1,4</b>
Gescheiterte Selbständigkeit	13,5 %	9,8 %	<b>1,4</b>
Gescheiterte Immobilienfinanzierung	2,7 %	2,1 %	<b>1,3</b>
Konsumverhalten	8,3 %	10,3 %	<b>0,8</b>
Scheidung, Trennung	5,0 %	12,7 %	<b>0,4</b>
Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	12,2 %	32,4 %	<b>0,4</b>
Sucht	1,7 %	4,7 %	<b>0,4</b>
Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	0,4 %	2,0 %	<b>0,2</b>
Straffälligkeit	0,4 %	2,3 %	<b>0,2</b>
Schadensersatz wg. unerl. Handlungen	0,0 %	0,2 %	<b>0,0</b>

Aussagen zu Entwicklungen bei den Überschuldungsgründen lassen unsere Daten auf Grund der geringen jährlichen Fallzahlen nur begrenzt zu. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts hat die Bedeutung von Krankheit (mit Sucht und Unfall)<sup>102</sup> zugenommen (2008: 13,6 Prozent; 2011: 16,3 Prozent, 2012: 16,8 Prozent bei den 65 bis 70-Jährigen), die Bedeutung von Scheidung/Trennung und Tod des Partners zusammengenommen schwankt geringfügig um 13 Prozent.<sup>103</sup>

### 6.1.3 Ältere allein lebende Frauen besonders verletzlich

In der Bevölkerung lebten im Jahr 2008 rund 17 Millionen Menschen in Deutschland, die das 65. Lebensjahr bereits erreicht hatten. Von diesen lebten gemäß Berechnungen auf Basis des SOEP gut 60 Prozent mit einem Lebens- oder Ehepartner zusammen, etwa ein Drittel wohnte alleine – weit überwiegend allein lebende Frauen.<sup>104</sup> Bei den Überschuldeten sind die Verhältnisse umgekehrt. 70 Prozent der älteren Ratsuchenden lebten allein, 29 Prozent in Paarbeziehungen (davon 3 Prozent mit Kindern) und die übrigen allein mit Kindern. Es offenbart sich die Bedeutung der Todesfälle auch in der Zusammensetzung der Haushaltsformen. Nachfolgende Tabelle schlüsselt die Haushaltsformen danach auf, ob der Klient ein Mann oder eine Frau war, und zeigt die Unterschiede bei den älteren und den jüngeren Ratsuchenden, ausgedrückt durch einen Quotienten der jeweiligen Anteile, auf.

<sup>102</sup> Bis 2009 sind die Kategorien „Krankheit“ und „Sucht“ zusammengefasst.

<sup>103</sup> Zahlen siehe Statistisches Bundesamt (2009b), Statistisches Bundesamt (2013c), Statistisches Bundesamt (2013d), jeweils Tabelle 3.

<sup>104</sup> Goebel und Grabka (2011), Abbildung S. 8.

**Tabelle 30: Männer und Frauen nach Haushaltsformen bei älteren und jüngeren Überschuldeten**

		Ältere					Gesamt	Jüngere	Quotient
		2008	2009	2010	2011	2012			
Männer	Einpersonenhaushalt	62,5 %	58,2 %	52,1 %	64,0 %	65,8 %	60,9 %	65,6 %	0,93
	Ehe-/Partnerhaushalt ohne Kinder im Haushalt	33,3 %	32,7 %	41,7 %	32,0 %	30,1 %	33,6 %	10,5 %	3,20
	Ehe-/Partnerhaushalt mit Kindern im Haushalt	4,2 %	7,3 %	4,2 %	4,0 %	4,1 %	4,7 %	20,1 %	0,24
	Alleinerziehendenhaushalt	0,0 %	1,8 %	2,1 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	3,9 %	0,19
Frauen	Einpersonenhaushalt	74,6 %	76,9 %	79,5 %	83,6 %	83,7 %	79,4 %	38,2 %	2,08
	Ehe-/Partnerhaushalt ohne Kinder im Haushalt	19,7 %	19,2 %	18,2 %	14,8 %	16,3 %	17,7 %	10,1 %	1,75
	Ehe-/Partnerhaushalt mit Kindern im Haushalt	0,0 %	1,9 %	2,3 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	19,1 %	0,04
	Alleinerziehendenhaushalt	5,6 %	1,9 %	0,0 %	1,6 %	0,0 %	2,2 %	32,5 %	0,07

Danach lebten acht von zehn älteren Frauen, die Schuldnerberatungsstellen aufsuchten, allein. Bei den älteren Männern waren es lediglich sechs von zehn. Bei den Jüngeren ist das Verhältnis umgekehrt, Männer sind häufiger allein lebend als Frauen. Der Anstieg hängt sicherlich auch mit der längeren Lebenserwartung der Frauen zusammen. Dies kann angesichts der deutlichen Unterschiede aber nicht die einzige Erklärung sein. Es scheint vielmehr so, dass ältere Frauen nach Trennungen oder nach dem Tod des Partners häufiger in finanzielle Schwierigkeiten gelangen als die Männer. Der Anteil der allein lebenden Frauen ist bei den von uns untersuchten Beratungsstellen zudem angestiegen, was auf zunehmende finanzielle Schwierigkeiten der älteren Frauen hindeutet. Ältere Frauen, die in Partnerhaushalten leben, scheinen demgegenüber weniger häufig die Beratungshilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Der Anteil macht bei den Frauen lediglich 18 Prozent aus gegenüber 34 Prozent bei den Männern. Ein Grund könnte die traditionelle Rollenverteilung mit dem Mann als Hauptverdiener und Hauptkreditnehmer in den älteren Paarhaushalten sein.

#### 6.1.4 Höheres Pro-Kopf-Einkommen als die Jüngeren, Armutsbetroffenheit bei den Älteren geringer

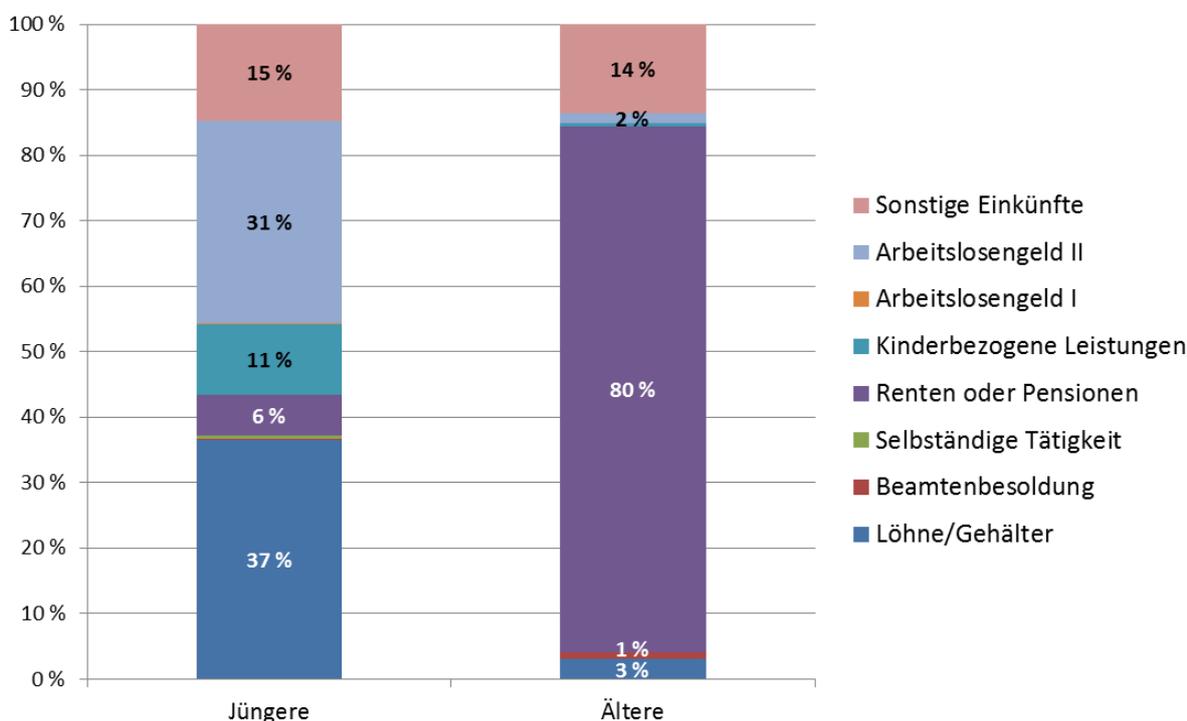
**Tabelle 31: Haushaltsnettoeinkommen und Pro-Kopf-Einkommen der älteren und jüngeren Ratsuchenden im Vergleich 2008 – 2012**

		2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt	Männer	Frauen
Haushaltsgesamtnetto	Ältere	991 €	1.122 €	1.093 €	1.146 €	1.078 €	1.084 €	1.120 €	1.049 €
	Jüngere	1.105 €	1.100 €	1.121 €	1.113 €	1.119 €	1.112 €	1.038 €	1.196 €
	Quotient						0,98	1,08	0,88
Nettoäquivalenzeinkommen	Ältere	869 €	947 €	924 €	996 €	960 €	939 €	917 €	961 €
	Jüngere	781 €	790 €	801 €	806 €	808 €	797 €	783 €	814 €
	Quotient						1,18	1,17	1,18

Die Nettoeinkünfte des Haushalts sind bei den Überschuldeten ab 65 niedriger, etwa so hoch wie bei den Jüngeren, das den Betroffenen zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Einkommen ist jedoch höher als bei den Jüngeren. Das höhere Pro-Kopf-Einkommen bei

ähnlichem Nettoeinkommen ist eine Folge davon, dass 70 Prozent der älteren Überschuldeten allein leben und daher das Einkommen nicht geteilt werden muss. Das vergleichsweise höhere Pro-Kopf-Einkommen zeigt auch an, dass ältere Überschuldete seltener als einkommensarm gelten. Von den älteren Überschuldeten fallen 53 Prozent unter die Armutsgrenze des DIW Berlin (925 Euro pro Kopf); der entsprechende Anteil der Jüngeren liegt bei 69 Prozent. Mit 51 Prozent liegt die Armutsbetroffenheit älterer Frauen in der Schuldnerberatung sogar noch etwas niedriger als die der älteren Männer (56 Prozent).

**Abbildung 12: Einkommensverteilung nach Einkommensquellen bei älteren und jüngeren Überschuldeten**



Bei den Einkommensquellen überwiegen mit 80 Prozent die Renten, 4 Prozent stammen noch aus Arbeitseinkommen, lediglich 2 Prozent aus staatlichen Transferleistungen, die dem Rechtskreis des SGB II (Arbeitslosengeld II) zugerechnet werden können. Die geringe Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen muss, angesichts einer Armutsbetroffenheit von etwa 50 Prozent, nicht bedeuten, dass keine Bedürftigkeit vorliegt. Eine Erklärung könnte auch die Scham vor Inanspruchnahme von Sozialleistungen sein, auf die theoretisch bei Bedürftigkeit ein Anspruch bestünde. Hierfür spricht auch der verhältnismäßig hohe Anteil derjenigen unter den Älteren, denen die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen als Hauptüberschuldungsgrund bescheinigt wird.

### 6.1.5 Höhere Schulden, insbesondere bei Banken

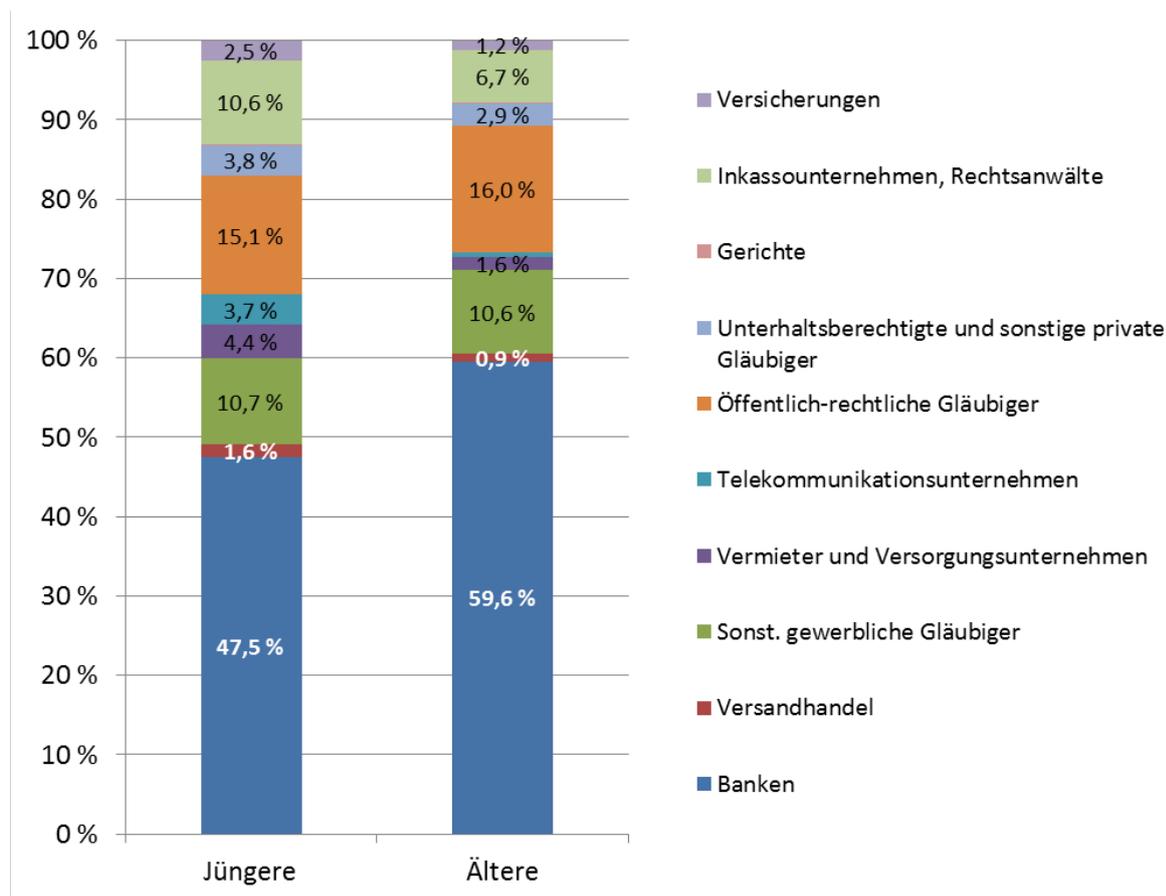
Die Schulden bei den älteren Klienten der Beratungsstellen sind höher als bei den jüngeren. Ohne verzugsbedingte Nebenforderungen der Gläubiger betragen sie durchschnittlich 42.489 Euro, inklusive der geforderten Nebenkosten 51.804 Euro, wobei die relative Nebenkostenbelastung, wie wir oben dargestellt haben, sehr unterschiedlich sein kann. Die durchschnittlichen Bruttoschulden liegen beim 1,6-Fachen der Schulden der Jüngeren. Wie wir bereits im vergangenen Jahr zeigen konnten, stehen die höheren Schulden

vor allem im Zusammenhang mit den durch die Älteren durchschnittlich erzielten etwas höheren Pro-Kopf-Einkommen. Doch auch weitere Faktoren können hinzukommen.

**Tabelle 32: Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern bei älteren und jüngeren Überschuldeten**

	Ältere			Jüngere
	Männer	Frauen	Gesamt	
<b>Anzahl der Forderungen</b>	<b>7,6</b>	<b>6,2</b>	<b>6,9</b>	12,8
Forderungen ohne Nebenkosten	61.618 €	23.567 €	<b>42.489 €</b>	26.936 €
Summe aller Forderungen	75.022 €	28.837 €	<b>51.804 €</b>	31.747 €
<i>Quotient</i>	1,22	1,22	<b>1,22</b>	1,18
Banken	46.062 €	15.829 €	<b>30.863 €</b>	15.083 €
Versandhandel	287 €	638 €	<b>463 €</b>	517 €
Sonst. gewerbliche Gläubiger	8.885 €	2.182 €	<b>5.515 €</b>	3.408 €
Vermieter und Versorgungsunternehmen	1.224 €	417 €	<b>818 €</b>	1.385 €
Telekommunikationsunternehmen	358 €	211 €	<b>284 €</b>	1.182 €
Öffentlich-rechtliche Gläubiger	10.275 €	6.304 €	<b>8.279 €</b>	4.781 €
Unterhaltsberechtigte und sonstige private Gläubiger	2.602 €	380 €	<b>1.485 €</b>	1.193 €
Gerichte	101 €	2 €	<b>51 €</b>	57 €
Inkassounternehmen, Rechtsanwälte	4.171 €	2.727 €	<b>3.445 €</b>	3.354 €
Versicherungen	1.059 €	149 €	<b>602 €</b>	787 €

So deutet der hohe Anteil an Bankschulden (diese machen mit fast 31.000 Euro etwa 60 Prozent der Gesamtforderungen aus) auf eine insgesamt höhere Kreditwürdigkeit dieses Personenkreises hin. Bankkredite könnten hier auch im Zusammenhang mit der Beratung vorgelagerten Krisenbewältigungsstrategien stehen. Hierfür könnte auch der geringere Anteil von Inkasso- und Rechtsanwaltsforderungen sprechen (7 Prozent aller Forderungen bei den Älteren gegenüber 12 Prozent bei den Jüngeren).

**Abbildung 13: Forderungsanteile nach Gläubigern bei älteren und jüngeren Überschuldeten**

Große Unterschiede bestehen zwischen Männern und Frauen in der älteren Überschuldengruppe. Die gegenüber den Männern geltend gemachten Gesamtforderungen erreichen mit etwa 75.000 Euro das 2,6-Fache der gegenüber den Frauen bestehenden Forderungen. Bei den jüngeren Überschuldeten beträgt dieser Faktor lediglich 1,4. Die Schuldenhöhe der älteren Klientinnen und die der jüngeren Klientinnen ist, anders als bei den Männern der verschiedenen Altersgruppen, fast gleich (28.800 Euro gegenüber 26.200 Euro).

## 6.2 Gesellschaftliche Veränderungen

Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind zu erwarten, die Auswirkungen auf die Überschuldung im Alter haben könnten? Hier spielt der weite Armutsbegriff mit seinen vielfältigen Überschneidungen zur Überschuldung eine Rolle. Die verschiedenen Facetten des Armutsbegriffs haben wir im letztjährigen Report beleuchtet und dabei auf die Bereiche hingewiesen, in denen ein Mangel vorliegen kann, wie Einkommen, Bildung, Vermögen, Arbeit, Gesundheit, menschliche Gesellschaft und Liebe, Kultur oder Mobilität.<sup>105</sup> Letztlich ist auch die Überschuldung als ein Mangel an Liquidität eine – moderne – Form der Armut. Zwar steht die Einkommensarmut im Zentrum der Diskussion. Sie ist für die Überschuldung aber nicht allein relevant. So trägt der Überschuldungsbegriff, wonach als überschuldet gilt, wessen Einkommen unter Einsatz vorhandenen Vermögens und gegebenenfalls Reduzierung der Ausgaben mittelfristig nicht ausreicht, fällige Verbindlichkeiten zu erfüllen, eine ganze Reihe der oben angesprochenen Merkmale in sich: Wer über

<sup>105</sup> Knobloch et al. (2012), S. 9.

Vermögen verfügt, kann dieses zur Schuldentilgung einsetzen; wem es durch gemeinschaftliches Haushalten gelingt, die Ausgaben zu reduzieren, kann mehr Einkommen zur Tilgung einsetzen, wer ortsungebunden ist, kann seinen Wohnsitz in ein günstigeres Umfeld verlegen. Liquidität kann auch durch intelligente Finanzprodukte erhalten werden, Überschuldung löst sich dann definitionsgemäß auf. Neben der Entwicklung der Einkünfte, der Renten und der Vermögen müssten für eine Abschätzung der Überschuldungsbedrohung damit auch Prognosen über die Formen des Zusammenlebens, über die Entwicklung verantwortlicher Produkte oder über den gesundheitlichen Zustand der Älteren in den nächsten Dekaden angesetzt und in Beziehung zueinander gesetzt werden. All dies mutet wie das Lesen in einer Kristallkugel an, sollte aber nicht daran hindern, auf einige in der Wissenschaft beschriebene Aspekte hinzuweisen.

### 6.2.1 Entwicklung der Einkommenshöhe

Offensichtlich überschuldungsrelevant sind die Bereiche der Einkommens- und Vermögensarmut. Sie stehen auch im Zentrum der Diskussion seit den 1980er Jahren. Fast immer ging es um die Einkommens- und Vermögensentwicklung der Haushalte. Zunächst war die Altersvorsorge etwas Freiwilliges und Zusätzliches, die Produktpalette war gering, genutzt wurden vor allem Kapitallebensversicherungen. In den 1990er Jahren setzte die Sorge über die demographische Entwicklung ein und es zeigten sich weltweit Tendenzen, die Altersvorsorge zu privatisieren. In den 2000er Jahren kam es dann in Deutschland mit der Einführung der Riester-Rente zu einer staatlich beabsichtigten und geförderten Teilprivatisierung der Altersvorsorge bei gleichzeitiger Entscheidung zur langfristigen Reduzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Parallel wurde der Ausbau der arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge mit der Entgeltumwandlung vorangetrieben. In den 10er Jahren dieses Jahrhunderts ist eine zunehmende Kritik am Erfolg der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge auszumachen. Altersarmut ist zu einem Thema geworden.

Derzeit kommen drei große Einkommenserhebungen zu dem Ergebnis, dass die Einkommensarmutsbetroffenheit<sup>106</sup> der Personen ab 65 aktuell (im Jahr 2010) leicht unterdurchschnittlich ist. Der Anteil variiert je nach Studie zwischen 12,3 und 14,1 Prozent bei einer Bevölkerungsbetroffenheit zwischen 14,0 und 15,6.

**Tabelle 33: Armutsquoten in der deutschen Bevölkerung 2005 – 2010, nach Alter**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Mikrozensus*</b>						
Insgesamt	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5
65 Jahre und älter	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3
<b>Sozioökonomisches Panel**</b>						
Insgesamt	14,1	–	14,0	–	14,0	–
65 Jahre und älter	11,8	–	11,8	–	13,6	–
<b>EU-SILC***</b>						
Insgesamt	12,2	12,8	15,3	15,2	15,5	15,6
65 Jahre und älter	13,4	12,6	16,3	14,9	15,0	14,1

<sup>106</sup> Zur Methodik der Bestimmung der Armutsbetroffenheit anhand des mittleren Einkommens siehe das Methodenkapitel.

Quellen: \* Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012); \*\* Deutscher Bundestag (2011); \*\*\* EU-SILC (2012); Armutsschwelle: 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens<sup>107</sup>

*Bäcker und Schmitz* weisen auf die anhaltenden Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und auf den Leistungsabbau in der Rentenversicherung hin und sehen hierin Risiken für einen künftigen Anstieg der Altersarmut. Die Autoren prognostizieren die Entwicklung des Rentenniveaus und unterscheiden zwischen beeinflussenden externen und internen Faktoren. Zu ersteren rechnen sie die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und stellen fest: *„Die Erwerbsverläufe werden diskontinuierlicher, mehrfache Wechsellagen zwischen regulärer und prekärer Beschäftigung, zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit sowie zwischen Zeiten von Erwerbstätigkeit, Nichterwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit werden üblich. Es spricht viel dafür, dass diese Trends in Zukunft gerade für Männer zu tendenziell sinkenden Versicherungsdauern führen werden. Zugleich schlagen sich die Ausweitung des Niedriglohnssektors und von Teilzeitarbeit in niedrigen Entgeltpositionen nieder. Bei den nachrückenden Kohorten, vor allem in den neuen Bundesländern, ist deshalb insgesamt zu befürchten, dass die Rentenanwartschaften beziehungsweise konkret die Zahl der Entgeltpunkte rückläufig sind.“*<sup>108</sup> Hierzu passt die Analyse des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, wonach die unteren sechs Einkommensdezilen in den Jahren zwischen 2007 und 2011 alle erhebliche Bruttoeinkommenseinbußen hinnehmen mussten.<sup>109</sup> Als gegenläufige Tendenzen sehen die Autoren die Eindämmung der Frühverrentung und die steigende Frauenerwerbstätigkeit, die insbesondere bei Paaren zu höheren Pro-Kopf-Einkünften führte. Zur neuen Rentenformel konstatieren *Bäcker und Schmitz* unter Hinweis auf *Schmähl*<sup>110</sup>: *„Ohne an dieser Stelle in die komplizierten Details zu gehen, lässt sich festhalten, dass der in die Rentenformel eingebaute Riester- und mehr noch der Nachhaltigkeitsfaktor zu einem kontinuierlichen Absinken des Rentenniveaus führen. Dahinter steht ein grundsätzlicher Wechsel: Während bislang die Rentenversicherung durch ein Leistungsziel charakterisiert war, dominiert jetzt das Beitragsziel; die Ausgaben sollen den Einnahmen folgen – um den Preis einer sinkenden Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung.“* Damit nehme in den kommenden Jahren automatisch der Kreis der älteren Menschen zu, deren Rente den Schwellenwert der Grundsicherung trotz langjähriger Versicherungspflicht und Beitragszahlung unterschreite.

*Loose und Thiede* haben die Frage untersucht, ob die staatlich geförderte Riester-Rente zur Vermeidung von Altersarmut beiträgt.<sup>111</sup> Sie sehen zumindest Anhaltspunkte für eine tendenzielle Begünstigung von Niedrigeinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen und machen ein Umverteilungspotenzial zugunsten der Ärmeren aus, sofern die Zulagenförderung der Riester-Rente voll in Anspruch genommen wird. Ob dies zukünftig der Fall sein und damit Armut im Alter vermieden werden kann, lassen die Autoren unter Hinweis auf die Frage der Rentabilität der Riester-Produkte offen. Nach *Bode und Wilke* wird die Nutzung solcher Produkte auch von der finanziellen Bildung der potenziellen Riester-Sparer abhängen.<sup>112</sup>

<sup>107</sup> Abbildung nach *Bäcker und Schmitz* (2013), S. 30.

<sup>108</sup> *Bäcker und Schmitz* (2013), S. 38.

<sup>109</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 335.

<sup>110</sup> *Schmähl* (2011).

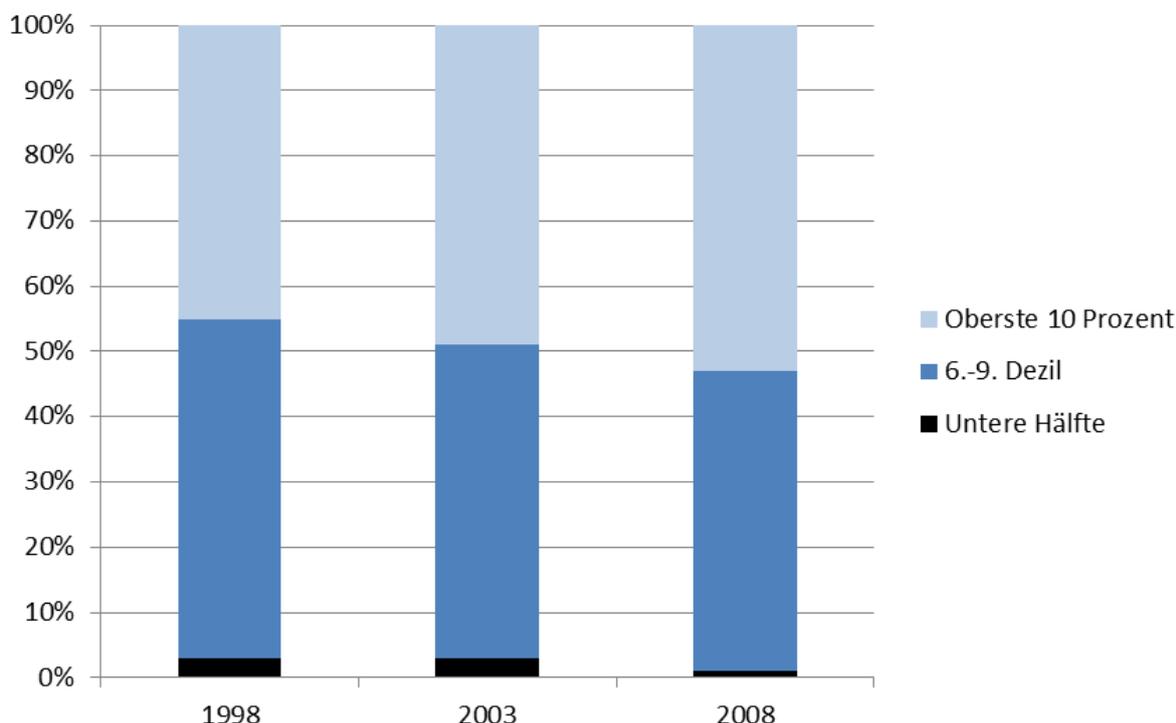
<sup>111</sup> *Loose und Thiede* (2013), S. 161.

<sup>112</sup> *Bode und Wilke* (2013), S. 175.

## 6.2.2 Entwicklung und Verteilung des Privatvermögens

Sind aktuelle Prognosen zur Rentenentwicklung also verhalten pessimistisch oder neutral, ist beim privaten Vermögen nach den Zahlen des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts eine Umverteilung von unten nach oben festzustellen.<sup>113</sup>

**Abbildung 14: Verteilung der Privatvermögen in Deutschland**



Wenn sich das Vermögen aber bei weniger Haushalten konzentriert, fehlt es dafür bei den übrigen Haushalten im Alter. Sollte diese Entwicklung voranschreiten, ist von einer Zunahme der über 65-Jährigen, die sowohl einkommens- als auch vermögensarm sind, auszugehen. Aktuell liegt der Anteil dieser Gruppe kurz vor Renteneintritt bei etwa 7 Prozent und steigt mit zunehmendem Alter auf mehr als 10 Prozent an.<sup>114</sup>

## 6.2.3 Entwicklung der Formen des Zusammenlebens

Eine Abmilderung der negativen Effekte sinkender staatlicher Altersrenten bei gleichzeitiger Konzentration des Vermögens könnte durch einen Wandel bei den Haushaltsformen eintreten. So haben wir gesehen, dass ältere Klientinnen in den meisten Fällen allein lebend sind. Auch die älteren Klienten leben überwiegend allein. *Goebel* und *Grabka* haben in einem Beitrag auf die Zunahme des Anteils von Paarhaushalten bei den älteren Bevölkerungsschichten ab 65 hingewiesen.<sup>115</sup> Nach ihren Analysen sei vor allem für die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen, die in Paarhaushalten leben, der Bevölkerungsanteil um vier Prozentpunkte deutlich gestiegen. Aber auch bei den Hochaltrigen in Paarhaushalten (älteste Person 75 Jahre und älter) sei ein steigender Bevölkerungsanteil zu beobachten. Die Autoren vermuten, dass auf Grund der sich durch das gemeinsame Wirtschaften

<sup>113</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. XII.

<sup>114</sup> Goebel und Grabka (2011), S. 6.

<sup>115</sup> Goebel und Grabka (2011).

einstellenden Synergie- und Skaleneffekte und der Kompensationsmöglichkeit von geringem Einkommen im Haushaltszusammenhang das Armutsrisiko über alle älteren Personen zuletzt nicht gestiegen sei, trotz der rückläufigen GRV-Zahlbeträge bei Neurentnern.

#### 6.2.4 Kenntnis von und Vertrauen in verantwortliche Finanzprodukte

Nicht zuletzt ist die Frage der Altersvorsorge und der Krisenbewältigung auch ein Thema des Vorhandenseins nützlicher Produkte (Kredite oder Altersvorsorgeprodukte. *Frommert und Himmelreicher* merken hierzu kritisch an: *„Die Beteiligung an zusätzlicher Vorsorge hängt nicht nur von Sparfähigkeit, Sparwilligkeit und dem Wissen um geeignete Produkte (‘financial literacy’) ab. Eine große Bedeutung kommt auch dem Vertrauen in Kapitalmärkte und in die Finanzdienstleister zu. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzkrise zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Kapitalmarkt geführt hat, die sich negativ auf das Vorsorgeverhalten auswirken wird. Zudem haben die Veränderungen der Rahmenbedingungen bei den Riester-Renten, wie die Einführung des Unisex-Tarifs und damit einhergehend der Verzicht auf eine je nach Geschlecht differenzierte Kalkulation, die Minderung des Garantiezinses sowie die Verwendung einer Sterbetafel mit erheblich höherer Lebenserwartung selbst bei informierten Verbraucherinnen und Verbrauchern die Skepsis gegenüber Finanzdienstleistern eher erhöht, was wiederum zu negativen Effekten hinsichtlich des Vorsorgeverhaltens führen dürfte (...). Angesichts dieser akuten Vertrauenskrise wird klar, dass einfache, transparente, renditestarke und möglichst dynamische Riester-Verträge zwar wünschenswert, aber nicht in Sicht sind. Die Interessenlagen der Riester-Sparenden und der Finanzdienstleister sind kaum zu vereinbaren, so dass über eine stärkere Betonung des Umlageverfahrens nachgedacht werden sollte.“*<sup>116</sup>

### 6.3 Resümee

Die Überschuldungsbetroffenheit unter den Älteren ist nach unseren Zahlen zu den Klienten in Schuldnerberatungsstellen stark unterdurchschnittlich. Dies erklärt sich zum einen daraus, dass diese Personen weniger als die Jüngeren beruflichen, familiären oder örtlichen Veränderungen ausgesetzt sind und über verhältnismäßig stabile Einkünfte verfügen. Beides ist Garant für eine stabile Liquidität, die wiederum Schutz vor Überschuldung bietet. So verwundert es nicht, dass die verbleibenden Faktoren mit Liquiditätsbezug, insbesondere der Tod der Partnerin oder des Partners oder investitionsbedingende und teure Erkrankungen als Gründe der finanziellen Krise bei den Älteren überbetont sind. Daneben erscheinen auch Probleme im Zusammenhang mit Finanzprodukten, wie Bürgschaftsfälle oder fehlgegangene Beratungsfälle, überrepräsentiert. Ansatzpunkte zur Hilfe wären an die Älteren gerichtete Beratungsangebote unabhängiger Stellen zu bestehenden Finanzprodukten, gegebenenfalls eine verstärkte Aufklärung über bestehende Leistungen der Krankenversicherungen und, wo nötig, eine zusätzliche Krankenvorsorge.

Da das Alter der Bevölkerung wächst, ist bei gleichbleibenden sonstigen Bedingungen allein deshalb von einem Anstieg der Älteren unter den Überschuldeten auszugehen. Bereits in den letzten Jahren ist dieser Effekt nach unseren Zahlen gegeben. Betroffen sind zwar besonders die über 50-Jährigen; auf Grund der langen Verweildauern in Überschuldung ist aber zu befürchten, dass viele der Betroffenen das Rentenalter erreichen, bevor sie entschuldet sind. Eine über diese Effekte hinausgehende Verschlimmerung der

---

<sup>116</sup> Frommert und Himmelreicher (2013), S. 156.

Überschuldungssituation bei den Älteren ließe sich auch mit komplexen Modellen nur schwer vorhersagen. Die in der Wissenschaft vertretene Einschätzung einer sich vergrößernden Altersarmut (in der Form der Einkommens- und der Vermögensarmut) lässt zumindest eher Rückschlüsse auf eine drohende Verschlechterung der Überschuldungslage zu. Zwar ist die Armutsbetroffenheit bei den älteren Klienten in der Schuldnerberatung etwas geringer als die der jüngeren. Jahreseinkommen und Höhe aller Forderungen liegen bei den Älteren aber viel weiter auseinander. Im höheren Alter schwinden zudem die Möglichkeiten, steigende Einkünfte zu generieren, so dass eine Entschuldung aus eigener Kraft mittels verantwortlicher Kredite und Investitionen ausfallen. Besonders die Banken sind hier gefragt, auf die deutlich höhere Anteile der Forderungen entfallen als bei den Jüngeren. Sie müssen die Gefahrenlagen kennen und Schutz bietende flexible Produkte bereithalten. Umgekehrt müssen die oben genannten unabhängigen Beratungsangebote, gerade für die mitbürgenden Angehörigen, bereitstehen.

Linderung könnten auch die sich wandelnden Formen des Zusammenlebens älterer Menschen bieten. Gerade die allein lebenden Älteren sind häufiger finanziellen Krisen ausgesetzt. Mögliche Synergieeffekte beschränken sich nicht allein auf die bereits in den letzten Jahren sichtbare Präferenz für Paarhaushalte. Auch andere Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens erscheinen möglich und der Gesellschaft, Gesundheit und Liebe zuträglich zu sein.

## 7 Auswirkungen der Überschuldungssituation auf Familien

„Familienland Deutschland“ titelte das Statistische Bundesamt – angesichts des sinkenden Anteils dieser Haushaltsform etwas euphemistisch – eine Broschüre mit Eckdaten zur Familienbildung.<sup>117</sup> Tatsächlich wuchsen in Deutschland im Jahr 2011 nur noch in 29 Prozent der Haushalte Kinder auf.<sup>118</sup> Familien und deren Förderung stehen immer wieder auf der Agenda der Parteien, wobei je nach politischer Ausrichtung ein Fragezeichen hinter der oben zitierte Aussage gesetzt wird.<sup>119</sup> In diesem Kapitel geht es um die Auswirkungen, die finanzielle Krisen auf Familien haben können. Nach einigen kurzen Begriffsbestimmungen zu „Familie“, „Überschuldung“ und „Auswirkungen“ werden anschließend die Erkenntnisse vorhandener Studien und unserer aktuellen Daten dargestellt.

### 7.1 Begriffsbestimmungen: Familie, Überschuldung, Auswirkungen

Unter „Familie“ verstehen wir alle Haushalte, in denen Kinder zusammen mit Erwachsenen leben. Diese Definition ist weiter als der traditionelle Begriff der Kernfamilie, bestehend aus in Ehe lebenden Eltern mit einem oder mehreren leiblichen Kindern.<sup>120</sup> Unser weiter Familienbegriff umfasst auch Haushalte, in denen Erwachsene in nichtehelicher (gegengeschlechtlicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft) leben und allein erziehende Mütter und Väter mit einem oder mehreren Kindern im Haushalt. Einbezogen sind zudem neben leiblichen Kindern auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Nicht zu den Familien zählen für uns Paare (Ehepaare oder Lebensgemein-

---

<sup>117</sup> Statistisches Bundesamt (2008b).

<sup>118</sup> Siehe hierzu Tabelle 17 auf S. 37 und Tabelle 18 auf S. 39.

<sup>119</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2011).

<sup>120</sup> Ritzenfeldt (1998).

schaften) ohne Kinder und Alleinstehende. Kinderlose Frauen und Männer sowie Personen, deren Kinder bereits aus dem elterlichen Haushalt ausgezogen sind, gehören nicht zu den Familien.<sup>121</sup> Unter „Überschuldung“ fassen wir den meist langjährigen Prozess in eine finanzielle Krise bis zu ihrer Überwindung, beginnend meist mit einem Überschuldungsauslöser. Jedem Abschnitt lassen sich spezifischere Definitionen zuordnen, etwa die „relative Überschuldung“, die eine Nichtpassung der fälligen Verbindlichkeiten mit den Möglichkeiten des Haushalts beschreibt, die „absolute Überschuldung“, bei der staatliche und private Druck- und Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden, oder die „offenbarte Überschuldung“, bei der diese Maßnahmen öffentlich dokumentiert und gespeichert werden.<sup>122</sup> Unter „Auswirkung“ versteht man das Ergebnis eines Prozesses, welches durch bestimmte Ereignisse logisch im Sinne eines Kausalzusammenhangs bedingt wird. Eine Wertung dieser Folgen erfolgt noch nicht, Auswirkungen sind grundsätzlich wertneutral. Die hier vorliegende Fragestellung wird von uns aber dahingehend interpretiert, als dass es um negativ bewertete Folgen der Überschuldung für Familien geht.

## 7.2 Auswirkungen

Als das die negativen Folgen zeitigende Ereignis steht hier die „Überschuldungssituation“ im Raum. Auf Grund der vielfältigen Aspekte der Überschuldung und der verschiedenen Überschuldungsdefinitionen sollte immer nur auf einzelne Aspekte eingegangen werden. So kann die „stille“, noch nicht offenbarte Überschuldung bereits zu Stress, psychischen Belastungen und damit verbundenen Folgen bei den Betroffenen selbst und ihrer Familien führen. Die offenbarte Überschuldung entfaltet demgegenüber Auswirkungen mit der Umwelt, also im Verhältnis zu potenziellen Vertragspartnern, Anbietern von Finanzdienstleistungen, Vermietern, potenziellen Arbeitgebern oder Bildungseinrichtungen. Es bietet sich also an, zwischen Auswirkungen innerhalb der Familie und solchen, die im Zusammenhang mit der zumeist offenbarten Überschuldung mit der „Außenwelt“ auftreten, zu unterscheiden. Wie bei allen komplexen gesellschaftlichen Phänomenen ist diese Unterteilung nicht trennscharf. So können innerfamiliäre Auswirkungen wiederum weitere Folgen außerhalb der Familien zeitigen und umgekehrt Einschränkungen im Verhältnis zur Außenwelt negative Folgen innerhalb der Familie selbst verursachen. Auch Kettenreaktionen sind denkbar und wahrscheinlich. Eine (nicht klassifizierte) Top Ten der Überschuldungsfolgen aus Sicht der Menschen in der Privatinsolvenz haben *Backert* und *Lechner* vorgelegt. Sowohl innere als auch äußere Beeinträchtigungen kommen darin vor.

---

<sup>121</sup> Das Statistische Bundesamt verwendet eine ähnliche Definition, siehe Statistisches Bundesamt (2008b), S. 36.

<sup>122</sup> Siehe auch Abbildung 2, S. 9.

**Tabelle 34: Top Ten der Überschuldungsfolgen nach Geschlecht (Mehrfachnennungen)<sup>123</sup>**

Männer	Rang	Frauen
Kontopfändung (47,6 %)	1	Kontopfändung (45,8 %)
Lohn- und Gehaltspfändung (45,0 %)	2	Kontolosigkeit (37,9 %)
Kontolosigkeit (37,7 %)	3	Lohn- und Gehaltspfändung (31,4 %)
Scheidung/Trennung (25,4 %)	4	Scheidung/Trennung (22,2 %)
Zwangsversteigerung (13,6 %)	5	Zwangsversteigerung (17,2 %)
Sonstige (13,4 %)	6	Sonstige (16,2 %)
Energiesperre (12,7 %)	7	Energiesperre (14,9 %)
Suchterkrankung (12,3 %)	8	Räumungsklage (11,3 %)
Räumungsklage (10,2 %)	9	Zwangsstilllegung Auto (8,6 %)
Zwangsstilllegung Auto (9,9 %)	10	Suchterkrankung (6,8 %)

### 7.2.1 Auswirkungen beim Betroffenen und innerhalb seiner Familie

*Davis* und *Mantler* klassifizieren innerfamiliäre Auswirkungen von finanziellem Stress in ihrem 2004 erschienenen Report.<sup>124</sup> Sie unterscheiden zwischen Auswirkungen auf den von Überschuldung Betroffenen, seinen Partner, die zwischen den beiden bestehende Beziehung und auf die Kinder. Als typische Auswirkungen der Erwachsenen zählen sie Depressionen, Feindseligkeit, schlechte Erziehungskompetenzen und eine schlechte physische Gesundheit auf und weisen speziell beim Betroffenen auf eine erhöhte Selbstmordgefahr hin. Unter Auswirkungen auf die Beziehung fassen sie Streitigkeiten und die Gefahr von Scheidungen. Bei den betroffenen Kindern verorten sie unter anderem Depressionen, Konflikte und schlechte Schulleistungen.

#### 7.2.1.1 Psychische und gesundheitliche Auswirkungen auf die betroffenen Eltern

*Oestereich* hat 2008 auf in Deutschland bestehende „*gravierende Forschungsdefizite*“ im Bereich der Folgenabschätzung hingewiesen.<sup>125</sup> In der Zwischenzeit hat sich die Erkenntnislage nach unserer Einschätzung punktuell verbessert, unter anderem durch die für den dritten Armuts- und Reichtumsbericht erstellte Expertise von *Münster* und *Letzel* zu Fragen der Gesundheit und sozialer Netzwerke von Überschuldeten.<sup>126</sup> Die Autoren stellen eine stark überdurchschnittliche Prävalenz verschiedener Erkrankungen bei Klienten in Schuldnerberatungsstellen in Rheinland-Pfalz fest, wiedergegeben in nachstehender Tabelle.

<sup>123</sup> Quelle: Lechner und Backert (2008), S. 46.

<sup>124</sup> Davis und Mantler (2004), S. 8; Wiedergabe in deutscher Sprache bei Oestereich (2008), S. 133.

<sup>125</sup> Oestereich (2008).

<sup>126</sup> Münster und Letzel (2008).

**Tabelle 35: Gesundheitliche Auswirkungen auf Überschuldete**<sup>127</sup>

Beschwerden	Anteile (Mehrfachnennungen)
Kreuz- oder Rückenschmerzen	84,7 %
Müdigkeit	83,2 %
Schlafstörungen	82,0 %
Kopfschmerzen	81,1 %
Rasche Erschöpfbarkeit	77,8 %
Mattigkeit	73,0 %
Schwächegefühl	69,4 %
Magenschmerzen	66,2 %
Benommenheit	53,3 %

*Ansen* und *Samari* untersuchten in ihrer Studie zu zentralen Effekten der Schuldnerberatung mit einigen Fragen auch die psychischen und gesundheitlichen Folgen der Überschuldungssituation. Unter anderem stellen sie die Frage nach allgemeinen Belastungen, zu denen sie psychische Beeinträchtigungen wie das Gefühl der Hilflosigkeit, alltägliche Einschränkungen oder diverse Ängste zählen. Neun von zehn der von ihnen befragten 200 Kunden der Diakonie bejahten zu Beginn der Schuldnerberatung solche Probleme. Fast sechs von zehn Ratsuchenden gaben zu diesem Zeitpunkt an, gesundheitliche Belastungen und Einschränkungen, wie Rückenschmerzen, Angstzustände, Schlafstörungen oder Depressionen, zu haben. Die Autoren führen diese Belastungen auf die finanzielle Lage der Klienten zurück, da in 80 beziehungsweise 50 Prozent der Fälle nach Beendigung der Beratung und teilweiser Lösung der Krise eine Besserung eingetreten sei.<sup>128</sup> Auf Fehlinformationen zu Zuzahlungen bei Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen am Beispiel der Zahnvorsorge und Aspekte der Bewältigung ungleicher Gesundheitschancen bei Armut und Schulden weisen *Zier et al.* (2013) hin.<sup>129</sup>

### 7.2.1.2 Negative Auswirkungen auf Kinder

Da Überschuldung am häufigsten in bereits vor dem Eintritt der Überschuldungssituation als „arm“ zu bezeichnenden Haushalten vorkommt, lässt sich annehmen, dass die Folgen von Überschuldung den Folgen von Armut ähneln. Gleichwohl unterscheidet sich eine Überschuldungssituation von Armut durch eine weitere Verschärfung der ökonomisch-sozialen Situation der Familien. Überschuldung wird meist hervorgerufen durch konkrete Anlässe im realen Leben wie zum Beispiel einen Arbeitsplatzverlust oder durch Trennung. Die Familie hat also neben der Lebenssituation in (relativer) Armut, die bereits zu negativen ökonomisch-sozialen Folgen für die Kinder führen kann, ein zusätzliches negatives soziales Ereignis zu bewältigen. Hinzu kommt die auf den Überschuldungsauslöser folgende Phase des Überschuldungsprozesses, welcher zusätzlich eine Belastung für Familien darstellen kann. Dieser gesamte Überschuldungsprozess erstreckt sich durchschnittlich über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren, was in etwa der Zeitspanne von der Geburt eines Kindes bis zu dessen erstem Schulabschluss entspricht. Die Kinder in überschuldeten Familien erleben also in ihrer Zeit im Elternhaus teilweise ausschließlich eine Situation von Überschuldung. Diese bedeutet: Aushalten des (meist sozialen) Auslösers, der zur Überschuldung geführt hat, weitere Erhärtung der finanziellen Engpässe im Vergleich zur vorherigen Situation, Einschränkung der Kaufkraft und dadurch bedingt eine noch stärkere Einschränkung der Möglichkeit, grundlegende Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Im Vergleich zu „normal“ Armen ist die Situation der Überschuldung

<sup>127</sup> Quelle: Münster und Letzel (2008).

<sup>128</sup> Ansen und Samari (2012), S. 12.

<sup>129</sup> Zier et al. (2013).

zusätzlich geprägt von externer Abhängigkeit von Insolvenzverwalter und Gläubigern, was weiteren Druck und eine Stigmatisierung der Familie zur Folge haben kann. Die Familie kann also noch weniger Geld ausgeben für Essen, Kleidung, Mobilität, Wohnraum und Freizeitgestaltung und hat darüber hinaus unter dem psychischen Druck der mittel- bis langfristigen Abhängigkeit zu bestehen. Wenn die innerfamiliäre Atmosphäre nicht bereits vor dem Eintreten der Überschuldungssituation beeinträchtigt war, kann auch diese sich nun verschlechtern. Untersuchungen zu diesem Thema finden sich vor allem im englischsprachigen Raum.<sup>130</sup> Nach *Flanagan* und *Eccles* sind negative Auswirkungen auch bei den Kindern von Überschuldeten zu beobachten. Beschrieben werden physische und psychische Probleme, schlechtere Leistungen in der Schule, Verhaltensauffälligkeiten, soziale Isolation bis hin zu einer stärkeren Anfälligkeit für Drogen, verursacht durch die Probleme zwischen den Eltern, und weniger Zuwendung.<sup>131</sup> Das kann, ähnlich wie bei in Armut lebenden Familien tendenziell zu folgenden, teilweise interdependenten Folgen für die Kinder führen:

- Beeinträchtigung der physischen Gesundheit (zum Beispiel durch Tendenz zu ungesünderem Essen, Hang zu Adipositas, wenig Sport wegen mangelnden Geldes für Hobbys);
- Sozialer Ausgrenzung (zum Beispiel durch „uncoole“ Kleidung, kein Schulbrot);
- Mangel an kultureller Entfaltungsmöglichkeit und Bildungschancen (zum Beispiel durch Mangel an der Ermöglichung von Hobbys, übermäßigen TV-Konsum, wenig Privatsphäre, wenig Sport) und
- Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit (zum Beispiel durch Schuldzuweisungen für die Überschuldungssituation, Mitgefühl, Streit).<sup>132</sup>

### 7.2.1.3 Auflösung der klassischen Familienstruktur durch Überschuldung?

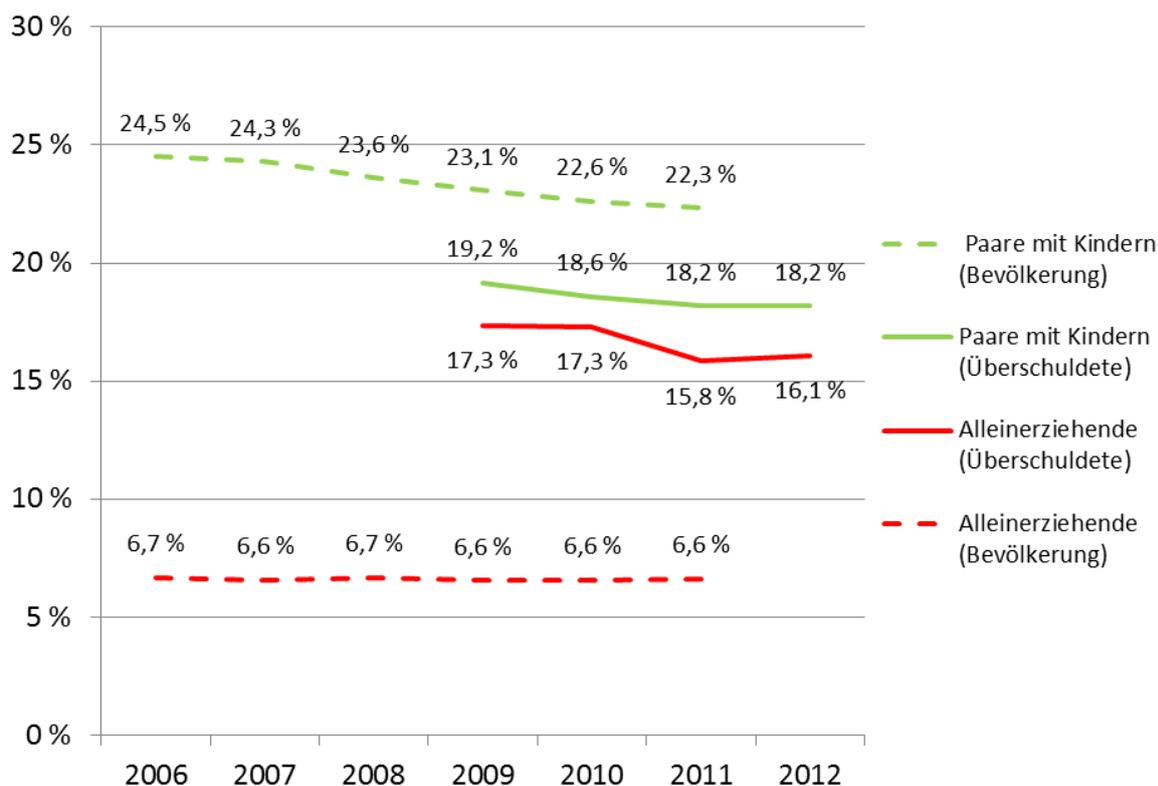
Psychische Anspannung und Stress können die Beziehung und den Zusammenhalt der Eltern negativ beeinflussen. Wir weisen jedes Jahr auf die hohe Überschuldungsbetroffenheit der allein erziehenden Mütter und Väter hin und interpretieren sie dahingehend, dass diese Haushaltsform für Überschuldung besonders anfällig ist. Abbildung 15 verdeutlicht sehr eindrücklich die erheblichen Unterschiede der Anteile verschiedener Familienformen in der Bevölkerung und unter den Klienten der Schuldnerberatung.

---

<sup>130</sup> Eine gute Übersicht hierzu findet sich bei Oestereich (2008).

<sup>131</sup> Siehe Flanagan und Eccles (1993) und McKenry und Price (2000), S. 5: „Parent experiencing economic stress may find that the quality of their parenting suffers. Parental wellbeing is affected by economic stress, which influences parenting behaviors, child-rearing practices, and the quality of parent-child interactions. For example, economic stress affects parenting practices by reducing affective support, increasing inconsistent and arbitrary discipline, and lowering levels of supportiveness. Levels of maternal warmth and social support and the provision of child learning experiences in the home are negatively affected by economic stress.“

<sup>132</sup> Hierzu unter anderen Davis und Mantler (2004).

**Abbildung 15: Anteile verschiedener Familienformen bei Überschuldeten und in der Bevölkerung zwischen 2006 und 2012**

Der Anteil allein Erziehender unter den Klienten der Schuldnerberatung war im Jahr 2012 mit 16,1 Prozent fast so hoch wie der Anteil der Paarfamilien in der Bevölkerung (18,2 Prozent). Die Zahlen zu den allein Erziehenden allein verraten nicht, ob die Auflösung der Elternbeziehung eine Folge der Überschuldung ist oder ob zeitlich zuerst die Trennung stattfand und hierdurch die Überschuldung mitbedingte. Das „Henne-Ei-Problem“ lässt sich bei diesen Fällen nicht mit Sicherheit lösen. In der Wissenschaft wurde in verschiedenen älteren Studien auf den Zusammenhang zwischen Überschuldung und sozialer Isolation und der Gefährdung von Paarbeziehungen hingewiesen, auch wenn diese Folgen nicht bei allen Familien gleichermaßen zu beobachten seien.<sup>133</sup> Für Deutschland haben *Lechner* und *Backert* in ihrer Studie zu Menschen in der Verbraucherinsolvenz Betroffenen die Frage nach den Auswirkungen auf ihre Beziehung gestellt. Danach gaben 25,4 Prozent der Männer und 22,2 Prozent der Frauen an, dass in Folge der Überschuldungssituation ihre Ehe geschieden oder ihre Beziehung beendet wurde. „Scheidung und ihre finanziellen Folgen führen also nicht nur häufig zu finanziellen Problemen und Überschuldung – die durch die ökonomische Krise auftretenden Belastungen und Spannungen haben umgekehrt auch erhebliche negative Konsequenzen für die Ehen und Beziehungen der Betroffenen“ merken die Autoren an.<sup>134</sup> Aus unseren Daten lassen sich lediglich einige – zugegebenermaßen mit erheblichen Unsicherheiten behaftete – Hilfsüberlegungen zum Anteil derjenigen, die sich zeitlich erst während oder nach Eintritt der Überschuldung getrennt haben, anstellen: Für den ersten Fall (Trennung oder Tod des Partners bedingen Überschuldung) haben wir mit den Einschätzungen der Beraterinnen und Berater valide Zahlen zur Verfügung. Im Jahr 2012 machte dieser Anteil 38,5 Prozent der allein erzie-

<sup>133</sup> Siehe zu dieser Frage mit Nennung weiterer Quellen Oestereich (2008), S. 133.

<sup>134</sup> Lechner und Backert (2008), S. 47.

henden Klienten aus. Bei 61,5 Prozent dieser Haushalte wurde eine Scheidung oder der Tod des Partners von den Beratern also nicht als Überschuldungsgrund angegeben. Damit kamen im Jahr 2012 fast 10 Prozent der Personen in die Beratung, die zwar allein erziehend waren, bei denen eine Trennung oder der Tod des Partners aber nicht als Ursache für die Überschuldung angegeben wurde und von denen daher zu vermuten ist, dass ein großer Anteil sich erst nach Eintritt der Überschuldung trennte.<sup>135</sup>

**Tabelle 36: Allein Erziehende, bei denen Trennung nicht als Überschuldungsgrund angegeben wurde**

	2012
Tod des Partners ist Überschuldungsgrund	4,4 %
Trennung ist Überschuldungsgrund	34,1 %
Tod oder Trennung ist Überschuldungsgrund	38,5 %
Weder Trennung noch Tod sind Überschuldungsgrund	<b>61,5 %</b>
Alleinerziehendenanteil unter den Überschuldeten	16,1 %
<b>Alleinerziehendenanteil ohne Tod oder Trennung als Überschuldungsgrund</b>	<b>9,9 %</b>

Nach den Zahlen zur Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre aber ein geringerer Anteil, und zwar 6,6 Prozent. Der vorgefundene Anteil liegt somit immer noch höher als der Anteil in der Bevölkerung, und zwar genau um gut drei Prozentpunkte. Dies lässt zumindest die Vermutung zu, dass im Zusammenhang und verursacht durch Überschuldung häufiger Trennungen vorkommen, als dies in der Bevölkerung der Fall ist.<sup>136</sup>

## 7.2.2 Auswirkungen außerhalb der Familie

Die Auswirkungen im Umfeld der betroffenen Familien sind vielfältig. Sie reichen von einem möglichen Ausschluss von Girokonto und Kredit über Probleme mit (potenziellen) Arbeitgebern, Wohnungskündigungen, Kündigung der Energieversorgung oder von anderen Dienstleistungen, die in der Geldgesellschaft bezahlt werden müssen.

### 7.2.2.1 Erschwerter Zugang zu oder Ausschluss von Girokonto und Kredit

Die durch Pfändungsversuche, eidesstattliche Versicherungen und Einträge in den Registern zugänglicher Auskunfteien enthüllte Überschuldung zieht in vielen Fällen Einschränkungen beim Zugang zu Konto und Kredit nach sich. So galt nach den Bedingungen vieler Anbieter die durch Pfändungsversuche verursachte dauerhafte Sperrung des Girokontos als Kündigungsgrund. Da ein Rechtsanspruch auf Eröffnung eines Kontos nicht besteht, verfügen immer noch fast 7 Prozent der allein erziehenden Personen und 23,8 Prozent derjenigen Ratsuchenden, die in Familien mit mehreren Erwachsenen leben, nicht über ein eigenes Girokonto. Während die Klienten aus Mehrerwachsenenhaushalten mit Kindern sich häufiger der Mitnutzung eines Fremdkontos bedienen können (zu vermuten ist, dass es sich hierbei um das Konto des Partners handelt), haben die allein Erziehenden seltener diese Möglichkeit. Dafür scheinen sie häufiger Wege zu finden, das eigene Konto

<sup>135</sup> Entsprechend dem Produkt aus 16,1 Prozent allein erziehender Klienten und 61,5 Prozent ohne Trennung oder Tod des Partners als Überschuldungsgrund und unter der Voraussetzung, dass dieser Anteil all denjenigen allein Erziehenden entspricht, die vor der finanziellen Krise noch in Partnerschaften lebten.

<sup>136</sup> Die hier vorgestellten Annahmen und Zahlen sollten auf Grund verschiedener methodischer Probleme allein als Hinweis auf eine höhere Trennungseignetheit nach Überschuldung verstanden werden. So können in CAWIN lediglich drei Überschuldungsgründe erfasst werden, so dass allein deshalb nicht sicher ist, ob auch bei anderen Haushalten die Trennung zeitlich bereits vor der Überschuldung lag. Zudem sind auch Fälle denkbar, in denen eine Trennung zwar zeitlich vor der Überschuldung lag, aber nicht als mitursächlich angesehen wurde. Schließlich gibt es auch allein erziehende Haushalte, bei denen die Eltern nie zusammengelebt hatten.

zu erhalten. Besonders auffällig ist der hohe Anteil an Konten ohne Dispositionskreditfunktion. Gerade in finanziell angespannten Zeiten könnten verantwortliche Kredite unter Umständen bei einem Teil der Überschuldeten (noch) hilfreich sein. Unsere Zeitreihen zeigen zudem einen stetigen Rückgang der Konten mit Dispositionskreditfunktion an. Umgekehrt könnte man daraus schließen, dass Kleinkredite bei Überschuldeten grundsätzlich möglich sind.

**Tabelle 37: Kontolosigkeit und Kreditlosigkeit bei verschiedenen Haushaltstypen**

Kontoart	Singles	Mehr- erwachsenen- haushalte ohne Kinder	Mehr- erwachsenen- haushalte mit Kindern	Allein- erziehenden- haushalte
Kein Konto	12,3 %	12,9 %	13,6 %	4,8 %
Kein Konto, aber Nutzung Fremdkonto	2,7 %	9,1 %	10,2 %	2,0 %
<b>Kein eigenes oder Fremdkonto</b>	<b>15,0 %</b>	<b>22,1 %</b>	<b>23,8 %</b>	<b>6,8 %</b>
Konto auf Guthabenbasis	62,8 %	55,0 %	56,4 %	69,1 %
Normales Girokonto	22,2 %	22,7 %	19,7 %	24,1 %
<b>Konto vorhanden</b>	<b>85,0 %</b>	<b>77,7 %</b>	<b>76,1 %</b>	<b>93,2 %</b>

### 7.2.2.2 Erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt

Ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt besteht bei überschuldeten Familien vor allem für die allein erziehenden Frauen. Dies ist keine direkte Folge der Überschuldungssituation, sondern steht im Zusammenhang mit den ohnehin für diese Frauen bestehenden Zugangshindernissen, denn allein erziehende Mütter und Väter haben allgemein einen erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu eigenem Erwerbseinkommen. Zu diesem Ergebnis kommt *Sigune Wieland* in ihrer Dissertation „Der (Mehr-)Wert der Zwei-Elternteil-Familie“. Sie widmet sich darin insbesondere den Müttern innerhalb von Paar- und außerhalb von Paarbeziehungen, macht hierfür verschiedene Gründe aus und stellt fest: *„Obwohl die Erwerbsarbeit für allein Erziehende nach dem Unterhaltsrecht ab dem dritten Lebensjahr des jüngsten Kindes gesetzlich verankert ist, haben allein Erziehende mit Einstellungsdiskriminierungen – gekoppelt an das Alter ihrer Kinder – zu kämpfen. Allein erziehende Mütter mit Kindern unter 18 Jahren sind wesentlich häufiger und länger als Mütter in Zwei-Elternteil-Familien auf staatliche Transferleistungen angewiesen – und das, obwohl viele allein Erziehende auf Arbeitssuche sind. Trotzdem haben sie bei ihrem Versuch zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt weniger Erfolg als Mütter der Zwei-Elternteil-Familie. Deshalb bedürften sie einer besonderen Förderung zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Umso bedenklicher ist es, dass sie in Westdeutschland bei Fördermaßnahmen die am schlechtesten geförderte Gruppe sind.“*<sup>137</sup> Diese Einschätzung erfolgt unbeschadet der Frage einer Überschuldungssituation, betrifft aber besonders die Überschuldeten, da dort wie oben gezeigt fast 50 Prozent der überschuldeten Familien allein Erziehende sind. Es trifft also ein allgemeines strukturelles Problem damit einen besonders großen Anteil unter den Überschuldeten. Erschwerend hinzu kommen die oben beschriebenen weiteren negativen Umstände, wie die Kontolosigkeit.

<sup>137</sup>

Wieland, S. 149.

### 7.2.2.3 Einschränkungen bei Wohnen und Mobilität

Überschuldung kann wegen ausbleibender Zahlungen Mietkündigung, Räumungsklage und Energiesperre bedeuten. Hinzuweisen ist auf die von *Lechner* und *Backert* ermittelten Zahlen für die Menschen in der Verbraucherinsolvenz: Befragt nach den Folgen der Überschuldung gaben mehr als 10 Prozent an, einer Räumungsklage ausgesetzt gewesen zu sein, etwas mehr berichteten von Energiesperren. Auch über Einschränkungen bei der Mobilität wurde berichtet: Etwa 8 Prozent gaben an, ihr Kraftfahrzeug sei zwangsweise stillgelegt worden.

## 8 Wieder größerer Anteil Selbständiger in der Schuldnerberatung; Schulden klettern auf 97.505 Euro

„Gründungsgeschehen auf dem Tiefpunkt – kein Anstieg in Sicht“ titeln die Autoren des KfW-Gründungsmonitors 2013<sup>138</sup> und machen als Ursachen für den niedrigsten Gründungsstand von nur 775.000 Gründungen im Jahr 2012 (minus 7 Prozent gegenüber 2011) die schwache Konjunktur, die gute Arbeitsmarktlage und die letzten Änderungen in der Existenzgründungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit aus.

**Tabelle 38: Zahl der Gründungen (Deutschland) 2010 – 2012**

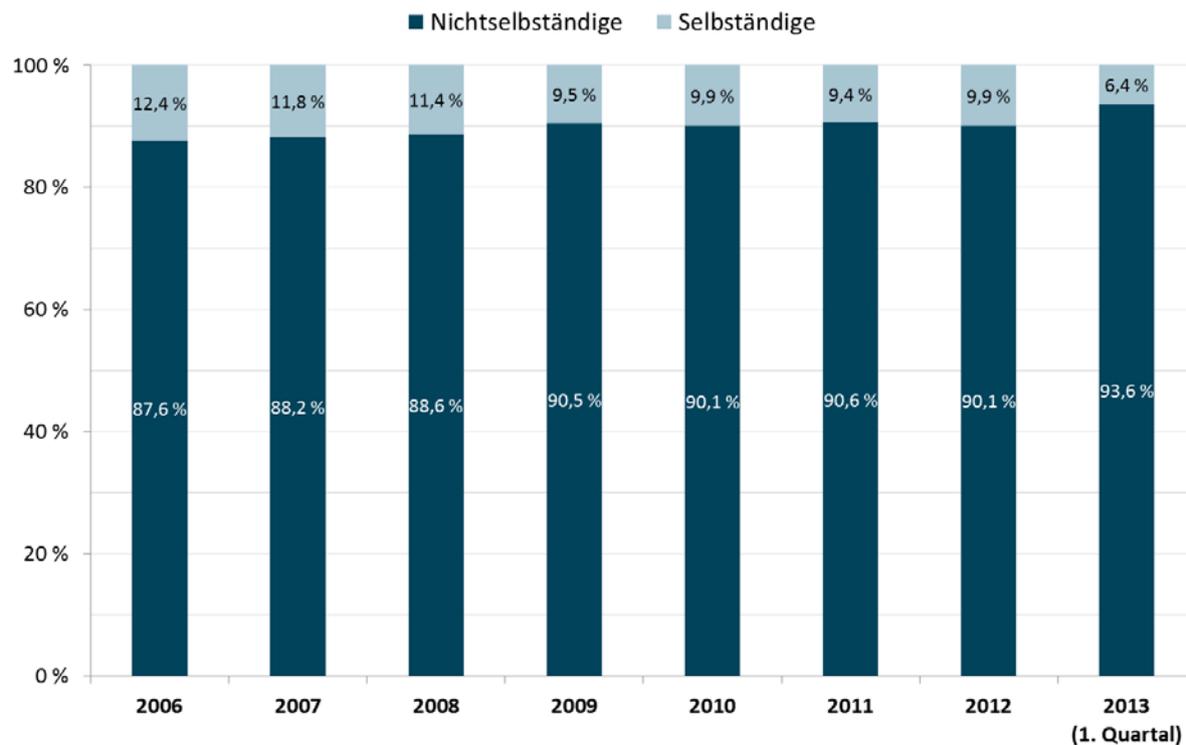
	2010	2011	2012
<b>Alle Gründer</b>	941.000	835.000	775.000
<b>Vollerwerbsgründer</b>	401.000	381.000	315.000
<b>Nebenerwerbsgründer</b>	540.000	454.000	460.000
Chancengründer	356.000	292.000	361.000
Gründer in Freien Berufen	270.000	300.000	303.000

Quelle: KfW, Darstellung: iff

Der Rückgang im Gründungsgeschehen spiegelte sich nicht im Anteil der (ehemals) selbständigen Ratsuchenden in den Beratungsstellen wider. Ihr Anteil stieg im Jahr 2012 vielmehr von 9,4 auf 9,9 Prozent leicht an. Das kann, neben der statistischen Unsicherheit,<sup>139</sup> verschiedenen Gründe haben, wie andere Beratungsressourcen (Rechtsanwälte) oder eine zeitliche Verzögerung gegenüber den Veränderungen bei den Gründungen. Die deutlich geringere Quote im 1. Quartal 2013 ist auf Grund der geringen Fallzahlen nicht für das ganze Jahr repräsentativ.

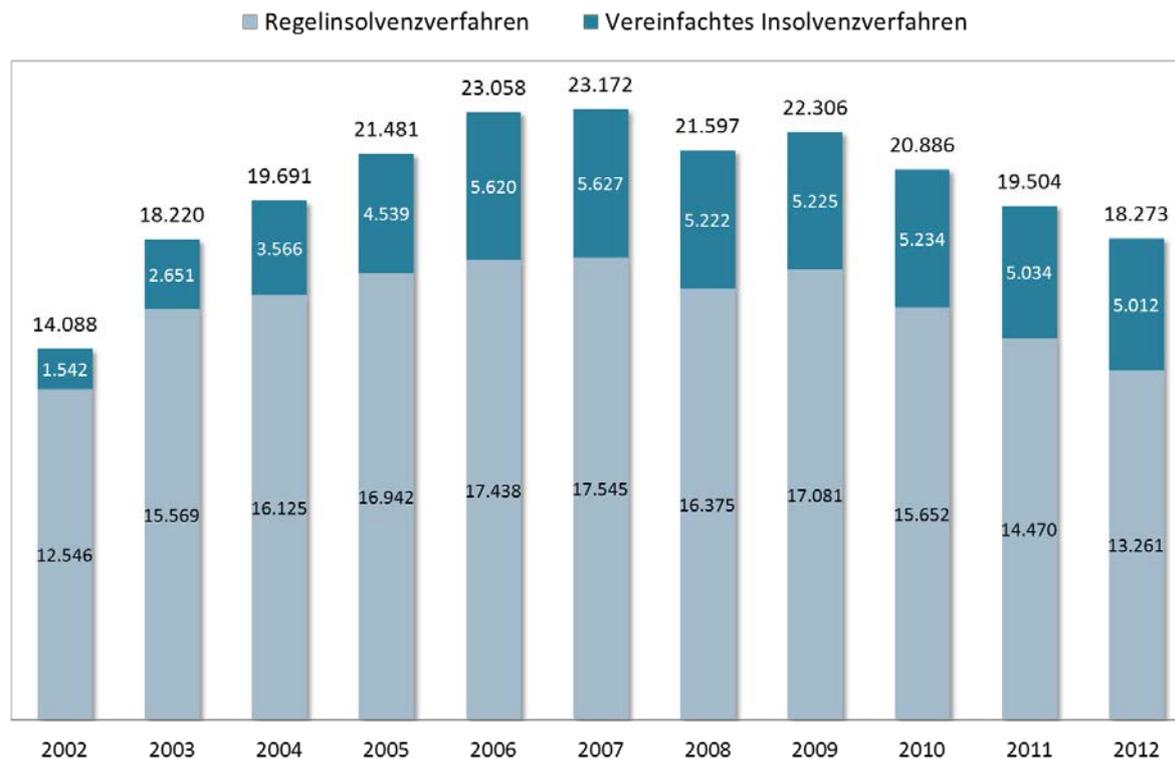
<sup>138</sup> Metzger und Ullrich (2013).

<sup>139</sup> Auf Grund der geringen Fallzahl von gut 200 Personen pro Jahr sind die hier dargestellten Veränderungen bezogen auf alle ehemals selbständigen Personen in der Beratung unsicher.

**Abbildung 16: Gescheiterte Selbständige (Anteil an allen Ratsuchenden) 2006 – 2013 Q1**

Natürlichen Personen, die aus einer Selbständigkeit kommen oder noch selbständig sind, steht alternativ das Regelinsolvenzverfahren oder, unter bestimmten Voraussetzungen, das vereinfachte Insolvenzverfahren offen, welches wie das Verbraucherinsolvenzverfahren abläuft.<sup>140</sup> Seit dem Jahr 2009 sind die Insolvenzverfahren ehemals selbständiger Personen in beiden Alternativen zurückgegangen, bei den Regelinsolvenzverfahren von 5.225 auf 5.012 Eröffnungen; bei den vereinfachten Insolvenzverfahren von 17.081 auf 13.261 Eröffnungen. Für diesen Personenkreis wurden im Jahr 2012 also 18.273 Verfahren eröffnet; zusammen mit den 95.560 Eröffnungen bei Verbraucherinsolvenzen nutzten also 113.833 Personen die gesetzliche Möglichkeit zur Restschuldbefreiung. Die Entwicklung korrespondiert damit nicht mit den von der KfW erfassten Gründungen, die im Jahr 2010 gegenüber 2009 anstiegen.

<sup>140</sup> Das vereinfachte Verfahren ist ehemals Selbständigen eröffnet, sofern ihre Vermögensverhältnisse überschaubar sind (das heißt höchstens 19 Gläubiger bei Verfahrenseröffnung) und keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen (dazu zählt insbesondere die Sozialversicherung).

**Abbildung 17: Insolvenzverfahren ehemals selbständiger natürlicher Personen 2002 – 2012**

Die ehemals selbständigen Ratsuchenden waren im Jahr 2012 durchschnittlich 45 Jahre alt und gegenüber dem Vorjahr wieder etwas jünger. Auch die übrigen Alterskennzahlen, wie der Median (45 Jahre), die unteren 5 Prozent (24 Jahre oder jünger) oder die oberen 5 Prozent (66 Jahre oder älter), sind im Vergleich zum Vorjahr jeweils gerundet um vier Jahre beziehungsweise um ein Jahr zurückgegangen.

**Tabelle 39: Alter ehemals selbständiger Überschuldeter 2008 – 2012**

Jahr des Beratungsbeginns	Mittelwert	Perzentil 05	Median	Perzentil 95
2008	45	28	45	66
2009	47	31	46	66
2010	46	27	46	64
2011	47	28	46	67
2012	45	24	45	66

Bei 94,5 Prozent der Fälle wurde bei den (ehemals) Selbständigen eine gescheiterte Selbständigkeit zumindest als mitursächlich für den Eintritt der Überschuldung genannt. Andere Gründe, die wir den „Big Five“ zugeordnet haben, spielen bei den Selbständigen eine geringere Rolle als bei den übrigen Überschuldeten. Besonders auffällig ist der Unterschied bei irrationalem Konsumverhalten, welches in nur 2 Prozent der Fälle im Jahr 2012 gegenüber 17,5 Prozent bei den übrigen Ratsuchenden angegeben ist. Große Unterschiede bestehen auch bei der Krankheit (7,9 gegenüber 15,9 Prozent) und bei der Scheidung und Trennung (9,8 Prozent gegenüber 18,9 Prozent). Während das höhere Alter ein Erklärungsgrund für das weniger irrationale Konsumverhalten sein könnte, erschließt sich die geringere krankheitsbedingte Überschuldungsbetroffenheit nicht ohne weiteres, zumal gerade die Älteren stärker auf Grund von Krankheit in finanzielle Krisen geraten können.

**Tabelle 40: Überschuldungsgründe bei Selbständigen und Nichtselbständigen im Vergleich 2008 – 2012**

		2008	2009	2010	2011	2012	Insgesamt
<b>Scheidung</b>	Selbständige	9,0 %	10,6 %	11,7 %	8,9 %	9,1 %	9,8 %
	Übrige	19,8 %	19,1 %	19,6 %	18,2 %	18,0 %	18,9 %
<b>Krankheit</b>	Selbständige	5,0 %	9,3 %	5,8 %	7,7 %	7,9 %	7,1 %
	Übrige	13,5 %	16,1 %	14,5 %	16,9 %	15,9 %	15,4 %
<b>Konsumverhalten</b>	Selbständige	2,5 %	0,9 %	1,7 %	2,0 %	2,0 %	1,8 %
	Übrige	21,1 %	18,7 %	17,6 %	16,4 %	13,8 %	17,5 %

Die geringere Ausprägung des Trennungsgrundes scheint sich direkt in den anzutreffenden Haushaltsformen widerzuspiegeln. So ist der Anteil der (noch bestehenden) Paarkonstellationen höher als bei den übrigen Überschuldeten. Der Anteil der Paare mit Kindern liegt auf einem Niveau mit der Bevölkerung; die Alleinerziehendenhaushalte sind weniger häufig betroffen.

**Tabelle 41: Haushaltsformen im Vergleich (ehemals selbständige Überschuldete, Bevölkerung) 2009 – 2012**

Haushaltsformen	Bevölkerung 2009	Bevölkerung 2010	Bevölkerung 2011	Überschuldete 2009	Überschuldete 2010	Überschuldete 2011	Überschuldete 2012	Betroffenheit
<b>Allein Lebende</b>	<b>39,8 %</b>	<b>40,2 %</b>	<b>40,4 %</b>	<b>47,0 %</b>	<b>47,6 %</b>	<b>55,7 %</b>	<b>54,5 %</b>	<b>↑ 1,38</b>
Männer	18,6 %	18,8 %	19,0 %	35,8 %	33,8 %	38,0 %	38,8 %	↑ 2,00
Frauen	21,2 %	21,4 %	21,4 %	11,2 %	13,8 %	17,6 %	15,6 %	↓ 0,82
<b>Paare</b>	<b>52,2 %</b>	<b>51,7 %</b>	<b>51,5 %</b>	<b>38,6 %</b>	<b>40,9 %</b>	<b>36,2 %</b>	<b>38,8 %</b>	<b>↓ 0,70</b>
<b>Paare ohne Kinder</b>	<b>29,1 %</b>	<b>29,0 %</b>	<b>29,1 %</b>	<b>15,8 %</b>	<b>16,4 %</b>	<b>15,4 %</b>	<b>12,9 %</b>	<b>↓ 0,53</b>
<b>Paare mit Kindern</b>	<b>23,1 %</b>	<b>22,6 %</b>	<b>22,3 %</b>	<b>22,8 %</b>	<b>24,4 %</b>	<b>20,8 %</b>	<b>25,9 %</b>	<b>↓ 0,93</b>
Paare mit mj. Kindern	16,6 %	16,2 %	16,1 %	20,9 %	23,1 %	17,2 %	22,3 %	↑ 1,07
1 Kind	8,1 %	8,0 %	8,0 %	9,8 %	8,0 %	5,4 %	9,8 %	↓ 0,68
2 Kinder	6,5 %	6,4 %	6,2 %	6,5 %	10,2 %	6,8 %	8,5 %	↑ 1,09
3 Kinder und mehr	2,0 %	1,9 %	1,9 %	4,7 %	4,9 %	5,0 %	4,0 %	↑ 2,64
Nur mit volljährigen Kindern	6,5 %	6,4 %	6,3 %	1,9 %	1,3 %	3,6 %	3,6 %	↓ 0,58
<b>Allein Erziehende</b>	<b>6,6 %</b>	<b>6,6 %</b>	<b>6,6 %</b>	<b>14,4 %</b>	<b>11,6 %</b>	<b>7,2 %</b>	<b>6,3 %</b>	<b>↑ 1,09</b>

Erläuterung: Die Betroffenheit bezeichnet den Quotienten nach den Anteilen 2010 bei den Überschuldeten (Dividend) und der Bevölkerung (Divisor).

Das Pro-Kopf-Einkommen ist etwas höher als das der übrigen Überschuldeten, wenn gleich immer noch weit niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Wie bei allen Überschuldeten ist ein Anstieg seit dem Jahr 2008 auszumachen.

**Tabelle 42: Pro-Kopf-Einkommen (ehemals selbständige Überschuldete) 2007 – 2012**

Pro-Kopf-Einkommen	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Mittelwert	853 €	820 €	822 €	868 €	894 €	921 €
Perzentil 25	654 €	633 €	645 €	667 €	690 €	687 €
Median	800 €	778 €	780 €	820 €	860 €	868 €
Perzentil 75	993 €	959 €	968 €	1.018 €	1.055 €	1.092 €

Die Schulden, die ab diesem Report auch die Nebenkosten enthalten,<sup>141</sup> kletterten im Jahr 2012 auf 97.505 Euro. Gleichzeitig ging die durchschnittliche Zahl der Forderungen auf gut 13 zurück. 50 Prozent der ehemals Selbständigen in der Schuldnerberatung hatten 39.210 Euro oder geringere Schulden.

**Tabelle 43: Schulden (Mittelwerte, ehemals selbständige Überschuldete) 2008 – 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012	Insgesamt
Mittelwert	99.283 €	109.134 €	91.465 €	80.579 €	97.505 €	95.625 €
Ø Anzahl	13,8	13,0	14,6	11,2	14,5	13,4
Median	42.641 €	38.039 €	37.828 €	35.914 €	40.602 €	39.210 €

Davon entfielen fast 50 Prozent auf Forderungen der Banken, die hier eine noch wichtigere Rolle einnehmen. An zweiter Stelle, wenngleich deutlicher als bei allen Überschuldeten, standen die staatlichen Forderungen und erst danach die Forderungen der gewerblichen Gläubiger (außer Versandhandel).

**Tabelle 44: Schulden und Gläubigergruppen ehemals selbständiger Überschuldeter**

Selbständige	Mittelwert	Ø Anzahl	Anteil	Median
Alle Gläubiger	95.625 €	13,4	100 %	39.210 €
Banken	46.127 €	1,7	67 %	16.009 €
Versandhandel	328 €	0,3	16 %	712 €
Sonstige gewerbliche Gläubiger	14.470 €	3,2	69 %	4.410 €
Vermieter und Versorgungsunternehmen	2.277 €	0,9	44 %	1.672 €
Telekommunikationsunternehmen	845 €	1,2	48 %	993 €
Öffentlich-rechtliche Gläubiger	21.060 €	3,0	82 %	7.833 €
Unterhaltsberechtigten und sonstige private Gläubiger	3.865 €	0,7	34 %	2.708 €
Gerichte	106 €	0,1	6 %	430 €
Inkassounternehmen, Rechtsanwälte	5.075 €	1,3	54 %	2.842 €
Versicherungen	1.469 €	1,1	42 %	1.107 €

Erläuterung: Der Median bezieht sich auf diejenigen Haushalte mit Schulden beim jeweiligen Gläubiger.

## 9 Pfändungsschutzkonto etabliert sich bei Überschuldeten, Kontollosigkeit verharrt bei 13 Prozent

Menschen in finanziellen Schwierigkeiten sind auf ein Mindestmaß an Liquidität und damit auf ein funktionierendes eigenes Girokonto angewiesen. Dafür ist es erforderlich, dass auf dem Konto der zum Leben erforderliche Betrag verfügbar und vor Pfändung geschützt ist. Mit dem „Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 1. Juli 2009“ wurde zum 01. Juli 2010 das so genannte „Pfändungsschutzkonto“ („P-Konto“) im Sinne des § 850k ZPO eingeführt. Hierbei handelt es sich, anders als es der Name vermuten lässt, nicht um ein spezielles Kontenprodukt, sondern um eine Funktion, die auf einem beliebigen Girokonto zum Schutz der jeweiligen Zahlungseingänge vor Pfändung eingerichtet werden soll. Die Übergangszeit, während derer der Pfändungsschutz auf dem Girokonto sowohl über die P-Konto-Funktion als auch noch mittels der herkömmlichen Schutzmechanismen zu erzielen war, ist am 01. Januar 2012 ausgelaufen. Somit kann seit Anfang des Jahres 2012 Pfändungsschutz auf Girokonten nur noch über ein P-Konto erreicht werden. Die Pfändungsschutzfunktion kann auch dann eingerichtet werden, wenn das entsprechende Konto noch nicht von Pfändung bedroht ist. Die verfügbaren Zahlen lassen

<sup>141</sup> Zu den verzugsbedingten Nebenkosten siehe oben Kapitel 4, ab S. 24.

aber vermuten, dass die P-Konto-Funktion ganz überwiegend bei Personen verfügbar ist, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. So verfügten Anfang 2013 nach Informationen der Deutschen Kreditwirtschaft lediglich etwa 1,5 Millionen (2,2 Prozent) der 67,1 Millionen volljährigen Personen über ein P-Konto.<sup>142</sup> Angesichts der im Jahr 2010 bestehenden 2,6 Millionen Konten auf Guthabenbasis<sup>143</sup> sowie geschätzter 3,26 Millionen überschuldeter Haushalte beziehungsweise 6,59 Millionen überschuldeter Privatpersonen,<sup>144</sup> haben also noch längst nicht alle Menschen in finanziellen Schwierigkeiten ein geschütztes Konto.

Die Nutzung von Pfändungsschutzkonten bei den Ratsuchenden stellt folgende Tabelle dar.<sup>145</sup> Sie zeigt das Vorhandensein der Pfändungsschutzfunktion derjenigen Ratsuchenden mit eigenem Girokonto, geordnet nach dem Jahr des Beratungsbeginns. Zu erkennen ist ein Anstieg des Anteils der P-Konten von 2010 bis 2012. Verfügten im Jahr 2010 noch weniger als die Hälfte der Ratsuchenden über ein P-Konto, waren es im Jahr 2012 bereits fast 70 Prozent, davon 5,5 Prozent nach einer entsprechenden Intervention der Schuldnerberatung. Zum 1. Quartal 2013 lassen unsere Daten keine erheblichen Veränderungen mehr erkennen.

**Tabelle 45: Pfändungsschutzkonten (Anteile, alle Ratsuchenden) 2010 – 2013 Q1**

	2010	2011	2012	2013
keine P-Konto Funktionalität	55,8 %	46,0 %	28,3 %	30,3 %
P-Konto Funktionalität	37,2 %	45,8 %	63,1 %	64,1 %
P-Kontofunktionalität nach Berater/in Intervention	7,0 %	8,2 %	8,6 %	5,5 %

Der Gesetzgeber verfolgte mit der Einführung des P-Kontos primär das Ziel, die Gerichte im Rahmen der Vollstreckungsversuche der Gläubiger zu entlasten. Intendiert war eine Reduzierung der Freigabeanträge der Kontoinhaber nach Kontenpfändung und damit eine Abnahme der entsprechenden Gerichtsbeschlüsse. Als Nebenprodukt der Einführung erhoffte man sich zudem die Eindämmung der Kontolosigkeit, da die Blockade eines Girokontos durch Pfändungsversuche der Gläubiger von Anbieterseite als Kündigungsgrund angesehen wird. Tatsächlich ist von 2009 bis 2012 ein deutlicher Rückgang der Kontolosigkeit von 18 auf knapp 13 Prozent zu beobachten.<sup>146</sup> Diese Dynamik scheint nunmehr zum Erliegen gekommen zu sein, wie der Vergleich mit dem 1. Quartal 2013 zeigt. Auch die Entwicklung weg von Girokonten mit voller Funktionsfähigkeit (inklusive Dispositionskredit) hin zum Girokonto auf Guthabenbasis scheint zunächst gestoppt. Allerdings verfügt nur etwa ein Viertel der Klienten über ein Konto mit voller Funktion. Der Anteil der Konten ohne Pfändungsschutzfunktion steht im Zusammenhang mit dem Anteil der Konten, die noch über Kreditmöglichkeiten verfügten. So waren in den Fällen mit Beratungsbeginn 2012 nahezu 80 Prozent der Konten auf Guthabenbasis gleichzeitig P-Konten gegenüber 53,8 Prozent der Konten mit „voller Funktionalität“.

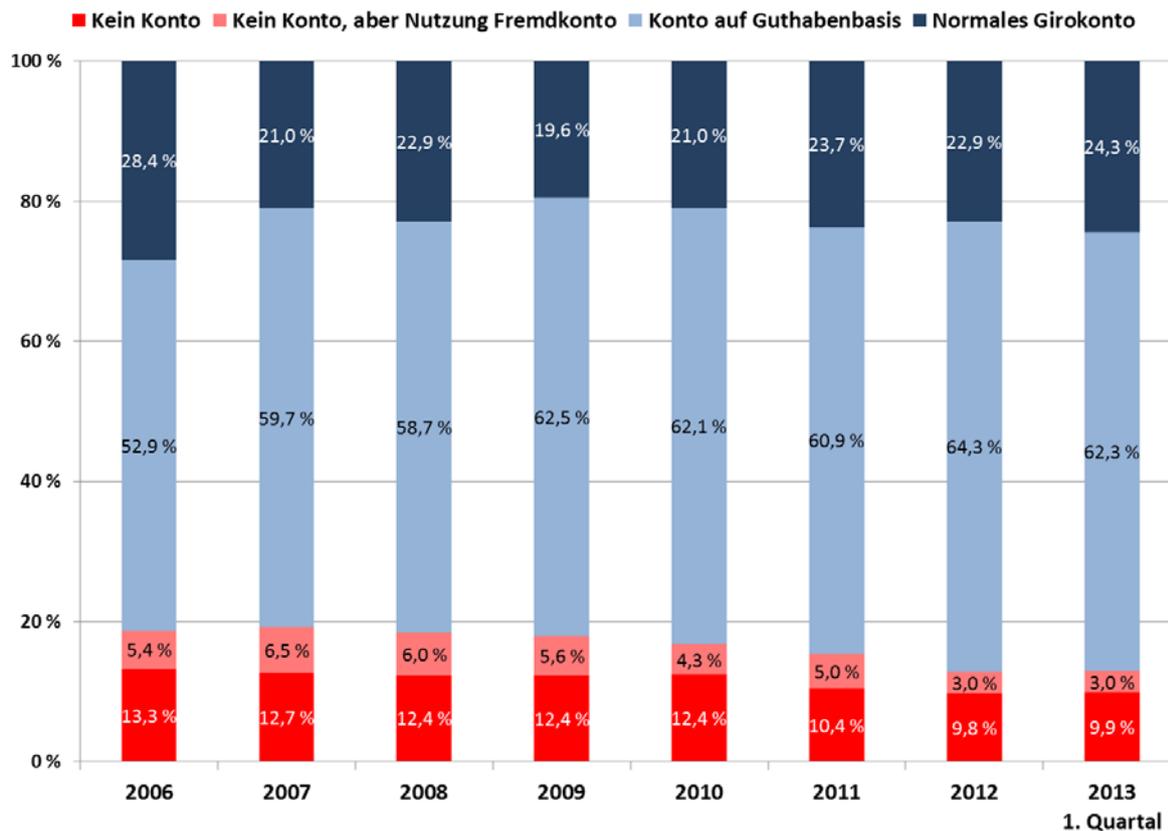
<sup>142</sup> 1.497.659 P-Konten, Stand Anfang März 2013, mitgeteilt durch den DSGV auf Basis der Angaben der Deutschen Kreditwirtschaft.

<sup>143</sup> Deutscher Bundestag (2012), S. 8, Angaben zum Jahr 2010.

<sup>144</sup> Zu den Zahlen vergleiche oben Kapitel 3.6, S. 22.

<sup>145</sup> Angaben zu P-Konten werden von den Beraterinnen und Beratern nur teilweise gemacht, da diese für die Arbeit nicht zwingend erforderlich sind. Insofern sind systematische Verzerrungen bei den hier vorgestellten Zahlen nicht ganz auszuschließen.

<sup>146</sup> Eine genauere Analyse der Kontolosigkeit haben wir im letztjährigen Report vorgenommen: Knobloch et al. (2012), S. 62 ff.

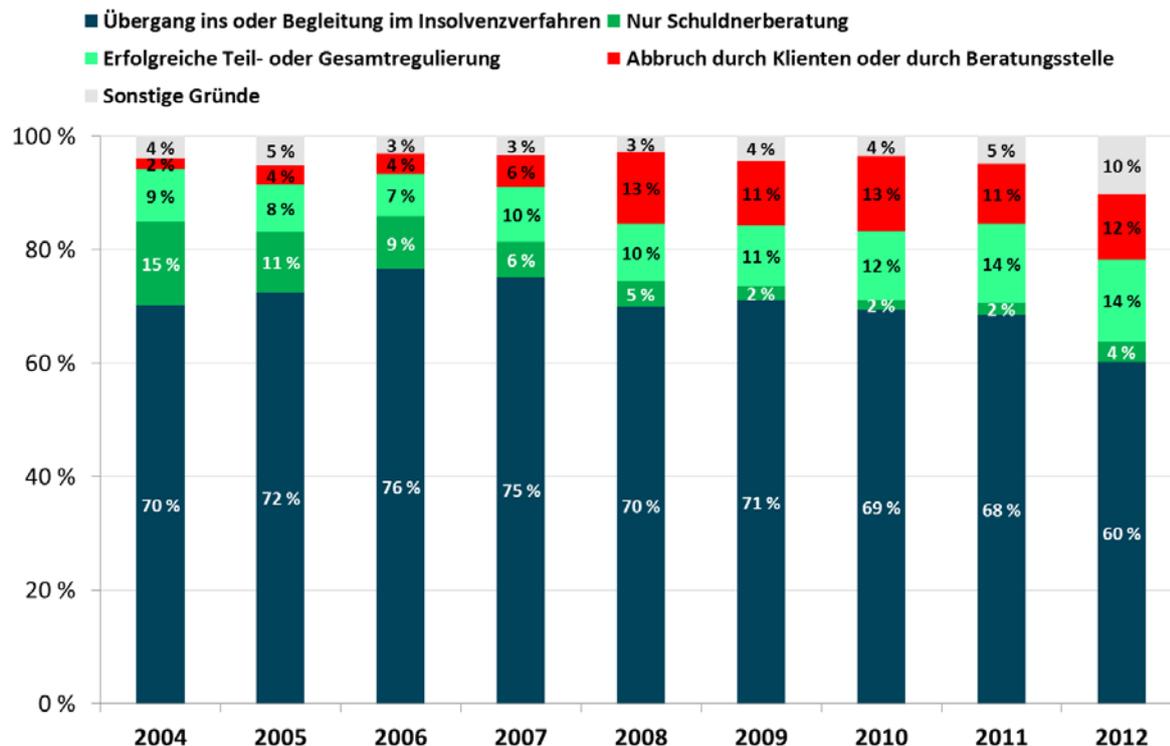
**Abbildung 18: Versorgung mit Girokonten (alle Ratsuchenden) 2006 – 2013 Q1**

## 10 Das Verbraucherinsolvenzverfahren erreicht nicht alle Überschuldeten

Im Jahr 2012 endete die Schuldnerberatung in gut sechs von zehn Fällen mit dem Übergang des Betroffenen in das Insolvenzverfahren.<sup>147</sup> In immerhin 14 Prozent der Fälle gelang eine erfolgreiche Teil- (5,2 Prozent) oder Gesamtregulierung (8,2 Prozent), ohne dass das Insolvenzverfahren eingeleitet wurde. In etwa 12 Prozent der Fälle wurde die Beratung abgebrochen, und zwar häufiger durch die Beratungsstelle (7,5 Prozent) als durch den Klienten (4,1 Prozent). Eine alleinige Schuldnerberatung, ohne dass eine Schuldenregulierung dokumentiert ist, wurde in 4 Prozent der Fälle durchgeführt. Im Zeitverlauf zeigt sich ein Rückgang der Übergänge ins Insolvenzverfahren gegenüber einer Steigerung bei den „sonstigen Gründen“. Hierbei handelt es sich um Fälle, in denen der Klient verzogen ist oder in denen die Weitervermittlung an eine andere Beratungsstelle erfolgte. Der Rückgang korrespondiert mit der weiter oben dargestellten Entwicklung der Zahlen der Verfahrenseröffnungen ab dem Jahr 2010.

<sup>147</sup> Entgegen den Vorjahresberichten stellen wir in der Abbildung die Ergebnisse der Schuldnerberatung für die Fälle dar, die im jeweiligen Jahr abgeschlossen werden konnten. In den Vorjahren hatten wir die Ergebnisse für die Haushalte präsentiert, bei denen im jeweiligen Jahr die Beratung begonnen worden war.

Abbildung 19: Ergebnisse der Schuldnerberatung (alle Ratsuchenden) 2004 – 2012



Wir haben bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass es unter Berücksichtigung der von der Creditreform errechneten Überschuldetenanzahl und der Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren eine hohe Dunkelziffer von drei bis vier Millionen überschuldeten Personen außerhalb von Schuldnerberatung und Insolvenzverfahren zu geben scheint.<sup>148</sup> Vorausgesetzt, diese kursorische Berechnung stimmte zumindest teilweise mit der Realität überein, stellt sich die Frage, ob das Verbraucherinsolvenzverfahren tatsächlich allen Menschen in finanziellen Krisen gleichermaßen offen steht oder ob es bestimmte Gruppen gibt, die einen erschwerten Zugang haben. *Lechner* hat sich hierzu auf der Grundlage der Erkenntnisse zweier Studien mit Daten von 1.600 Personen, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnen konnten, befasst und kommt zu dem Ergebnis, dass das Verbraucherinsolvenzverfahren überdurchschnittlich von „sozialen Absteigern“ genutzt werde. Umgekehrt sei es also weniger effektiv bei Personen, die bildungsmäßig dem Vater niveaugleich oder höher abschnitten. Er merkt hierzu an: „Ganz offensichtlich dient das Verbraucherinsolvenzverfahren eben auch dazu, das Scheitern des Erwerbs von Bildungstiteln und damit der Statusreproduktion in der ehemaligen Mittelklasse zu ‚heilen‘.“<sup>149</sup>

## 11 Leichter Rückgang bei der Karenzzeit bis zum Besuch der Beratungsstelle

Seit der Ausgabe 2009 ermitteln wir die Dauer eines typischen Überschuldungsprozesses. Hierzu werten wir auch Fälle aus, die Angaben zur „Karenzzeit“ enthalten, das heißt zur Dauer zwischen dem Auftreten des ersten Ereignisses mit Überschuldungsbezug und dem

<sup>148</sup> Hierzu Knobloch et al. (2012), S. 66.

<sup>149</sup> Lechner (2010), S. 61.

Besuch der Beratungsstelle.<sup>150</sup> Die Karenzzeit ist, verglichen mit der letztjährigen Datenbasis leicht rückläufig, wenngleich immer noch sehr lang. Sie liegt im Mittel bei 66 Monaten (3 Monate weniger als im Vorjahr). Der typische Wert liegt bei knapp 3,5 Jahren, ein Viertel der Betroffenen brauchte mehr als 8,5 Jahre bis zum Besuch der Beratungsstelle.

**Tabelle 46: Karenzzeit zwischen erstem Überschuldungsanzeichen und Kontakt mit der Beratungsstelle (alle Ratsuchenden)**

Zeit in Monaten bis zum Erstkontakt mit der Beratungsstelle	
Mittelwert	66
Perzentil 25	18
Median	41
Perzentil 75	103

Bei einer ganzen Reihe von Faktoren sind deutliche Unterschiede erkennbar, was die Karenzzeit betrifft.

**Tabelle 47: Determinanten der Karenzzeit**

Merkmal	Mittelwert	Median
<i>Geschlecht</i>		
Männlich	72	48
Weiblich	60	37
<i>Staatsangehörigkeit</i>		
Deutsch	64	41
Andere	72	40
<i>Schulbildung</i>		
Kein Hauptschulabschluss	78	70
Hauptschulabschluss	90	66
Realschulabschluss	52	34
Abitur/Fachabitur	36	8
<i>Berufsbildung</i>		
Ohne abgeschlossene Ausbildung	72	49
Abgeschlossene Lehre	67	41
Abgeschlossenes Studium	25	5
In Ausbildung	47	50
<i>Haushaltstyp</i>		
Einpersonenhaushalt	66	36
Ehe-/Partnerhaushalt ohne Kinder im Haushalt	59	33
Ehe-/Partnerhaushalt mit Kindern im Haushalt	77	60
Alleinerziehendenhaushalt	60	41
<i>Alter</i>		
Bis unter 40	52	35
40 bis unter 65	77	54

So benötigen Frauen etwas weniger Zeit als Männer, Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit etwas länger als die Übrigen. Einen Zusammenhang scheint es auch mit der erreichten Schul- und Berufsbildung zu geben, da die höheren Bildungsgrade fast durchweg weniger Zeit bis zum Beginn der Beratung benötigen. Die Älteren über 40 brauchen mit durchschnittlich 77 Monaten länger als die Jüngeren (54 Monate). Weniger ausgeprägt sind die Unterschiede bei den verschiedenen Haushaltsformen. Die Unterschiede können eine ganze Reihe von Gründen haben, von unterschiedlichen Sprachkompetenzen, Unterschieden bei der finanziellen Allgemeinbildung, unterschiedlich stark ausge-

<sup>150</sup> Diese Angaben müssen zusätzlich erhoben werden und den Beratungsstellen entsteht hierbei ein zusätzlicher Aufwand. Von daher ist die Datenbasis geringer. Über die Sondererhebung konnten ab dem Jahr 2009 insgesamt 447 Fälle ermittelt werden. Näheres hierzu im Methodenkapitel.

prägten „Soft Skills“ zur Problemlösung oder Scham- und Versagensgefühlen unterschiedlicher Ausprägung. Zur Evaluation der Gründe wäre eine eigene Untersuchung notwendig.

## 12 Anhang

### 12.1 Methodische Grundlagen

In den Jahren 2006 bis 2012 wurden bereits sieben Untersuchungen auf Basis der CA-WIN-Daten durchgeführt. 2006 konnten 300 Fälle aus zwei Schuldnerberatungsstellen in Hamburg und Wilhelmshaven ausgewertet werden, 2007 waren es bereits 2.716 aus sechs Schuldnerberatungsstellen. Die Erhebungsbasis konnte 2008 noch einmal deutlich gesteigert werden. In die Auswertung wurden 9.159 Fälle aus neun Beratungsstellen einbezogen. Die Untersuchung der Jahre 2009, 2010 und 2011 beruhten auf Daten derselben Beratungsstellen. Die Zahl der Untersuchungsfälle konnte erneut erheblich ausgeweitet werden. 2009 wurden für die Analyse nur Daten aus dem Zeitraum 2004 bis 2008 verwendet, 2010 nur Daten aus dem Zeitraum 2005 bis 2009. Diese erfassten 2009 11.773 und 2010 12.546 Haushalte. 2011 wurden nur Daten aus dem Zeitraum 2006 bis 2010 einbezogen. Diese erfassten 13.052 Haushalte. 2012 wurden Daten von 2004 bis einschließlich 1. Quartal 2012 verwendet. Die Fallzahl erhöht sich auf 18.474. In der aktuellen Untersuchung werden für die Zeitreihen Daten ab dem Jahr 2005 bis einschließlich 1. Quartal 2013 verwendet, mit erneut erhöhter Fallzahl von 21.236 Haushalten. Mitte 2011 hat der Insolvenzhilfeverein seine Beratungsstelle in Oldenburg geschlossen. Um die Daten konsistent zu halten, wurden bei der Erstellung von Zeitreihen die Fälle dieser Beratungsstelle ausgeschlossen. Ab 2012 kommt die Beratungsstelle AWO KV München-Stadt e. V. neu hinzu. Die Zeitreihen dieses Berichtes für nichtselbstständige Personen sind daher mit den Zeitreihen früherer Berichte nicht mehr vollständig kompatibel.

Von den neun Beratungsstellen befanden sich fünf in den alten und vier in den neuen Bundesländern. Der Anteil von 78 Prozent der untersuchten Fälle in den alten Bundesländern und 22 Prozent in den neuen spiegelt in etwa die Bevölkerungsverteilung wider. Folgende Tabelle zeigt die Verteilung der untersuchten Haushalte der Jahre 2008 bis 2012 auf die Beratungsstellen. (Lediglich für die Zeitreihen wurden auch die Daten des 1. Quartals 2013 benutzt.)

**Tabelle 48: Beratungsstellen und Fallzahlen**

Beratungsstelle	Anzahl	Anteil
Insolvenzhilfe e. V. Wilhelmshaven	1.334	10,7 %
Diakonisches Werk Hamburg	3.704	29,7 %
Verbraucherzentrale Hamburg	2.482	19,9 %
ALV Bützow	591	4,7 %
ALV Teterow	290	2,3 %
ALV Stralsund	675	5,4 %
Arbeiterwohlfahrt Südpfalz e.V	1.438	11,5 %
Kontakt in Krisen e. V. Erfurt	1.232	9,9 %
AWO KV München-Stadt e. V.	706	5,7 %
Gesamt	12.452	100,0 %

Dank der wachsenden Fallzahl sind in den neueren Untersuchungen wesentlich tiefer gehende Gliederungen und damit differenziertere Analysen möglich. Die Ergebnisse sind zudem stabiler. Die beteiligten Beratungsstellen übermittelten zunächst die Daten aller von ihnen erfassten Schuldner. Dies waren 28.776 Fälle. Um eine hinreichende Vergleichbarkeit zu garantieren, wurde daraus nur auf die Fälle zurückgegriffen, deren Bera-

tung in den Jahren 2005 begann. Falls hinreichend valide Daten vorlagen, wurden Fälle mit Beratungsbeginn 2005 bis 1. Quartal 2013 benutzt. Auf diesen insgesamt 21.236 Fällen samt ihren Haushalten beruht ein Teil der Auswertungen der Untersuchung. Für einige tiefer gehende Untersuchungen wurden nur Daten der Fälle mit Beratungsbeginn 2008 bis 2012 verwendet. Diese Datei umfasst 12.452 Fälle. Die Schuldnerberatung befasst sich sowohl mit Schuldnern, deren Schulden aus dem privaten Bereich stammen, als auch mit solchen, die auf Grund selbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit in die Verschuldungssituation geraten sind. Da sich die Situation in diesen beiden Gruppen zum Teil sehr unterschiedlich darstellt, wurden diese Gruppen im vorliegenden Report auch getrennt untersucht. Dazu wurden die Daten in eine Datei „Nichtselbständige“ und eine Datei „Selbständige“ aufgeteilt. Als Selbständiger wurde identifiziert, wer als ersten Überschuldungsgrund gescheiterte Selbständigkeit angegeben hatte oder angab, selbständig zu sein. Die Datei der Nichtselbständigen umfasst 1.207 Fälle für die Jahre 2008 bis 2012. Die Datei der Selbständigen umfasst für denselben Zeitraum 1.246 Fälle. Die erstgenannte Datei liegt dem ausführlichen Tabellenteil im Anhang zugrunde. Die wegen der selbständigen Erwerbstätigkeit Verschuldeten verteilen sich wie folgt auf die Beratungsstellen:

**Tabelle 49: Selbständige in der Stichprobe**

Beratungsstelle	Anzahl	Anteil
Insolvenzhilfe e. V. Wilhelmshaven	192	15,4 %
Diakonisches Werk Hamburg	357	28,7 %
Verbraucherzentrale Hamburg	250	20,1 %
ALV Bützow	37	3,0 %
ALV Teterow	27	2,2 %
ALV Stralsund	30	2,4 %
Arbeiterwohlfahrt Südpfalz e. V.	206	16,5 %
Kontakt in Krisen e. V. Erfurt	82	6,6 %
AWO KV München-Stadt e. V.	65	5,2 %
Gesamt	1.246	100,0 %

Daten aus der Schuldnerberatung ermöglichen einen tiefen Einblick in die innere Gliederung der Schuldnergruppe und damit auch die Differenzierung verschiedener Typen von Überschuldung. Für eine Kausalanalyse ist aber ein Vergleich der Struktur der Gruppe überschuldeter Haushalte/Personen mit derjenigen der Bevölkerung unerlässlich. Daher wurden – soweit möglich – solche Vergleiche durchgeführt. Die Vergleichsdaten entstammen, je nach Verfügbarkeit, dem Mikrozensus bis einschließlich 2011 und der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) des Jahres 2003 beziehungsweise 2008.

Die untersuchten neun Schuldnerberatungsstellen sind nicht von vornherein repräsentativ für alle Schuldnerberatungsstellen in Deutschland. Jedoch kann man davon ausgehen, dass die wesentlichen Trends, wenn auch nicht die absoluten Angaben, die sich anhand der untersuchten Beratungsfälle identifizieren lassen, generell zutreffen. Dafür bietet auch der Vergleich zwischen den Beratungsstellen einen Beleg. Tatsächlich finden sich dieselben Trends in allen untersuchten Beratungsstellen, auch im Vergleich der alten und neuen Bundesländer, jeweils ausgehend von einem unterschiedlichen Niveau.

In die Auswertungsdatei wurden alle verfügbaren Angaben über die einzelnen Schuldner übernommen. Die aktuelle Auswertung enthält erstmals auch Angaben zu den Vermögensverhältnissen der Schuldnerhaushalte. Daraus ergab sich eine ungewöhnlich umfangreiche Datei mit 6.584 Variablen. Da die Ursprungsdaten in Form einer relationalen

Datenbank vorlagen, die Auswertung dagegen mit Hilfe des Statistikpakets SPSS vorgenommen wurde, welches ein anderes Datenformat verlangt, waren umfangreiche Transformationsprozesse notwendig. Eine Reihe von Variablen, deren Format nicht korrekt übernommen wurde, musste per Hand nachbearbeitet werden. Dies gilt auch für einige Variablen, die freien Text enthielten, weil dort die Angaben nicht in einheitlicher Form vorlagen. Insbesondere mussten die Angaben zu den Gläubigern sehr aufwendig aus den sehr unvollständigen Daten von der Forschergruppe selbst in neuen Variablen kodiert werden. Ferner sind in erheblichem Maße Umrechnungen vorgenommen worden, zum Beispiel um die Gesamtschuldenshöhe oder das Haushaltsäquivalenzeinkommen zu errechnen. Erstere musste aus 180 verschiedenen Variablen ermittelt werden. Im Rahmen dieser Variablentransformation wurden nicht weniger als 8.297 Variablen, zumeist als Zwischenprodukt, neu gebildet.

Für die aktuelle Untersuchung wurden Nebenkosten und Zinsen neu in die Auswertung aufgenommen. Dazu wurden noch einmal rund 1.700 Variablen (ohne Zwischenvariablen) neu generiert. Da in diesem Jahr neu Auswertungen zu den Gesamtkosten, den Nebenkosten und Zinsen aufgenommen wurden, fallen die Ergebnisse zur Schuldenhöhe höher als in den Vorjahren aus. Auf die Zeitreihen hat das keinen Einfluss.

Die Daten sind prozessgeneriert, das heißt, sie sind Nebenprodukte des Beratungsprozesses. Die Kerndaten, also diejenigen Daten, die von den Beratern notwendigerweise, zum Beispiel für einen Insolvenzantrag, benötigt und in Pflichtfelder eingetragen werden, sind von hoher Qualität. Daten dieser Qualität könnten mit den üblichen Erhebungsverfahren der Umfrageforschung kaum gewonnen werden, weil die Erhebung einen großen Zeitaufwand und hohe Kompetenz bei dem Interviewer voraussetzen würde. Bei Feldern, die nicht notwendiger Bestandteil des Beratungsprozesses und die keine Pflichtfelder sind, muss man dagegen davon ausgehen, dass sie weniger sorgfältig ausgefüllt werden und die Datenqualität schlechter ausfällt. Deshalb wurden für die Auswertung nur solche Variablen (Felder) benutzt, bei denen von hoher Datenqualität ausgegangen werden konnte. Neben den genannten Kriterien konnte als Indiz der Anteil fehlender Werte verwendet werden. Zur Auswertung wurden nur solche Variablen herangezogen, bei denen der Anteil fehlender Werte vernachlässigbar gering war. Bei einigen Variablen wie Schuldenhöhe und Anzahl der Gläubiger war dies insbesondere bei den neueren Fällen nicht ganz zu vermeiden. Dann wurden aber Fälle ohne Eintragungen in die Auswertung nicht mit einbezogen. Seit dem Jahr 2010 wurden einige Variablen, die die Gläubiger erfassen, zur Erhöhung der Zuverlässigkeit aufwendig mit der Hand nachgearbeitet. Dadurch sind die Ergebnisse, die sich auf diese Variablen beziehen, mit den Ergebnissen der früheren Erhebungen nicht vergleichbar. Im Durchschnitt fällt die Anzahl der Gläubiger etwas niedriger aus.

Zur Darstellung der Ergebnisse werden überwiegend Häufigkeitsverteilungen und Kreuztabellen benutzt beziehungsweise die diesen entsprechenden graphischen Darstellungen, also Balkendiagramme und gruppierte Balkendiagramme. Diese zeigen die prozentuale Verteilung der untersuchten Fälle auf verschiedene Werte der Variablen beziehungsweise ermöglichen einen entsprechenden Vergleich zwischen verschiedenen Gruppen. Bei sehr differenziert erhobenen Variablen ist es notwendig, zusammenfassende Kategorien zu bilden, um die Daten in tabellarischer oder graphischer Form sinnvoll darstellbar zu machen. Wenn eine solche Kategorienbildung durchgeführt wurde, geschah dies nach sorgfältiger Inspektion der unklassifizierten Werte so, dass alle wesentlichen Informationen erhalten blieben. Insbesondere bedeutet dies, dass zum Beispiel beim Einkommen oder der Schuldenhöhe bei den geringeren Werten sehr fein differenziert und erst bei höheren

Werten zu größeren Klassenbreiten übergegangen wurde. Die Verwendung von so genannten Lageparametern (arithmetisches Mittel, Median usw.) ermöglicht es, die Ergebnisse knapper darzustellen. Die gesamte Verteilung wird dann durch einen einzigen Wert gekennzeichnet, der in etwa die Mitte dieser Verteilung anzeigt. So ist es wesentlich einfacher, die mittlere Schuldenhöhe verschiedener Altersgruppen darzustellen und zu vergleichen als die prozentuale Verteilung auf verschiedene Kategorien. Allerdings sollte man darauf nur zurückgreifen, wenn durch diese Zusammenfassung nicht wesentliche Informationen verloren gehen. Dies wäre zum Beispiel bei zweigipfligen Verteilungen der Fall. Wir haben des Öfteren Lagewerte zur Darstellung benutzt, nachdem der Verlust wesentlicher Information nach vorheriger Dateninspektion ausgeschlossen war.

Verwendet werden:

*Das arithmetische Mittel:*

$$\frac{\sum_i X_i}{N}$$

*Der Medianwert:* der Wert des Falles, der in der Reihe der nach Größe geordneten Werte in der Mitte liegt. Für ungruppierte Daten gilt:

$$M = x_{\frac{N+1}{2}} \text{ für eine ungerade Zahl von Werten.}$$

$$M = \frac{1}{2} \left( x_{\frac{N}{2}} + x_{\frac{N}{2}+1} \right) \text{ für eine gerade Zahl der Fälle, wobei } N \text{ die Zahl der Fälle und } x \text{ der}$$

Wert des jeweils einschlägigen Falles ist.

Für gruppierte Daten gilt:

$$M = x + \frac{0,5 - F(x_i^u)}{F(x_i^o) - F(x_i^u)} (x_i^o - x_i^u)$$

wobei  $F(x_i^u)$  = kumulierte relative Häufigkeit an der Untergrenze der Klasse  $i$

und  $F(x_i^o)$  = kumulierte relative Häufigkeit an der Obergrenze der Klasse  $i$  bezeichnet.

*Der untere Quartilswert:* der Wert des Falles, der in der Reihe der der Größe nach geordneten Werte das untere Viertel von den oberen drei Vierteln trennt.

*Der obere Quartilswert:* der Wert des Falles, der in der Reihe der der Größe nach geordneten Werte die unteren drei Viertel von dem oberen Viertel trennt.

Das arithmetische Mittel wird in der Regel bei metrischen Daten verwendet, um das Zentrum der Verteilung zu kennzeichnen. Es hat den Vorteil, die bei metrischen Daten vorhandenen Informationen vollständig zu nutzen. Allerdings wird das arithmetische Mittel gerade deshalb auch von Extremwerten mitbestimmt. Bei kleinen Fallzahlen kann der Einfluss von Extremwerten zu Ergebnissen führen, die nicht mehr dem Zentrum der Verteilung entsprechen. Gegenüber dem Einfluss von Extremwerten ist der Medianwert robust. Er gibt überhaupt nur den Wert eines einzigen Falles wieder, nämlich den Wert des mittleren Falles in der nach der Höhe der Werte der interessierenden Variablen geordneten Reihe der Fälle. Der Nachteil besteht darin, dass beim Vorliegen metrischer Daten die vorhandenen Informationen nur unvollständig ausgeschöpft werden. Da im Rahmen der vorliegenden Untersuchung häufig Ausreißer (besonders extreme Werte)

auftreten, ist es überwiegend vorzuziehen, mit dem Medianwert zu arbeiten. Außerdem sind die meisten Verteilungen nicht symmetrisch, sondern schief, nämlich linkssteil, das heißt, die Mehrzahl der Fälle ballt sich bei kleineren Einkommen, Schulden usw., während auf der rechten Seite der Verteilung Fälle mit hohen Einkommen, Schulden etc. selten auftreten, sich aber bis in sehr hohe Bereiche hineinziehen.

Bei einer symmetrischen Verteilung der Werte (ohne Ausreißer) sind arithmetisches Mittel und Medianwert identisch. Bei schiefen Verteilungen fallen sie dagegen auseinander. Bei linkssteilen Verteilungen, wie sie für unsere Untersuchung charakteristisch sind, liegt der Median regelmäßig links von dem arithmetischen Mittel. Der Median liegt dann näher am Gipfel der Verteilung als das arithmetische Mittel. Soll das Lagemaß angeben, wo sich der Gipfel der Verteilung befindet, ist daher der Median aussagekräftiger.

Für eine komplexere Analyse von Zusammenhängen eignet sich unter anderem eine multiple Regressionsanalyse.

Bei der multiplen Regressionsanalyse wird eine lineare Funktion ermittelt, die nach einem bestimmten Kriterium (kleinste quadratische Abweichung der Residuen<sup>151</sup>) am besten geeignet ist, die empirisch gefundenen Werte zu prognostizieren. Resultat ist eine Gleichung der Form  $y = a + a_1x_1 + b_2x_2$ . Zusätzlich liefert die Analyse Informationen darüber, ob das Modell als Ganzes einen signifikanten Erklärungswert besitzt und welche Variablen einen signifikanten Einfluss ausüben (Signifikanz,  $\alpha \leq 0,05$ ). Weitere Informationen weisen die relative Bedeutung dieser Faktoren (Beta-Koeffizienten und partielles (Eta-Quadrat) und den Erklärungswert des ganzen Modells ( $R^2$ ) aus. Letztere können Werte zwischen 0 (= keinerlei Einfluss) und 1 (= vollkommene Determination) annehmen. Regressionsanalysen erfordern aber, dass alle im Modell verwendeten Variablen metrisch gemessen worden sind. Außerdem müssen bei Mehrfachregression lineare Zusammenhänge angenommen werden.<sup>152</sup>

In dieser Studie wird die Regressionsanalyse in erster Linie zur Untersuchung des Einflusses der Höhe der Hauptforderungen auf die Kosten verwendet. Zusätzlich wurde geprüft, welchen Erklärungsbeitrag weitere Variablen leisten. Deshalb wurde die schrittweise Methode verwendet (method stepwise). Dabei werden mehrere Modelle berechnet und zwar zunächst eine Regressionsanalyse ausschließlich mit der ersten Erklärungsvariablen und dann eine weitere mit den beiden ersten Erklärungsvariablen und so fort. Der Vorteil ist, dass man anhand der Änderungen von  $R^2$  ermessen kann, ob die neu hinzugenommene Variable einen signifikanten zusätzlichen Erklärungsbeitrag leistet oder nicht. In der Ergebnisdarstellung werden daher auch nur diese Informationen verwendet. Wie schon oben angesprochen, sind die Zusammenhänge zwischen den interessierenden Variablen nicht linear, betrachtet man die Gesamtverteilung. Es handelt sich dagegen in der Regel um kurvilineare, sehr stark linkssteile Verteilungen, die nach rechts sehr lange und flach auslaufen. Daher wurden auch einfache Regressionsanalysen für andere als lineare Kurvenformen geprüft, die aber keinen wesentlich höheren Erklärungswert erbrachten. Zieht man nur den ganz überwiegenden Teil der Haushalte ohne extrem hohe Werte in Betracht, kann man eine näherungsweise lineare Beziehung annehmen. Bei der Regressionsanalyse bezüglich der Nebenkosten wurden daher nach dem Konzentrationsprinzip etwa 15 Prozent der Haushalte mit den höchsten Werten nicht berücksichtigt. Die Wertebegrenzungen waren wie folgt:

---

<sup>151</sup> Residuen sind die Abweichungen der gemessenen Werte von den durch die Funktion geschätzten Werten.

<sup>152</sup> Weitere Voraussetzungen sollen hier nicht dargestellt werden.

Hauptforderung  $\leq 4.700$ , Quotient\_Summe\_Kosten  $\leq 2$ , HHäqueink2  $> 500$ , Summe der Forderungen aller Gläubiger ohne Nebenkosten  $\leq 35.000$ .

Zur Veranschaulichung dieser Zusammenhänge wurden auch Punktdiagramme erstellt. In diesen wird die Wertekombination jedes Falles als ein Punkt in einem Koordinatenkreuz dargestellt. Angesichts der hohen Fallzahl kommt es zu einer hohen Punktdichte, so dass die Verteilung im Diagramm wie eine Wolke erscheint. Aus dieser kann man insbesondere in den Randbereichen die Zusammenhänge zwischen den Variablen gut ablesen.

Zur Kennzeichnung der Einkommenssituation der Haushaltsmitglieder wird häufig das Nettoäquivalenzeinkommen benutzt. Dabei handelt es sich um eine spezielle Berechnung der den Haushaltsmitgliedern durchschnittlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Es wird dazu das gesamte dem Haushalt zur Verfügung stehende Nettoeinkommen nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern je nach Zusammensetzung des Haushalts für die einzelnen Mitglieder ein unterschiedliches Bedarfsgewicht in den Nenner eingesetzt. Dies begründet sich aus der Annahme, dass einer gemeinsamen Haushaltsführung durch den Größenvorteil Einsparungen entstehen, so dass der Einkommensbedarf nicht linear mit der Zahl der Haushaltsmitglieder zunimmt. Außerdem wird je nach Alter der Mitglieder ein unterschiedlicher Bedarf angenommen. In der Literatur wurden zahlreiche Wägungsschemata vorgeschlagen. In der vorliegenden Arbeit wurde das Wägungsschema der so genannten modifizierten OECD-Skala verwendet, vor allem deshalb, weil es sich in der Praxis weitgehend durchgesetzt hat und durch seine Verwendung ein hohes Maß an Vergleichbarkeit mit anderen Daten gewährleistet ist. Die modifizierte OECD-Skala verwendet bei dem Haupteinkommensbezieher beziehungsweise der Haupteinkommensbezieherin im Haushalt das Gewicht 1,0, für jede weitere Person ab 14 Jahren im Haushalt das Gewicht 0,5 und für jede weitere Person unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

$$\text{NettoÄqEink} = \frac{\text{NettoHHEinkommen}}{\sum \text{Gewichte}}$$

Beispiel: Ein Vierpersonenhaushalt besteht aus Vater, Mutter, einem Kind über 14 und einem unter 14 Jahren.

$$\text{NettoÄqEink} = \frac{\text{NettoHHEinkommen}}{1 + 0,5 + 0,5 + 0,3} = \frac{\text{NettoHHEinkommen}}{2,3}$$

Der Median des Nettoäquivalenzeinkommens mit den modifizierten OECD-Gewichten lag bei 18.797 Euro im Jahr. Daraus wurden drei Einkommensgrenzen zur Ermittlung von armutsgefährdeten beziehungsweise betroffenen Personengruppen berechnet:

- 60 Prozent entsprechend „Armutsgefährdung“ = 940 Euro/Monat,
- 50 Prozent entsprechend „Armutsbetroffenheit“ = 783 Euro/Monat,
- 40 Prozent als weitere Grenze entsprechend „erhöhter Armutsbetroffenheit“ = 627 Euro/Monat.

Zur Analyse der Zeitreihen wurden außer Kreuztabellen Liniendiagramme herangezogen und sowohl einer monatlichen als auch einer vierteljährlichen Betrachtung unterzogen.

2009 wurde zum ersten Mal auch eine Untersuchung zur Dynamik der Ereignisse im Überschuldungsprozess durchgeführt. Dies wurde 2010, 2011 und 2012 wiederholt und auf eine breitere Basis gestellt. In diesem Zusammenhang wurde eine kleine Zusatzuntersuchung durchgeführt. Einige Schuldnerberatungsstellen führten bei einer kleinen Zahl

von Fällen eine sorgfältige Erhebung der zeitlichen Folge dieser Ereignisse zusätzlich zu der routinemäßigen Datenerfassung durch. 2009 ergaben sich daraus 34 Untersuchungsfälle mit verwertbaren Angaben, 2010 waren es 146 Fälle und 2012 247 Fälle. Für die aktuelle Untersuchung konnten zwei neue Beratungsstellen gewonnen werden: Hamburger Schuldner- und Insolvenzberatung (H.S.I.) und BRK-Kreisverband München (Bayrisches Rotes Kreuz). Dadurch erhöhte sich die Zahl der untersuchten Fälle auf 448.

An der Untersuchung haben sich folgende Beratungsstellen beteiligt:

- Regionalverband Saarbrücken
- Rechtsfürsorge Lübeck
- Evangelische Gemeinde Düren
- AWO Nordhausen
- AWO KV Helmstedt
- BRK München
- Evangelische Gemeinde Düren
- Diakonie Pfalz
- Schuldnerhilfe Köln
- Sozialforum Kappeln
- AWO Südpfalz
- Hamburger Schuldner- und Insolvenzberatung (H.S.I.)
- BRK-Kreisverband München (Bayrisches Rotes Kreuz)

Erstmals konnte ab 2012 die Variable Karenzzeit hinzugefügt werden. Dabei handelt es sich um die Zeit in Monaten zwischen dem ersten Überschuldungsereignis beziehungsweise dem ersten Anzeichen/Auslöser der Überschuldung und dem Erstkontakt bei der Beratungsstelle. Die Karenzzeit konnte für 239 Fälle ermittelt werden, so dass die Auswertungen auf dieser Basis erfolgten. Alle Auswertungen der Sonderuntersuchung beziehen sich im Jahre 2013 auf diese Variable. Zum Vergleich der Fälle der Sonderuntersuchung zur Schuldendynamik mit den prozessgenerierten Daten wurde die Verteilung der Fälle aus den Variablen Staatsangehörigkeit, Geschlecht, HHTyp\_alt, HHTyp\_EVS\_1 und Alter\_Schuldner\_neu herangezogen. Die Dateien sind in der Struktur sehr ähnlich. Die Zusammensetzung nach Staatsbürgerschaft, Geschlecht, Alter und Haushaltstyp weicht nur minimal voneinander ab. Die größte Differenz gibt es noch bei den Haushaltstypen beziehungsweise bei dem Anteil der allein lebenden beziehungsweise allein erziehenden Männer. Sie sind in der Sonderauswertung etwas seltener vertreten (minus 6 Prozent), umgekehrt die entsprechenden Frauen etwas häufiger (plus 5 Prozent). In der Sonderauswertung sind Personen mit Abitur etwas häufiger (Differenz 4 Prozent), Personen mit mittlerer Reife weniger (Differenz 6 Prozent) vertreten. Personen ohne Lehre sind in der Sonderauswertung seltener (Differenz 13 Prozent), solche mit Lehre häufiger vertreten (Differenz 14 Prozent). Bei den Haushaltstypen sind allein erziehende Männer beziehungsweise allein lebende Männer in der Sonderauswertung seltener enthalten (zusammen 12 Prozent Differenz), umgekehrt allein erziehende beziehungsweise allein lebende Frauen häufiger (zusammen 16 Prozent Differenz). Die Altersstruktur der prozessgenerierten Daten enthält einige Fälle mehr in den jüngeren Alterskategorien und einige weniger in den älteren. Die maximale Differenz beträgt 7 Prozent in der jüngsten Kategorie. Die meisten Abweichungen befinden sich noch im

Rahmen der bei Stichproben der vorgegebenen Größenordnung zu erwartenden Zufallsschwankungen. Eine leichte systematische Verzerrung ist nicht auszuschließen.

## 12.2 Literaturverzeichnis

- Ansen, Harald, und Faezeh Samari. 2012. *Schuldenfrei. Untersuchung zentraler Effekte der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes Hamburg aus der Perspektive der Ratsuchenden*. Hamburg: Diakonie-Hilfswerk Schuldnerberatung.
- Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V., Hrsg. 1994. *Der neue Schuldenreport. Kredite der privaten Haushalte in Deutschland*. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand.
- Bäcker, Gerhard, und Jutta Schmitz. 2013. Altersarmut und Rentenversicherung: Diagnosen, Trends, Reformoptionen und Wirkungen. In *Altern im sozialen Wandel. Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 23, Hrsg. Claudia Vogel und Andreas Motel-Klingbiel, 25-56. Dordrecht: Springer.
- Bender, Désirée, Tina Hollstein, Lena Huber, und Cornelia Schweppe. 2013. Bewältigung von Schuld(en) und Armut? „Grade die Vorurteile sind halt schon sehr sehr schmerzhaft“. Diskursive Bilder als Gegenstand multidimensionaler Bewältigung. In *Schulden und ihre Bewältigung. Individuelle Belastungen und gesellschaftliche Herausforderungen*, Hrsg. Forschungscluster Gesellschaftliche Abhängigkeiten und soziale Netzwerke, 53-75. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bode, Ingo, und Felix Wilke. 2013. Alterssicherung als Erfahrungssache: Private Vorsorge und neue Verarmungsrisiken. In *Altern im sozialen Wandel. Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 23, Hrsg. Claudia Vogel und Andreas Motel-Klingbiel, 175-192. Dordrecht: Springer.
- Brehmer, Wolfram, und Hartmut Seifert. 2007. *Wie prekär sind atypische Beschäftigungsverhältnisse? Eine empirische Analyse*. WSI-Diskussionspapier Nr. 156. Düsseldorf.
- Brock, Ditmar, Götz Lechner, und Wolfram Backert. 2008. Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz. Probleme und Lösungsansätze bei der rechtlichen Regelung von privater Überschuldung aus rechtssoziologischer Sicht. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 29, 235-259.
- Bundesagentur für Arbeit. 2012. *Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher*. Arbeitsmarkt in Zahlen. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit. 2013a. *Statistik über Kurzarbeit von Betrieben und Kurzarbeiter*. Arbeitsmarkt in Zahlen. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit. 2013b. *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf*. Arbeitsmarkt in Zahlen. Nürnberg.
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. 2012. *Statistik der Erstversicherungsunternehmen*. Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. *Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung*. Bonn.
- Caplovitz, David. 1969. *The poor pay more. Consumer practices of low-income families*. 3. Aufl. New York NY: Free Press [u. a.].
- Civic Consulting of the Consumer Policy Evaluation Consortium. 2013. *The over-indebtedness of European households: updated mapping of the situation, nature and causes, effects and initiatives for alleviating its impact. Summary document for stakeholder workshop*. Berlin.
- Creditreform Wirtschaftsforschung. 2012. *SchuldnerAtlas Deutschland Jahr 2012*. Neuss.
- Davis, Christopher, und Janet Mantler. 2004. *The Consequences of Financial Stress for Individuals, Families, and Society*. Report.
- Deutsche Bundesbank. 2013. *Bekanntgabe des Basiszinssatzes zum 1. Juli 2013: Basiszinssatz vermindert sich auf -0,38 %*. Frankfurt am Main.
- Deutscher Bundestag. 2012. *Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann. Unterrichtung des Bundestags durch die Bundesregierung*. BT-Drucksache 17/8312. Berlin.
- DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. 2013. *Frühjahrsgrundlinien 2013*. DIW Wochenbericht 15. Berlin.

- Evers, Jan. 1998. *Schuldenreport 1999. Kredite der privaten Haushalte in Deutschland*, Sonderbd. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Flanagan, Constance A, und Jacquelynne S. Eccles. 1993. Changes in Parents' Work Status and Adolescents' Adjustment at School. *Child Development* 1993, 246-257.
- Frommert, Dina, und Ralf K. Himmelreicher. 2013. Entwicklung und Zusammensetzung von Alterseinkünften in Deutschland. In *Altern im sozialen Wandel. Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 23, Hrsg. Claudia Vogel und Andreas Motel-Klingbiel, 141-160. Dordrecht: Springer.
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. 2012. *Jahrbuch 2012. Die Deutsche Versicherungswirtschaft*. Berlin.
- GfK Finanzmarktforschung. 2012. Grundlagenstudie zur Konsum- und KfZ-Finanzierung. [https://ssl.bfach.de/media/file/6023.GfK-Studie\\_Konsum-Kfz-Finanzierung\\_2012\\_bfach.pdf](https://ssl.bfach.de/media/file/6023.GfK-Studie_Konsum-Kfz-Finanzierung_2012_bfach.pdf) (Stand: 11. Juli 2013).
- Goebel, Jan, und Markus M. Grabka. 2011. Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 80, 101-118.
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. 2013. *ifo Konjunkturprognose 2013/2014. Günstige Perspektiven für die deutsche Konjunktur*. München.
- institut für finanzdienstleistungen e. V. 2013. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zur Reform der Restschuldbefreiung: Verkürzung nur gegen 35 Prozent. <http://www.iff-ueberschuldungsreport.de/index.php?id=1976&viewid=48312> (Stand: 10. Juli 2013).
- Keller, Berndt, und Hartmut Seifert. 2006. Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. *WIS Mitteilungen* 5/2006, 235-240.
- Kilborn, Jason J. 2011. *Expert recommendations and the evolution of European best practices for the treatment of overindebtedness, 1984-2010*, Bd. 11. Deventer, The Netherlands: Kluwer Legal Publishers.
- Knobloch, Michael, Udo Reifner, und Wilfried Laatz. 2008. *iff-Überschuldungsreport 2008. Private Überschuldung in Deutschland. Untersuchung mit freundlicher Unterstützung von Deutschland im Plus – die Stiftung für Private Überschuldungsprävention*. Hamburg: iff institut für finanzdienstleistungen e.V.
- Knobloch, Michael, Udo Reifner, und Wilfried Laatz. 2009. *iff-Überschuldungsreport 2009. Überschuldung in Deutschland. Untersuchung mit freundlicher Unterstützung von Deutschland im Plus – die Stiftung für Private Überschuldungsprävention*. Hamburg.
- Knobloch, Michael, Udo Reifner, und Wilfried Laatz. 2010. *iff-Überschuldungsreport 2010. Überschuldung in Deutschland. Untersuchung mit freundlicher Unterstützung von Deutschland im Plus – die Stiftung für Private Überschuldungsprävention*. Hamburg: iff institut für finanzdienstleistungen e.V.
- Knobloch, Michael, Udo Reifner, und Wilfried Laatz. 2011. *iff-Überschuldungsreport 2011. Überschuldung in Deutschland. Untersuchung mit freundlicher Unterstützung von Deutschland im Plus – die Stiftung für Private Überschuldungsprävention*. Hamburg: iff institut für finanzdienstleistungen e.V.
- Knobloch, Michael, Udo Reifner, Wilfried Laatz, und Nizkich Anna. 2012. *iff-Überschuldungsreport 2012. Überschuldung in Deutschland. Untersuchung mit freundlicher Unterstützung von Deutschland im Plus – die Stiftung für Private Überschuldungsprävention*. Hamburg: iff institut für finanzdienstleistungen e.V.
- Korczak, Dieter. 2001. *Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer.
- Korczak, Dieter. 2013. Überschuldungsforschung im Nebel? *Informationen* 28, 128-132.
- Lechner, Götz. 2010. Das Verbraucherin solvenzverfahren: Integration zeigt alte und neue Muster sozialer Ungleichheit in der Risikogesellschaft. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 31, 39-63.
- Lechner, Götz, und Wolfram Backert. 2008. Menschen in der Verbraucherinsolvenz. Rechtliche und soziale Wirksamkeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens einschließlich Darstellung der Haushaltsstrukturdaten des untersuchten Personenkreises. In *Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern*. Überschuldung

- privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des dritten Armuts- und reichumsberichts der Bundesregierung, 33-54. Berlin.
- Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine. Rede: Fortschritte der Insolvenzrechtsreform. Begrüßungsrede von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf dem Achten Deutschen Insolvenzrechtstag in Berlin.  
[http://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2011/20110407\\_Achter\\_Insolvenzrechtstag.html?nn=2687822](http://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2011/20110407_Achter_Insolvenzrechtstag.html?nn=2687822) (Stand: 25. Juli 2013).
- Loose, Brigitte L, und Reinhold Thiede. 2013. Trägt die Riester-Rente zur Vermeidung von Altersarmut bei ? In *Altern im sozialen Wandel. Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 23, Hrsg. Claudia Vogel und Andreas Motel-Klingbiel, 161-174. Dordrecht: Springer.
- Mantseris, Nicolas. 2010. *Ursachen der Überschuldung. Kompendium und Zuordnungsschema für die Beratungspraxis*. Neubrandenburg.
- McKenry, Patrick C, und Sharon J. Price, Hrsg. 2000. *Families and change: Coping with stressful events and transitions*. 2. Aufl. Thousand Oaks, Calif: Sage.
- Metzger, Georg, und Katrin Ullrich. 2013. *KfW-Gründungsmonitor 2013. Gründungsgeschehen auf dem Tiefpunkt – kein Anstieg in Sicht*. Frankfurt am Main.
- Münster, Eva, und Stephan Letzel. 2008. Überschuldung, Gesundheit und soziale Netzwerke. Expertise, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In *Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern*. Überschuldung privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des dritten Armuts- und reichumsberichts der Bundesregierung, 55-128. Berlin.
- Oestereich, Detlev. 2008. Psychische und soziale Folgen von Überschuldung für Betroffene und ihr soziales Umfeld. In *Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern*. Überschuldung privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des dritten Armuts- und reichumsberichts der Bundesregierung, 129-139. Berlin.
- Piorkowsky, Michael-Burkhard. 2011. Wandel der Alltags- und Lebensökonomie: Gefahren zunehmender Überschuldung privater Haushalte. *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*, 16-27.
- Rau, Matthias, Anika Hoffmann, und Michael Bock. 2013. Private Schulden im Spiegel der Postmoderne – eine heuristische Betrachtung. In *Schulden und ihre Bewältigung. Individuelle Belastungen und gesellschaftliche Herausforderungen*, Hrsg. Forschungscluster Gesellschaftliche Abhängigkeiten und soziale Netzwerke, 155-200. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Reifner, Udo, Michael Knobloch, und Wilfried Laatz. 2007. *iff-Überschuldungsreport 2007. Private Überschuldung in Deutschland*. Hamburg: iff institut für finanzdienstleistungen e.V.
- Reifner, Udo, Johanna Niemi, Nik Huls, und Helga Springeneer. 2010. *Overindebtedness in European consumer law. Principles from 15 European states*, Bd. 15. 1. Aufl. Norderstedt: Books on Demand.
- Ritzenfeldt, Sigrun. 1998. *Kinder mit Stiefvätern. Familienbeziehungen und Familienstruktur in Stiefvaterfamilien*. Weinheim: Juventa.
- Schmähl, Winfried. 2011. *Warum ein Abschied von der "neuen deutschen Alterssicherungspolitik" notwendig ist*, Bd. 2011,1. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik Univ. Bremen.
- SCHUFA Holding AG. 2005. *SCHUFA Schuldenkompass 2005. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland*. Wiesbaden.
- SCHUFA Holding AG. 2013. *SCHUFA Kredit-Kompass 2013. Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland*. Wiesbaden.
- Schulz-Rackoll, Rolf, Udo Reifner, und Roland Keich. 1994. *Schuldenreport 1993. Die Verschuldung der privaten Haushalte in Deutschland*. Neuwied: Luchterhand.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 2011. Dem Familienland Deutschland näher kommen.  
[http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag\\_2011/21792/20111205\\_beschluss\\_familienland\\_deutschland.html](http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/21792/20111205_beschluss_familienland_deutschland.html) (Stand: 6. August 2013).
- Statistisches Bundesamt. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus*. Fachserie 1 Reihe 3. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2008a. *Wirtschaftsrechnungen. Laufende Wirtschaftsrechnungen. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte*. Fachserie 15 Heft 6

- [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingung/EinkommenVerbrauch/Einkommensverteilung2152606089004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingung/EinkommenVerbrauch/Einkommensverteilung2152606089004.pdf?__blob=publicationFile). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2008b. *Familienland Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 22. Juli 2008 in Berlin*. Berlin.
- Statistisches Bundesamt. 2009a. *Wirtschaftsrechnungen. Laufende Wirtschaftsrechnungen. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte*. Fachserie 15 Reihe 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2009b. *Statistik zur Überschuldung privater Personen 2008*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2010. *Wirtschaftsrechnungen. Laufende Wirtschaftsrechnungen. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte*. Fachserie 15 Reihe 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2011. *Wirtschaftsrechnungen. Laufende Wirtschaftsrechnungen. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte*. Fachserie 15 Reihe 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2012. *Alter im Wandel. Ältere Menschen in Deutschland und der EU*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2013a. Tabelle 52411-0009. Insolvenzverfahren (Übrige Schuldner): Deutschland, Jahre, Beantragte Verfahren, Schuldnerarten. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectio-nname=52411-0009> (Stand: 10. Juli 2013).
- Statistisches Bundesamt. 2013b. Tabelle 52411-0010. Insolvenzverfahren (Übrige Schuldner): Deutschland, Monate, Beantragte Verfahren, Schuldnerarten. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectio-nname=52411-0010> (Stand: 10. Juli 2013).
- Statistisches Bundesamt. 2013c. *Statistik zur Überschuldung privater Personen 2011*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2013d. *Statistik zur Überschuldung privater Personen 2012*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2013e. *Atypische Beschäftigung. Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen*. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Arbeitskraefteerhebung/Tabellen/AtypischeBeschaeftigungZeit.html> (Stand: 9. Juli 2013).
- Statistisches Bundesamt. 2013f. *2012: Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2013g. *Veröffentlichungskalender 2013/2014 des Statistischen Bundesamtes für wichtige Wirtschaftsindikatoren*. Wiesbaden.
- Vogel, Claudia, und Andreas Motel-Klingbiel. 2013. Die Rückkehr der Altersarmut? In *Altern im sozialen Wandel. Alter(n) und Gesellschaft*, Bd. 23, Hrsg. Claudia Vogel und Andreas Motel-Klingbiel, 13-23. Dordrecht: Springer.
- Wieland, Sigune. *Der (Mehr-)wert der Zwei-Elternteil-Familie. Ein figurationssoziologischer Vergleich von Zwei-Elternteil-Familien und Alleinerziehenden*. Dissertation. Trier: Vs Verlag Für Sozialwissenschaften.
- Wingerter, Christian. 2009. Der Wandel der Erwerbsformen und seine Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger. *Wirtschaft und Statistik 11/2009*, 1080-1098.
- Zier, Ulrike, Carsten Homann, Stephan Letzel, und Eva Münster. 2013. Fehlinformationen zu Zuzahlungen bei Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen am Beispiel der Zahnvorsorge – Aspekte der Bewältigung ungleicher Gesundheitschancen bei Armut und Schulden. In *Schulden und ihre Bewältigung. Individuelle Belastungen und gesellschaftliche Herausforderungen*, Hrsg. Forschungscluster Gesellschaftliche Abhängigkeiten und soziale Netzwerke, 225-238. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

### 12.3 Beschreibung der Beratungsstellen

#### **Arbeiterwohlfahrt Kreisverband München-Stadt e.V und DGB Kreisverband München (AWO/DGB), Schuldner- und Insolvenzberatung, Jugendschuldnerberatung im Gewerkschaftshaus München**

Die Beratungsstelle wurde 1989 im Trägerverbund von AWO und DGB gegründet. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle wird überwiegend finanziert aus kommunalen Mitteln der Landeshauptstadt München, über Fallpauschalen für Insolvenzberatung durch den Freistaat Bayern und über Eigenmittel der Träger. Seit 1998 ist die Einrichtung als geeignete Stelle nach § 305 InsO anerkannt. Das Beratungsangebot richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger Münchens.

Im Zuge des sich ändernden Bedarfs kam es zu einer Erweiterung und Spezifizierung der Beratungsangebote als Antwort auf aktuelle sozialpolitische Herausforderungen. Seit 2006 bildet die Beratung junger Menschen einen Schwerpunkt. Dieser Aufgabe stellte sich die Einrichtung als Reaktion auf die Zunahme junger Überschuldeter. Bereits 2004 wurde dafür das Präventionsprojekt „cashless München“ in einem Trägerverbund von AWO, DGB und Kreisjugendring München, gegründet. Es ist eine Einrichtung, gefördert von der Stadt München, die in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen Schuldenpräventionsarbeit leistet. Aus den Erfahrungen dieses Präventionsprojektes wurde das Angebot der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle 2006 um den Schwerpunkt Jugendschuldnerberatung erweitert. Dieses Angebot wendet sich speziell an junge Menschen unter 26 Jahre. Neben der klassischen Schuldnerberatung ist die Förderung von Finanzkompetenz ein bedeutender Teil des pädagogischen Konzeptes. Als weiterer Schwerpunkt wird ab 2014 die Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund hinzukommen. Damit wird auf den zunehmenden Beratungsbedarf dieser Menschen reagiert.

In der Beratungsstelle sind fünf Beraterinnen und zwei Verwaltungskräfte tätig. Den Beraterinnen stehen zwei Fachanwälte auf Honorarbasis bei Bedarf zur Verfügung. Neben klientenbezogener Beratungsarbeit ist Öffentlichkeitsarbeit sowie Engagement in sozialpolitischen Fachgremien, sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene, Teil der Arbeit der Schuldner- und Insolvenzberatung, Jugendschuldnerberatung im Gewerkschaftshaus München.

#### **Diakonie – Hilfswerk Hamburg**

Im November 1998 nahm die Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes Hamburg ihre Beratungstätigkeit in Hamburg-Altona auf. Ermöglicht wurde die Einrichtung der Beratungsstelle durch die persönliche und finanzielle Unterstützung von Herrn Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma. Im Jahr 2005 wurde zusätzlich die Beratungsstelle in Hamburg-Barmbek eröffnet, 2006 kam die Stelle in Hamburg-Billstedt dazu. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sind nach dem Hamburger Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung als geeignete Stellen anerkannt. Mittlerweile werden die Beratungsstellen in erheblichem Umfang von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration finanziert, jedoch fördert Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma die Schuldnerberatung weiterhin maßgeblich. Im Jahr 2011 wurden circa 1.400 überschuldete Menschen durch ein Beratungsteam von 15 Mitarbeiter/-innen beraten. Zusätzlich wurden rund 1.600 Notfallberatungen durchgeführt. Seit 2005 vermittelt neben der direkten Beratungstätigkeit das durch Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma finanzierte Projekt „SOS-SchülerOhneSchulden“ finanzielle Allgemeinbildung an Hamburger Schulen. Eine Mitarbeiterin führt Unterrichts-

einheiten in Schulen durch, die Themen rund um Geld, Konsum und Verschuldung behandeln.

### **IHV – Insolvenzhilfe e. V.**

Die IHV – Insolvenzhilfe e. V. wurde im Jahr 1998 in Wilhelmshaven gegründet. Im selben Jahr nahm die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle ihren Betrieb auf. Als Mitglied des Paritätischen Niedersachsen e. V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V. legt die IHV e. V. höchsten Wert auf eine qualifizierte Beratung durch geschultes Personal. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle ist vom Land Niedersachsen als geeignete Stellen nach der Insolvenzordnung anerkannt. Pro Jahr werden in der Einrichtung rund 400 Neufälle bearbeitet. Mit über 2.500 bereits gestellten Insolvenzanträgen greifen die Berater auf ein hohes Maß an Erfahrung zurück. Mit diversen Präventionsprojekten, zum Beispiel zum Thema Handyschulden, gehen die Berater der Insolvenzhilfe an Schulen, in Ausbildungsbetriebe und außerschulische Lernorte, um über das Thema Schulden zu informieren und zu diskutieren. In Wilhelmshaven führen die Berater zudem die Schuldner- und Insolvenzberatung in der örtlichen Justizvollzugsanstalt durch. Die gemeinnützige IHV e. V. finanziert sich zu 95 Prozent aus Mitteln des Landes Niedersachsen. Neben der Schuldner- und Insolvenzberatung stehen Baufinanzierungsberatung, Budgetberatung sowie Existenzgründungsberatung im Angebot. Weitere Informationen und Kontaktdaten sind im Internet unter [www.insolvenzhilfeverein.de](http://www.insolvenzhilfeverein.de) zu erhalten.

### **Kontakt in Krisen e. V.**

Der Verein Kontakt in Krisen e. V. wurde am 1. September 1994 in Erfurt gegründet. Im selben Jahr nahm die Schuldnerberatungsstelle ihren Betrieb auf. Seit Februar 1999 ist die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle vom Land Thüringen als geeignete Stelle nach der Insolvenzordnung anerkannt. Der Verein betreut pro Jahr rund 820 Haushalte und setzt sein professionelles Wissen ein,

- um die materielle Existenz zu sichern,
- um Klarheit in Überschuldungssituationen zu bringen,
- um maßgeschneiderte Entschuldungs- und Entlastungsstrategien zu entwickeln,
- um Schuldner eventuell zum Leben an der Pfändungsfreigrenze zu befähigen und damit
- um Schuldnern wieder mehr Ruhe und Lebensfreude zu ermöglichen.

Im Oktober 2007 eröffnete eine zweite Beratungsstelle im Family-Club im Erfurter Stadtteil „Am Drosselberg“. Zur Philosophie von Kontakt in Krisen e. V. gehört, dass in Krisen Hilfe schnell, unbürokratisch und ohne weite Wege sowie ohne lange Wartezeiten erreichbar sein soll. Zu den weiteren Angeboten des Vereins gehören:

- eine offene Sprechstunde der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle (ohne Anmeldung und Wartezeit),
- die Mietschuldnerhilfe – ein Gemeinschaftsprojekt zusammen mit der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt,
- der „Sparstrumpf“ – eine Kleiderkammer mit Möbelspende und Lebensmittelspende,
- das Integrationsprojekt für Schulverweigerer „Die 2. Chance“,
- das Jobcoaching für Langzeitarbeitslose/Existenzgründungshilfen – im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „BIWAQ“,
- die BRÜCKE, eine Erfurter Straßenzzeitung,

- ein Mehrgenerationen-Treff mit Bürgercafe,
- der Erfurter Tauschring – nach dem Prinzip „Fähigkeiten und Talente tauschen!“,
- das Projekt „openbook – die grüne Telefonzelle“, in der man Bücher tauschen und mitnehmen kann, und
- die Aktion „Sonntagskinder“ – Unternehmungen für und mit Kindern zwischen 5 und 12 Jahren im Brennpunktgebiet.

### **Schuldnerberatungsstelle/Insolvenzberatung der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südpfalz e. V.**

Im Februar 1988 führte eine Initiative des Ortsvereins der Arbeiterwohlfahrt Annweiler, Kreisverband Südliche Weinstraße, zur Gründung der Schuldnerberatungsstelle. Auf Grund der bereits damals hohen Nachfrage wurden kurze Zeit später Beratungen in der gesamten Südpfalz (Rheinland-Pfalz) angeboten. Die Südpfalz mit insgesamt rund 290.000 Einwohnern umfasst die Landkreise Germersheim und Südliche Weinstraße sowie die kreisfreie Stadt Landau. Die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung dieses Angebotes zur Wahrung der Beratungskontinuität wurde von den Vertretern der drei kommunalen Gebietskörperschaften frühzeitig erkannt und diese stellen seit 1990 die Finanzierung der Beratungsstelle sicher. Der Finanzierung sind zwischenzeitlich die beiden ansässigen Sparkassen, gemäß dem rheinland-pfälzischen Sparkassengesetz, sowie das Land Rheinland-Pfalz, gemäß Förderrichtlinien „geeigneter Stellen“ im Verbraucherinsolvenzverfahren, beigetreten. Die Schuldnerberatungsstelle/Insolvenzberatung ist heute eine Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Südpfalz e. V. Der Kreisverband ist Träger von verschiedenen Beratungsangeboten, Diensten und Einrichtungen. Weitere Informationen und Kontaktdaten: [www.awo-suedpfalz.de](http://www.awo-suedpfalz.de). Ausgehend von dem Grundwert der Solidarität richtet sich die Schuldnerberatung an Menschen, die auf Grund Verbeziehungsweise Überschuldung in wirtschaftliche Not geraten sind. Die Beratungsstelle kann kostenfrei von allen Bürgern in Anspruch genommen werden, die ihren Wohnsitz in einer der drei Kommunen haben. Der Sitz der Beratungsstelle ist in Landau, im „Haus der Arbeiterwohlfahrt“, welches sich im Eigentum des Ortsvereins der Arbeiterwohlfahrt Landau befindet. Die Beratungsarbeit erfolgt durch fünf Berater/-innen, welche von einer Verwaltungskraft in Vollzeit unterstützt werden. Die Tätigkeiten werden entsprechend der Leistungsbeschreibung der Arbeiterwohlfahrt angeboten und umgesetzt. Die Beratungen werden kontinuierlich an acht verschiedenen Orten innerhalb der drei Gebietskörperschaften zu festgelegten und der Öffentlichkeit bekannt gemachten Terminen abgehalten. Auf Grund der großen Nachfrage ist eine vorherige Terminabsprache für ein persönliches Beratungsgespräch unumgänglich. Für die Klärung dringlicher Sachfragen und Notfälle besteht die Möglichkeit, werktäglich, zu festgelegten Zeiten, die telefonische Beratung in Anspruch zu nehmen. Weiterhin werden Präventions- und Informationsveranstaltungen rund um das Thema Geld, Schulden und finanzielle Kompetenz angeboten. Die einzelnen Maßnahmen werden in Rücksprache mit dem jeweiligen Veranstalter zielgruppenspezifisch konzipiert und durchgeführt. Entsprechendes gilt für das Angebot der Schulung von Mitarbeiter/-innen und Multiplikatoren.

### **Schuldner- und Insolvenzberatung „Hansestadt Stralsund“ beim Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.**

Die Stelle wurde im September 1992 aufgebaut, nach Beendigung der Ausbildung nahmen im Mai 1993 drei Berater/-innen die Arbeit auf. Inzwischen arbeiten hier zwei Schuldner- und Insolvenzberater/-innen und eine Sachbearbeiterin. Die Anerkennung als geeignete Stelle nach § 305 liegt vor. Alle hilfebedürftigen Menschen aus der Stadt wer-

den beraten und erfahren Unterstützung in Schulden- und Insolvenzfragen. Entsprechend der Richtlinie zur Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern wird das Ziel verfolgt, eine anhaltende wirtschaftliche Selbständigkeit der Ratsuchenden wiederherzustellen oder zu festigen. Das schließt sowohl geeignete finanzielle als auch sozialpädagogische Beratung und die Ermittlung erforderlicher weiterführender Beratung und sozialer Hilfen ebenso wie Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Verbraucherinsolvenzverfahren ein. Dabei wird Wert auf Freiwilligkeit und Ergebnisoffenheit gelegt. Die Mitarbeiter/-innen sind gut vernetzt mit anderen sozialen Einrichtungen in der Hansestadt und betreuen auch Klienten in der JVA Stralsund und in einem Therapiezentrum.

#### **Verbraucherzentrale Hamburg e. V.**

Bereits seit den frühen 1980er Jahren ist die Verbraucherzentrale Hamburg in der Schuldnerberatung tätig. 1999 erhielt die Verbraucherzentrale die Anerkennung als geeignete Stelle nach dem Hamburger Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung. Heute wird die Schuldner- und Insolvenzberatung der Verbraucherzentrale im Auftrag der Stadt Hamburg durchgeführt. Ein Team von erfahrenen Juristen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie ein Sparkassenbetriebswirt berät zu Themen wie Pfändung und Pfändungsgrenzen, Zwangsvollstreckung, Konto und Kredit, Inkasso- und Verzugskosten, Mahn- und Vollstreckungsbescheid. In Vorbereitung auf das Verbraucherinsolvenzverfahren werden außergerichtliche Einigungsverhandlungen mit den Gläubigern durchgeführt und die Verbraucher bei der Antragstellung für das gerichtliche Insolvenzverfahren unterstützt. Bei niedrigem Einkommen werden die Kosten für die Beratung und Betreuung von der Stadt Hamburg übernommen. Neben der Schuldner- und Insolvenzberatung bietet die Verbraucherzentrale Informationen, Beratungen, Vorträge und Publikationen zu (fast) allen Verbraucherthemen an, wie zum Beispiel Versicherungen, Geldanlage und Altersvorsorge, Patientenrechte, Immobilienfinanzierung, Heizung und Energie, Telefon und Internet, Rundfunkgebühren, Handwerkerrechnungen, Rechte bei Kauf- und Reiseverträgen sowie Ernährung. Die Verbraucherzentrale führt Abmahnverfahren nach dem UKlaG und UWG wegen rechtswidriger Vertragsbedingungen und unlauterer Werbung von Anbietern durch. Weitere Informationen und Kontaktadressen sind unter [www.vzhh.de](http://www.vzhh.de) zu finden.

## 12.4 Tabellen

<b>Bezeichnung</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
	Datenbeschreibung	94
Übersicht	Alle Haushalte	95
1	Allein lebende Frauen	96 f.
2	Allein lebende Männer	98 f.
3	Paare ohne Kinder	100 f.
4	Paare mit minderjährigem Kind/minderjährigen Kindern	102 f.
5	Paare mit einem minderjährigen Kind	104 f.
6	Paare mit zwei minderjährigen Kindern	106 f.
7	Paare mit drei oder mehr minderjährigen Kindern	108 f.
8	Allein erziehende Eltern mit einem minderjährigen Kind	110 f.
9	Allein erziehende Eltern mit zwei minderjährigen Kindern	112 f.
10	Allein erziehende Eltern mit drei oder mehr minderjährigen Kindern	114 f.

## Datenbeschreibung<sup>153</sup>

Anders als der Hauptteil dieses Reports enthalten die Tabellen im Anhang eine Auswertung allein der nichtselbständigen Überschuldeten. Sie geben – soweit möglich – den Überschuldungsbetroffenheitsindex (3), Einkommen (4), ausgewählte Ausgaben (5 – 7), durchschnittliche Schulden nach Anzahl und Höhe bei verschiedenen Gläubigern (8 – 18), Hauptauslöser der Überschuldung nach Einschätzung der Berater (19 – 39), die berufliche Bildung der Überschuldeten (40 – 45), den Anteil der Arbeitslosen (46 – 47) und die Quote aus Jahresnettoeinkommen und Gesamtschulden (48) wieder. Sie sind nach Haushaltstypen geordnet und nach (a) Alter und (b) Haushaltseinkommen klassifiziert. Die Daten sind prozessgeneriert, das heißt, sie sind Nebenprodukte des Beratungsprozesses. Sie entstammen der von den Beratungsstellen eingesetzten Arbeitssoftware CAWIN des iff und wurden durch einen streng anonymisierten Export aus den Datenbanken der Beratungsstellen gewonnen. Die Anzahl der ausgewerteten Fälle variiert je nach Nachweis, weil nur solche Felder ausgewertet wurden, die durch die Beraterinnen und Berater in den Beratungsstellen ausgefüllt worden sind. Der *Betroffenheitsindex* ist der Quotient des Anteils der Überschuldeten an der gesamten Gruppe der Überschuldeten und des entsprechenden Anteils an der Bevölkerung insgesamt.<sup>154</sup> In den Zeilen zu den *Einkommen* und den *Ausgaben* wurden Vergleiche mit der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) des Jahres 2008 durchgeführt, soweit hier Daten verfügbar waren. Die EVS-Daten sind kursiv dargestellt. Die Zeilen mit den Angaben zur *Schuldenshöhe* und *Schuldenanzahl* wurden gefiltert, um nur diejenigen Haushalte zu berücksichtigen, bei denen sicher davon ausgegangen werden konnte, dass vorhandene Schulden dokumentiert waren. Die Auswahl zu den *Hauptauslösern der Überschuldung* ist in der verwendeten Beratungssoftware CAWIN des iff vorgegeben, so dass hier keine offenen Antworten gegeben werden können. Viele der Begriffe lassen verschiedene Interpretationen zu und es ist nicht sicherzustellen, dass die einzelnen Berater die Begriffe einheitlich verwenden. Der Anteil der *Arbeitslosen* errechnet sich als Quotient aus der Anzahl der Haushalte, bei denen die Berater das Merkmal „arbeitslos“ angegeben haben, und der Anzahl aller Haushalte, bei denen durch die Berater Angaben zur Berufstätigkeit und Nichtberufstätigkeit gemacht wurden. Es wird an dieser Stelle nicht zwischen der Einkommensart (ALG I oder II) unterschieden. Die *Quote aus Jahresnettoeinkommen und Schuldenshöhe* wurde als Quotient aus der errechneten durchschnittlichen Gesamtschuldenshöhe (18) und dem 12-fachen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (4) errechnet.

### Zeichenerklärung

- /                   Keine Angaben, da Zahlenwert nicht vorhanden oder nicht sicher genug.
- ()                   Aussagekraft eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.

<sup>153</sup> Zahlen in Klammern bezeichnen die laufende Nummer in der jeweiligen Tabelle.

<sup>154</sup> Beispiel: Von den 10.360 nichtselbständigen Überschuldeten in der Stichprobe waren 5.544 allein lebend. Dies entspricht einem Anteil von 53,51 Prozent. In der Bevölkerung insgesamt liegt der Anteil der allein Lebenden dagegen bei 40,2 Prozent. Der Betroffenheitsindex ist der Quotient der beiden Werte und somit 1,33. Allein Lebende sind bei den Überschuldeten somit um den Faktor 1,33 im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt überrepräsentiert. Ab Tabelle 1 gibt der Index die Betroffenheit allein innerhalb des jeweils dargestellten Haushaltstyps an, dort jeweils für die dargestellte Alters- beziehungsweise Einkommensklasse.

**Übersicht** **Überschuldete 2008 bis 2012** **Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Haushaltsformen**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Darunter nach dem Haushaltstyp													
		Allein Lebende		Frauen		Männer		Paare ohne Kinder		Paare mit Kindern		Allein Erziehende		Davon nach Geschlecht	
		Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Mütter	Väter
10.360	Insgesamt	10.360	5.544	1.983	3.561	1.105	1.906	1.805	1.613	1.805	1.613	1.805	1.613	1.805	1.613
1.117	EVS	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.350	1.924
423	Quote	423	38,34 %	41,39 %	38,34 %	41,39 %	38,34 %	41,39 %	38,34 %	41,39 %	38,34 %	41,39 %	41,39 %	41,39 %	41,39 %
14	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
14	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
14	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
14	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
14	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	263	263	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	1.924
11	2.914	2.914	53,51 %	19,14 %	34,37 %	10,67 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %	17,42 %	18,40 %
11	53,51 %	53,51 %	1,33	0,89	1,83	0,37	0,81	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73	2,64	2,73
11	1,33	1,33	82	10	73	8	96	24	179	26	209	13	73	13	71
11	82	82	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114
11	10	10	106	88	10	139	15	272	13	545	13	125	13	114	8
11	106	106	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %	4,37 %
11	4,37 %	4,37 %	1.117	2.914	820	1.697	767	1.897	1.282	3.387	1.767	4.191	1.339	1.943	



1. b **Überschuldete allein lebende Frauen 2008 bis 2012**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Insgesamt	Deut nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										Anzahl	Höhe	Anteil	Rang												
			unter 900	900 bis unter 1.300	1.300 bis unter 1.500	1.500 bis unter 2.000	2.000 bis unter 2.600	2.600 bis unter 3.600	3.600 bis unter 5.000	5.000 bis unter 18.000																		
<p><b>Einkommen und ausgewählte Ausgaben</b></p> <p>1 Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben.....</p> <p>2 Anteil an allen überschuldeten Haushalten.....</p> <p>3 Betroffenheitsindex.....</p> <p>4 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen.....</p> <p>5 Wohnen, Energie, Wohnungsstandhaltung.....</p> <p>6 Versicherungsprämien und -beiträge.....</p> <p>7 Tilgung und Verzinsung von Krediten.....</p> <p>8 Haushalte mit Angaben zu Schulden.....</p>																												
<p><b>Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern</b></p> <p>9 Banken.....</p> <p>10 Versicherungen.....</p> <p>11 Versandhandel.....</p> <p>12 Vermieter und Versorgungsunternehmen.....</p> <p>13 Telekommunikationsunternehmen.....</p> <p>14 Sonstige gewerbliche Gläubiger.....</p> <p>15 Öffentliche Gläubiger.....</p> <p>16 Öffentlich-rechtliche und sonstige private Gläubiger.....</p> <p>17 Gerichte, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte.....</p> <p>18 Summe.....</p>																												
<p><b>Hauptursache der Überschuldung</b></p> <p>nach Einschätzung der Berater</p> <p>19 Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache.....</p> <p>20 Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit.....</p> <p>21 Scheidung, Trennung.....</p> <p>22 Krankheit.....</p> <p>23 Tod des Partners.....</p> <p>24 Unfall.....</p> <p>25 Summe kritischer Ereignisse.....</p> <p>Vermeidbares Verhalten</p> <p>26 Konsumverhalten.....</p> <p>27 Unwirtschaftliche Haushaltsführung.....</p> <p>28 Straffälligkeit.....</p> <p>29 Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen.....</p> <p>30 Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen.....</p> <p>31 Summe vermeidbaren Verhaltens.....</p> <p>Andere Ursachen</p> <p>32 Einkommensarmut.....</p> <p>33 Sucht.....</p> <p>34 Geschlechte Immobilienfinanzierung.....</p> <p>35 Zahlungspflicht aus Bürgschaft und/oder Mithaftung.....</p> <p>36 Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung.....</p> <p>37 Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes.....</p> <p>38 Sonstiges.....</p> <p>39 Summe anderer Ursachen.....</p> <p>40 Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung.....</p> <p>41 In Ausbildung.....</p> <p>42 Ohne abgeschlossene Berufsausbildung.....</p> <p>43 Abgeschlossene Lehre.....</p> <p>44 Abgeschlossenes Studium.....</p> <p>45 Sonstiges.....</p> <p>46 Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit.....</p> <p>47 Anteil Arbeitslose.....</p> <p>48 Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen.....</p>																												







**3. b** **Überschuldete Paare ohne Kinder, 2008 bis 2012**  
**Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach monatlichem Haushaltseinkommen**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Insgesamt	Deut nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										Anzahl	Höhe	Anteil		
			unter 900	900 bis unter 1.300	1.300 bis unter 1.500	1.500 bis unter 2.000	2.000 bis unter 2.600	2.600 bis unter 3.600	3.600 bis unter 5.000	5.000 bis unter 18.000							
1-3	<b>Einkommen und ausgewählte Ausgaben</b>	1.105	241	397	144	216	78	25	3	1							
1	Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben		21,81 %	35,93 %	13,03 %	19,55 %	7,06 %	2,26 %	0,27 %	0,09 %							
2	Anteil an allen überschuldeten Haushalten		39,70	12,62	5,33	2,05	0,43	0,09	0,01								
3	Berufshilfsindex																
4-7	<b>Monatliches Haushaltsnettoeinkommen</b>		539	176	1.106	1.395	1.408	1.731	1.766	2.235	2.296	2.991	3.048	4.200	4.200	4.200	7.119
5	Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung		319	624	472	539	544	573	615	552	716	758	816	954	954	954	1.127
6	Versicherungsprämien und -beiträge		8	(125)	14	40	65	42	79	47	70	85	144	234	234	234	426
7	Tilgung und Verzinsung von Krediten		5	/	9	21	8	26	49	21	76	147	189	376	376	376	872
8	<b>Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern</b>																
8	Haushalte mit Angaben zu Schulden		241	397	144	216	78	25	3	1							
9-18	<b>je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)</b>		Anzahl	Höhe	Anteil	Anzahl	Höhe	Anteil	Anzahl	Höhe	Anteil	Anzahl	Höhe	Anteil	Anzahl	Höhe	Anteil
9	Banken		1,62	22.222	61,02 %	1,37	16.966	1,96	20,129	2,21	28.620	2,68	43.829	/	/	/	/
10	Versicherungen		0,68	1.042	2,86 %	0,67	1.017	0,91	1.759	0,59	399	0,30	1.947	/	/	/	/
11	Versandhandel		0,65	605	1,66 %	0,76	728	0,72	644	0,49	566	0,32	340	/	/	/	/
12	Vermieter und Versorgungsunternehmen		1,05	1.133	3,11 %	1,13	1.245	1,43	1.685	1,03	614	0,76	586	/	/	/	/
13	Telekommunikationsunternehmen		1,35	968	2,63 %	1,07	1.357	1,13	1.245	0,80	731	0,52	326	/	/	/	/
14	Sonstige gewerbliche Gläubiger		2,30	2.805	7,70 %	2,48	1.839	2,26	1.978	1,79	2.657	2,12	5.100	1,24	21.619	5,05 %	
15	Öffentlich-rechtliche Gläubiger		1,56	2.291	6,29 %	1,51	1.861	1,81	2.059	1,35	1.901	1,65	3.205	0,48	994	0,28 %	
16	Unterhaltsberechtigten und sonstige private Gläubiger		0,31	1.018	2,80 %	0,25	800	0,40	1.528	0,34	1.394	0,82	877	0,36	877	0,25 %	
17	Geldscheite, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte		1,61	4.343	11,93 %	1,68	5.042	1,64	3.963	1,39	4.694	1,86	5.303	0,92	3.559	0,99 %	
18	Summe		11,12	36.417	100,00 %	11,22	30.572	12,17	43.302	9,74	33.085	12,13	47.200	7,04	71.852	19,78 %	
19	<b>Hauptursache der Überschuldung</b>																
19	Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache		227	386	139	212	nach Rangplatz und Anteil										
20	Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit		1	34,36 %	1	47,41 %	1	35,97 %	1	34,91 %	1	36,84 %	6	8,00 %	1	2,00 %	1
21	Scheidung, Trennung		4	10,13 %	3	7,77 %	4	6,47 %	3	11,32 %	2	15,79 %	2	5,00 %	1	2,00 %	1
22	Krankheit		3	11,45 %	2	12,69 %	2	16,55 %	2	13,68 %	5	7,89 %	10	25,00 %	10	25,00 %	10
23	Tod des Partners		14	0,44 %	14	0,26 %	13	0,00 %	13	0,94 %	10	1,32 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
24	Unfall		14	0,44 %	15	0,00 %	13	0,00 %	15	0,00 %	15	0,00 %	10	1,32 %	10	0,00 %	10
25	Summe kritischer Ereignisse		56,63 %	68,13 %	56,95 %	68,13 %	56,95 %	68,13 %	60,85 %	60,85 %	63,16 %	63,16 %	25,00 %	25,00 %	25,00 %	25,00 %	25,00 %
26	Konsumverhalten		3	12,78 %	3	7,77 %	3	11,51 %	4	8,96 %	3	10,53 %	2	16,00 %	2	16,00 %	2
27	Unwirtschaftliche Haushaltsführung		7	4,41 %	5	4,66 %	5	5,76 %	8	3,30 %	4	9,21 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
28	Straffälligkeit		12	1,32 %	12	0,52 %	12	0,72 %	15	0,00 %	14	1,32 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
29	Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen		14	0,44 %	15	0,00 %	13	0,00 %	15	0,00 %	14	0,00 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
30	Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen		11	1,76 %	15	0,00 %	13	0,00 %	9	2,83 %	14	0,00 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
31	Summe vermeidbaren Verhaltens		20,70 %	12,95 %	17,95 %	15,09 %	15,09 %	15,09 %	15,09 %	21,05 %	21,05 %	16,00 %	16,00 %	16,00 %	16,00 %	16,00 %	16,00 %
32	Andere Ursachen		6	4,85 %	10	1,81 %	13	0,00 %	13	0,94 %	14	0,00 %	7	4,00 %	7	4,00 %	7
33	Einkommensarmut		10	2,64 %	7	4,15 %	10	1,44 %	9	2,83 %	10	1,32 %	2	16,00 %	2	16,00 %	2
34	Sucht		9	3,27 %	7	3,89 %	6	5,04 %	7	3,77 %	7	3,95 %	5	12,00 %	5	12,00 %	5
35	Geschlehte Immobilienfinanzierung		6	4,58 %	6	4,40 %	6	5,04 %	9	2,83 %	7	2,63 %	7	4,00 %	7	4,00 %	7
36	Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung		10	2,81 %	13	0,88 %	11	1,55 %	5	5,19 %	7	3,95 %	7	4,00 %	7	4,00 %	7
37	Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung		17	0,00 %	12	0,52 %	10	1,44 %	12	1,42 %	14	0,00 %	10	0,00 %	10	0,00 %	10
38	Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes		7	4,02 %	9	2,33 %	6	5,04 %	6	4,72 %	6	3,95 %	2	16,00 %	2	16,00 %	2
39	Sonstiges		7	22,47 %	18,91 %	23,02 %	23,02 %	23,02 %	24,06 %	24,06 %	15,79 %	15,79 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %
39	Summe anderer Ursachen		22,08 %	18,91 %	23,02 %	23,02 %	23,02 %	24,06 %	24,06 %	15,79 %	15,79 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %	56,00 %
40	<b>Berufsausbildung</b>																
40	Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung		225	387	143	214	nach Anteil										
41	In Ausbildung		2,67 %	0,00 %	0,00 %	0,47 %	1,35 %	0,00 %	0,47 %	1,35 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
42	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung		40,24 %	45,74 %	41,26 %	29,91 %	32,43 %	20,83 %	32,43 %	13,32 %	20,83 %	20,83 %	20,83 %	20,83 %	20,83 %	20,83 %	20,83 %
43	Abgeschlossene Lehre		50,22 %	52,71 %	55,24 %	67,76 %	58,46 %	66,67 %	67,76 %	58,46 %	66,67 %	66,67 %	66,67 %	66,67 %	66,67 %	66,67 %	66,67 %
44	Abgeschlossenes Studium		2,43 %	1,33 %	2,80 %	0,93 %	6,78 %	12,50 %	0,93 %	6,78 %	12,50 %	12,50 %	12,50 %	12,50 %	12,50 %	12,50 %	12,50 %
45	Sonstiges		0,44 %	0,00 %	0,70 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
46	<b>Arbeitslosigkeit</b>																
46	Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit		205	367	134	201	nach Anteil										
47	Anteil Arbeitslose		46,63 %	57,49 %	29,10 %	16,92 %	12,33 %	8,00 %	16,92 %	12,33 %	8,00 %	8,00 %	8,00 %	8,00 %	8,00 %	8,00 %	8,00 %
48	Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen		4,65	2,30	2,59	1,59	1,76	2,00	1,59	1,76	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00

**Überschuldete Paare mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern 2008 bis 2012**  
**Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Alter**

Davon nach dem Alter der überschuldeten Person von ... bis unter ... Jahren

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Alter											
		unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter				
Insgesamt		1.729	161	633	630	259	41	3	3	41	2		
Einkommen und ausgewählte Ausgaben		je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Verbraucherstichprobe 2008 im Vergleich)											
1 Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben		0	161	633	630	259	41	3	3	41	2		
2 Anteil an allen überschuldeten Haushalten		0,00 %	9,31 %	36,61 %	36,44 %	14,98 %	2,37 %	0,17 %	0,17 %	2,37 %	0,12 %		
3 Betroffenheitsindex		/	/	2,28	0,66	0,60	/	/	/	/	/		
4 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen		EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS		
5 Wohnen, Energie, Wohnungsstandhaltung		4.191	1.373 (1.963)	1.728	3.304	1.887	4.473	1.887	4.980	1.529	3.650	/	/
6 Versicherungsprämien und -beiträge		609	482 (822)	598	769	678	997	678	997	560	903	/	/
7 Tilgung und Verzinsung von Krediten		26	17 (64)	28	224	29	229	9	192	9	192	/	/
8 Haushalte mit Angaben zu Schulden		13	13	8	356	17	603	17	615	2	313	/	/
9 Banken		1,58	0,99	1,34	1,84	1,77	2,24	1,77	2,24	1,52	2,24	/	/
10 Versicherungen		0,92	0,64	0,93	1,01	0,95	1,101	0,95	1,101	0,68	1,101	/	/
11 Versandhandel		0,90	1,65	1,08	0,74	0,74	0,74	0,74	0,74	0,34	0,74	/	/
12 Vermieter und Versorgungsunternehmen		1,39	2,22	1,57	1,569	1,05	1,389	1,05	1,291	0,46	1,389	/	/
13 Telekommunikationsunternehmen		2,00	3,29	2,56	1,966	1,11	2,699	1,11	2,699	1,12	2,699	/	/
14 Sonstige gewerbliche Gläubiger		3,30	5,96	4,01	2,699	2,16	2,699	2,16	2,699	1,12	2,699	/	/
15 Öffentlich-rechtliche Gläubiger		2,21	2,28	2,375	2,46	2,06	5,538	2,11	2,983	1,10	2,784	/	/
16 Unternehmensgläubiger und sonstige private Gläubiger		0,36	0,38	0,36	0,37	0,32	1,244	0,32	1,130	0,15	1,35	/	/
17 Gleiches, Inkassounternehmen, Rechtsanwältin		2,06	2,25	2,45	3,330	1,46	4,822	1,46	4,822	1,17	3,946	/	/
18 Summe		14,72	19,65	13,768	16,77	11,47	33,041	11,47	33,041	8,39	33,607	/	/
Hauptursache der Überschuldung		je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)											
19 Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache		0	151	608	602	244	40	3	3	40	2		
20 Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit		Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang
21 Scheidung, Trennung		1	49,67 %	1	41,28 %	1	37,87 %	1	38,93 %	1	46,00 %	1	46,00 %
22 Krankheit		3	8,85 %	3	8,55 %	3	9,80 %	3	11,48 %	2	15,00 %	2	15,00 %
23 Tod des Partners		6	7,13 %	7	1,32 %	4	6,48 %	4	7,79 %	4	10,00 %	4	10,00 %
24 Unfall		16	10,60 %	13	8,63 %	17	2,81 %	15	6,16 %	14	0,41 %	11	0,00 %
25 Summe kritischer Ereignisse		15	10,00 %	15	9,33 %	15	2,46 %	15	6,16 %	14	0,41 %	11	0,00 %
Vermeidbares Verhalten		54,73 %	51,66 %	52,80 %	54,82 %	59,02 %	70,00 %	70,00 %	70,00 %	70,00 %	70,00 %	70,00 %	70,00 %
26 Konsumverhalten		2	1,33 %	2	1,33 %	2	1,33 %	2	1,33 %	4	7,50 %	4	7,50 %
27 Unwirtschaftliche Haushaltsführung		5	3,33 %	5	3,33 %	5	3,33 %	5	3,33 %	5	5,00 %	5	5,00 %
28 Straffälligkeit		13	8,63 %	13	8,63 %	14	0,83 %	14	0,83 %	11	0,00 %	11	0,00 %
29 Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen		16	10,60 %	15	9,33 %	17	2,81 %	14	0,41 %	11	0,00 %	11	0,00 %
30 Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen		14	9,33 %	14	9,33 %	13	1,00 %	12	0,82 %	7	2,50 %	7	2,50 %
31 Summe vermeidbaren Verhaltens		22,48 %	23,68 %	23,68 %	20,93 %	19,67 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %
Andere Ursachen													
32 Einkommensarmut		11	7,27 %	9	5,97 %	12	1,83 %	11	1,23 %	11	0,00 %	11	0,00 %
33 Sucht		9	5,97 %	6	4,44 %	10	2,82 %	12	0,82 %	11	0,00 %	11	0,00 %
34 Geschlechte Immobilienfinanzierung		8	5,21 %	5	3,33 %	5	0,83 %	5	0,83 %	5	5,00 %	5	5,00 %
35 Zahlungspflicht aus Bürgschaft und/oder Mithaftung		9	5,97 %	10	6,67 %	8	1,23 %	9	2,46 %	11	0,00 %	11	0,00 %
36 Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung		11	7,27 %	11	7,27 %	11	1,83 %	10	2,05 %	7	2,50 %	7	2,50 %
37 Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes		4	2,63 %	3	2,00 %	4	0,83 %	6	1,10 %	7	2,50 %	7	2,50 %
38 Sonstiges		7	4,63 %	7	4,63 %	9	1,33 %	6	1,10 %	7	2,50 %	7	2,50 %
39 Summe anderer Ursachen		22,79 %	17,22 %	23,52 %	24,25 %	21,31 %	15,00 %	24,25 %	21,31 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %	15,00 %
40 Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung		1.677	155	611	613	253	40	3	3	40	2		
41 In Ausbildung		/	1,94 %	0,65 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	/	/
42 Ohne abgeschlossene Berufsausbildung		/	70,32 %	53,52 %	46,98 %	49,80 %	57,50 %	40,00 %	40,00 %	57,50 %	40,00 %	/	/
43 Abgeschlossene Lehre		/	26,45 %	45,01 %	51,22 %	47,04 %	40,00 %	40,00 %	40,00 %	40,00 %	40,00 %	/	/
44 Abgeschlossenes Studium		/	0,00 %	0,82 %	0,98 %	3,16 %	2,50 %	3,16 %	2,50 %	2,50 %	2,50 %	/	/
45 Sonstiges		/	1,29 %	0,00 %	0,82 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	/	/
46 Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit		1.568	144	581	570	230	38	3	3	38	2		
47 Anteil Arbeitslose		/	54,86 %	44,92 %	44,21 %	46,96 %	60,53 %	46,96 %	46,96 %	60,53 %	46,96 %	/	/
48 Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen		/	0,84	1,11	1,83	1,62	1,83	1,62	1,83	1,83	1,83	/	/

**4. b Überschuldete Paare mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern 2008 bis 2012**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Deut nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro																	
		unter 900	900 bis unter 1.300	1.300 bis unter 1.500	1.500 bis unter 2.000	2.000 bis unter 2.600	2.600 bis unter 3.600	3.600 bis unter 5.000	5.000 bis unter 18.000										
		Anzahl	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang
<b>Insgesamt</b>		1.729																	
Einkommen und ausgewählte Ausgaben				Quote															
1	Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben	1.785	4.191	42,59 %															
2	Anteil an allen überschuldeten Haushalten	609	923	66,01 %															
3	Berufsindeks	26	209	12,26 %															
4	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	13	545	2,37 %															
Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern																			
8	Haushalte mit Angaben zu Schulden	1.729																	
9	Banken	1,58	15.868	50,05 %															
10	Versicherungen	0,92	875	2,76 %															
11	Versandhandel	0,80	723	2,28 %															
12	Vermieter und Versorgungsunternehmen	1,39	1.403	4,42 %															
13	Telekommunikationsunternehmen	2,00	1.434	4,52 %															
14	Sonstige gewerbliche Gläubiger	3,30	2.790	8,80 %															
15	Öffentlich-rechtliche Gläubiger	2,21	3.714	11,71 %															
16	Unterhaltsberechtigten und sonstige private Gläubiger	0,36	895	2,82 %															
17	Geldsche, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte	2,06	4.005	12,63 %															
18	Summe	14,72	31.705	100,00 %															
<b>Hauptursache der Überschuldung</b>																			
19	Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache	1.650																	
nach Einschätzung der Berater																			
<b>Kritische Ereignisse</b>																			
20	Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	1	40,48 %																
21	Scheidung, Trennung	3	8,85 %																
22	Krankheit	6	4,91 %																
23	Tod des Partners	15	0,18 %																
24	Unfall	15	0,30 %																
25	Summe kritischer Ereignisse	54,73 %																	
<b>Vermiedbares Verhalten</b>																			
26	Konsumverhalten	2	15,39 %																
27	Unwirtschaftliche Haushaltsführung	5	5,09 %																
28	Straffälligkeit	13	0,97 %																
29	Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen	16	0,18 %																
30	Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen	14	0,85 %																
31	Summe vermeidbaren Verhaltens	22,48 %																	
<b>Andere Ursachen</b>																			
32	Einkommensarmut	11	1,76 %																
33	Sucht	9	2,85 %																
34	Gescheiterte Immobilienfinanzierung	8	3,15 %																
35	Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung	9	2,85 %																
36	Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung	11	1,76 %																
37	Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	4	5,94 %																
38	Sonstiges	11	3,70 %																
39	Summe anderer Ursachen	18,72 %																	
40	Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung	1.677																	
41	In Ausbildung	152	1,97 %	0,42 %															
42	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	57,89 %		52,24 %															
43	Abgeschlossene Lehre	39,47 %		45,74 %															
44	Abgeschlossenes Studium	1,03 %		1,19 %															
45	Sonstiges	0,66 %		0,42 %															
46	Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit	1.568																	
47	Anteil Arbeitslose	54,29 %		46,11 %															
48	Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen	5,35		1,48															

5. a Überschuldete Paare mit einem minderjährigen Kind 2008 bis 2012

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Alter												
		Davon nach dem Alter der überschuldeten Person von ... bis unter ... Jahren												
		unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter					
		Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe			
<b>Einkommen und ausgewählte Ausgaben</b>		je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Bevölkerung nach Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 im Vergleich)												
1 Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben		0	103	266	232	134	28	1	2					
2 Anteil an allen überschuldeten Haushalten		/	13,45 %	34,73 %	30,29 %	17,49 %	3,66 %	0,13 %	0,26 %					
3 Betroffenheitsindex		/	/	1,47	0,65	0,73	/	/	/					
4 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen		EVS	3.762	41,80 %	3.762	41,80 %	3.762	41,80 %	3.762					
5 Wohnen, Energie, Wohnungsstandhaltung		556	829	67,12 %	829	67,12 %	829	67,12 %	829					
6 Versicherungsprämien und -beiträge		25	196	12,82 %	196	12,82 %	196	12,82 %	196					
7 Tilgung und Verzinsung von Krediten		11	448	2,56 %	448	2,56 %	448	2,56 %	448					
<b>Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern</b>		je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)												
8 Haushalte mit Angaben zu Schulden		0	103	266	232	134	28	1	2					
9 Banken		1,50	14,214	48,78 %	1,05	2,982	1,43	9,917	1,61	19,455	2,14	23,178		
10 Versicherungen		0,91	1,105	3,79 %	0,64	349	0,86	663	1,00	1,527	1,13	2,032		
11 Versandhandel		0,85	798	2,74 %	1,57	759	0,87	669	0,75	965	0,56	671		
12 Vermieter und Versorgungsunternehmen		1,36	1,267	4,35 %	2,30	1,044	1,50	1,444	1,245	1,10	1,267	0,36	671	
13 Telekommunikationsunternehmen		1,94	1,411	4,84 %	3,16	2,353	2,21	1,732	1,56	1,028	1,30	929	1,18	
14 Sonstige gewerbliche Gläubiger		3,31	2,393	8,21 %	6,05	1,556	3,59	2,575	2,40	2,108	2,61	2,470	1,00	956
15 Öffentlich-rechtliche Gläubiger		2,20	3,471	11,91 %	2,01	2,322	2,43	2,842	2,16	5,018	2,25	3,303	0,79	1,753
16 Unternehmenskreditgeber und sonstige private Gläubiger		0,37	837	2,67 %	0,30	307	0,40	815	0,43	1,300	0,31	623	0,11	183
17 Gerichte, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte		1,91	3,645	12,51 %	2,09	1,801	1,96	2,306	2,09	4,272	1,56	6,115	1,00	4,780
18 Summe		14,34	29,141	100,00 %	19,17	13,474	15,25	22,965	13,06	37,217	12,49	35,559	7,46	33,320
<b>Hauptursache der Überschuldung</b>		nach Einschätzung der Berater												
19 Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache		0	98	255	221	125	27	1	2					
20 Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit		1	42,80 %	1	40,78 %	1	40,72 %	1	45,60 %	1	48,15 %	1	48,15 %	
21 Scheidung, Trennung		3	9,88 %	7	1,02 %	3	10,59 %	3	12,80 %	2	11,11 %	2	11,11 %	
22 Krankheit		4	4,94 %	12	0,00 %	7	4,31 %	5	4,98 %	4	8,80 %	3	7,41 %	
23 Tod des Partners		16	0,14 %	12	0,00 %	16	0,00 %	15	0,45 %	14	0,00 %	9	0,00 %	
24 Unfall		15	0,27 %	12	0,00 %	14	0,39 %	15	0,45 %	14	0,00 %	9	0,00 %	
25 Summe kritischer Ereignisse		15	58,02 %	12	50,00 %	14	56,08 %	15	57,92 %	14	67,20 %	9	66,67 %	
26 Konsumverhalten		2	14,81 %	2	25,51 %	2	12,16 %	2	14,48 %	2	14,40 %	3	7,41 %	
27 Unwirtschaftliche Haushaltsführung		4	4,94 %	5	6,27 %	5	6,27 %	6	4,52 %	7	2,40 %	3	7,41 %	
28 Straffälligkeit		13	0,82 %	7	1,02 %	12	1,18 %	13	0,90 %	14	0,00 %	9	0,00 %	
29 Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen		17	0,00 %	12	0,00 %	16	0,00 %	17	0,00 %	14	0,00 %	9	0,00 %	
30 Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen		13	0,82 %	6	2,04 %	14	0,39 %	13	0,90 %	11	0,80 %	9	0,00 %	
31 Summe vermeidbaren Verhaltens		13	21,40 %	6	33,67 %	14	20,00 %	13	20,81 %	11	17,60 %	9	14,81 %	
32 Einkommensarmut		11	1,78 %	7	1,02 %	8	3,14 %	11	1,36 %	11	0,80 %	9	0,00 %	
33 Sucht		9	2,88 %	7	1,02 %	6	5,10 %	10	2,26 %	8	1,60 %	9	0,00 %	
34 Geschlechte Immobilienfinanzierung		9	2,88 %	12	0,00 %	11	1,96 %	7	3,17 %	5	4,80 %	3	7,41 %	
35 Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung		8	3,29 %	7	1,02 %	10	2,35 %	4	6,79 %	8	1,60 %	9	0,00 %	
36 Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung		12	1,23 %	12	0,00 %	12	1,18 %	11	1,36 %	8	1,60 %	7	3,70 %	
37 Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes		6	4,53 %	3	8,16 %	4	7,06 %	9	2,71 %	11	0,80 %	9	0,00 %	
38 Sonstiges		7	5,57 %	4	16,33 %	8	3,14 %	7	3,17 %	6	3,20 %	7	3,70 %	
39 Summe anderer Ursachen		7	20,58 %	4	16,33 %	8	23,92 %	7	21,27 %	6	15,20 %	7	16,52 %	
<b>Berufsausbildung</b>		nach Anteil												
40 Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung		0	98	259	226	133	28	1	2					
41 In Ausbildung		/	2,04 %	0,77 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		
42 Ohne abgeschlossene Berufsausbildung		/	63,27 %	49,81 %	47,79 %	45,86 %	57,14 %	/	/	/	/	/		
43 Abgeschlossene Lehre		/	32,65 %	48,65 %	50,44 %	50,38 %	38,29 %	/	/	/	/	/		
44 Abgeschlossenes Studium		/	0,00 %	0,77 %	0,88 %	3,76 %	0,00 %	/	/	/	/	/		
45 Sonstiges		/	2,04 %	0,00 %	0,88 %	0,00 %	0,00 %	/	/	/	/	/		
<b>Arbeitslosigkeit</b>		nach Anteil												
46 Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit		0	90	247	210	125	27	1	2					
47 Anteil Arbeitslose		/	55,56 %	41,70 %	45,24 %	48,00 %	62,96 %	/	/	/	/	/		
48 Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen		/	0,88	1,25	1,85	1,69	2,13	/	/	/	/	/		





**6. b Überschuldete Paare mit zwei minderjährigen Kindern 2008 bis 2012**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Davor nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										Dahinter nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro									
		unter 900		900 bis unter 1.300		1.300 bis unter 1.500		1.500 bis unter 2.000		2.000 bis unter 2.600		2.600 bis unter 3.600		3.600 bis unter 5.000		5.000 bis unter 18.000					
Insgesamt		Anzahl	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	
<b>Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach monatlichem Haushaltseinkommen</b>																					
je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Bevölkerung nach Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 im Vergleich)																					
598		49	52	40	243	165	43	6	43	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
EVS		8,19 %	8,70 %	6,89 %	40,64 %	27,59 %	7,19 %	0,35	4,28	0,35	1,00 %	1,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
1.828		386	1.131	1.406	1.765	2.247	2.335	2.901	3.125	4.234	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941	6.941
612		309	542	536	625	679	696	740	836	1.013	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165	1.165
27		11	10	25	22	69	34	115	45	142	190	190	190	190	190	190	190	190	190	190	190
11		3	6	12	6	66	13	146	53	337	564	564	564	564	564	564	564	564	564	564	564
598		49	52	40	243	165	43	6	43	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)																					
598		49	52	40	243	165	43	6	43	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Anzahl		Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Höhe	Anteil	Rang	Anteil
1,71	17.472	1,22	11.184	1,23	16.529	1,46	9.087	2,12	22.517	2,65	46.146	2,65	46.146	2,65	46.146	2,65	46.146	2,65	46.146	2,65	46.146
0,85	577	0,65	383	0,71	551	0,85	624	0,92	624	0,72	365	0,72	365	0,72	365	0,72	365	0,72	365	0,72	365
0,80	468	0,65	287	0,79	273	0,93	583	0,98	553	0,65	308	0,44	946	0,44	946	0,44	946	0,44	946	0,44	946
1,27	1.368	1,35	1.369	1,85	1.225	1,30	1.530	1,33	1.335	1,11	1.425	0,74	917	0,74	917	0,74	917	0,74	917	0,74	917
1,94	1.282	1,80	1.418	2,19	1.704	2,23	1.417	2,30	1.485	1,60	1.003	0,95	508	0,95	508	0,95	508	0,95	508	0,95	508
2,86	2.782	2,37	3.371	4,06	1.829	3,20	1.882	3,45	2.790	2,08	2.698	1,47	4.164	1,47	4.164	1,47	4.164	1,47	4.164	1,47	4.164
2,02	2.989	1,47	2.939	1,81	2.545	2,65	3.060	2,30	2.433	1,68	2.326	1,88	3.553	1,88	3.553	1,88	3.553	1,88	3.553	1,88	3.553
0,32	1.028	0,30	509	0,46	353	0,40	1.069	0,31	845	0,24	1.559	0,35	1.473	0,35	1.473	0,35	1.473	0,35	1.473	0,35	1.473
1,86	4.042	1,76	3.012	1,83	3.035	1,75	2.470	2,08	3.866	1,94	5.679	0,67	4.071	0,67	4.071	0,67	4.071	0,67	4.071	0,67	4.071
13,02	31.588	11,65	24.462	14,92	28.034	15,23	28.251	15,07	22.744	12,33	38.139	9,88	62.143	9,88	62.143	9,88	62.143	9,88	62.143	9,88	62.143
<b>Hauptursache der Überschuldung</b>																					
nach Einschätzung der Berater																					
nach Überschuldungsursache																					
569		43	48	38	235	157	42	6	42	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kritische Ereignisse																					
20 Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit		Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
1	41,86 %	1	35,42 %	1	63,16 %	1	43,40 %	1	33,12 %	1	14,29 %	1	14,29 %	1	14,29 %	1	14,29 %	1	14,29 %	1	14,29 %
3	7,38 %	2	12,50 %	7	0,00 %	5	5,96 %	3	9,55 %	3	9,55 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %
22 Krankheit	5,98 %	5	6,25 %	7	0,00 %	4	6,81 %	4	6,37 %	4	4,76 %	4	4,76 %	4	4,76 %	4	4,76 %	4	4,76 %	4	4,76 %
23 Tod des Partners	0,18 %	12	0,00 %	10	2,08 %	7	0,00 %	16	0,00 %	15	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
24 Unfall	0,00 %	12	0,00 %	7	0,00 %	7	0,00 %	11	0,85 %	15	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
25 Summe kritischer Ereignisse	52,35 %	48,84 %	56,25 %	63,16 %	57,02 %	49,04 %	57,02 %	57,02 %	49,04 %	49,04 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %	28,57 %
Vermeidbares Verhalten																					
26 Konsumverhalten		Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
2	16,28 %	4	8,33 %	2	18,42 %	2	15,32 %	2	17,83 %	2	17,83 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %	5	9,52 %
6	3,87 %	10	2,08 %	7	0,00 %	6	5,11 %	6	4,46 %	6	4,46 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %
27 Unwirtschaftliche Haushaltsführung	3,23 %	7	0,00 %	7	0,00 %	11	0,85 %	14	0,64 %	14	0,64 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
28 Straffälligkeit	4,65 %	7	4,17 %	7	0,00 %	7	0,00 %	11	0,85 %	15	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
29 Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen	0,00 %	12	0,00 %	14	0,00 %	7	0,00 %	16	0,00 %	15	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
30 Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen	1,23 %	9	2,33 %	10	2,08 %	7	0,00 %	11	0,85 %	12	1,91 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %
31 Summe vermeidbaren Verhaltens	21,44 %	25,58 %	16,67 %	18,42 %	22,13 %	18,42 %	22,13 %	22,13 %	18,42 %	24,84 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %	11,90 %
Andere Ursachen																					
32 Einkommensarmut		Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
12	1,76 %	6	4,65 %	10	2,08 %	14	0,43 %	14	0,43 %	9	3,18 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %	11	2,38 %
33 Sucht	3,87 %	3	6,88 %	14	0,00 %	5	2,63 %	10	2,13 %	6	4,46 %	3	11,90 %	3	11,90 %	3	11,90 %	3	11,90 %	3	11,90 %
34 Geschlechte Immobilienfinanzierung	3,34 %	8	3,34 %	14	0,00 %	3	7,89 %	14	0,43 %	5	5,10 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %
35 Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung	2,64 %	12	0,00 %	7	0,00 %	7	0,00 %	8	2,96 %	9	2,55 %	10	2,55 %	10	2,55 %	10	2,55 %	10	2,55 %	10	2,55 %
36 Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung	2,99 %	12	0,00 %	4	5,28 %	5	2,63 %	9	2,96 %	12	1,91 %	7	7,14 %	7	7,14 %	7	7,14 %	7	7,14 %	7	7,14 %
37 Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	7,03 %	4	7,03 %	3	10,42 %	5	2,63 %	3	8,51 %	10	2,55 %	1	16,67 %	1	16,67 %	1	16,67 %	1	16,67 %	1	16,67 %
38 Sonstiges	3,34 %	6	6,65 %	7	4,17 %	7	0,00 %	7	2,98 %	8	3,82 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %	8	4,76 %
39 Summe anderer Ursachen	26,01 %	25,58 %	27,08 %	18,42 %	20,85 %	26,11 %	20,85 %	20,85 %	26,11 %	26,11 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %	59,52 %
<b>Berufsausbildung</b>																					
574		42	50	40	235	161	40	6	40	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
nach Anteil																					
40 Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung		Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
1	0,00 %	2	2,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
41 In Ausbildung	57,14 %	62,00 %	34,00 %	50,00 %	56,60 %	47,83 %	37,50 %	47,83 %	37,50 %	47,83 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
42 Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	46,17 %	34,00 %	2,00 %	50,00 %	41,28 %	52,17 %	2,13 %	52,17 %	2,13 %	52,17 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
43 Abgeschlossene Lehre	1,22 %	0,00 %	2,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
44 Abgeschlossenes Studium	0,17 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
45 Sonstiges	2,38 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
<b>Arbeitslosigkeit</b>																					

**7. a** **Überschuldete Paare mit drei oder mehr minderjährigen Kindern 2008 bis 2012**  
**Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Alter**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Davon nach dem Alter der überschuldeten Person von ... bis unter ... Jahren									
		unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter		
385	<b>Insgesamt</b>	0	10	140	163	51	1	0	0	0	0
		0,00 %	2,74 %	38,36 %	44,66 %	13,97 %	0,27 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0
		/	/	4,33	0,72	0,51	0,05	/	/	/	/
		je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Verbrauchersichprobe 2008 im Vergleich)									
		EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS
2.166	4.626	/	2.077	2.117	2.194	4.718	/	/	/	/	/
716	1.053	/	712	719	712	1.056	718	1.156	/	/	/
24	208	/	15	25	23	218	25	212	/	/	/
19	676	/	8	10	24	728	26	568	/	/	/
		je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)									
385		0	10	140	163	51	1	0	0	0	0
		Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl
1.52	16.714	/	0,60	1,16	5,656	1,85	26,634	1,63	18,585	/	/
1.04	880	/	1,00	505	1,16	684	1,01	915	/	/	/
1.16	982	/	1,60	1.048	1,68	1.188	0,91	965	0,49	473	/
1.65	1.744	/	1,80	1.591	2,06	2.444	1,58	1.490	0,75	686	/
2.25	1.731	/	2,80	1.520	3,42	2.914	1,58	1.089	1,12	592	/
4.01	3.667	/	5,40	2.287	5,46	3.133	3,20	4.515	2,43	2.786	/
2.55	6.051	/	5,70	2.569	2,88	2.873	2,21	10.145	2,10	2.479	/
0,38	737	/	0,70	321	0,39	392	0,39	685	0,31	1.068	/
2,72	4.700	/	2,70	1.474	3,85	5.071	2,13	4.576	1,51	4.731	/
1.729	37.265	/	22,30	12.255	22,06	24.546	14,85	51.224	11,16	32.784	/
		nach Rangplatz und Anteil									
382		0	8	138	158	47	1	0	0	0	0
		Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang	Rang
		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
		36,64 %	42,75 %	25,53 %	38,61 %	25,53 %	38,61 %	25,53 %	38,61 %	25,53 %	38,61 %
		3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
		9,09 %	7,97 %	7,97 %	8,80 %	8,51 %	10,64 %	8,51 %	10,64 %	8,51 %	10,64 %
		8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
		3,13 %	14,00 %	14,00 %	15,00 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %
		15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
		0,28 %	14,00 %	14,00 %	15,00 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %
		15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
		0,28 %	12,07 %	12,07 %	15,00 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %
		51,42 %	51,45 %	51,45 %	53,16 %	46,81 %	46,81 %	46,81 %	46,81 %	46,81 %	46,81 %
		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
		17,05 %	21,74 %	21,74 %	15,82 %	8,51 %	8,51 %	8,51 %	8,51 %	8,51 %	8,51 %
		4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
		7,39 %	3,79 %	3,79 %	5,06 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %	10,64 %
		12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
		0,85 %	14,00 %	14,00 %	11,27 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %
		12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
		0,85 %	7,14 %	7,14 %	15,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
		0,28 %	14,00 %	14,00 %	13,06 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		26,42 %	31,16 %	31,16 %	22,78 %	23,40 %	23,40 %	23,40 %	23,40 %	23,40 %	23,40 %
		Andere Ursachen									
		10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
		1,70 %	0,72 %	0,72 %	1,90 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %
		11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
		1,14 %	1,45 %	1,45 %	1,27 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		34	34	34	34	34	34	34	34	34	34
		3,41 %	7,14 %	7,14 %	5,06 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %
		9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
		2,27 %	7,14 %	7,14 %	3,16 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %
		12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
		0,86 %	7,14 %	7,14 %	0,63 %	14,00 %	14,00 %	14,00 %	14,00 %	14,00 %	14,00 %
		5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
		7,10 %	5,80 %	5,80 %	4,08 %	14,89 %	14,89 %	14,89 %	14,89 %	14,89 %	14,89 %
		6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
		4,55 %	6,43 %	6,43 %	5,06 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %	4,26 %
		22,16 %	17,39 %	17,39 %	24,05 %	29,79 %	29,79 %	29,79 %	29,79 %	29,79 %	29,79 %
		Berufsausbildung									
356		0	9	138	161	47	1	0	0	0	0
		/	/	1,45 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		/	/	61,55 %	50,93 %	46,81 %	48,61 %	51,06 %	48,61 %	51,06 %	48,61 %
		/	/	36,23 %	47,20 %	0,62 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %	2,13 %
		/	/	0,72 %	0,62 %	0,00 %	1,24 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		/	/	0,00 %	1,24 %	0,00 %	1,24 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
		Arbeitslosigkeit									
331		0	9	128	150	43	1	0	0	0	0
		/	/	51,56 %	42,00 %	44,19 %	44,19 %	44,19 %	44,19 %	44,19 %	44,19 %
		/	/	0,97	1,96	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23
		/	0,49								

7. b Überschuldete Paare mit drei oder mehr minderjährigen Kindern 2008 bis 2012

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Deut nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach monatlichem Haushaltseinkommen							
		unter 900		900 bis unter 1.300		1.300 bis unter 1.500		1.500 bis unter 2.000		2.000 bis unter 2.600		2.600 bis unter 3.600		3.600 bis unter 5.000		5.000 bis unter 18.000			
		Anzahl	Höhe	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	Höhe
<b>Einkommen und ausgewählte Ausgaben</b>																			
1	Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben	365																	
2	Anteil an allen überschuldeten Haushalten																		
3	Berufshilfsindex																		
4	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	2.166	4.626	46,82 %	1	1.087	1.413	1,785	75	2.285	2.944	3.150	87	2.944	3.150	4,238	87	2.944	3.150
5	Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	716	1.063	67,97 %	1	650	603	647	724	779	868	906	1.046	868	906	1,046	87	868	906
6	Versicherungsprämien und -beiträge	24	208	11,47 %	3	3	33	11	11	19	19	19	190	19	19	190	190	19	19
7	Tilgung und Verzinsung von Krediten	19	676	2,76 %	0	0	21	3	3	16	16	16	609	16	16	609	609	16	16
8	Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern																		
9	Haushalte mit Angaben zu Schulden	365																	
9	Banken	1,52	16.714	44,85 %	1	1,08	10.066	1,20	10.587	1,17	21.439	1,26	10.728	2,48	22.888	2,48	22.888	1,26	10.728
10	Versicherungen	1,04	880	2,36 %	1	1,00	890	0,40	127	1,07	853	1,04	892	1,26	1.201	1,26	1.201	1,04	892
11	Versandhandel	1,16	982	2,63 %	1	1,08	229	1,00	857	1,17	979	1,06	830	1,26	886	1,26	886	1,06	830
12	Vermieter und Versorgungsunternehmen	1,65	1.744	4,68 %	1	1,23	1.028	1,92	2.531	1,80	2.378	1,77	1.889	1,53	1.300	1,53	1.300	1,77	1.889
13	Telekommunikationsunternehmen	2,25	1.731	4,64 %	1	1,53	1.423	3,58	2.786	1,40	1.325	2,11	1.650	2,03	1.304	2,03	1.304	2,11	1.650
14	Sonstige gewerbliche Gläubiger	4,01	3.667	9,84 %	3	3,73	2.805	6,83	2.503	3,93	2.194	4,84	2.539	3,78	2.539	3,78	2.539	4,84	2.539
15	Öffentlich-rechtliche Gläubiger	2,55	6.051	16,24 %	1	1,83	2.805	3,33	4.331	1,93	1.775	3,12	9.542	2,15	2.418	2,15	2.418	3,12	9.542
16	Unterhaltsberechtigten und sonstige private Gläubiger	0,38	787	2,14 %	0	0,27	1.948	0,50	767	0,41	982	0,42	813	0,37	599	0,37	599	0,41	982
17	Geldscheite, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte	2,72	4.700	12,61 %	2	2,42	2.269	2,42	2.269	2,88	4.871	2,91	3.817	2,69	7.057	2,69	7.057	2,91	3.817
18	Summe	17,29	37.285	100,00 %		21,75	27.491	12,33	20.637	19,61	50.523	16,99	26.205	16,91	40.360	16,91	40.360	19,61	50.523
<b>Hauptursache der Überschuldung</b>																			
nach Einschätzung der Berater																			
19	Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache	362																	
20	Kritische Ereignisse																		
20	Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	1	1	38,64 %	1	41,67 %	1	35,71 %	1	54,79 %	1	42,45 %	1	23,53 %	1	23,53 %	1	23,53 %	
21	Scheidung, Trennung	3	3	8,33 %	2	16,67 %	2	21,43 %	3	8,22 %	6	5,76 %	6	11,76 %	3	11,76 %	3	11,76 %	
22	Krankheit	8	8	3,13 %	7	8,33 %	7	0,00 %	7	0,00 %	7	4,11 %	8	2,88 %	11	1,18 %	11	1,18 %	
23	Tod des Partners	15	15	0,28 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	14	0,00 %	14	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	
24	Unfall	15	15	0,28 %	7	0,00 %	7	0,00 %	4	7,14 %	9	0,00 %	14	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	
25	Summe kritischer Ereignisse	28	28	51,42 %	7	58,33 %	4	64,29 %	4	64,29 %	6	67,12 %	14	51,06 %	36	47,76 %	36	47,76 %	
<b>Vermiedbares Verhalten</b>																			
26	Konsumverhalten	2	2	17,05 %	3	8,33 %	3	14,29 %	2	15,07 %	2	16,55 %	2	20,00 %	2	20,00 %	2	20,00 %	
27	Unwirtschaftliche Haushaltsführung	4	4	7,39 %	3	8,33 %	7	0,00 %	4	5,48 %	5	6,47 %	5	6,47 %	3	11,76 %	3	11,76 %	
28	Strafbarkeit	12	12	0,85 %	7	8,33 %	7	0,00 %	9	0,00 %	10	0,72 %	10	0,72 %	13	0,00 %	13	0,00 %	
29	Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen	12	12	0,85 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	10	2,16 %	10	0,00 %	13	0,00 %	13	0,00 %	
30	Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen	15	15	0,28 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	11	0,72 %	11	0,72 %	13	0,00 %	13	0,00 %	
31	Summe vermeidbaren Verhaltens	26	26	26,42 %	7	25,00 %	7	14,29 %	7	20,55 %	7	26,62 %	7	31,76 %	7	31,76 %	7	31,76 %	
<b>Andere Ursachen</b>																			
32	Einkommensarmut	10	10	1,70 %	7	0,00 %	7	0,00 %	4	5,48 %	14	0,00 %	14	0,00 %	10	2,35 %	10	2,35 %	
33	Sucht	11	11	1,14 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	11	0,72 %	11	1,18 %	11	1,18 %	11	1,18 %	
34	Gescheiterte Immobilienfinanzierung	7	7	3,41 %	7	0,00 %	7	0,00 %	8	1,37 %	7	3,60 %	7	3,60 %	6	5,88 %	6	5,88 %	
35	Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung	9	9	2,27 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	8	2,88 %	8	2,88 %	8	3,53 %	8	3,53 %	
36	Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung	12	12	0,85 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	14	0,00 %	14	0,00 %	14	0,00 %	14	0,00 %	
37	Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	5	5	7,10 %	3	8,33 %	4	7,14 %	4	5,48 %	3	7,91 %	5	8,24 %	5	8,24 %	5	8,24 %	
38	Sonstiges	6	6	4,55 %	7	0,00 %	7	0,00 %	9	0,00 %	4	7,19 %	7	4,71 %	7	4,71 %	7	4,71 %	
39	Summe anderer Ursachen	66	66	22,16 %	7	16,67 %	4	21,43 %	4	12,33 %	4	22,30 %	4	22,30 %	4	22,30 %	4	22,30 %	
<b>Berufsausbildung</b>																			
40	Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung	356																	
41	In Ausbildung	26	26	0,56 %	12	0,00 %	12	0,00 %	15	0,00 %	74	0,00 %	74	0,00 %	84	0,00 %	84	0,00 %	
42	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	55,62 %	50,00 %	42,42 %	42,31 %	58,33 %	40,00 %	56,76 %	39,19 %	56,76 %	64,03 %	41,67 %	64,03 %	58,33 %	58,33 %	58,33 %	58,33 %	64,03 %	
43	Abgeschlossene Lehre	0,84 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,72 %	0,00 %	0,72 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		
44	Abgeschlossenes Studium	0,56 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,35 %	1,35 %	1,35 %	0,72 %	0,00 %	0,72 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		
45	Sonstiges	22,16 %	20,83 %	22,16 %	16,67 %	25,00 %	14,29 %	14,29 %	14,29 %	14,29 %	20,55 %	20,55 %	20,55 %	20,55 %	31,76 %	31,76 %	31,76 %		
<b>Arbeitslosigkeit</b>																			
46	Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit	331																	
47	Anteil Arbeitslose																		
48	Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen																		



**8. b Überschuldete allein erziehende Eltern mit einem minderjährigen Kind 2008 bis 2012**

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Deut nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										5.000 bis unter 18.000	
		unter 900	900 bis unter 1.300	1.300 bis unter 1.500	1.500 bis unter 2.000	2.000 bis unter 2.600	2.600 bis unter 3.600	3.600 bis unter 5.000	Höhe		Anzahl	Höhe	
<b>Insgesamt</b>		940	511	132	124	14	6	0		0	0	0	
		16,28 %	54,36 %	14,04 %	13,19 %	1,49 %	0,64 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0	
		/	2,20	1,21	0,55	0,08	0,06	/		/	/	/	
		je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Verbraucherstichprobe 2008 im Vergleich)											
		EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	EVS	
1	1.80	612	1.122	1.392	1.687	2.200	2.260	/	2.963	/	(4.230)	/	
2	466	288	464	554	551	508	637	/	781	/	(939)	/	
3	13	6	9	30	21	68	54	/	123	/	(292)	/	
4	108	4	10	16	29	69	19	/	(297)	/	(636)	/	
<b>Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern</b>													
8	940	153	511	132	124	14	6	0		0	0	0	
		je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)											
		Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe	Anzahl	Höhe
9	1,15	0,66	3,434	1,48	10,396	1,65	22,067	2,14	19,755	/	/	/	
10	0,70	0,63	451	0,68	754	0,67	631	0,79	178	/	/	/	
11	1,01	1,03	504	1,04	684	1,33	911	0,49	398	/	/	/	
12	1,64	2,31	2,274	1,64	1,654	1,07	1,224	1,29	1,582	/	/	/	
13	2,15	2,46	1,621	2,40	1,685	1,79	1,065	1,10	682	/	/	/	
14	3,38	3,92	2,349	3,50	2,432	3,60	2,217	4,86	3,102	/	/	/	
15	2,51	2,60	3,325	2,55	2,312	2,23	4,936	3,50	2,989	/	/	/	
16	0,43	0,40	552	0,40	783	0,47	938	0,55	1,082	/	/	/	
17	2,08	1,89	2,25	2,515	2,16	4,063	1,40	2,841	1,50	/	/	/	
18	15,04	16,01	16,847	15,41	20,630	15,37	25,079	11,32	35,837	18,14	31,433	/	
<b>Hauptursache der Überschuldung</b>													
		nach Einschätzung der Berater											
19	904	143	488	130	123	nach Rangplatz und Anteil		6	0	0	0	0	
		Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl
20	1	26,57 %	1	35,45 %	2	23,85 %	2	18,70 %	8	0,00 %	/	/	
21	4	6,99 %	2	23,36 %	1	40,00 %	1	30,08 %	1	42,86 %	/	/	
22	4	6,31 %	4	5,94 %	4	5,38 %	3	8,13 %	3	7,14 %	/	/	
23	12	0,88 %	15	0,20 %	11	0,77 %	12	1,63 %	8	0,00 %	/	/	
24	16	0,00 %	14	0,00 %	12	0,00 %	15	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
25	3	13,61 %	3	12,70 %	3	13,85 %	4	7,32 %	2	21,43 %	/	/	
26	8	3,54 %	7	3,50 %	9	1,54 %	6	4,88 %	3	7,14 %	/	/	
27	12	0,88 %	11	0,61 %	12	0,00 %	15	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
28	16	0,00 %	14	0,00 %	12	0,00 %	14	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
29	15	0,44 %	11	0,61 %	12	0,00 %	14	0,81 %	8	0,00 %	/	/	
30	15	18,47 %	17,62 %	15,36 %	13,01 %			28,57 %			/	/	
31	10	1,55 %	10	1,23 %	12	0,00 %	10	3,25 %	8	0,00 %	/	/	
32	6	3,87 %	6	4,10 %	5	3,85 %	9	4,07 %	8	0,00 %	/	/	
33	11	1,44 %	13	0,70 %	14	0,00 %	4	7,32 %	3	7,14 %	/	/	
34	9	2,65 %	9	2,25 %	7	2,31 %	6	4,88 %	3	7,14 %	/	/	
35	14	0,77 %	11	0,61 %	11	0,00 %	12	1,63 %	8	0,00 %	/	/	
36	5	4,65 %	5	4,30 %	5	3,85 %	6	4,88 %	3	7,14 %	/	/	
37	7	19,14 %	17,42 %	14,62 %	11	24,44 %	8	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
38	5	20,98 %	17,42 %	14,62 %	11	24,44 %	8	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
39	10	1,55 %	10	1,23 %	12	0,00 %	10	3,25 %	8	0,00 %	/	/	
40	6	3,87 %	6	4,10 %	5	3,85 %	9	4,07 %	8	0,00 %	/	/	
41	11	1,44 %	13	0,70 %	14	0,00 %	4	7,32 %	3	7,14 %	/	/	
42	9	2,65 %	9	2,25 %	7	2,31 %	6	4,88 %	3	7,14 %	/	/	
43	14	0,77 %	11	0,61 %	11	0,00 %	12	1,63 %	8	0,00 %	/	/	
44	5	4,65 %	5	4,30 %	5	3,85 %	6	4,88 %	3	7,14 %	/	/	
45	7	19,14 %	17,42 %	14,62 %	11	24,44 %	8	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
46	5	20,98 %	17,42 %	14,62 %	11	24,44 %	8	0,00 %	8	0,00 %	/	/	
<b>Berufsausbildung</b>													
40	916	145	501	129	122	nach Anteil		5	0	0	0	0	
		je Haushalt mit Angaben zur Berufsausbildung											
41	1	2,76 %	8	2,20 %	0,00 %	6	0,82 %			/	/	/	
42	64,83 %	53,29 %	44,19 %	33,61 %	14,29 %					/	/	/	
43	45,63 %	31,72 %	42,32 %	63,11 %	85,71 %					/	/	/	
44	1,86 %	1,80 %	3,10 %	2,46 %	0,00 %					/	/	/	
45	0,33 %	0,40 %	0,78 %	0,00 %	0,00 %					/	/	/	
<b>Arbeitslosigkeit</b>													
46	849	134	466	120	110	nach Anteil		5	0	0	0	0	
		je Haushalt mit Angaben zur Arbeitslosigkeit											
47	58,30 %	69,10 %	55,83 %	29,09 %	0,00 %					/	/	/	
48	1,63	1,53	1,50	1,77	1,19					/	/	/	
		Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen											





**10. a Überschuldete allein erziehende Eltern mit drei oder mehr minderjährigen Kindern 2008 bis 2012**

**Einkommen, Ausgaben, Schulden, Überschuldungsursachen, berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit nach Alter**

Davon nach dem Alter der überschuldeten Person von ... bis unter ... Jahren

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Insgesamt										55 bis unter 65										65 bis unter 70										70 und älter									
		unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter	unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter	unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter	unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 70	70 und älter								
1	Haushalte mit ausgewählte Ausgaben	185	EVS		Quote		70,34 %		0,00 %		6		74		93		12		0		0		0		0		0		0		0		0								
2	Anteil an allen überschuldeten Haushalten	1.853	EVS		70,34 %		70,34 %		0,00 %		6		74		93		12		0		0		0		0		0		0		0		0								
3	Berufshilfsindex	639	EVS		75,97 %		75,97 %		0,12		3,24 %		40,00 %		50,27 %		6,49 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %								
4	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	841	EVS		29,47 %		29,47 %		1,862		1.862		2.519		676		1.792		4.165		676		894		1.792		4.165		676		894		1.792		4.165						
5	Wohnen, Energie, Wohnungsstandhaltung	62	EVS		12,39 %		12,39 %		18		18		22		49		145		145		4		4		4		4		4		4		4		4						
6	Versicherungsprämien und -beiträge	24	EVS		11,47 %		11,47 %		3,01		3,01		2,279		2,61		2,70		2,70		0,34		0,34		0,34		0,34		0,34		0,34		0,34		0,34		0,34				
7	Tilgung und Verzinsung von Krediten	19,66	EVS		14,02 %		14,02 %		3,72		3,72		3,619		2,30		3,744		2,17		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042				
8	Sonstiges	25.804	EVS		100,00 %		100,00 %		25,69		25,69		19,932		15,19		30,611		14,58		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486				
9	Banken	0,92	Höhe		35,75 %		35,75 %		0,76		0,76		3,688		1,09		13,561		1,08		14,180		14,180		14,180		14,180		14,180		14,180		14,180		14,180		14,180				
10	Versicherungen	1,04	Höhe		6,41 %		6,41 %		1,20		1,20		0,94		0,94		2,646		0,92		784		784		784		784		784		784		784		784		784				
11	Versandhandel	1,45	Höhe		8,00 %		8,00 %		2,08		2,08		1,075		1,075		1,672		1,75		2,033		2,033		2,033		2,033		2,033		2,033		2,033		2,033		2,033				
12	Vermieter und Versorgungsunternehmen	2,83	Höhe		8,29 %		8,29 %		3,76		3,76		2,593		2,12		1,877		2,83		1,489		1,489		1,489		1,489		1,489		1,489		1,489		1,489		1,489				
13	Telekommunikationsunternehmen	5,15	Höhe		14,47 %		14,47 %		7,91		7,91		3,623		3,09		2,608		2,25		1,090		1,090		1,090		1,090		1,090		1,090		1,090		1,090		1,090				
14	Sonstige gewerbliche Gläubiger	2,76	Höhe		7,60 %		7,60 %		3,01		3,01		2,279		2,61		2,70		2,75		6,113		6,113		6,113		6,113		6,113		6,113		6,113		6,113		6,113				
15	Öffentlich-rechtliche Gläubiger	0,50	Höhe		1,40 %		1,40 %		0,80		0,80		0,594		0,34		0,763		0,06		0,83		0,83		0,83		0,83		0,83		0,83		0,83		0,83		0,83				
16	Umfeldberechtignte und sonstige private Gläubiger	2,89	Höhe		8,00 %		8,00 %		3,72		3,72		3,619		2,30		3,744		2,17		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042		3,042				
17	Geldscheine, Inkassounennahmen, Rechtsanwältinnen	19,66	Höhe		55,33 %		55,33 %		25,69		25,69		19,932		15,19		30,611		14,58		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486				
18	Sonstiges	25.804	Höhe		100,00 %		100,00 %		25,69		25,69		19,932		15,19		30,611		14,58		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486		30,486				
19	Hauptursache der Überschuldung	177	Rang		23,73 %		23,73 %		2		2		20,45 %		2		20,45 %		2		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %				
20	Abeitslosigkeit, reduzierte Arbeit	2	Rang		3,95 %		3,95 %		3		3		15,28 %		1		15,28 %		1		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %		42,05 %				
21	Scheidung, Trennung	6	Rang		3,39 %		3,39 %		6		6		2,78 %		5		5,45 %		5		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
22	Krankheit	7	Rang		0,00 %		0,00 %		9		9		1,39 %		7		7,34 %		7		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %				
23	Tod des Partners	16	Rang		60,45 %		60,45 %		15		15		48,61 %		12		12,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
24	Unfall	3	Rang		13,56 %		13,56 %		2		2		19,44 %		3		7,95 %		4		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
25	Sonstige	7	Rang		3,39 %		3,39 %		6		6		2,78 %		7		3,41 %		4		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
26	Konsumverhalten	11	Rang		1,69 %		1,69 %		9		9		1,39 %		10		2,27 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
27	Unwirtschaftliche Haushaltsführung	14	Rang		0,56 %		0,56 %		9		9		1,39 %		12		0,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
28	Straffälligkeit	14	Rang		0,56 %		0,56 %		9		9		1,39 %		12		0,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
29	Schiedenssatz wegen unerlaubter Handlungen	14	Rang		0,56 %		0,56 %		9		9		1,39 %		12		0,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
30	Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen	14	Rang		19,77 %		19,77 %		9		9		26,39 %		12		13,64 %		8		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %		18,18 %				
31	Sonstige vermeidbare Ursachen	12	Rang		1,13 %		1,13 %		9		9		1,39 %		11		1,14 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
32	Einkommensarmut	12	Rang		1,13 %		1,13 %		9		9		1,39 %		11		1,14 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
33	Sucht	10	Rang		2,26 %		2,26 %		9		9		1,39 %		12		0,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
34	Geschlechte Immobilienfinanzierung	9	Rang		0,00 %		0,00 %		15		15		0,00 %		5		4,55 %		4		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
35	Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung	16	Rang		0,00 %		0,00 %		15		15		0,00 %		5		4,55 %		4		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
36	Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung	5	Rang		4,52 %		4,52 %		4		4		11,11 %		12		0,00 %		8		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
37	Haarhaarspendung/Geburt eines Kindes	4	Rang		7,34 %		7,34 %		5		5		8,33 %		4		5,68 %		8		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %		9,09 %				
38	Sonstiges	180	Rang		0,00 %		0,00 %		71		71		0,00 %		91		nach Anteil		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0				
39	Sonstige andere Ursachen	172	Rang		65,56 %		65,56 %		71		71		0,00 %		91		nach Anteil		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0				
40	Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung	41	Rang		32,22 %		32,22 %		0,00 %		0,00 %		74,65 %		59,34 %		59,34 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %		50,00 %				
41	In Ausbildung	42	Rang		2,22 %		2,22 %		25,35 %		25,35 %		38,46 %		33,33 %		33,33 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %		16,67 %				
42	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	44	Rang		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %		0,00 %				
43	Abgeschlossene Lehre	45	Rang		72,09 %		72,09 %		67		67		83,56 %		64,37 %		58,33 %		58,33 %		5																				

10. b Überschuldete allein erziehende Eltern mit drei oder mehr minderjährigen Kindern 2008 bis 2012

Lfd. Nr.	Nachweis über:	Insgesamt	Davon nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro										3.600 bis unter 5.000		5.000 bis unter 18.000			
			unter 900	900 bis unter 1.300	1.300 bis unter 1.500	1.500 bis unter 2.000	2.000 bis unter 2.600	2.600 bis unter 3.600	3.600 bis unter 5.000	5.000 bis unter 18.000	Anteil	Höhe	Anteil	Höhe				
185	<b>Einkommen und ausgewählte Ausgaben</b>		je Haushalt und Monat in Euro (Durchschnittswerte, Überschuldete und Bevölkerung nach Einkommens- und Verbrauchsstratiprobe 2008 im Vergleich)										EVS		EVS			
1.853	1 Haushalte mit Angaben zu Einkommen und Ausgaben	185	11	10	12	85	53	13	1	0								
639	2 Anteil an allen überschuldeten Haushalten		5,95 %	5,41 %	6,49 %	45,95 %	28,65 %	7,03 %	0,54 %	0,00 %								
62	3 Betroffenheitsindex																	
24	4 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen		411	1.175	1.422	1.769	2.232	2.838	2.888	2.857								
18	5 Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung		228	352	550	665	(694)	700	(639)	810	(911)							
62	6 Versicherungen und -beiträge		0	18	9	15	13	(47)	37									
24	7 Tilgung und Verzinsung von Krediten		3	0	65	17	13		115									
185	<b>Schulden nach Höhe, Anzahl und Gläubigern</b>		je Haushalt (durchschnittliche Anzahl der Forderungen, durchschnittliche Höhe der Schulden in Euro, Anteil der Einzelschulden an den Gesamtschulden, bezogen auf die Höhe)										13		1			
0,92	9 Banken		1,45	12,366	1,00	5,233	8,084	0,96	7,200	0,87	9,571	0,77	23,169					
1,04	10 Versicherungen		0,82	2,681	1,10	3,46	1,50	823	0,98	415	0,85	336	2,00	16,169				
1,45	11 Versandhandel		0,45	1,26	0,90	341	1,67	798	1,51	1.031	1,72	1.090	1,15	785				
2,12	12 Vermieter und Versorgungsunternehmen		2,91	3,095	2,80	1,006	1,83	1,421	2,19	2,428	1,79	1,540	2,31	2,817				
2,83	13 Telekommunikationsunternehmen		1,55	1,168	2,00	931	2,08	1,594	3,20	2,453	2,77	1,801	3,23	3,879				
5,15	14 Sonstige gewerbliche Gläubiger		1,82	2,322	5,10	2,292	4,67	3,682	5,78	2,778	4,49	3,404	7,23	2,642				
2,76	15 Öffentlich-rechtliche Gläubiger		3,73	6,856	2,50	2,926	3,25	3,801	2,48	1,749	2,55	2,282	4,46	4,669				
0,50	16 Unterhaltsberechtigte und sonstige private Gläubiger		0,27	391	0,59	796	0,08	77	0,68	877	0,28	392	0,85	589				
2,89	17 Gerichte, Inkassounternehmen, Rechtsanwälte		1,55	2,372	3,10	2,921	1,82	1,207	3,19	4,037	2,74	3,515	3,62	5,307				
19,66	18 Summe		14,55	31,376	19,00	16,842	17,367	21,477	20,96	22,967	18,06	23,930	25,62	59,815				
177	<b>Hauptursache der Überschuldung</b>		nach Rangplatz und Anteil										13		1			
0	19 Haushalte mit Angaben zur Überschuldungsursache		10	9	11	82	51											
20	20 Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit		30,00 %			24,39 %	17,65 %	46,15 %										
21	21 Scheidung, Trennung		20,00 %			30,48 %	27,45 %	23,08 %										
22	22 Krankheit		7,00 %			6,36 %	7,84 %	7,00 %										
23	23 Tod des Partners		7,00 %			10,12 %	7,84 %	7,69 %										
24	24 Unfall		7,00 %			13,00 %	10,00 %	10,00 %										
25	25 Summe kritischer Ereignisse		50,00 %			59,76 %	60,76 %	76,92 %										
26	26 Konsumverhalten		4,00 %			13,41 %	15,69 %	15,69 %										
27	27 Unwirtschaftliche Haushaltsführung		7,00 %			3,66 %	5,88 %	5,88 %										
28	28 Straffälligkeit		2,00 %			13,00 %	9,09 %	9,09 %										
29	29 Schadensersatz wegen unerlaubter Handlungen		7,00 %			13,00 %	9,09 %	9,09 %										
30	30 Nichtansprache von Sozialleistungen		7,00 %			10,12 %	10,00 %	10,00 %										
31	31 Summe vermeidbaren Verhaltens		30,00 %			18,29 %	21,57 %	23,08 %										
32	32 Einkommensarmut		7,00 %			2,44 %	3,66 %	3,66 %										
33	33 Sucht		4,00 %			13,00 %	9,09 %	9,09 %										
34	34 Geschlechter Immobilienfinanzierung		10,00 %			10,12 %	10,00 %	10,00 %										
35	35 Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft und/oder Mithaftung		4,00 %			6,36 %	7,84 %	7,84 %										
36	36 Unzureichende Kredit-/Bürgschaftsberatung		7,00 %			13,00 %	9,09 %	9,09 %										
37	37 Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes		7,00 %			6,10 %	9,09 %	9,09 %										
38	38 Sonstiges		7,00 %			4,854 %	7,34 %	7,34 %										
39	39 Summe anderer Ursachen		20,00 %			21,95 %	17,65 %	23,08 %										
180	<b>Berufsberatung</b>		nach Anteil										13		1			
0	40 Haushalte mit Angaben zur Berufsausbildung		11	8	11	85	51											
41	41 In Ausbildung		0,00 %			0,00 %	0,00 %	0,00 %										
42	42 Ohne abgeschlossene Berufsausbildung		63,64 %			67,06 %	66,67 %	69,23 %										
43	43 Abgeschlossene Lehre		36,36 %			32,94 %	29,41 %	30,77 %										
44	44 Abgeschlossenes Studium		0,00 %			0,00 %	0,00 %	0,00 %										
45	45 Sonstiges		0,00 %			0,00 %	0,00 %	0,00 %										
172	<b>Arbeitslosigkeit</b>		nach Anteil										12		1			
0	46 Haushalte mit Angaben zur Arbeitslosigkeit		9	8	10	81	51											
47	47 Anteil Arbeitslose		/			83,95 %	54,90 %	50,00 %										
48	48 Quotient aus Gesamtschulden und Jahresnettoeinkommen		6,37	1,19	1,26	1,08	0,89	1,76										



[www.iff-überschuldungsreport.de](http://www.iff-überschuldungsreport.de)

institut für finanzdienstleistungen e.V.  
Rödingsmarkt 31/33  
20459 Hamburg  
[www.iff-hamburg.de](http://www.iff-hamburg.de)

mit Unterstützung von  
Deutschland im Plus – Die Stiftung  
für private Überschuldungsprävention  
Sulzbacher Str. 2  
90489 Nürnberg  
[www.deutschland-im-plus.de](http://www.deutschland-im-plus.de)

ISBN 978-3-00-043527-0